G 1800 E

# Blätter für deutsche und internationale Politik

**Claus Grossner**
**Projekt MRCA. Das teuerste Rüstungsvorhaben der deutschen Geschichte**

**Karl Unger**
**Zur Rohstoff- und Entwicklungsländerstrategie der BRD Geschichte und Konzeption**

**Thomas Wildgruber**
**Die wirtschaftliche Krise im Machtbereich Saigons und die Zukunft Südvietnams**

**Walter Volpert**
**Die „Humanisierung der Arbeit" und die Arbeitswissenschaft (II)**

**Angelika Cipa, Jutta Fränken, Florence Hervé und Andrea Schweighofer**
**Zur Entwicklung der Frauenbewegung in den USA, Frankreich und der BRD**

**Harald Freiling**
**Funktion und Struktur des Werkschutzes**

**7'74**

**Juli 1974 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM**
**Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM**

**Pahl-Rugenstein Verlag Köln**

# Juli 1974

CHRONIK DES MONATS JUNI 1974 . . . . . 649

KOMMENTARE UND BERICHTE

NATO-Deklaration und Entspannungsprozeß . . . . . *Achim Maske* 652

Karlsruhe als Notbremse der CDU/CSU? . . . . . *Theo Schiller* 655

HAUPTAUFSÄTZE

Projekt MRCA. Das teuerste Rüstungsvorhaben der deutschen Geschichte . . . . . *Claus Grossner* 658

Zur Rohstoff- und Entwicklungsländerstrategie der BRD. Geschichte und Konzeption . . . . . *Karl Unger* 671

Die wirtschaftliche Krise im Machtbereich Saigons und die Zukunft Südvietnams . . . . . *Thomas Wildgruber* 690

Die „Humanisierung der Arbeit" und die Arbeitswissenschaft (II) . . . . . *Walter Volpert* 709

Zur Entwicklung der Frauenbewegung in den USA, Frankreich und der BRD
*Angelika Cipa, Jutta Fränken, Florence Hervé und Andrea Schweighofer* 720

Funktion und Struktur des Werkschutzes . . . . . *Harald Freiling* 733

MEDIENKRITIK

Komplimente für die Völkermörder . . . . . *Günter Giesenfeld* 740

BÜCHER

Peter Christian Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft . . . . . *Olaf Cless* 742

André Beaufre, Die Revolutionierung des Kriegsbildes
Hans-Joachim Müller-Borchert, Guerilla im Industriestaat
Günter Maschke, Kritik des Guerillero . . . . . *Wilfried v. Bredow* 743

Kurzrezensionen: Bücher von Reinhold Roth, J. S. Nowopaschin, Georg Lukacs, J. Mück (Hrsg.), Gesine Schwan . . . . . 746

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 18. und 19. Juni 1974 in Ottawa (Wortlaut) . . . . . 749

Deklaration über die atlantischen Beziehungen, paraphiert von der Ministertagung des Nordatlantikrats in Ottawa am 18. und 19. Juni 1974 und unterzeichnet von den Regierungschefs der NATO-Staaten in Brüssel am 26. Juni 1974 (Wortlaut) . . . . . 751

Aktionsprogramm der Rohstoff- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 9. April bis 2. Mai 1974 über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung (II) (Wortlaut) 753

# Blätter für deutsche und internationale Politik

*Monatsschrift · Neunzehnter Jahrgang · Heft 7/1974*

*Herausgeber*

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER †
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL †
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

*Redaktion*

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

*Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115*

# Chronik des Monats Juni 1974

*1. 6. — Naher Osten. Im Palais des Nations in Genf beginnen Militärexperten Israels und Syriens mit der Ausarbeitung technischer Einzelheiten über die Truppentrennung an der Golan-Front. Nach der Unterzeichnung des „Abkommen über das Auseinanderrücken zwischen israelischen und syrischen Truppen" hatte der UN-Sicherheitsrat am 31. 5. mit 13 Stimmen ohne Gegenstimme in Abwesenheit Chinas und des Irak beschlossen, eine Truppe der Vereinten Nationen zur Überwachung des Auseinanderrückens (United Nations Disengagement Observer Force/UNDOF) aus Kontingenten Österreichs und Perus zu bilden. — Am 5. 6. werden die Militärverhandlungen in Genf erfolgreich abgeschlossen. Beide Seiten signieren eine Vereinbarung und eine Reihe von Karten. — Am 8. 6. verabschiedet der Palästinensische Nationalrat ein Zehn-Punkte-Programm, das eine Teilnahme der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) an der Genfer Nahostkonferenz unter bestimmten Bedingungen vorsieht. U. a. wird gefordert, die Konferenz müsse sich mit den nationalen Rechten der Palästinenser und nicht nur mit dem „Flüchtlingsproblem" befassen. — Am 10. 6. verläßt der amerikanische Präsident Nixon Washington, um mit einem Zwischenaufenthalt in Salzburg in den Nahen Osten zu reisen. Nixon besucht Ägypten, Saudiarabien, Syrien, Israel und Jordanien. In Ägypten sagt Nixon die Lieferung eines Kernreaktors und der dafür notwendigen nuklearen Brennstoffe zu. Zusagen über eine nukleare Zusammenarbeit gibt Nixon auch in Israel. Mit Syrien wird die Wiederaufnahme der seit 1967 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen vereinbart. — Auf der Rückreise trifft der Präsident am 18. 6. auf den Azoren mit dem portugiesischen Präsidenten Spinola zusammen. — Am 25. 6. be-*

endet Israel den Rückzug aus den im Golan-Abkommen vorgesehenen Gebieten.

4. 6. — E G. Der Rat der Europäischen Gemeinschaften befaßt sich in Luxemburg in Anwesenheit der Außenminister mit den Forderungen Großbritanniens nach einer Änderung der britischen Beitrittsbedingungen. Außenminister James Callaghan trägt die Position seiner Regierung vor, die sich vor allem auf die Finanzierung des Gemeinschaftshaushaltes, auf die Agrarpolitik, auf die Handels- und Hilfepolitik der Gemeinschaft gegenüber dem Commonwealth und den Entwicklungsländern, sowie auf die Regional- und die Industriepolitik bezieht.

— D D R. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" veröffentlicht ein Interview der amerikanischen Nachrichtenagentur AP mit dem Ersten Sekretär der Partei, Erich Honecker. Auf eine Frage nach den Auswirkungen des Regierungswechsels in Bonn, antwortet Honecker u. a.: „Wir betrachten diese Vorgänge als eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik, und ich meine, ihre tieferen Ursachen liegen — das kann man ja auch in der Presse der Vereinigten Staaten lesen — ganz gewiß nicht in irgendwelchen Spionageaffären. Auf Ihre Zwischenfrage kann ich nur antworten: Wir waren selbst überrascht vom Rücktritt Brandts als Bundeskanzler ... Ich brauche es eigentlich gar nicht besonders zu betonen: die DDR hat immer ihre hohe Wertschätzung für den Realismus in der Außenpolitik von Bundeskanzler Brandt bekundet. Wir begrüßen die Feststellung seines Nachfolgers Helmut Schmidt in der Regierungserklärung, daß trotz Belastungen in den gegenseitigen Beziehungen das begonnene Vertragswerk zwischen der BRD und der DDR mit Leben erfüllt und weiter ausgebaut werden soll. Diesen Standpunkt teilen wir vollauf."

6. 6. — F r a n k r e i c h. Die Nationalversammlung spricht der Regierung unter Ministerpräsident Jacques Chirac mit 297 gegen 181 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Vertrauen aus. — Am 9. 6. wird der Minister für Reformen, Jean-Jacques Servan-Schreiber, von Staatspräsident Giscard d'Estaing aus dem Kabinett entlassen, nachdem er zuvor Kritik an der Ankündigung neuer französischer Kernwaffenversuche geübt hatte.

7. 6. — U N O. Der Sicherheitsrat empfiehlt ohne formelle Abstimmung die Mitgliedschaft der Volksrepublik Bangladesch. Der Beitrittsantrag war vor zwei Jahren am Veto der Volksrepublik China gescheitert. — Am 21. 6. behandelt der Rat die Aufnahme der früheren britischen Kolonie Grenada und gibt ebenfalls eine zustimmende Empfehlung an die kommende UN-Generalversammlung.

9. 6. — N i e d e r s a c h s e n. Bei den Wahlen zum Landesparlament geht der Stimmenanteil der regierenden Sozialdemokraten leicht zurück (von 46,3 auf 43,1 %). Stimmengewinne verzeichnen die Christlichen Demokraten (von 45,7 auf 48,3 %) sowie die Freien Demokraten (von 4,4 auf 7,0 %), die damit nach vier Jahren wieder in den Landtag zurückkehren. Zusammensetzung des neuen Landtages (nach den Nachwahlen im Wahlkreis Northeim am 23. 6.): CDU 76 (1970: 74) Sitze, SPD 68 (75) Sitze, FDP 11 (0) Sitze. SPD und FDP bilden eine Regierungskoalition. Ministerpräsident bleibt Alfred Kubel (SPD).

— P o r t u g a l / U d S S R. Beide Staaten nehmen (erstmalig seit 1917) diplomatische Beziehungen auf. Vereinbart wird der Austausch von Botschaftern.

10. 6. — I t a l i e n. Das Kabinett unter Ministerpräsident Rumor (Democrazia Cristiana) erklärt seinen Rücktritt. Anlaß sind Meinungsverschiedenheiten über die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik. Nach dreitägigen Konsultationen lehnt Staatspräsident Leone die Demisison ab und begründet seine Entscheidung mit den „höheren Interessen des Landes". — Am 28. 6. spricht die Abgeordnetenkammer der Regierung Rumor mit 326 gegen 225 Stimmen das Vertrauen aus.

16. 6. — L u x e m b u r g. Die Demokratische Partei (PD) und die Sozialistische Arbeiterpartei (POSL) gehen eine Koalition ein, die sich auf eine Mehrheit von 31 der 59 Parlamentsabgeordneten stützen kann; die Christlich-Soziale Partei (PCS), die seit über 50 Jahren den Ministerpräsidenten gestellt und am 25. 5. bei den Parlamentswahlen 3 von bisher 21 Mandaten verloren hatte, muß aus der Regierung ausscheiden. Neuer Ministerpräsident wird der bisherige Außenminister Gaston Thorn (PD).

*18.—19. 6. — NATO. In der kanadischen Hauptstadt Ottawa treten die Außenminister der Organisation zu ihrer Frühjahrstagung zusammen. Vorausgegangen waren Konferenzen der Nuklearen Planungsgruppe (11.—12. 6. in Bergen/Norwegen), der „Eurogroup" (13. 6. in Brüssel) und des Komitee für Verteidigungsplanung (14. 6. in Brüssel). Die Minister einigen sich auf den Text einer „Deklaration über die Atlantischen Beziehungen" (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). — Am 26. 6. wird die Deklaration in Brüssel unterzeichnet. Mit Ausnahme von Kanada und Island sind die Mitgliedsstaaten durch ihre Regierungschefs vertreten. In einem Kommuniqué heißt es, der amerikanische Präsident Nixon habe die Teilnehmer bei dieser Gelegenheit über seine bevorstehende Reise nach Moskau unterrichtet.*

*20. 6. — BRD/DDR. Die Leiter der Ständigen Vertretungen in Bonn und Berlin treten ihr Amt an. Staatssekretär Günter Gaus (BRD) überreicht sein Beglaubigungsschreiben dem Staatsratsvorsitzenden Stoph; Minister Dr. Michael Kohl überreicht das Beglaubigungsschreiben bei Bundespräsident Heinemann. — Am 21. 6. übt ein Sprecher des DDR-Außenministeriums Kritik an dem Beschluß des Bundestages vom 19. 6. über die Errichtung eines „Umweltbundesamtes" in Westberlin. Die DDR habe sowohl die Bundesregierung als auch den Westberliner Senat in den zurückliegenden Monaten wiederholt „in gebührender Form auf die Unrechtmäßigkeit eines derartigen Schrittes hingewiesen", durch den das Vier-Mächte-Abkommen „gröblichst verletzt" werde. Der Beschluß widerspreche vor allem dem gegenseitigen Einvernehmen, „die bestehende Lage in Westberlin nicht einseitig zu verändern". — Am 29. 6. unterzeichnen im Hause der Ministerien in Berlin die Ministerialdirigenten Pagel (BRD) und Botschafter Kormes (DDR) ein Protokoll über den Grenzverlauf in der Lübecker Bucht. Das Protokoll ist das Ergebnis der Verhandlungen in der gemeinsamen Grenzkommission.*

*— BRD/CSSR. Der Bundestag ratifiziert mit 232 gegen 190 Stimmen den „Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik" vom 11. Dezember 1973. Die Fraktion der CDU/CSU stimmt geschlossen gegen das Ratifizierungsgesetz — Am 21. Juni lehnt der Bundesrat den Vertrag ab und ruft mit 21 gegen 20 Stimmen den Vermittlungsausschuß an.*

*22. 6. — UdSSR/BRD. Der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Ulrich Sahm, wird von Generalsekretär Breschnew zu einer längeren Unterredung empfangen. Sahm überreicht bei dieser Gelegenheit ein Schreiben von Bundeskanzler Schmidt an Breschnew, dessen Text nicht veröffentlicht wird.*

*23. 6. — Österreich. Der bisherige Außenminister, Dr. Rudolf Kirchschläger, wird als SPÖ-Kandidat mit einem Stimmenanteil von 51,7 % zum neuen Präsidenten der Republik Österreich gewählt. Auf den Gegenkandidaten, den Bürgermeister von Innsbruck, Dr. Alois Lugger (ÖVP), entfallen 48,3 % der Stimmen. Kirchschläger tritt die Nachfolge des am 24. 4. verstorbenen Bundespräsidenten Franz Jonas (SPÖ) an.*

*24.—27. 6. — BRD / Jugoslawien. Der jugoslawische Staatspräsident Tito besucht in Begleitung einer umfangreichen Delegation die Bundesrepublik. Tito, der in Bonn mit Bundespräsident Heinemann und Bundeskanzler Schmidt konferiert, lädt den Bundeskanzler zu einem Gegenbesuch nach Jugoslawien ein.*

*30. 6. — Island. Die seit vier Jahren regierende Koalition aus Agrarischer Fortschrittspartei, Volksallianz und Linksliberalen (vgl. „Blätter", 8/1971, S. 774) verliert bei den Wahlen zum Parlament (Althing) knapp die Mehrheit; 30 Mandaten der Koalition (1971: 32) stehen 30 (28) der bisherigen Opposition gegenüber. Zusammensetzung des neuen Althing: Konservative 25 (22), Fortschrittspartei 17 (17), Volksallianz 11 (10), Sozialdemokraten 5 (6), Linksliberale 2 (5) Sitze. Ministerpräsident Johannesson erklärt seinen Rücktritt.*

# NATO-Deklaration und Entspannungsprozeß

Vierzehn Monate nach Henry Kissingers New Yorker Aufforderung zur Verabschiedung einer „neuen Atlantik-Charta" haben sich die USA und die europäischen NATO-Staaten zu einer gemeinsamen Erklärung durchringen können. Das Vierzehnpunkte-Dokument, das die NATO-Außenminister am 19. Juni 1974 in Ottawa verabschiedeten und das von den Regierungschefs der NATO-Staaten am 26. Juni, also wenige Tage vor Präsident Nixons Reise in die Sowjetunion, in Brüssel mit großem Zeremoniell unterzeichnet wurde, soll die tiefe Krise beheben, in die die Veränderung der weltpolitischen Situation den Nordatlantikpakt gestürzt hat. Ob die Deklaration von Ottawa diese Aufgabe erfüllen kann, darf bezweifelt werden. Die Bundesregierung, die dem amerikanischen Drängen nach Neubelebung der aus den Tagen des Kalten Krieges überkommenen nordatlantischen Allianz von Beginn an unter allen NATO-Staaten am aufgeschlossensten gegenübergestanden hat, begrüßte die Erklärung als wichtige Etappe der NATO-Geschichte und als Beweis für die Fähigkeit, auch „schwierige Situationen zu meistern". Außenminister Genscher erklärte im Bundestag, „ausgehend von der Erkenntnis der Schicksalsgemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika" sei „die Deklaration Grundlage der Anpassung der Allianz an neue Fakten und Tendenzen der politischen und Sicherheitslage". Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing hingegen folgte der Einladung Nixons zum Brüsseler NATO-Gipfel, die von NATO-Generalsekretär Luns übermittelt worden war, gar nicht erst, sondern schickte seinen Kabinettschef. Giscard selbst verhandelte derweil mit dem Schah von Persien über die direkte Belieferung Frankreichs mit persischem Öl unter Ausschaltung der großen US-amerikanischen Ölkonzerne. So sind die Kommentare der großbürgerlichen Presse denn auch nicht alle so emphatisch wie der von Springers „Welt", der die „Disziplinierung der Allianz" für gelungen hält: „Auf die verfehlte Auflockerung folgt die verstärkte Bindung", meint „Die Welt", die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" sieht in der Erklärung „kein historisches Ereignis" und „keine neue Ära", sondern nur den „psychologischen Anlauf zur Überwindung des Unbehagens", und Straußens „Bayernkurier" stellt seinen Kommentar zur Deklaration, mit klagendem Hinweis auf die Pläne zur Reduzierung der Rüstungslasten in den Niederlanden und Großbritannien, unter die Schlagzeile „Der Schein der schönen Worte". (Erboste Kritik an diesen beiden NATO-Staaten übte auch Minister Leber!)

Die Klagen über auseinanderstrebende Tendenzen in der NATO verfolgen ein klares Ziel: der gewachsene Realismus zahlreicher Regierungen und ihre Bereitschaft zur Vertiefung der internationalen Entspannung sollen in ein Licht gestellt werden, das sie als Untergrabung der Sicherheit erscheinen läßt. Die Gegner der Entspannung folgern, angesichts der Widersprüche, Meinungsverschiedenheiten, Rivalitäten und Führungskämpfe in der NATO müsse der Entspannungsprozeß, zum Beispiel durch Unterbrechung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, solange gestoppt werden, bis „die NATO wieder Tritt gefaßt" habe. Wenngleich die Entspannungsgegner über mangelnde Einheit der NATO klagen, darf man sich doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Ottawa versucht wurde, der weltweiten Entspannung ernste Hemmnisse in den Weg zu legen. Der Geist der NATO-

Deklaration steht im Widerspruch zu der breiten Bewegung der europäischen Öffentlichkeit, der es heute darum geht, die Entspannung irreversibel zu machen und Europa in einen Kontinent dauerhaften Friedens zu verwandeln.

In der Deklaration der NATO wird die Auffassung vertreten, der Militärpakt sei Garant von Frieden und Sicherheit und Grundlage der Entspannungsbemühungen, Frieden könne nur auf der Basis militärischer Stärke erhalten werden. Diese Behauptung soll offenbar die Erfahrung verdrängen, daß die Politik der Stärke die Welt an den Rand der atomaren Katastrophe geführt hat, während durch die Politik der Entspannung und friedlichen Koexistenz bereits eine spürbare Verringerung der Kriegsgefahr erreicht wurde. Auch die NATO-Deklaration kommt allerdings nicht daran vorbei, daß „sich eine Konferenz von 35 europäischen und nordamerikanischen Ländern jetzt darum bemüht, Leitlinien für eine Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa festzulegen". Gegen die Perspektive einer Überwindung der Militärblöcke durch ein System der kollektiven Sicherheit, die für viele mit Fortschritten der KSZE verbunden ist, fordert die Erklärung hingegen als Bedingung, „daß das sie (die NATO-Staaten) einigende Band erhalten bleiben muß, bis die Umstände die Einführung einer allgemeinen, vollständigen und kontrollierten Abrüstung erlauben, die allein echte Sicherheit für alle bringen könnte". Nach allen Erfahrungen können aber wirksame Abrüstungsschritte mit dem Ziel der vollständigen Abrüstung nur auf der Grundlage vertraglich vereinbarter Sicherheit erzielt werden.

Die Anerkennung der Entspannung erweist sich so beim genaueren Hinsehen als verklausulierter Versuch, den Entspannungsprozeß abzubremsen. Ganz auf dieser Linie wird an der These von der unveränderten Gefahr einer Aggression festgehalten und die Stationierung von Atomwaffen und „substantiellen Streitkräften" der USA in Europa als unersetzlich bezeichnet. Die Erklärung betont die Bedeutung der britischen und französischen Kernwaffen für die Stärkung der NATO in Europa und fordert, „daß sich der weitere Fortschritt auf dem Wege zur Einheit, zu dem die Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaft entschlossen sind, zu gegebener Zeit nutzbringend auf den Beitrag auswirken sollte, den diejenigen von ihnen, die auch dem Bündnis angehören, zu dessen gemeinsamer Verteidigung leisten". Der EG wird in dieser Erklärung, allen schönen Worten über eine europäische Sozialunion zum Trotz, die Rolle einer ökonomischen Basis der NATO in Europa zugewiesen. Auch auf der Tagung der Euro-Group der NATO am 13. Juni in Brüssel kamen die Verteidigungsminister der europäischen NATO-Staaten mit Ausnahme Frankreichs, das sich an der Euro-Group nicht beteiligt, übereinstimmend zu der Auffassung, „daß eine hochentwickelte technologische, wissenschaftliche und industrielle Basis in Europa im Interesse des Bündnisses erhalten werden muß".

Den Völkern in den NATO-Staaten wird bedeutet, „daß aus dem Willen, ihre gemeinsame Verteidigung zu gewährleisten, die Verpflichtung erwächst, die Leistungskraft ihrer Streitkräfte zu erhalten und zu verbessern, und daß jedes einzelne Mitglied gemäß seiner Rolle in der Struktur des Bündnisses seinen angemessenen Anteil an den Lasten der Erhaltung der Sicherheit aller übernehmen sollte".

Ginge es nach dieser Deklaration der NATO, so bliebe die Konfrontation der Militärblöcke in Europa bestehen, die Wende zur Entspannung bliebe anfechtbar, und auf unabsehbare Zeit würden den Völkern immer weitere Rüstungslasten aufgebürdet. Dies geht nicht nur aus der Deklaration über die atlantischen Beziehungen, sondern aus dem

Kommuniqué der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO vom 12. Juni in Bergen (Norwegen) hervor. Dort erläuterte US-Verteidigungsminister Schlesinger seine neuen Zielplanungsgrundsätze für die strategischen Kernwaffen der USA. Diese Grundsätze gehen davon aus, daß die technischen Entwicklungen einen begrenzten atomaren Schlag gegen militärische Ziele in der Sowjetunion ermöglichen, „was die Glaubwürdigkeit der Abschreckung gegen die Bedrohung NATO-Europas und Nordamerikas erhöhen" werde. Mit anderen Worten: die neuen Zielplanungen der Interkontinentalraketen mit einzeln lenkbaren atomaren Gefechtsköpfen (MARV) sollen die Führung eines begrenzbaren Atomkrieges in Europa ermöglichen, während der Einsatz gegen Bevölkerungszentren für den Fall einer direkten militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion aufgehoben bleibt. US-Verteidigungsminister Schlesinger versucht offensichtlich mit dieser Veränderung der atomaren Zielplanung die Attraktivität der NATO für die reaktionären, entspannungsfeindlichen Kräfte in Westeuropa zu erhöhen. Es verwundert daher nicht, daß von ihm und den Entspannungsfeinden um den demokratischen Senator Jackson in Militär, Rüstungsindustrie und Kongreß der USA in den letzten Monaten vielfältige Versuche unternommen wurden, den Abschluß eines weiteren Abkommens zwischen der UdSSR und den USA über die qualitative Begrenzung der strategischen Rüstungen insbesondere auf dem Gebiet der einzeln lenkbaren Mehrfachgefechtsköpfe anläßlich des Besuchs von Richard Nixon in Moskau zu verhindern.

Doch die Uhren in Europa zeigen nicht mehr NATO-Zeit. Die Geschichte des Zustandekommens der NATO-Deklaration macht die Grenzen einer Neubelebung der NATO deutlich. Als Kissinger am 23. April 1973 die „neue Atlantik-Charta" forderte, brachte er den Hegemonialanspruch der Vereinigten Staaten unverhohlen mit den Worten zum Ausdruck: „Die USA haben globale Interessen und Verantwortungen, unsere europäischen Verbündeten haben regionale Interessen". Kernpunkt der „Charta" sollte dementsprechend die enge „Verkoppelung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Probleme in den atlantischen Beziehungen" sein, das heißt also die Gewährung von handelspolitischen und wirtschaftlichen Zugeständnissen der europäischen NATO-Staaten an die Führungsmacht. Die USA sollten das Recht erhalten, faktisch als zehntes Mitglied der EG alle Entscheidungen von Beginn an zu beeinflussen. Unter den Bedingungen des erfolgreichen Verlaufs des Entspannungsprozesses, der ungleichmäßigen Entwicklung der Wirtschaft der kapitalistischen Länder und der wachsenden Entschlossenheit der rohstoffreichen Entwicklungsländer, allen voran der erdölproduzierenden Staaten, sich nicht länger durch die USA, Westeuropa und Japan ausplündern zu lassen, konnte dieser Anspruch nicht voll durchgesetzt werden. Präsident Nixon konnte seine für den Herbst 1973 geplante Europareise nicht antreten. Während des Aufflammens des Krieges im Nahen Osten und bei der Reaktion auf die plötzlich in ihrer Bedeutung sich abzeichnende langfristige Verknappung und Verteuerung von Energie und Rohstoffen traten tiefgehende Interessengegensätze zwischen den NATO-Staaten zutage. Das militärstrategische Gleichgewicht gegenüber der UdSSR beschränkt die Möglichkeiten der USA, eine Politik der Konfrontation und der Fortsetzung des Wettrüstens durch europäische NATO-Staaten wirksam zu unterstützen.

Die Kräfte für eine dauerhafte Umorientierung Europas zu einem Kontinent des Friedens, der Zusammenarbeit und der Abrüstung sind gewachsen. Die kontinuierliche Bereitschaft der sozia-

listischen Staaten zum Abbau der Spannungen und zum Abschluß von Abkommen zur Festigung des Friedens und zur Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen hat trotz mancher Irritationen Vertrauen geschaffen. Die abgeschlossenen Verträge zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten in Europa, die Abkommen zwischen USA und UdSSR über die Grundlagen der Beziehungen, die Begrenzung der strategischen Rüstung und die Verhinderung des Atomkrieges haben neue Perspektiven eröffnet. Die Völker Europas verbinden wachsende Erwartungen in bezug auf die Lösung der dringenden Probleme der Zeit mit der Festigung der Entspannungstendenzen. Die Bereitschaft zu neuen Spannungen und Verzicht auf sozialen Fortschritt zugunsten der Fortsetzung des Wettrüstens sinkt. Darauf weisen — allerdings bedauernd — selbst zahlreiche NATO-Stimmen hin. Das kommt zum Ausdruck in solchen Entwicklungen wie in Portugal oder im Anwachsen der Wählerstimmen für die Parteien der Linken in Frankreich, Italien oder Dänemark. Das wird auch sichtbar in der wachsenden Bereitschaft größerer Teile der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik, ihren Lebensstandard aktiv zu verteidigen; oder in der Verstärkung der antimilitaristischen Tendenzen bei Wehrpflichtigen und Kriegsdienstverweigerern; oder in dem zunehmenden Engagement der aktiven Teile der Bevölkerung in Bürgerinitiativen für die Lösung akuter Mißstände, um nur einige der wichtigen Veränderungen zu charakterisieren.

Die Fähigkeit dieser Kräfte, die friedliche Koexistenz zum bestimmenden Moment der Entwicklung Europas und zur Grundlage demokratischen Fortschritts zu machen, hängt davon ab, inwieweit und wie schnell sie ihre Gemeinsamkeiten erkennen und ihre Zusammenarbeit entwickeln.

Achim Maske

# Karlsruhe als Notbremse der CDU/CSU?

Die Straffreiheit der Schwangerschaftsunterbrechung in den ersten drei Monaten, mit der das bisherige nahezu totale Abtreibungsverbot des § 218 zurückgenommen werden sollte, ist von der CDU weiter verzögert worden. Nachdem das entsprechende Reformgesetz den Gesetzgebungsgang durchlaufen hatte und vom Bundespräsidenten zur Verkündung ausgefertigt war, hat die baden-württembergische Landesregierung in Ausführung eines Beschlusses des CDU-Bundesvorstandes eine einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht erwirkt, die das Inkrafttreten verhinderte. Damit hat die CDU ein weiteres Mal den Versuch unternommen, das Karlsruher Bundesverfassungsgericht als politische Notbremse zu instrumentalisieren. Nachdem sie schon den Bundesrat durch ihre knappe Stimmenmehrheit (die sich nur auf eine Minderheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung stützt) von einem Vertretungsorgan der Länderinteressen zu einer oppositionsbeherrschten zweiten Kammer umgebaut hat, bezieht sie nun zum wiederholten Male auch das Bundesverfassungsgericht in ihr System der Ausfallbürgschaften für fehlende Parlamentsmehrheiten ein.

Die Einschaltung des Bundesverfassungsgerichts im Interesse einer Politik der Reformverhinderung muß freilich viel weitreichendere Folgen haben als eine Verzerrung der Bundesratsfunktion, weil das Bundesverfassungsgericht, wenn es den oppositionellen Ansinnen nachgibt, die Autorität des Grundgesetzes, auf die es sich allein berufen kann, auf Dauer zur Quelle politischer Restriktionen machen muß. Die Urteile zum Grundlagenvertrag mit der DDR und zur Kompetenzverteilung in den Hochschulen haben schon hinrei-

chend Bausteine für die Begründung einer solchen Tradition der restriktiven Grundgesetzauslegung geliefert. Nachdem das Gericht nun auch in den Streit um die Reform des § 218 verstrickt worden ist und den Antragstellern zumindest vorläufig nachgegeben hat, muß sich in der Öffentlichkeit der Eindruck verstärken, das Grundgesetz ziehe der Parlamentsmehrheit äußerst enge Grenzen und die sozialliberale Koalition bewege sich in ihren Entscheidungen illegitimerweise außerhalb des verfassungsmäßigen Rahmens. Auf diesen Eindruck kommt es der CDU/CSU in erster Linie an. Sie hat sich seit ihrem Ausschluß von der Regierung 1969 mit erheblichem Erfolg darum bemüht, die Rechtmäßigkeit der auf der Wählermehrheit begründeten SPD/FDP-Regierung in Zweifel zu ziehen. Die Schwäche dieser Taktik nach dem klaren sozialliberalen Wahlsieg 1972 suchte sie dadurch zu konterkarieren, daß sie die verfassungsmäßige Legalität propagandistisch für sich monopolisierte, um nunmehr die usurpierte Autorität des Grundgesetzes gegen die in Wahlen erworbene Parlamentsmehrheit auszuspielen. Dem Bundesverfassungsgericht ist in dieser Strategie die Rolle des Vollstreckers einer gegen Reformen gerichteten politischen Gesamtkonzeption zugedacht, wenn diese Rolle auch nur bei besonders symbolträchtigen Anlässen ausgespielt werden muß.

Der Erfolg einer solchen Strategie bemißt sich nach der langfristigen Entwicklung in den Kräftekonstellationen der Verfassungsinterpretation. Nachdem die CDU/CSU in zwanzigjähriger Regierungsherrschaft entscheidenden Einfluß auf die normative Kraft des Faktischen nehmen konnte, darf sie heute mit einigem Recht auf die Einbringung der Ernte spekulieren. Die Langzeitwirkungen der Rekrutierung von obersten Bundesrichtern und der übrigen, teils früher politisch aktiven, Bundesverfassungsrichter werden in der jetzigen Phase ebenso brisant wie die politische Aushöhlung verfassungsrechtlicher Begrifflichkeiten, die ja im entscheidungsorientierenden Profil der nur institutionell unabhängigen Richterpersönlichkeiten ihren Niederschlag finden. Insbesondere die Tendenz, die dem Hochschulurteil sein besonderes Gepräge gab, nämlich die Grundrechte von staatsadressierten Abwehrrechten in privilegienschützende Instrumente statusrechtlicher Rundumverteidigung zu überführen, spiegelt diese Verschiebungen des Verfassungsverständnisses wider. Daß dabei verbal an sozialstaatliche Interpretationen der Grundrechte angeknüpft wird, ohne deren Grundintention, nämlich den Schutz der Unterprivilegierten, inhaltlich aufzunehmen, macht diese Entwicklung doppelt prekär.

Im Zusammenhang mit dem § 218 ergeben sich auf diesem Hintergrund, auf den die CDU mit ihrem Antrag spekuliert, makabre Konsequenzen. Denn unter Berufung auf das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrheit, das staatliche Eingriffe abwehren sollte, sollen jene Zwangssituationen und beratungsfeindlichen Repressionen aufrechterhalten werden, die zur Kurpfuscher-Abtreibung und zur Verstümmelung der Mütter führen und zusätzlich noch die strafenden Eingriffe des Staates androhen. Statt die Grundrechte im Sinne einer menschenwürdigen Schwangerschaftsunterbrechung oder im Sinne abtreibungsreduzierender Sozialpolitik zu deuten, soll ein Dogma, das bekanntermaßen keinerlei Leben zu schützen vermochte, in die Verfassung hinein- und dann wieder aus ihr herausgelesen werden. Die katholische Kirche, der es nicht mehr gelingt, repressive Moralvorstellungen im Gewissen ihrer Gläubigen verankert zu halten, sucht Zuflucht beim Staat und will ihre brüchige Autorität durch Anleihen beim staatlichen Gewaltapparat absichern. Entgegen allem Pluralismusgerede strebt sie danach, ihre partiku-

laren weltanschaulichen Vorstellungen über den Staat für die ganze Gesellschaft verbindlich zu machen. Ein solcher, den Anspruch weltanschaulicher Neutralität beseitigender, Einbruch einseitiger Morallehren müßte weitreichende Folgen im gesamten Ehe- und Familienrecht, insbesondere im Scheidungs- und Erziehungsrecht haben. Die Grundrechte des Grundgesetzes müßten so ihres liberalen Charakters entkleidet, ihrer sozialstaatlichen Möglichkeiten beraubt werden und dienten dazu, weltanschaulich gesteuerte staatliche Repressionen zu legitimieren.

Eine realistische Einschätzung läßt indes erwarten, daß die Richter des Bundesverfassungsgerichts derzeit noch nicht auf eine derart restaurative Verfassungsauslegung festzulegen sind. Ein Erfolg der Klage der CDU in der Hauptsache ist trotz allem nicht zu befürchten. Die CDU wird sich daher mit dem Verunsicherungseffekt, den sie mit ihrem Antrag auf einstweilige Anordnung und Aussetzung des Gesetzes erzielen konnte, begnügen müssen. Eine Niederlage in Karlsruhe wird freilich nicht denselben Bumerang-Effekt haben wie das italienische Scheidungsreferendum für die dortigen Christdemokraten. Auf der Klaviatur der Verfassungsgerichtsbarkeit spielt es sich allemal leichter als in der mobilisierenden Atmosphäre von Volksabstimmungen. Doch wird die CDU 1976 Gelegenheit haben, die Quittungen für ihre Reformfeindlichkeit entgegenzunehmen. Denn auch die Spekulation, am Beispiel 218 die liberalen und sozialfortschrittlichen Neigungen breiter katholischer Kreise auflaufen zu lassen, wird sich nicht auszahlen: was schon die Kirche nicht mehr schafft, wird auch die CDU auf die Dauer nicht halten können.

Theo Schiller

**Kleine Bibliothek** Politik Wissenschaft Zukunft

40 *Abdel Hadi/El-Labadi/Paech/Sommer/Weingartz,* BRD, Israel und die Palästinenser. Eine Fallstudie zur Ausländerpolitik. 208 S. DM 9,80

42 Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt. Thesen, Referate, Diskussionen und Beschlüsse des Marburger Medizinerkongresses am 20./21. Januar 1973. 424 S. DM 14,80

43 *Bethge/Roßmann* (Hrsg.), Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstands. 384 S. DM 12,80

44 *Cagin,* Der subjektive Faktor. 256 S. DM 12,80

45 *Haug,* Einführung ins „Kapital". 196 S. DM 12,80

46 *v. Bredow* (Hrsg.), Folgen der Abrüstung. ca. 250 S. ca. DM 14,80

49 *Oppolzer,* Entfremdung und Industriearbeit. 304 S. DM 19,80

50 *Hahn,* Probleme der marxistischen Soziologie. 348 S. DM 14,80

**Pahl-Rugenstein**

# Projekt MRCA

## Das teuerste Rüstungsvorhaben der deutschen Geschichte

Von Claus Grossner

Das größte Rüstungsprojekt der deutschen Geschichte — das Projekt MRCA (Multi Role Combat Aircraft) für die Entwicklung eines multifunktionalen neuen westeuropäischen Kampfflugzeuges — dürfte nicht nur eine der folgenschwersten Milliarden-Vergeudungen in der Bundesrepublik werden, sondern könnte gleichzeitig auch die Stagnation gesellschaftspolitischer Reformen bewirken und zugleich zu einer schwerwiegenden Belastung der Entspannung führen.

Zu dem Zeitpunkt, zu dem der neue Bundeskanzler als „Spar-Kanzler" auftritt, ist das Projekt MRCA in eine entscheidende Phase getreten: Der immer wieder verschobene Probeflug des Prototyps P.01 (D-9591) unter der Führung des englischen Testpiloten Paul Millett (BAC) in Manching bei Ingolstadt steht bevor — und soll die endgültige Serienfertigungs-Phase des Flugzeugs einläuten. Allerdings hat eine Panne den Erstflug zunächst verzögert. Bei der Erprobung zerbrach im Rolls-Royce-Triebwerk unter Höchstbelastung eine Metallscheibe. Der noch für Juli geplante Jungfernflug des ersten Prototyps ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden [1]). Gleichzeitig präsentierten in Bonn die Abgeordneten der Arbeitsgruppe Sicherheit und Haushalt der SPD-Fraktion dem Staatssekretär Dr. Siegfried Mann vom Verteidigungsministerium einen Katalog von 26 Fragen zum Projekt MRCA; die parlamentarische Front der Befürworter wankt offenbar. Zu diesem Zeitpunkt (Sparprogramm einerseits, ein höchst fragwürdiges gigantisches Rüstungsprojekt andererseits, über dessen „Fortschreibung" — so der verräterische Ausdruck — jetzt entschieden werden muß), zu dem sogar der amtierende Verteidigungsminister Georg Leber noch verkündet, man habe sich „auf nichts festgelegt" [2]) und die Starfighter-Nachfolge sei durchaus noch offen, zu diesem Zeitpunkt können noch weitere Fehlinvestitionen vermieden und Entwicklungen beeinflußt werden, die jede auf Entspannung und Reformen gerichtete Politik schwer belasten würden. Die Entscheidung, das Projekt MRCA zu beenden, müßte dann — unter dem Druck der Öffentlichkeit — schnell erfolgen [3]).

### *I. Das Mehrzweck-Kampfflugzeug MRCA*

Das Multi Role Combat Aircraft soll ein europäisches Mehrzweck-Kampfflugzeug für die Luftwaffen der Bundesrepublik, Englands und Italiens und für die bundesrepublikanische Marine sein. In der Bundesrepublik soll MRCA als „Kampfflugzeug der 80er Jahre", vor allem die Flugzeuge Fiat G-91 und Starfighter F-104 G ersetzen. Der Zweisitzer mit zwei Triebwerken und Schwenkflügeln soll durch „höchste Flexibilität und fortschrittliches Triebwerk mit hohem Leistungs-

[1]) „Der Spiegel" v. 24. 6. 1974, S. 14 („Totalschaden am MRCA-Prototyp"); vgl. auch Christian Potyka in der „Süddeutschen Zeitung" v. 24. 6. 1974: „Die nächste Krise ist schon im Anflug. Nach Pannen bei der Erprobung wächst unter den Parlamentariern die Skepsis gegenüber dem Rüstungsprogramm MRCA".
[2]) Georg Leber in einem Interview des Saarländischen Rundfunks; vgl. „Süddeutsche Zeitung (SZ) v. 4. 5. 1974.
[3]) Im Rahmen dieses Aufsatzes kann ich die technischen und organisatorischen Seiten des Projekts nur andeuten; vgl. hierzu vor allem in der Dokumentation des Bandes: Claus Grossner/ Henning Schierholz, Projekt MRCA — Dokumentation und Kritik (Pahl-Rugenstein „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen" 16, Köln 1974) die Dokumente 1 bis 6; außerdem (auch zu allem folgenden) den Aufsatz „Das Ende des MRCA?" von Ulrich Albrecht/Burkhard Luber/Peter Schlotter in dem rororo-aktuell-Band 1777: „Ein Antiweißbuch — Materialien für eine alternative Militärpolitik", das im Mai 1974 erschien.

überschuß" ein technisches Wunderwerk werden: „Minimale Start- und Landestrecken, großes Geschwindigkeitsspektrum, ausgezeichnete Manövrierfähigkeit, Einsatzmöglichkeit in geringster Höhe und bei jedem Wetter, Zuladungsfähigkeit für schwerste konventionelle Defensivwaffen, z. B. Streu- und Flächenwaffen für den Einsatz bei der deutschen Luftwaffe" [4]).

Als Hauptmissionen werden heute — im Statusbericht Frühjahr 1974 — angegeben [5]): Gefechtsabriegelung und Bodenunterstützung, Gesamtabriegelung/Angriff, Luftüberlegenheit, Marine-Einsatz, Aufklärung, Training.

Das Projekt MRCA ist ein Gemeinschaftsprojekt der BRD, Großbritanniens und Italiens. Es wird gemanagt von der Panavia Aircraft GmbH, die am 26. März 1969 als europäische Firma nach bundesdeutschem Recht gegründet wurde [6]). Gesellschafterfirmen der Panavia sind der deutsche Luft- und Raumfahrt-Konzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) (42,5 %), die British Aircraft Corporation (42,5 %) und die zum FIAT-Konzern gehörende Aeritalia (15 %). Für die Entwicklung und die Produktion des MRCA-Triebwerkes RB 199-34 R wurde die Turbo-Union Ltd. (London) gegründet, deren Gesellschafter die Motoren- und Turbinen-Union (MTU), Rolls Royce und FIAT sind. Hauptauftragnehmer für die MRCA-Kanone sind die Industriewerke Karlsruhe AG.

Messerschmitt-Bölkow-Blohm entwickelt und baut nicht nur das Rumpfmittelstück für alle Flugzeuge, sondern ist auch verantwortlich für Systeme des Flugzeugs [7]) sowie für die Endmontage und die Flugerprobung der für die Bundesrepublik bestimmten Flugzeuge. Später soll MBB die technisch-logistische Betreuung, die Überholung und Instandsetzung übernehmen — so wie heute schon für die Flugzeuge Starfighter F-104 und die F-4 Phantom. Es leuchtet schon hier ein, ein wie großes kommerzielles Interesse MBB an dem Projekt MRCA heute — und für die Zukunft — haben muß.

Ehe ich auf die vermeintlichen Vorzüge des Flugzeuges — die Argumente seiner Befürworter — näher eingehe, schalte ich hier eine politökonomische Parenthese ein, um den Stellenwert dieses Flugzeugprojekts für die Gesellschaftspolitik zu verdeutlichen.

### *II. Zum politökonomischen Stellenwert des Rüstungsprojekts* [8])

Das technologische Rüstungs-Großprojekt MRCA ist als politisches Projekt zu interpretieren: Die technologischen Fragen sind zu reformulieren in politische. Dabei kommt es auf eine historische Interpretation innerhalb der gegenwärtigen Phase des Spätkapitalismus an. Es ließe sich zeigen, wie das Projekt MRCA symptomatisch ist für strukturelle Krisensymptome des staatsinterventionistischen Spätkapitalismus.

Nach der Rezessionsperiode Ende der 60er Jahre waren zahlreiche traditionelle Industrien an Sättigungsgrenzen angekommen. Konzentration und Konkurrenz-

4) MBB Statusbericht zu MRCA, Frühjahr 1974; außerdem: Weißbuch 1973/1974, S. 187.
5) Zu den Hauptmissionen und den ständigen Neudefinitionen der Aufgaben des Flugzeuges vgl. Kapitel IV.
6) Zur Vorgeschichte der Panavia Aircraft GmbH vgl. „Interavia", Heft 12/1968, S. 1470 ff.; auszugsweise dokumentiert als Dokument 2 in Grossner/Schierholz, Projekt MRCA . . ., a. a. O. (vgl. Anm. 3).
7) MBB ist verantwortlich für folgende Systeme: Primäres und sekundäres Flugsteuerungssystem; Fahrwerk; Integration der Avionik ins Flugzeug, Waffenkontrollsystem.
8) Den theoretischen Rahmen, in dem das Projekt MRCA genauer zu analysieren wäre, kann ich hier nur andeuten; Ansätze dafür haben wir im Rahmen eines Seminars an der Hamburger Universität „Zur politischen Ökonomie der Forschungsplanung in der Bundesrepublik" erarbeitet, das im Wintersemester fortgesetzt wird mit einem Seminar „Zur politischen Ökonomie multinationaler Forschungsprojekte (am Beispiel europäischer Großprojekte MRCA, Großrechnerunion-UNIDATA und Europäisches Atom- und Energieprogramm)".

druck wuchsen. Der Staat wurde in immer stärkerem Maße gezwungen, der Wirtschaft strukturelle Hilfe oder direkte Subventionen — etwa in der Form der Atomprogramme oder der Datenverarbeitungs-Programme und in der Form stärkerer Rüstungsaufträge — zukommen zu lassen. Traditionelle Märkte waren an Kapazitätsgrenzen gekommen, so daß angestammte Realisierungschancen von Mehrwert entfielen. Dem traditionellen Marktmechanismus entzogene Bereiche, in denen nach dem Prinzip „Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste" neue Formen der Kapitalverwertung entstanden, gewannen größere Bedeutung — die Wachstumsraten der bundesdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie sind dafür ein Beispiel. Die Funktion, daß in diesen marktunabhängigen Bereichen Kapital vernichtet wird und nicht zu Dysfunktionalitäten auf dem Verbrauchermarkt führt, ist jedoch ambivalent: Der immer geringer werdende reproduktive Bereich der Gesellschaft — als der Bereich, in dem reale Werte erarbeitet werden — muß einen immer größer werdenden Vergeudungsbereich alimentieren. Wird dieser Vergeudungsbereich zu groß, so entstehen Krisen und strukturelle Schwierigkeiten für das gesamte gesellschaftliche und politische System. Da durch die neuen Formen des Staatsinterventionismus jedoch bestimmte Kapital-Interessen von Privatleuten befriedigt werden — eben Gewinnschöpfung, die auf den traditionellen Märkten nicht mehr gewährleistet wäre —, ist das aufklärerische Postulat, das MRCA-Projekt einzustellen, solange idealistisch und schließlich unpolitisch, wie nicht die Macht- und Interessenkonstellation erkannt wird, in der das Kampfflugzeug eine entscheidende Rolle spielt: Schließlich geht es dabei um Machtentzug einflußreicher gesellschaftlicher Gruppen, die den Kern des Militär-Industrie-Komplexes in der Bundesrepublik ausmachen. Der Entzug staatlicher Subventionierung und Gewinn-Garantie macht ein Aufbäumen dieser Kapitaleigner vor dem endgültigen Verlust ihrer Macht wahrscheinlich. Auch die gegenwärtigen Überlegungen im Ausschuß für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages sowie im Bundesministerium von Hans Matthöfer, die Ausgaben für Weltraumfahrt stark zu reduzieren oder womöglich ganz zu streichen, sind nur im Machtkontext der bundesrepublikanischen Luft- und Weltraumindustrie realistisch zu deuten.

### *III. Argumente der Befürworter des Projekts MRCA*

Charakteristikum der befürwortenden Argumente für das Kampfflugzeug ist die Unaufrichtigkeit: Je nach Situation und Zeitpunkt vertreten dieselben Leute völlig unterschiedliche Auffassungen. Ich kenne zahlreiche Politiker, Ministerialbeamte, Soldaten, Abgeordnete, die im privaten Gespräch dem Projekt MRCA den schnellen Tod wünschen, in der Öffentlichkeit jedoch aus Corpsgeist oder Parteiräson, aus Karrieregründen oder aus Angst vor Repressalien das Flugzeug verteidigen — oder jedenfalls schweigen. Die Pro-Argumente wären daher, wollte man sie genauer analysieren, jeweils auf ihren „Sitz im Leben" hin zu untersuchen — und es würde sich zeigen, wie die meisten befürwortenden Argumente in ihr Gegenteil umschlagen. Als offiziell deklarierte Standardversion der Befürworter kann der Aufsatz des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, SPD-MdB Hermann Schmidt (Würgendorf), gelten: „MRCA — eine Entscheidung von Gewicht" [9]).

Die befürwortenden Argumente möchte ich hier nur formelhaft zusammenfassen — sie sind von einem geölten Propaganda-Apparat des Verteidigungsministe-

[9]) „Soldat und Technik — Zeitschrift für technische Ausbildung, Fortbildung und Information in der Bundeswehr"; Heft 7/1973, dokumentiert in Grossner/Schierholz, Projekt MRCA . . ., a. a. O., außerdem die Selbstdarstellung der Panavia Aircraft GmbH und von MBB ebd.

riums, der Partnerfirmen sowie der einschlägig interessierten Presse — besonders des Springer-Konzerns, z. B. der „Welt" — oft genug der Öffentlichkeit eingehämmert worden.

Das MRCA — so ist das Hauptargument — ist die einzige Möglichkeit für die Bundesrepublik, die Sicherheit in den 80er Jahren zu gewährleisten: es gibt keine Alternative, so die Hardthöhe: die technischen Fortschritte der Länder des Warschauer Paktes seien so erheblich, daß die außenpolitische Sicherheit ohne ein Nachfolge-Flugzeug für die FIAT G-91 oder den Starfighter ernsthaft gefährdet sei. Die militärische Notwendigkeit für das MRCA lasse keine Alternative zu — eine Behauptung, die schon angesichts der Erfahrungen mit den sowjetischen SAM-Raketen im Nahostkrieg zweifelhaft scheint. Die Multifunktionalität und Flexibilität des Flugzeugs machten es nahezu unschlagbar — so auch heute noch die Panavia, obwohl die mangelnde Funktionsbestimmung und Funktionsüberladung sich gerade als ein schwerwiegendes technisches Gegenargument entpuppt haben (vgl. Kapitel IV). Die Befürworter haben sogar die Dreistigkeit, den Preis und die angebliche Preisstabilität für das Projekt ins Feld zu führen.

„Nicht von ungefähr können deshalb die Verantwortlichen heute noch, also nach über vier Jahren, mit Stolz auch darauf verweisen, daß die damaligen Grundkostenschätzungen für den Produktionsstückpreis unverändert gültig sind", so Schmidt (Würgendorf) 1973. Und auch Ludwig Bölkow, Chef von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, glaubte beim traditionellen Presseempfang am 27. April 1974 aus Anlaß der 10. Deutschen Luftfahrtschau seinem Publikum verkaufen zu können, der Preis sei genau eingehalten worden — eine Behauptung, die sogar bei Mitgliedern des Planungsstabes im Verteidigungsministerium nur ironische Bemerkungen hervorruft und die sich klar widerlegen läßt (vgl. Kapitel IV). Für diejenigen Kritiker, die nicht an die militärische Notwendigkeit des MRCA glauben mögen, ist die schon klassische Ausweg-Argumentation des *spin off* gedacht: Die Entwicklung des MRCA habe für den zivilen Bereich so viele stimulierende Wirkungen und so bahnbrechende Innovationen herbeigeführt, daß sich allein für diese Nebeneffekte die Milliarden-Investitionen gelohnt hätten. Besonders die Entwicklung der Technologie des Titans wird hervorgehoben, das für den Flugzellenbau besonders fest — wie Stahl — und sehr korrosionsbeständig sei. Außerdem entwickle man neuartiges Elektronenstrahlschweißen sowie die Anwendung numerisch gesteuerter Bearbeitungsmaschinen. Hinzu komme die umfangreiche Einschaltung von Zulieferindustrien — besonders für die Elektronik — in Forschungsprojekte, die sonst nicht zu finanzieren seien und die „bahnbrechende Ergebnisse" eintrügen [10]).

Es soll hier nicht bestritten werden, daß militärische Rüstungsentwicklung zu Innovationen führen kann, die auch für den zivilen Bereich nutzbar sind. Fraglich ist jedoch, ob nicht zumeist Innovationen um der Innovationen willen produziert werden — für die dann im Nachhinein Bedürfnisse und Anwendungsmöglichkeiten geschaffen werden. Nicht die realen Bedürfnisse der Menschen, die ein intersubjektiver Diskussionsprozeß zu klären hätte, bestimmen die Ziele und die Entwicklungsstrategien; sondern aus politischen und ökonomischen Bedingungen heraus entstehen Neuerungen, die lediglich eine extrapolierende Fortschreibung der bisherigen Richtung des technischen Fortschritts bedeuten. Ob die spin off-Produkte überhaupt sinnvoll sind und ob sie in einer Gesamt-Kosten-Nutzen-

10) Z. B. den Auftrag für die Entwicklung des digitalen Flug- und Kontrollrechners erhielt die LITEF (Litton Technische Werke) in Freiburg/Breisgau; bei einer Serienfertigung soll das Auftragsvolumen weit über 1 Mrd DM betragen; vgl. „Die Welt" v. 15. 2. 1972. Das Nervenzentrum des Flugzeugs — der SPIRIT III — ist ein sehr kleiner und belastbarer Allzweckcomputer.

Rechnung zu diesem Preis sinnvoll sind, ob sie nicht auf direktem Wege sehr viel billiger hätten hergestellt werden können, all das unterschlägt die ideologische Rationalisierungsargumentation vom spin off-Nutzen der Rüstungsproduktion im allgemeinen und des MRCA-Projekts im besonderen [11]).

Als weiteres Argument dient die Stärkung der internationalen Kooperation; gerade angesichts der auseinanderstrebenden Tendenzen in Westeuropa sei ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Großbritannien und Italien politisch notwendig, ganz abgesehen von militärischen Notwendigkeiten — so der Pressesprecher des Verteidigungsministeriums, Armin Halle, im Gespräch. Halle ist damit nur Sprachrohr zahlreicher ähnlicher Positionen, auch des Auslands. „MRCA wird, wenn alles gut geht, ein Triumph sein nicht für doktrinäre Sicherheitspolitik, sondern für britisch-deutsch-italienischen Pragmatismus und, so steht zu hoffen, Vernunft" — so ein Leitartikel der Zeitung „The Times" vom 25. November 1972.

Nicht so sehr in der Öffentlichkeit, jedoch mit um so größerem Nachdruck im Verborgenen pochen die Befürworter des MRCA auf ihr letztes Argument: die gegenwärtige Strukturkrise der bundesdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie und ihre künftigen Entwicklungsmöglichkeiten in Europa. Verliere die Industrie jetzt diesen Milliardenauftrag, so gehe es an den Existenznerv der gesamten bundesdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie. Dabei sei das Volumen des Auftrags noch gar nicht das Entscheidende; vor allem komme es jetzt darauf an, die Kapazitäten zu schaffen, um mit „Spitzentechnologien" international wettbewerbsfähige Kampfflugzeuge bauen zu können — und wenn jetzt der Anschluß verpaßt sei, so sei die Chance zur Konkurrenzfähigkeit ein- für allemal vertan. Ungefragt vorausgesetzt wird bei dieser Argumentation, daß es für die Bundesrepublik wünschenswert sei, auf diesem Gebiet überhaupt konkurrenzfähig zu sein. Die gesellschaftlichen Lasten, die dies Milliarden-Unternehmen kostet, werden von den Auftragnehmern erst gar nicht diskutiert.

### *IV. Die Argumente gegen das Projekt MRCA*

Im ersten Teil dieser Argumentation beschränke ich mich auf immanente Gegenargumente — Thesen, die auch für Advokaten einer auf Effizienz innerhalb der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Bedingungen bedachten Kosten-Nutzen-Analyse hinreichen; im zweiten Teil versuche ich dann, einige systemtranszendierende Anmerkungen zu machen zur „Logik des Schrecken" (Philip Green) und zu den Mechanismen der gegenwärtigen Rüstungsdynamik.

Hauptargument gegen das Projekt MRCA ist die unkontrollierte Kosten-Explosion. Trotz ständiger Dementis der Hauptinteressenten läßt sich die exponentielle Steigerung des MRCA-Preises nicht leugnen [12]).

Die Diskussion um die Kosten für ein MRCA-Flugzeug leidet bis heute unter kategorialer Unklarheit, die allerdings von den einschlägigen Interessenten systematisch eingesetzt wird für Vernebelungsaktionen in der Öffentlichkeit. Die Unklarheit kommt vor allem durch die — bei Flugzeug-Beschaffungsprogrammen übliche — Differenzierung des Preises in Stückpreis und in Systempreis; Stück-

[11]) Analog zur rechtfertigenden spin off-Argumentation beim MRCA-Projekt liegt die spin off- Ideologie für die Weltraumfahrt; vgl. etwa den Auftrag an die ERNO, das Space Lab zu entwickeln als Teil des Post Apollo-Programms, und die Legitimation dieser Bundesausgaben von 54 % am Gesamtprojekt (nach dem Preisstand von 1973 ca. 580 Mio DM).

[12]) Noch am 6. 4. 1973 ließ der Luftwaffeninspekteur über den „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst" verbreiten: „Zur Kostenfrage (des MRCA-Programms) erklärte Rall, daß es entgegen anderen Behauptungen im Zuge der bisherigen Entwicklungen zu keiner ‚Kostenexplosion' gekommen sei. Die Kosten für MRCA hielten sich bisher im Vertragsrahmen."

preis soll das „nackte Flugzeug" sein, das praktisch nicht flugfähig ist; „Systempreis" umfaßt gleichsam die „software" des Flugzeugs, die — wie in der Datenverarbeitung — oft teurer ist als das gesamte Flugzeug: Bodengeräte, Handbücher, Ersatzteile, Ausbildung. Auch der Systempreis wird — so von Panavia-Geschäftsführer Madelung — wieder in verschiedenen Versionen der Öffentlichkeit schmackhaft gemacht" [13]).

Gegenwärtig lautet die Strategie: Der Stückpreis für das nackte Flugzeug ist mit 20 Mio DM konstant geblieben — so Ludwig Bölkow oder Gero Madelung; der Systempreis dagegen sei flexibel. Nun ist selbst diese Argumentation schon Beleg für die Kostensteigerung, betrug doch der Stückpreis 1969 rund 10 Mio DM. Doch unabhängig von der Frage nach dem Stückpreis kommt es dem Steuerzahler und der Öffentlichkeit darauf an, was das Flugzeug schließlich kostet. Und das ist der Systempreis. Gero Madelung hält Anfang Juli 1974 einen Systempreis von rund 50 Mio DM für möglich. Armin Halle, Sprecher des Verteidigungsministeriums, ist in der „Report"-Sendung der ARD vom 24. Juni 1974 vorsichtiger: es wäre unseriös, jetzt Zahlen zu nennen; erst wenn die Erprobungsphase abgeschlossen sei, ließen sich einigermaßen Zahlen nennen. Das Mitglied des Planungsstabes im Verteidigungsministerium Sasse ist dagegen offener. Einen Kostenstopp bei 50 Mio hält er für ausgeschlossen. Die Kostenexplosion des Gesamtpreises des MRCA ist heute in der Bundesrepublik bei keinem, der die Unterlagen kennt und der ehrlich ist, mehr strittig [14]).

Es spricht auch nichts dafür, daß die Kostensteigerung jetzt aufhörte — im Gegenteil, gerade nach dem Desaster mit dem geplanten Erstflug sind zusätzliche Kosten zu erwarten. Die Kostensteigerungen werden dabei mit dem Mantel der Naturwüchsigkeit behängt: Die Eigendynamik der militärischen Entwicklung und der Produktion fortgeschrittener Technologien erfordere eben auch ihren finanziellen Tribut [15]). Dieser wahnsinnige Zug ins Maßlose bei einzelnen Flugzeugen — *ein* Flugzeug soll also mindestens 50 Mio DM kosten, der SPD-Abgeordnete Karlheinz Hansen schätzt sogar schon einen Systempreis von nicht weniger als 70 Mio DM für ein einziges Flugzeug [16]) — bekommt noch eine andere Dimension, wenn die *Gesamtstückzahl* mit dem Einzelpreis multipliziert wird. Noch im Jahr 1969 betrug der Gesamtauftragsbestand für das MRCA 1185 Flugzeuge. Davon sollte die Bundesrepublik 600 Flugzeuge abnehmen. Heute sind 322 für die Bundesrepublik geplant. Zunächst ist bereits diese Reduzierung der Stückzahl aufschlußreich: Kein Politiker, kein Techniker, niemand kann angeben, warum vor einigen Jahren für die Sicherheit der Bundesrepublik unbedingt 600 Flugzeuge notwendig sein sollten — und warum es heute unbedingt 322 sein sollen. Schon spricht man im Verteidigungsausschuß und unterderhand bei der Panavia von einer weiteren Reduzierung der Stückzahl. Der Mechanismus, wie diese Stückzahl bestimmt wird, dürfte klar sein: Er geht von fiskalischen Gesichtspunkten aus, die mit „Sicherheitspolitik" nichts zu tun haben. Das Geld, das politisch losgeeist werden kann, wird umgelegt — und die Zahl der Flugzeuge, die sich dann ergibt, wird

13) Vgl. „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 27. 6. 1974: „Manipulationen mit System und Preis." Madelung unterscheidet einen **Gesamtsystempreis**, der die Entwicklungs- und Vorrichtungskosten für die Fertigungs-Vorbereitung mit einschließt, und einen **niedrigeren zweiten Systempreis**, der nur die direkte software umfasse.

14) Zu den Kosten vgl. den Aufsatz zu MRCA im Antiweißbuch, a. a. O.

15) Zu den extremen Steigerungsraten vgl. die Weißbücher; zum Ansteigen der Flugzeugkosten von einer Flugzeuggeneration zur anderen vgl. den Aufsatz von Ernst Geisler „Systemplanung" in „System", 1/69, hrsg. v. Messerschmitt-Bölkow-Blohm. Zur Kritik der Rüstungsdynamik: Milton Leitenberg, The Dynamics of Military Technology Today, in: „Int. Soc. Scie. J.", Vol. XXV, No. 3, 1973 — mit einer nützlichen Bibliographie.

16) Hansen ist Mitglied des Verteidigungsausschusses; durch seinen Kontakt mit Labour-Abgeordneten und mit der Presse hat er viel für die kritische Öffentlichkeit in Sachen MRCA getan, obwohl er sich unter Druck setzen ließ, nicht zum internationalen MRCA-Hearing nach Frankfurt zu kommen; vgl. unten.

der Öffentlichkeit als „sicherheitspolitisch unbedingt notwendig" verkauft. Die Multiplikation der gegenwärtigen Stückzahl-Planung mit dem gegenwärtigen Systempreis ergibt für die Bundesrepublik allein Gesamtausgaben für das Projekt MRCA nach dem Preis von 1974 von mindestens 15 bis 20 Mrd DM — eine Größenordnung, die den größten Teil der Gelder ausmachen dürfte, die in den nächsten Jahren in der Bundesrepublik als Manövriermasse für Reformen, solange eine ernsthafte Belastung der großen Konzerne und eine Senkung der Rüstungsausgaben für die Bundesregierung tabu bleiben, allenfalls noch zur Verfügung stehen.

Kostenexplosion und Beliebigkeit der Stückzahl-Reduktion beim Projekt MRCA laufen parallel zum mißglückten Zeit-Management des Projekts. Der Erstflug ist immer wieder verschoben worden. Noch am 13. Dezember 1972 ließ die Luftwaffe über den Parlamentarisch-Politischen Pressedienst verbreiten, das MRCA-Flugzeug solle bereits 1973 fliegen. Auf der Luftfahrtschau in Hannover im April 1974 konnte man eine Papp-Attrappe des Flugzeugs bewundern — und von Ludwig Bölkow vernehmen, das Flugzeug werde in spätestens 6 Wochen starten. Drei Monate später ist der Prototyp beschädigt; von einem Jungfernflugtermin redet niemand mehr. Dafür wird angelegentlich verbreitet, der „point of no return" sei erreicht: Eine Einstellung werde katastrophale Konsequenzen haben, für die Sicherheitspolitik ebenso wie für die beteiligten Industrien. Die „point of no return"-Ideologie soll als Notbremse dienen, um die abbröckelnde Legitimationsbasis für das Projekt durch Auslösung einer Katastrophenstimmung wieder zu festigen.

Wie zweifelhaft die gepriesenen militärischen und technischen Eigenschaften des Flugzeugs sind, die bis jetzt ja immerhin nur auf dem Papier bestehen, zeigt eine Analyse der Funktionen des Flugzeugs, wie sie die Autoren des Anti-Weißbuchs geliefert haben. Offenbar ist das Flugzeug mit soviel verschiedenartigen, teils inkompatiblen Funktionen überlastet, daß es fraglich ist, ob auch nur einige der Ziele erreicht werden können. Die hochkomplizierte technische Ausrüstung, der Mechanismus des Schwenkflüglers, die überzüchteten Mehrzweckfunktionen — die ihren Grund auch in den verschiedenartigen Anforderungen der Bestellerländer Großbritannien, Italien und Bundesrepublik haben — machen es wahrscheinlich, daß das MRCA schon aus technischen Gründen Ende Juni 1974 nicht seinen ersten Bruch erlitten hat.

Die Frage, ob die Bundesrepublik überhaupt ein neues Flugzeug braucht, müßte allerdings auch aus technologischen Gründen genauer untersucht werden. Es könnte nämlich sein, daß die Zeit bemannter Flugzeuge bei bewaffneten Auseinandersetzungen überhaupt vorbei ist. Die Erfolge der sowjetischen Sam-Raketen gegen die israelischen Düsenjäger im letzten Nahostkrieg haben Militärspezialisten daran zweifeln lassen, ob hochkomplizierte bemannte Flugzeuge nicht in Zukunft ferngelenkten vollautomatischen Raketen unterlegen seien. Das Verteidigungsministerium hat es bislang versäumt, diese Frage zu untersuchen oder die Ergebnisse der Öffentlichkeit mitzuteilen. Aufschlußreich ist jedenfalls, daß sich die MRCA-Holding Panavia Aircraft GmbH auch für den Fall des Falles der Einstellung eingerichtet hat: Man könne durchaus auch auf dem Gebiet der unbemannten Raketen Spitzentechnologie produzieren — so ein Sprecher im privaten Gespräch.

Dieses Argument leitet über zu den ökonomischen Interessenkonstellationen, die das MRCA-Projekt bestimmen. Im Hintergrund steht die Strukturkrise der gesamten bundesdeutschen Luftfahrt und des MBB-Konzerns insbesondere. Der

Großauftrag für den Bau des europäischen Weltraumlabors space lab ist nach Bremen an die ERNO gegangen und nicht ins bayerische, CSU-regierte Ottobrunn. Das Großprojekt Airbus — Aufsichtsratsvorsitzender der Airbus GmbH ist der CSU-Vorsitzende Strauß, der während der Luftfahrtschau in Hannover sogar selber Pilot eines der Prestigeflugzeuge spielte —, ist durchaus noch nicht aus der Krisenzone heraus; die Einstellung des Projekts ist möglich. Angesichts der Kürzungen, die das Bundesministerium für Forschung und Technologie in den nächsten beiden Jahren vornehmen muß — mindestens netto rund 500 Mio DM + Inflationsraten —, wird auch MBB, einer der forschungsintensivsten Konzerne in der Bundesrepublik, erhebliche Einbußen an Staatssubventionen hinnehmen müssen. So dürfte es klar sein, daß das Projekt MRCA für die Firma MBB von entscheidender Bedeutung für das ökonomische Überleben ist. Schon im Geschäftsjahr 1973 — also vor Anlaufen der Serienfertigung — betrug der Anteil von MRCA am Gesamtumsatz bei MBB rund 17 % [17]). Dieser Anteil wird in Zukunft stark steigen. Schon im Jahr 1974 nimmt MBB einen Investitionsschub vor [18]). Während 1973 die Investitionen auf Vorjahresniveau verharrten (mit 34 Mio DM), sollen im Jahr 1974 rund 66 Mio DM investiert werden. „Die Ausweitung des Volumens umfaßt 100 % und steht im Zusammenhang mit dem Beginn der Serienfertigung im MRCA-Projekt." „Der Bau des MRCA dürfte sich in Zukunft zu einem der großen Umsatzträger des Unternehmens entwickeln" [19]).

Es ist deutlich, welchen Stellenwert das Großprojekt für die Firma MBB hat; es könnte das Ende von MBB als eigenständigem Firmenverbund bedeuten, wenn MRCA eingestellt wird. Da Wirtschaftsminister Friderichs in Hannover in einer programmatischen Rede die „Überkapazitäten" in der westeuropäischen Luftfahrtindustrie kritisierte und meinte, im Vergleich zur amerikanischen Konkurrenz gebe es in Westeuropa noch zu viele Unternehmen, könnte es in der Tat auch aus strukturpolitischen Gründen für MBB als eigenständige Firma gefährlich werden. Vor diesem Hintergrund soll das Projekt MRCA die Rolle spielen, den Firmenverbund MBB zu stärken und die strukturelle Krise zu vertuschen. Insofern ist das MRCA-Projekt als militärisches und sicherheitspolitisches Phänomen allein nicht zu verstehen; seine Rolle als Anti-Krisen-Mittel für subventionsabhängige, defizitäre Luft- und Raumfahrtindustrie und seine Funktion innerhalb der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist wichtig.

Dabei ist das mögliche Ende einer ganzen Branche nur die eine Seite der Medaille. Falls das Projekt MRCA hilft, die Krisentendenzen der bundesdeutschen und der westeuropäischen Luftfahrtindustrie vorübergehend zu kitten, dann dürften die wirtschaftlichen Kosten für die Gesellschaft erheblich werden [20]). Erstens werden immer mehr Arbeitskräfte — und zwar gerade hochspezialisierte Wissenschaftler und Techniker — in einer auf lange Sicht krisenanfälligen Branche angesiedelt. Das vorübergehende Wachstum, das sich jetzt durch den MRCA-Auftrag bei MBB und durch den space lab-Auftrag bei ERNO abzeichnet, bedeutet für die Zukunft eine erhöhte Krisenanfälligkeit. Die Beispiele der amerikanischen Aerospace-Industrie und die extrem hohen Arbeitslosenquoten bei hochqualifi-

17) Mitgeteilt von Ludwig Bölkow auf der Luftfahrtschau 1974 in Hannover.
18) „MBB plant Investitionsschub", „Die Welt", v. 30. 4. 1974.
19) „Hohe Investitionen für Kampfflugzeug", „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 4. 5. 1974.
20) Zur Strukturkrise der Luftfahrtindustrie vgl. auch „Mit gestutzten Flügeln", „Die Zeit" v. 22. 3. 1974; „Luftfahrtindustrie wartet auf Höhenflug", Frankfurter Rundschau" v. 10. 4. 1974. Zu den inflationsfördernden Vergeudungsmechanismen vgl. „107 Starfighter für die Schrottpresse", „Die Welt" v. 22. 1. 1974: „Die deutsche Luftwaffe wird 107 Jagdflugzeuge vom Typ F 104-G Starfighter ausmustern, sobald die neuen F 4 F Phantom II für die beiden Jagdgeschwader 71 und 74 in Dienst gestellt sind." Außerdem die Auseinandersetzungen um den Nachfolger des Erdkampfflugzeuges FIAT G-91 (das eigentlich vom MRCA ersetzt werden soll): „Wird der Alpha-Jet das ‚Wegwerf-Flugzeug' der Luftwaffe?", Rüdiger Moniac in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" v. 27. 11. 1973.

zierten Spezialisten im Umkreis der kalifornischen Luftfahrt-Zentren sind nur ein warnendes Beispiel. Außer dem beschäftigungspolitischen Argument ist jedoch ein anderes von großer Bedeutung, das Inflations-Argument: die Zig-Milliarden-Summen, die vom Steuerzahler erarbeitet werden müssen und die in einen nicht reproduktiven Vergeudungs-Bereich der Gesellschaft fließen, blähen die Wirtschaft in einer Weise auf, die die Inflation anheizt. Die unvorhersehbaren Kostensteigerungen, die bisher noch jedes Flugzeug- und Raketen-Projekt begleiteten, müssen durch staatliche Subventionen finanziert werden; da der Staat angesichts der gegenwärtigen Stagnationstendenzen keine größeren beweglichen Finanzmittel zur Verfügung hat, wird er — falls er das Projekt durchführen will und die Serienfertigung anlaufen läßt — schließlich zu fiskalischen Mitteln greifen, die sonst nur von der Kriegs-Finanzierung — etwa im Laufe des Ersten Weltkriegs — bekannt sind. Welche fiskalischen Mittel auch immer die Milliarden-Vergeudung schließlich bezahlen sollen, die inflationssteigernde Wirkung des MRCA-Projekts ist unbestreitbar.

Nicht im Gegensatz zu diesen Anti-Argumenten zum Projekt MRCA, sondern als systematische Rahmenbedingungen möchte ich kurz auf den allgemeineren rüstungs- und sicherheitspolitischen Zusammenhang hinweisen. Das Projekt MRCA ist ein Teil des nationalen und internationalen Rüstungswettlaufs. Dieser Rüstungswettlauf zeichnet sich dadurch aus, daß nicht nur die Ausgaben nominell steigen [21]). Gleichzeitig ist eine gefährliche Tendenz zu einer neuen qualitativen Stufe im Rüstungswettlauf festzustellen. Besonders die Entwicklung der „Mini-Nukes" (Mini-Atomwaffen) sowie die verschiedenen Formen der MIRVs (Mehrfachsprengkörper) und MARVs (Weiterentwicklung der MIRVs) stellen eine gefährliche Entwicklung dar [22]). Das Projekt MRCA stellt ein Beispiel dar für die neue Stufe des Rüstungswettlaufs auf einer qualitativ höheren Ebene. Diese neue Stufe hat eine gefährliche Folge: Sie droht alle Abrüstungsverhandlungen, die sich bislang weitgehend auf zahlenmäßige Einschränkungen der Rüstungsstärken beschränkten, zu unterlaufen. Die Bemühungen um die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie die Bemühungen um ein neues SALT-Abkommen werden durch die Entwicklung eines hochkomplexen, raffinierten Waffensystems, wie es das von MRCA darstellt, unterlaufen [23]). Gleichzeitig ist das Flugzeug auch als Atombomber geeignet — es wird also zusätzlichen Sprengstoff für die internationale Sicherheitspolitik geben, die bislang mit dem geltenden völkerrechtlichen Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen rechnete. Legitimation für die Notwendigkeit, das MRCA einzuführen, ist auch die Lücken-Theorie. So wie in der Technologie-Politik die „technologische Lücke" à la Servan-Schreiber die Bundesrepublik verführte, sinnlose Großprojekte der Amerikaner und Russen — etwa mit der Europa-Rakete II, an deren Folgeprojekt Ariane die Bundesrepublik durch die Hüntertür des space lab-Projekts wieder beteiligt ist — nachzuäffen, so herrscht auch auf rüstungspolitischem Gebiet ein Perfektionszwang: Nur wenn die vermeintliche . . .-Lücke geschlossen ist, soll ein imaginärer Begriff von „Sicherheit" garantiert sein [24]).

---

21) SIPRI-Yearbook, 1973, S. 206/297. Außerdem die Analysen des International Institute for Strategic Studies, besonders: The Military Balance; „Die Zahl als Waffe" von A. A. Guha, „Frankfurter Rundschau" v. 16. 3. 1974. Über die Steigerungsraten des Waffenhandels die Arbeiten von Ulrich Albrecht, auch: „Arms Sales Topping", „Financial Times" v. 14. 5. 1974.

22) Josef Joffe in „Die Zeit" v. 22. 3. 1974: „Trotz Raketenverhandlungen droht ein neuer Rüstungswettlauf"; vgl. Senator Kennedys Warnung vor Mini Nukes, „Financial Times" v. 15. 5. 1974. Außerdem die Thesen von Dieter Senghaas während des internationalen MRCA-Hearings in Frankfurt.

23) Zu den Mini Nukes vgl. die Erklärung des US-Delegierten Botschafter Joseph Martin bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen; „Amerika Dienst", 11/1974.

24) Nach der Entscheidung für den Kauf von 175 Phantom-Jägern durch die Bundesregierung überschrieb „Die Welt" ihren Bericht folgendermaßen: „Die nächste Lücke in der Luftverteidigung kommt bestimmt", „Die Welt" v. 8. 5. 1971.

In dem Prozeß der Rüstungseskalation und der qualitativ höherstehenden Rüstungsgroßprojekte nehmen die internationalen Großprojekte und die internationalen Koproduktionen einen immer bedeutenderen Anteil ein. Liberale Theoretiker wie John Kenneth Galbraith [25]) oder sozialistische Kritiker wie Ulrich Albrecht [26]) weisen auf die Gefahren unkontrollierbarer Machtzusammenballungen hin, die alle überkommenen politischen Kontrollinstanzen zusammenbrechen lassen. Das Projekt MRCA ist ein Musterbeispiel für ein derartiges supranationales Projekt, das nicht mehr hinreichend kontrolliert wird [27]).

Die Konzentration wirtschaftlicher Macht, die zugleich gesellschaftliche Macht bedeutet, in Konzernen, die niemand mehr kontrollieren kann, hat gefährliche Konsequenzen für die demokratische Entwicklung. Die Gefahren sind gegenwärtig in der Diskussion am Beispiel der „Multis" und des UNO-Berichts über die multinationalen Konzerne. Dieses allgemeinere Problem verschärft sich jedoch in der Luft- und Raumfahrtindustrie: Diese Industrie tritt als „Spitzenreiter des Fortschritts" auf; sie ist außerordentlich forschungsintensiv — und sie hat damit Auswirkungen auf die Richtung des technischen Fortschritts der gesamten Volkswirtschaft und des gesamten wissenschaftlichen Lebens. Wenn durch ein Großprojekt wie die Entwicklung eines forschungs- und entwicklungsintensiven Kampfflugzeuges über Jahre hinaus Zehntausende von Wissenschaftlern — und zwar aller Disziplinen — auf eine derartig einseitig festgelegte Forschungsrichtung gepolt werden, so bedeutet das gleichzeitig, daß viele andere, gesellschaftlich wichtigere Forschungsrichtungen überhaupt nicht mehr bearbeitet werden können. Die Richtung des technischen Fortschritts, die die Richtung der technologieabhängigen Gesellschaft entscheidend mitbestimmt, gerät dadurch immer stärker in die Sogwirkung gigantischer Vergeudungsprojekte, die gesellschaftliche Reformen schließlich unmöglich machen können.

### *V. Das Versagen der politischen Planungs-, Entscheidungs- und Diskussionsinstanzen und die Gegenbewegung gegen das Projekt MRCA*

Das Versagen der verfassungsmäßigen politischen Instanzen ist ein Beispiel für die Aushöhlung unserer Demokratie: formale Legitimationen und Entscheidungen bemänteln nur noch die realen Interessenkonstellationen. Das Parlament ist schlecht informiert; die wenigen Mitglieder, die sich informieren wollen, werden jahrelang — selbst im Verteidigungsausschuß — hingehalten und mit unzureichenden Informationen abgespeist. Die eigentlich wichtigen Entscheidungen — etwa bei den Prüfterminen (Checkpoints), soweit es sie überhaupt gab — werden nicht im Gesamtkabinett getroffen, sondern in kleinen Kabinettsausschüssen. Eine Diskussion über das Riesenprojekt wird im Keim erstickt: kein amtierender Minister möchte sich mit dem mächtigen Verteidigungsminister anlegen. Das Ministerium selbst bezeichnet Kritiker als „Wirrköpfe" [28]). Dabei macht Bundesverteidigungsminister Leber selbst bei präzisen, systemimmanenten Fragen nach den Kosten einen Eindruck, den man nicht gerade als klar bezeichnen kann. Frage

25) John Kenneth Galbraith, Wirtschaft für Staat und Gesellschaft. München/Zürich 1974.
26) Ulrich Albrecht, Transnationale Rüstungskonzerne in Westeuropa, in „Leviathan", 1/1974.
27) So erfuhr der britische Labour-Abgeordnete Tom Dallyell während der diesjährigen Königswinter-Konferenz in Edingburgh erst von mir, daß die Bundesrepublik (Verteidigungsausschuß) mit einem Systempreis von ca. 53 Mio DM für das MRCA rechnet — ein Preis, der um ein Vielfaches höher lag als der, der im britischen Verteidigungsausschuß genannt worden war. Die transnationale Kommunikation — auch mit deutschen SPD-Abgeordneten — führte dann zu einer Anfrage von Frank Allaun im britischen Unterhaus und zu einem geharnischten Protest — Beleg dafür, daß die Kontrolle bis dahin durch die zuständige Instanz — das Parlament — in keiner Weise funktioniert hatte.
Weitere Gemeinschaftsprojekte europäischer Flugzeugfirmen sind: Concorde (British Aircraft, Aerospatiale); Airbus A 300 B (Aerospatiale, Deutsche Airbus [MBB, VFW-Fokker], Hawker Siddeley, VFW-Fokker, CASA); VFW 614 (VFW-Fokker, MBB); C 160 Transall (Aerospatiale, VFW-Fokker, MBB); 1150 Atlantic (Breguet, Dornier, MBB); Alpha Jet (Dassault-Breguet, Dornier).
28) „Frankfurter Rundschau" v. 29. 4. 1974: „Leber sieht nur ‚Wirrköpfe' ".

von Eberhard Piltz in der „Report"-Sendung vom 19. 2. 1973 an Georg Leber: Wie ist es mit den Kosten, was kostet uns das Projekt MRCA? Leber: „Das kann heute noch niemand genau sagen. Die Entwicklungskosten sind bis jetzt finanziert worden, es sind einige hundert Millionen Mark ... Wir können deshalb noch nichts über die Kosten sagen, weil hier noch gar keine Entscheidung definitiv getroffen ist, wieviel von diesen Flugzeugen von der Bundesrepublik erworben werden." Nahezu ein Jahr später: „Wir müssen erst mal den Zeitpunkt des Fliegens abwarten."

Statt der regulären politischen Instanzen wird das Projekt MRCA von den Mechanismen und Interessengruppen eines military industrial complex — vor dem einst Präsident Eisenhower in den USA als erster öffentlich warnte — bestimmt. Die enge Verflechtung von MBB mit der CDU/CSU ist bekannt. Bölkow und Strauß sind Duzfreunde; die Spenden des Konzerns fließen reichlich an die Parteien. So ist es auch die CDU/CSU, die stets den Angstmechanismus vor Abrüstungstendenzen wieder in Gang setzt [29]). Die Bundeswehr selbst schafft mit aufwendigen Farbanzeigen-Serien unter dem Motto „Wir produzieren Sicherheit" den Hintergrund privater Unsicherheitsgefühle für die Legitimierung immer stärker werdender „Sicherheitsanstrengungen". Die einschlägige, der CDU/CSU nahestehende Presse — vom „Bayernkurier" bis zur „Welt" — übernimmt nahezu unbesehen jedes Beschaffungsprogramm des Verteidigungsministeriums als Beitrag für die Rüstung — und die Rüstungsindustrie. Und das Land Bayern — genauer: der Freistaat Bayern — hat durch Kauf seit 1. Februar 1973 direkte Anteile an der MBB GmbH erworben [30]).

Es ist klar, welch starkes Interesse Bayern an der Aufrechterhaltung der bayerischen MBB-Betriebe hat — nicht zuletzt angesichts der strukturellen Krisen in der Autoindustrie (BMW) und der außergewöhnlich hohen Arbeitslosenrate in Bayern. Auf Veranstaltungen des „Luftfahrt-Presse-Clubs", bei feudalen Essen wie während der Luftfahrtschau in Hannover oder bei privaten Treffs der agilen PR-Beauftragten der Unternehmen in den Luxus-Restaurants von Bonn, München oder Hamburg manifestieren sich die informellen Machtstrukturen, die das MRCA-Projekt beeinflussen.

Gegen den unkontrollierten Planungsprozeß beim Projekt MRCA und die bislang weitgehend verborgenen Interessengruppen hat sich seit einiger Zeit eine Gegenbewegung zum MRCA-Projekt gebildet. Zu den Auslösern für diese Gegenbewegung gehören auch Mitglieder des Verteidigungsministeriums, z. B. Staatssekretär Mommsen, der schon frühzeitig Skepsis dem MRCA-Projekt gegenüber äußerte und von der Industrie verbindliche Preise forderte. Oder auch der heutige Luftwaffen-Inspekteur Limberg, der als Systembeauftragter für das MRCA-Projekt ebenfalls Alarm schlug. Wenig beachtet haben auch mehrere Mitglieder des Kabinetts Brandt — Ehmke, Dohnanyi, Eppler insbesondere — durchblicken lassen, daß sie das Projekt MRCA für eine Verschwendung halten. Im Parlament begannen die Parlamentarier Hansen, Schlaga, Reiser und Horn kritische Fragen zu stellen. Innerhalb der SPD waren es die Jungsozialisten, die die Diskussion um das MRCA aufnahmen; während des Bundeskongresses 1974 in München wurde die Beendigung des Projekts gefordert — und Anfang Mai veröffentlichten die Jusos in Bonn eine Erklärung, die Beschaffung des Kampfflugzeuges sei „aus volkswirtschaftlichen Gründen" nicht zu verantworten. Wie gering innerhalb der SPD jedoch augenblicklich der Spielraum ist, innerhalb dessen das MRCA-Projekt

[29]) Die Opposition warnt vor sinkender Kampfkraft der Bundeswehr. Wörner spricht vom „Rauchschleier einer vermeintlichen Entspannung"; 28. 3. 1974.
[30]) Nominell 4,9 Mio DM seit 1. 2. 1973 vom Stammkapital der Firma von 62,8 Mio DM (= 7,8 %).

diskutiert werden kann, zeigte das Internationale MRCA-Hearing in Frankfurt: Als Teilnehmer hatten die Abgeordneten Hansen und Schlaga zugesagt; aus fadenscheinigen Gründen sagten sie jedoch ab: wie sich hinterher herausstellte, unter massivem Druck der Fraktion, die nicht nur den Rückzug aus dem Verteidigungsausschuß androhte, sondern auch Rückwirkungen für die weitere politische Karriere wahrscheinlich werden ließ (eine besondere „Zuchtrolle" spielte hierbei Karl Wienand).

Die Veröffentlichung des Antiweißbuches, die ungefähr gleichzeitig mit dem Hearing stattfand, hatte — wie auch das Hearing — eine nicht unerhebliche Breitenwirkung: Die „Süddeutsche Zeitung" machte die Publikation zur Titelgeschichte [31]).

Auch die übrige liberale Öffentlichkeit — inclusive der Rundfunkanstalten [32]) — nahm die Kritik in stärkerem Maße auf. Zudem ist die Industrie, die nicht in den Bereich Luft- und Raumfahrt fällt, hellhörig geworden: Wenn das Rüstungsprojekt MRCA in Zukunft einen großen Teil der staatlichen Subventionen einstreicht, bleibt für die übrige, ebenfalls auf Subventionen angewiesene Industrie nicht mehr viel übrig. Es ist daher wichtig zu sehen, daß die Industrie durchaus kein geschlossener Block ist, der für das Projekt MRCA eintritt: im Gegenteil, gerade Machtgruppen der Industrie lassen sich gegen das Projekt stärker motivieren als bisher. Als vorläufiges Zwischenergebnis der Aktionen gegen das Kampfflugzeug in der Bundesrepublik läßt sich feststellen, daß die Legitimationsbasis abbröckelt. Gleichzeitig ist eine Gegenbewegung in den anderen Partnerländern festzustellen. Frankreich hat sich unter Giscard d'Estaing auf das Concorde-Projekt festgelegt; auch Großbritannien läßt Anfang Juli verlauten, das Concorde-Projekt solle fortgesetzt werden. Wegen der strukturellen Schwierigkeiten der starken britischen Luftfahrtindustrie war bislang eine Koppelung zwischen MRCA und Concorde gegeben: Falls Concorde eingestellt würde — was vor einigen Monaten durchaus möglich schien —, so hätte das MRCA wahrscheinlich von der britischen Regierung gebaut werden müssen, um nicht den Kollaps der gesamten britischen Luftfahrtindustrie mit unabsehbaren Folgewirkungen für das gesamte ökonomische System Großbritanniens herbeizuführen. Jetzt ist die Lage jedoch anders. Die Kostenexplosion des Projekts hat die neue Regierung Wilson stark beunruhigt. Healey hat eine Kürzung der Verteidigungsausgaben von rund 30 % angekündigt — eine Größenordnung, die schwere Eingriffe in bestehende Projekte notwendig macht. Da die Opposition innerhalb der Labour-Party gegen das MRCA-Projekt ständig wächst, scheint es durchaus möglich, daß die Briten sich zurückziehen werden. Das aber würde für die Bundesrepublik und für Italien eine derart große Kostensteigerung bedeuten, daß das Gesamtprojekt wohl eingestellt werden müßte — zumal Italien schon jetzt an den gemeinsamen Kosten nur einen geringeren Anteil trägt und mit seiner gesamten Zahlungsbilanz in hohen Schwierigkeiten ist. Die objektive Machtgrundlage, die Bewegung in der Öffentlichkeit gegen das Projekt MRCA umschlagen zu lassen in eine politische Entscheidung, ist also nicht schlecht.

### *VI. Projekt MRCA — Ende aller Reformen?*

Die Wachstums-Stagnation des ökonomischen Systems in der Bundesrepublik beeinträchtigt den zukünftigen Spielraum für gesellschaftspolitische Reformen. Die Manövriermasse, die überhaupt noch für neue Vorhaben zur Verfügung steht,

31) „Harte Kritik am Mehrzweck-Kampfflugzeug . . .", SZ v. 17. 4. 1974.
32) Vgl. besonders die verdienstvollen Sendungen in „Streitkräfte und Strategien" von Karlheinz Harenberg im NDR/WDR zum Thema MRCA.

wird immer kleiner. Ein 20-Mrd-Großprojekt wie das MRCA okkupiert in der gegenwärtigen historischen Situation die finanziellen Mittel, die dringend für überfällige Reformen notwendig wären: von menschlicheren Städten und Verkehrssystemen bis zur sozialen Fürsorge, der Präventivmedizin, der Alterssicherung oder der Reform des Bildungswesens, eingeschlossen Kindergärten und Berufsfortbildung für alle. Für all diese konkreten Ziele, die die Bedürfnisse der Bevölkerung widerspiegeln, ist das Großprojekt MRCA eine schwerwiegende Belastung. Zugleich droht das Projekt MRCA den Prozeß der Entdemokratisierung der Gesellschaft zu verstärken.

Die Konzentrationsbewegungen zu Projekten multinationaler, mächtiger Konzerne führen zu politischen Machtzusammenballungen, die die Parlamente zu Statisten degradieren. Die Bereiche der Volkswirtschaft, die Kapital vernichten und Vergeudung produzieren, wachsen immer mehr an — die arbeitende Bevölkerung der reproduktiven Bereiche muß die nicht-reproduktiven Bereiche immer mehr versorgen und selbst auf die Befriedigung ihrer eigentlichen Bedürfnisse immer mehr verzichten.

Die Folgen, die eine Fortführung des Projekts MRCA heraufbeschwört — weitere Inflationssteigerung, Forderungen nach Konsumverzicht, Zerbrechen traditioneller Motivations- und Legitimationsmuster —, stellen eine gefährliche Mischung dar, die Ansätze zu einer abrüstungsfreundlichen europäischen Sicherheitspolitik unterminieren und zugleich das Ende gesellschaftspolitisch notwendiger Reformen bedeuten könnte.


## Neuerscheinung

### Claus Grossner / Henning Schierholz

# Projekt MRCA

**Dokumentation und Kritik des größten Rüstungsvorhabens der deutschen Geschichte**

Grossner und Schierholz dokumentieren und analysieren das Rüstungsgroßprojekt MRCA (Multi Role Combat Aircraft – Mehrzweckkampfflugzeug), vom heutigen Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal als „das größte technologische Projekt seit Christi Geburt" bezeichnet, als ein militärisch fragwürdiges und haushaltspolitisch ruinöses Vorhaben, das die Fortsetzung der Entspannung in Europa wie die Aussichten demokratischer Reformbestrebungen in der Bundesrepublik gleichermaßen zu belasten droht. Zugleich werden die Möglichkeiten und Bemühungen aufgezeigt, durch die Mobilisierung öffentlicher Kritik eine Einstellung des Projekts MRCA zu erwirken.
Hefte zu politischen Gegenwartsfragen, Bd. 16

Doppelband, 64 Seiten, DM 6,–
Auslieferung Ende Juli

## Pahl-Rugenstein

# Zur Rohstoff- und Entwicklungsländerstrategie der BRD

## Geschichte und Konzeption

Von Karl Unger

In jüngster Zeit hat das Interesse der Bundesrepublik an Ländern der Dritten Welt, das in der Regel unter die Kategorie „Entwicklungshilfe" subsumiert wird, sich spürbar intensiviert. Schon vor der „Energiekrise" und der spektakulären Reise von Bundeskanzler Brandt nach Algerien und Ägypten sind dabei, z. B. in der Rede Brandts vor der UNO-Vollversammlung im Herbst 1973, neue Aspekte in der entwicklungspolitischen Strategie Bonns sichtbar geworden, die sorgfältig analysiert werden müssen.

Kennzeichnend für die neue Phase dieser Politik sind vor allem folgende Probleme:

— die Verschlechterung der Rohstoffsituation und zunehmende Abhängigkeit von Zwischenhändlern, den — vor allem US-amerikanischen — multinationalen Konzernen;

— die Krise in der EG und die Rivalität EG—USA als Ausdruck für verschärfte Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Industrienationen;

— die Intensivierung der Systemkonkurrenz zwischen den beiden unterschiedlichen Gesellschaftssystemen;

— die Konsolidierung und das Wachstum der nationalen Befreiungsbewegung der Dritten Welt sowie die Verlagerung des Hauptinhalts ihres Kampfes um vollständige Befreiung auf die ökonomische Ebene.

Die nachfolgende Arbeit versucht, die Entwicklungshilfepolitik der BRD in diesem Spannungsfeld zu analysieren.

Um spezifisch neue Aspekte in der gegenwärtigen Bonner Politik verstehen zu können, werden im ersten Teil die historischen Grundlagen und Zielvorstellungen analysiert. Im Vergleich zwischen der CDU/CSU-Entwicklungspolitik und der heutigen werden dann das Wesen der Veränderungen und Modifikationen, die sich in der Epplerschen Konzeption niedergeschlagen haben, sowie deren objektive ökonomische und politische Grundlagen untersucht.

### *1. Entwicklungspolitik im System westlicher Außenpolitik*

#### *1.1 Dekolonisierung und Kalter Krieg*

Dem ersten Exekutor des Kalten Krieges, Harry S. Truman, verdanken wir auch die erste programmatische Erklärung zur Entwicklungshilfe und damit ihre Entstehung [1]). In seiner Antrittsrede als Präsident der USA erklärte er am 20. Januar 1949: „Viertens. Wir müssen ein kühnes neues Programm entwerfen, um unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse und unseren industriellen Fortschritt für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den unterentwickelten Ländern nutzbar zu

1) Zwar gab es schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen Beispiele für Entwicklungshilfe, wie etwa den britischen Colonial Development Act von 1929, doch war sie damals sehr begrenzter Natur und nicht systematisch-integrierter Bestandteil der Außenpolitik.

machen. Mehr als die Hälfte aller Menschen lebt unter elenden Bedingungen. Ihre Ernährung ist ungenügend, sie leiden unter Krankheiten, ihr Wirtschaftsleben ist primitiv, *ihre Armut ist eine Gefahr für sie selbst und die besser entwickelten Gebiete*. Zum erstenmal in der Weltgeschichte besitzt nun die Menschheit das Wissen sowie die technischen Möglichkeiten, um die Leiden der Menschen zu lindern. Wir sollten den friedliebenden Völkern die Vorteile unseres Reichtums an technischem Wissen zur Verfügung stellen, um ihnen die Verwirklichung ihrer Wünsche nach einem besseren Leben zu erleichtern, und zusammen mit anderen Nationen Kapitalinvestitionen in entwicklungsbedürftige Gebiete unterstützen. Unser Ziel sollte es sein, den freien Völkern der Welt dabei zu helfen, aus eigener Kraft mehr Lebensmittel, mehr Bekleidungsmaterial, mehr Wohnraum und mehr Energie zu produzieren. Wir laden andere Länder ein, ihre technischen Hilfsmittel mit den unseren zu vereinigen ... Der alte Imperialismus — die Ausbeutung eines anderen — hat in unseren Plänen keinen Raum. Was wir im Sinne haben, ist ein Entwicklungsprogramm, das auf den Grundideen demokratischer Billigkeit beruht" [2]).

Vordergründig scheint dieses Programm mit seiner Absage an den „alten Imperialismus" der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Völker der Dritten Welt bei der Befriedigung ihrer materiellen wie immateriellen Bedürfnisse extrem unterprivilegiert waren und noch sind [3]).

Können schon Zweifel an der Lauterkeit der Absichten wach werden, wenn man sieht, daß das Institut des Kapitalexports, das ein wichtiger Hebel der Ausbeutung war, beibehalten werden soll, wenn auch unter neuem Namen (private Entwicklungshilfe), so ist der Zeitpunkt der Verkündung des Planes insbesondere dazu angetan, der Ehrlichkeit der Intentionen zu mißtrauen.

Zwei wichtige weltpolitische Prozesse scheinen vielmehr Auslöser dieser Aktion gewesen zu sein:

Der Zweite Weltkrieg, oder besser: der Sieg von Demokratie und Sozialismus über den Faschismus, hatte den nationalen Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika einen großen Aufschwung gegeben [4]), der seinen Höhepunkt in der Befreiung Süd- und Südostasiens von kolonialer Beherrschung fand. Dies war sowohl politisch wie auch ökonomisch für Kolonisierte und Kolonisatoren von entscheidender Bedeutung, da diese Region von ihrem menschlichen und ökonomischen Potential her eine der bedeutsamsten der Welt ist. Auch war sie mit Ausnahme Thailands völlig kolonisiert und ein zentraler Bestandteil des imperialistischen Kolonialsystems. Ihre Befreiung war somit kein einfacher regionaler Territorialverlust für die Kolonialmächte, sondern traf die Struktur und Existenz des Kolonialsystems in seiner Gesamtheit. Ebenso ist festzuhalten, daß auch die nationale Befreiungsbewegung hier insofern einen Höhepunkt erreichte, als die einzelnen Bewegungen nicht voneinander isoliert waren und, was das Maß an Organisiertheit, das Niveau der theoretischen und praktischen Erkenntnis und schließlich das Resultat betrifft, die anderen Bewegungen in Afrika und Lateinamerika weit in den Schatten stellten.

---

[2]) Zit. nach W. Rieger, Wirtschaftswunder für farbige Völker?, Hamburg 1961, S. 75 (Hervorhebung v. Verf.).

[3]) So verfügten 1953 50 % der Weltbevölkerung nur über 8,5 % des Welteinkommens (L. J. Zimmermann, Arme und reiche Länder, Köln 1963, S. 47). Für die immateriellen Bedürfnisse kann die Alphabetisierungsrate als Kennziffer genommen werden: Während 1950 die Analphabetenrate in Nordamerika bzw. Westeuropa 3,0 % bzw. 2,3 % betrug, war sie in Asien, Afrika und Lateinamerika 78,8 %, 84,4 % und 42,2 % (UNESCO, Statistical Yearbook 1965, Paris 1966, Tab. 3, S. 31 ff.).

[4]) Vgl. z. B. A. Cabral, Die Macht der Waffen, in: B. Schilling und K. Unger (Hrsg.), Angola-Guinea-Moçambique, Frankfurt/M 1971, S. 11.

Kurz: Hier lag nach 1945 das Zentrum der nationalen Befreiungsbewegung, und die Kolonialmächte konnten ihre Niederlage nicht verhindern. Daß dies enorme Auswirkungen auf die anderen Befreiungsbewegungen, insbesondere in Afrika, haben würde, war von Anfang an den beiden Kontrahenten klar.

Sowohl um zu verhindern, daß der ökonomische und politische Einfluß in diesen Bereichen völlig verloren geht, als auch um die politisch-moralische Ausstrahlungskraft der asiatischen Befreiungserfolge zu minimieren, mußte ein neues politisches Instrument entwickelt werden. Um den allmählichen politischen Dekolonisierungsprozeß zumindest auf zwei Ebenen durch langfristige Maßnahmen aufzufangen, bot sich die Entwicklungshilfe als modifizierte und eigenständige Form von Auslandshilfe an, bei der die USA bereits über eine Reihe von Erfahrungen verfügten. Konnte Hilfe ganz allgemein als das Streben der Kolonialmächte, vergangenes Unrecht zu beseitigen, verstanden werden, so bot insbesondere Personal- und Bildungshilfe die Möglichkeit, die kapitalistische Ideologie zu popularisieren und bei der Knappheit an Intellektuellen westlich ausgebildete Kader und damit potentielle Bündnispartner in Spitzenfunktionen von Wirtschaft und Politik zu schleusen.

Daß gerade die Regierung der USA die ersten Elemente dieser neuen Strategie formulierte, resultiert aus einer Reihe unterschiedlicher Phänomene.

Zum einen waren die europäischen Kolonialmächte nach 1945 ökonomisch nicht oder nur sehr begrenzt in der Lage, ihren Systemsicherungsaufgaben in den von ihnen okkupierten Teilen der Welt nachzukommen. Zusätzlich waren sie in den Augen der Völker der Dritten Welt durch ihre Kolonialpolitik moralisch diskreditiert und diskreditierten sich immer mehr durch ihre Kolonialkriege, wie in Indochina und Madagaskar. Zum anderen hatte die New-Deal-Politik Roosevelts sowie der Einsatz der USA im Kampf gegen den japanischen Faschismus das politische Ansehen dieses Staates in der Welt erhöht. Da die USA auch nicht in dem Umfang wie die europäischen Staaten durch ihre Kolonialpolitik diskreditiert waren [5]), konnten sie leichter in der Rolle eines ehrlichen Maklers auftreten. Außerdem verfügten sie als einzige Nation über die finanziellen Mittel für ein solches Programm.

Drittens hatten die USA Erfahrungen, an die sie anknüpfen konnten und die den alten Kolonialmächten fehlten: Schon 1934 wurde im Tydings-MacDuffie-Act den Philippinen für den 4. Juli 1946 die volle Unabhängigkeit zugesagt, und die dazwischen liegenden Jahre wurden sehr intensiv zur Ausarbeitung eines Instrumentariums genutzt, das die ökonomische und politische Präsenz auch nach der Selbständigkeit des Landes garantieren sollte [6]).

Last not least sind auch die Eigeninteressen der USA hervorzuheben: Direkt tangiert wurden sie vom Sieg der chinesischen Revolution, da dieses Land seit der Jahrhundertwende als zur eigenen Einflußsphäre gehörig betrachtet wurde [7]). Zusätzlich ergab sich aus dem Dekolonisierungsprozeß die Möglichkeit für das US-amerikanische Kapital, in die bis zu diesem Zeitpunkt fast hermetisch abgeriegelten fremden Einflußzonen einzudringen und sich so die Möglichkeit zu erweiterter Kapitalexpansion zu schaffen.

5) Zu Umfang und Struktur kolonialer und quasi-kolonialer Betätigung der USA vgl. das zu Unrecht fast vergessene Werk von S. Nearing und J. Freeman, Dollardiplomatie, Berlin 1927.
6) K. Korsch, Independance Comes to the Philippines, in: „Alternative", H. 41 (April 1965), S. 85—88.
7) So bedeutete der Sieg der chinesischen Revolution für die US-amerikanische Ökonomie einen Verlust von mindestens 122,2 Mio Dollar (C.-C. Schweitzer, Amerikas chinesisches Dilemma, Köln/Opladen 1969, S. 176). Vgl. auch: S. Nearing und J. Freeman, a. a. O., S. 62 ff.

Der zweite relevante weltpolitische Prozeß, der neben dem Erstarken antikolonialistischer Bewegungen direkt auf Entstehung und Struktur der Entwicklungshilfe einwirkte, war die territoriale Erweiterung des sozialistischen Lagers und die dagegen entwickelte Strategie der Westmächte, des „roll back".

Schon im März 1947 hatte Truman seine außenpolitische Doktrin entwickelt, die davon ausging, daß es zwei „Lebensarten" gebe, eine demokratische und eine totalitäre, zwischen denen jedes Volk zu wählen habe. Dabei wurde jenen, die sich gegen den „Totalitarismus" entscheiden und diesen auch bekämpfen, jedwede Hilfe von den USA versprochen.

Hier findet sich also die allgemeinste politische Grundlage der Entwicklungshilfepolitik. Die Richtigkeit der These, daß, soweit man nur die politische Dimension von Entwicklungshilfe betrachtet, diese in erster Linie ein Instrument im Kontext der internationalen Systemauseinandersetzung ist, wird durch empirische Fakten überzeugend belegt:

1) Zwischen 1945 und 1967 erhielten elf Länder (Portugal, Spanien, Griechenland, Türkei, Persien, Laos, Süd-Vietnam, Thailand, Formosa, Philippinen und Süd-Korea), die für die USA in ihrer Politik gegenüber den sozialistischen Staaten militärpolitisch einen besonders hohen Stellenwert haben, mehr Entwicklungshilfe als alle anderen Länder der Dritten Welt zusammen. Auch das Verhältnis von Schenkungen zu Anleihen gestaltete sich für diese Gruppe mit 87 % zu 13 % wesentlich besser als für die anderen Entwicklungsländer, wo es 42 % zu 58 % betrug [8]).

2) Für den gleichen Zeitraum weist die US-amerikanische Statistik einen Anteil der Militärhilfe von 35 % an der gesamten Auslandshilfe aus. Dies ist aber, wie Küster mit Recht feststellt, tiefgestapelt: „Ihr tatsächlicher Anteil lag jedoch weit darüber, da ein großer Teil militärischer Zahlungen unter dem Titel ‚Wirtschaftshilfe zur Stärkung der Verteidigungskraft' der Rubrik Wirtschaftshilfe zugeschanzt war. So entfielen von 41 Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe von 1948—1967 über die Hälfte (21 Mrd. Dollar) auf ‚Defense Support' und weitere 3 Mrd. Dollar auf militärisch relevante Infrastrukturmaßnahmen (sogenannte ‚Stützungshilfe')" [9]).

Ohne die im Laufe der Entwicklung aufgetretenen Modifikationen an dieser Stelle näher zu untersuchen, können wir bereits eine Zielrichtung der Entwicklungshilfe eindeutig bestimmen: Sie dient zum Ausbau militärischer Zentren, sei es am Rande der sozialistischen Staaten, sei es in Staaten, die als Brückenköpfe zur Intervention in andere Regionen der Welt, wo nationalrevolutionäre Regime an der Macht sind, dienen können, und parallel zur Schaffung politischer Klientel [10]), um so die allgemeine militärische Präsenz des Westens in der Systemauseinandersetzung zu garantieren.

Der Hinweis Trumans, daß die Armut der Entwicklungsländer „eine Gefahr für sie selbst und die besser entwickelten Gebiete" sei, zeigt eine weitere politische Motivation:

---

[8]) Alle Zahlen nach: H. Magdoff, The Age of Imperialism (Part Three), in: „Monthly Review", Vol. 20/6 (November 1968), S. 18—74, hier S. 54.
[9]) J. Küster, „Entwicklungspolitik" als Mittel kapitalistischer Systemstabilisierung, in: F. Büttner (Hrsg.), Sozialer Fortschritt durch Entwicklungshilfe?, München 1972, S. 43—77, hier: S. 57.
[10]) Dies hat auch unmittelbare ökonomische Auswirkungen, da Militärstützpunkte in der Regel „Prosperitäts-Oasen" darstellen, von denen die umliegende Bevölkerung profitiert. Daher ist das Verhältnis zu diesen Stützpunkten durchaus ambivalent. Vgl. L. Turgeon, Auslandshilfe, in: E. Krippendorf (Hrsg.), Probleme der internationalen Beziehungen, Frankfurt/M 1972, S. 76—102, hier: S. 81 f.

Mit dieser Formulierung rekurriert Truman auf die These, daß kommunistische Rebellion nur auf dem Nährboden immenser sozialer Verelendung entstehen könne und daß, da die kommunistische Bewegung eine Gefahr für den Westen sei, dieser Nährboden entfernt werden müsse, um die Gefahr zu beseitigen [11]). D. h. die Entwicklungshilfepolitik ist also auch hier nicht per se humanitär, sondern die Humanität ist vielmehr Nebenprodukt des Interesses an der Systemerhaltung.

Eine andere politische Zielrichtung liegt im Aufbau von Vorbildländern. Dieser ist aus folgenden Gründen notwendig: Wie sich u. a. in der häufigen, wenn auch oft unreflektierten Verwendung des Begriffes Sozialismus in den Entwicklungsländern zeigt, üben die sozialistisch verfaßten Industrienationen eine große Anziehungskraft aus. Dafür sind in erster Linie zwei Momente ausschlaggebend: Kapitalismus wurde von diesen Völkern sinnlich als Kolonialismus erfahren, d. h. als System, das notwendigerweise Elend und Unterdrückung hervorbringt. Das führte zur spontanen Ablehnung dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sozialismus zum anderen aber war ein System, das ein so rückständiges Gebiet wie Rußland binnen kürzester Zeit zu einer großen Industrienation machte — das also das Problem, vor dem die jungen Nationalstaaten standen und stehen, lösen konnte.

Dieser Tendenz konnte und kann nur entgegengewirkt werden, wenn praktisch-sinnlich erfahrbar zu machen versucht wird, daß auch die kapitalistische Ordnung fähig sei, das Problem der nachholenden Industrialisierung zu lösen. Konzentrierte Auslandshilfe auf einige Staaten sollte solche „Musterländle" kapitalistischer Entwicklung in der Dritten Welt schaffen.

### *1.2 Kapitalistische Reproduktion und Entwicklungshilfe*

Allein die politische Bestimmung der Entwicklungspolitik ist für sich selbst genommen unzureichend. Konsequent zu Ende gedacht, würde dies bedeuten, daß — wie schon Isenberg formulierte —, „der gegenwärtige Imperialismus (seine Begründung) ... auf der machtpolitisch-ideologischen Ebene (findet)" [12]). Damit reduzierte sich aber Erklärungsanspruch und -möglichkeit der Gesellschaftswissenschaft ganz allgemein auf die Analyse der Theorieproduktion, d. h. auf die Bewegung des sich selbst verwirklichenden Geistes. Gesellschaftliche Alternativen schrumpfen dann auf den Austausch von Ideologieproduzenten zusammen.

Ebenso falsch wäre aber auch, wenn man bei der Ableitung der Auslandshilfe aus den ursprünglich materiellen Verhältnissen diese in den Rahmen einer Zusammenbruchstheorie pressen wollte. Dies implizierte insofern eine ahistorische Vorgehensweise, als die historisch gewachsenen spezifischen Interessen eliminiert würden, die gerade dort, wo es sich „nur" um die Interessen von einzelnen ökonomisch-politischen Machtgruppen handelte, so bedeutsam waren, daß es zu Kolonialexpeditionen und Kriegen kam.

Wenn also Entwicklungshilfe mehr ist als der praktische Ausfluß humanitären oder quasihumanitären Denkens, dann muß ihre Möglichkeit und Notwendigkeit aus den allgemeinen Reproduktionsbedingungen des heutigen Kapitals bestimmbar sein.

---

11) Daß auf dieser These aufbauende counter-insurgency Modelle unter bestimmten historischen Bedingungen erfolgreich sein können, zeigt das Beispiel Malaya.
12) H.-G. Isenberg, Imperialismus und Entwicklungshilfe — Zur Stabilisierung der Abhängigkeit, in: „Das Argument", H. 51 (April 1969), S. 50—65, hier: S. 51.

Für die ökonomische Motivation zur Auslandshilfe sind vor allem zwei Ziele ausschlaggebend: 1) im eigenen Land die Profite der Privatunternehmer zu erhöhen und 2) im Ausland günstige Bedingungen für den privaten Kapitalexport zu schaffen. Dabei sind aber beide Momente insofern eng miteinander verbunden, als der Export von Kapital die notwendige Voraussetzung bei dem gegebenen relativen Überfluß produktiven Anlagevermögens ist, um die Profitrate der Privatunternehmer zu erhöhen.

Da die Tendenz zur Herstellung eines dem jeweiligen Stand der kapitalistischen Entwicklung entsprechenden Weltmarktes dieser Gesellschaftsordnung immanent ist [13]), muß die Entwicklungshilfe als staatsinterventionistisches Instrument verstanden werden, das versucht, die in diesem Prozeß auftretenden Widersprüche und Reibungen im Interesse der Privatproduzenten zu mildern und tendenziell zu beseitigen.

Dieser staatliche Eingriff ist aus mehreren Gründen notwendig geworden:

1) Ebenso wie das Kapital auf nationaler Ebene sich im Proletariat seinen geschichtlichen Antipoden schafft, hat es ihn im internationalen Rahmen in den sozialistischen Staaten. Allein deren Existenz setzt der Weltmarktbewegung des Kapitals quantitative und qualitative Schranken. Gleiches gilt auch von den nationalen Befreiungsbewegungen, soweit sie mit politischen Mitteln ökonomische Prozesse regulieren (Verstaatlichung, Zollpolitik, Preisbindung wie die OPEC-Länder [14]), etc.). Entwicklungshilfe, hier eingesetzt, zielt vor allem auf die Beeinflussung von Entscheidungsprozessen [15]).

2) Mit Recht weist Marx darauf hin, daß der Außenhandel „durch die innere Notwendigkeit dieser Produktionsweise, durch ihr Bedürfnis nach stets ausgedehnterem Markt, ihr eigenes Produkt geworden" [16]) ist. Dies bedeutet nun nichts anderes, als daß für die stetige Erweiterung der Akkumulation der einzelnen Kapitale der äußere Markt als Realisierungsinstrument eine Notwendigkeit ist. Nun ist aber der immense Verlust an nationalen Werten, den die Entwicklungsländer, sei es durch den nicht-äquivalenten Tausch, sei es durch den Transfer der Kapitalgewinne, erfahren, gerade dazu angetan, diese Möglichkeit zu beschneiden [17]). Insofern kommt also der staatlichen Entwicklungshilfe ein hoher Stellenwert für die Kapitalakkumulationsmöglichkeiten der westeuropäischen und nordamerikanischen Konzerne zu, da sie das Mittel ist, um das gegebene Handelsvolumen soweit als möglich aufrechtzuerhalten. Daß diese Methode nur von kurzfristiger Wirksamkeit ist, wird an der zunehmenden Verschuldung und damit dem erhöhten Schuldendienst der Entwicklungsländer deutlich.

Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang aber auch, daß die potentielle Möglichkeit des Ausscherens der jungen Nationalstaaten aus dem Weltmarkt von den Konzernen durch ihre Ausbeutung dieser Länder selbst induziert wurde. Insofern stellt die Entwicklungshilfe einen der Bevölkerung auferlegten Tribut dar [18]), um im Interesse des Privatkapitals die von ihm selbst geschaffene Situation zu seinen Gunsten soweit wie möglich zu korrigieren.

---

13) K. Marx, Das Kapital, Bd. 3, Berlin (DDR) 1967, S. 260 und 277.
14) Dies hat aber auch noch eine andere Seite: Die erhöhten Einnahmen der OPEC-Länder lassen die westdeutsche Wirtschaft auf erhöhte Exporte hoffen. Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 11. 3. 1974.
15) Wichtigtes Instrument dabei ist die Ausbildung und/oder Entsendung von Planungsfachleuten.
16) K. Marx, a. a. O., S. 247.
17) So fiel der Anteil der Entwicklungsländer am Weltexport von 25 % (1955) auf 17,75 % (1970) (M. Barrat/Brown, Struktur der Weltwirtschaft, in: Krippendorff, a. a. O., S. 34—75, hier: S. 38).
18) Es ist daher falsch, die Entwicklungshilfe nur als Umverteilung des Mehrwerts zu betrachten, wie dies Tjulpanow tut (I. S. Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern, Frankfurt/M 1972, S. 146).

3) Doch ist der Außenhandel nicht allein Realisationsinstrument. Sofern durch ihn Rohstoffe und Lebensmittel billiger werden, wirkt er sich positiv auf die Profitrate aus. Um den Staaten der Dritten Welt die Möglichkeit zu geben, diese Aufgaben erfüllen zu können, ist die Kapitalhilfe ebenfalls notwendig [19]).

4) Ein weiterer Punkt, der sich positiv auf die Ökonomie der industrialisierten kapitalistischen Staaten auswirkt, ist die Ausbildungshilfe. Sie erhöht potentiell die Mobilität des Faktors Arbeitskraft, entweder indem das Rekrutierungsgebiet für Gastarbeiter vergrößert wird oder durch die qualitative Verbreiterung des Kapitalexports. Dies bedeutet de facto eine Erhöhung der industriellen Reservearmee und damit eine Positionsverbesserung des Privatkapitals in Tarifkämpfen.

5) Letztlich wirkt die Entwicklungshilfe positiv auf die Infrastruktur sowohl der Geber- wie auch der Empfängerländer. Die Schaffung einer adäquaten Infrastruktur in den Entwicklungsländern erhöht die Möglichkeit des privaten Kapitalexports. Dieser erscheint um so profitabler, je arbeitsintensiver die jeweilige Produktion ist, da dort die Löhne nicht nur absolut niedriger liegen, sondern auch die Möglichkeit wesentlich höher ist, sie unter den Wert der Ware Arbeitskraft zu drücken [20]). Für die westlichen Industrienationen kann dies zu einem infrastrukturellen Bereinigungseffekt führen, wenn die arbeitsintensiven Produktionen ausgelagert werden. Dadurch kann gegebenes Investitionspotential in die dynamischen Sektoren der Volkswirtschaft fließen. Damit vertieft sich aber zwangsläufig die Kluft zwischen den beiden Staatengruppen. Schenkungen können einen geradezu negativen Effekt hervorrufen: Sie sind dazu angetan, „korrekturbedürftige Produktionsstrukturen im Rahmen der Entwicklungshilfe zu zementieren" [21]).

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Staat eine Aufgabe dazugewonnen hat: Er setzt und garantiert nicht mehr nur im Inneren, sondern auch außerhalb des betreffenden Nationalstaates, soweit ihm dies möglich ist, die Reproduktionsbedingungen für das Kapital. Dies ist aber kein dezisionistischer Willensakt des Staates, sondern eine unmittelbare Notwendigkeit, da das private Kapital nicht in der Lage ist, seine eigenen Reproduktionsbedingungen in den Entwicklungsländern von sich aus aufrechtzuerhalten.

Das Ergebnis dieser Bemühungen ist eine tendenzielle Erweiterung des Wirtschaftsgebietes des einzelnen Kapitals, was eine Reihe von Kostenersparnissen bewirkt [22]). Insgesamt gesehen, wird aus den hier aufgezeigten unterschiedlichen Motivationen und Begründungszusammenhängen für die Entwicklungshilfe deutlich, daß ihre Entwicklung sich widersprüchlich und voller Reibungen vollziehen mußte und muß.

Dabei sind die beiden wichtigsten Widerspruchsebenen die zwischen kapitalistischem Systemsicherungsinteresse und nationalstaatlichen Interessen sowie zwischen dem nationalen Gesamtkapital und der Bewegung der einzelnen Kapitale.

An der Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung sollen sie nun konkret untersucht werden.

---

19) So gingen z. B. über 44 % des 2. Europäischen Entwicklungsfonds der EWG in die Landwirtschaft der assoziierten afrikanischen Staaten.

20) Der ehemalige FDP-Minister Kienbaum sprach dies bei einem Besuch der Republik Südafrika sehr deutlich aus: „Zusammenarbeit (kann auch) darin bestehen, daß Produktionen, die in Deutschland aus Kostengründen einfach nicht mehr rentabel zu gestalten sind und die an das Können des Arbeiters nicht zu hohe Anforderungen stellen, in die Borderindustriegebiete Südafrikas verlagert werden könnten. Meines Erachtens sind derartige Produkte sogar wieder rentabel nach Europa zu reimportieren. In Deutschland verteuern sich die Arbeitskraft und die Arbeitslosenleistungen pausenlos, und in immer kürzeren Tempo folgen die Tariflsteigerungen und kostensteigenden Sozialgesetze" („Industriekurier" v. 4. 2. 1965).

21) A. Kruse-Rodenacker und H. Dumke, Kapitalhilfe, Berlin (West) 1970, S. 65.

22) G. v. Schulze-Gaevernitz, Der Großbetrieb, Leipzig 1892, S. 98 f.

## 2. Entwicklungshilfe zwischen Reaktion und Anpassung

### 2.1 Hallstein und die Folgen

Die Bundesregierung begann — verglichen mit anderen kapitalistischen Industrienationen — erst relativ spät mit der Vergabe von Entwicklungshilfe [23]), nämlich im Jahre 1956, als ein 50-Millionen-Posten im Haushalt des Auswärtigen Amtes für technische Hilfe bereitgestellt wurde.

Vorausgegangen war dem ein jahrelanges Drängen der USA, daß ihre Verbündeten, vor allem die BRD, ihren Beitrag zu den anfallenden Systemsicherungskosten aufzubringen hätten.

Bis dahin war man aber in der BRD auf taube Ohren gestoßen, da die Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft sowie die verstärkte Außenexpansion auf den europäischen Märkten vorhandenes, relativ überschüssiges Kapital absorbierte und somit kein unmittelbarer Anreiz zur Außenexpansion in die Dritte Welt gegeben war.

Daß diesem Drängen endlich nachgegeben wurde, resultiert zwar auch aus dem Bestreben, die Bündnispartner, insbesondere wegen ihrer Bedeutung in der Auseinandersetzung um die deutsche Frage, nicht zu verärgern, hat aber seinen Haupthintergrund in der Veränderung der weltpolitischen Szenerie.

Mit der Bandung-Konferenz 1955 hatte mitten im Kalten Krieg eine Zusammenfassung der bis dahin unabhängig gewordenen Staaten der Dritten Welt auf der Basis einer neutralistischen und tendenziell antiimperialistischen Plattform stattgefunden. Dadurch verstärkten sich in der internationalen Politik Gewicht und Einfluß der jungen Nationalstaaten, was bei den Westmächten sofort den Verdacht aufkommen ließ, daß nun die Entscheidungsschlacht mit dem Kommunismus bevorstehe. So begründete dann auch Gerstenmaier die Entwicklungshilfe als einen Versuch, dem „Vormarsch des Kommunismus einen Riegel vorzuschieben" [24]). Für dieses Unternehmen war die BRD besonders gut geeignet, da sie, nachdem die USA, vor allem durch ihre Lateinamerikapolitik, das Image eines ehrlichen Maklers verloren hatten, der einzige hochindustrialisierte Staat des Westens war, der ebenfalls über dieses Image verfügte, da die Deutschen, wenn auch unfreiwillig, seit 1918 keine Kolonien mehr besaßen.

Doch dieser Kredit wurde sehr schnell verspielt: Einmal durch die Waffenlieferungen an Israel und später an Portugal, was schließlich dazu führte, daß die BRD von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) als zweite Hauptmacht des Imperialismus angeklagt wurde, und zum anderen durch die vollständige Unterordnung der Entwicklungshilfe unter die außenpolitische Konzeption, insbesondere unter die Deutschlandpolitik.

Daran änderte sich auch nichts, als 1960/61 die Entwicklungshilfe aus der Zuständigkeit des AA herausgenommen und ein eigenes Ministerium (mit Walter Scheel an der Spitze) geschaffen wurde.

---

[23]) Im wesentlichen existieren in der BRD folgende Formen der Entwicklungshilfe:
1. öffentliche: 1.1 direkte;
1.1.1 bilaterale: nichtrückzahlbare Zuwendungen (Zuschüsse), projektgebundene Kapitalkredite, nichtprojektgebundene Kapitalkredite, ungebundene Finanzkredite, langfristige Exportkredite (aus ERP-Mitteln oder von der Kreditanstalt für Wiederaufbau), Umschuldungskredite, technische Hilfe (Bildungshilfe, Sozialstrukturhilfe etc.);
1.1.2: multilaterale: nichtrückzahlbare Zuwendungen, Kapitalzeichnungen bei internationalen Finanzierungsinstitutionen, Kauf von Schuldverschreibungen und Anleihen solcher Organisationen;
1.2: indirekte: Exportkredite, Risikengarantien, Doppelbesteuerungsabkommen, Investitionsförderung, Beratung, Information etc.;
2. private: Direktinvestitionen, Exportkredite (meist steuerlich begünstigt), Wertpapierkäufe etc.
(Zusammenstellung nach: C. Uhlig, Entwicklungshilfepolitik, Hamburg 1971, S. 54 ff).

[24]) „Bulletin" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung v. 11. 2. 1961.

Hauptkriterium für die Mittelvergabe war die Haltung des betreffenden Landes zur sogenannten Deutschlandfrage. Daß sich das Schicksal der Deutschen und insbesondere „unserer Brüder und Schwestern in der Zone" in Asien und Afrika entscheiden werde, war allgemeiner und nicht anzweifelbarer Konsens unter den politischen Entscheidungsträgern der damaligen Epoche. Die Scheinfrage: Wie hältst Du es mit der Wiedervereinigung? wurde zur Kardinalfrage, und damit entzog sich die Vergabepolitik in großem Maß sachrationalen Argumenten.

Die Deutschland- und Europapolitik der Bundesregierung war aber noch in einem anderen Zusammenhang maßgebender Initiator für die geographische Richtung der Entwicklungshilfepolitik: Die Drohung der USA, ihr Engagement in Westeuropa zu reduzieren, um ihre Positionen in Lateinamerika und anderen überseeischen Regionen voll erhalten zu können, zwang Bonn, das die Anwesenheit der USA in der BRD als conditio sine qua non ihrer angestrebten Wiedervereinigungspolitik ansah, zu einem verstärkten Engagement in den Fußstapfen der USA [25]). Damit waren natürlich eigenständiger Entwicklungspolitik entscheidende Grenzen gesetzt. Unter dieser Dominanz der politischen Zielsetzung mußte Entwicklungshilfe zu einem Instrument verkommen, das zu allem, nur nicht zur Entwicklung der betreffenden Staaten taugte.

Durch weltweite Streuung (Gießkannenprinzip) [26]) suchte man Freunde für den westdeutschen Standpunkt in der Wiedervereinigungsfrage zu gewinnen. Dies führte aber nur zu einer Verzettelung der Hilfsgelder und half den Entwicklungsländern wenig. Zum anderen führte die Beharrlichkeit und erpresserische Radikalität der Bundesregierung in dieser Frage zu negativen Reaktionen in den Entwicklungsländern, da sie dies als Bevormundung und Einmischung in die inneren Angelegenheiten betrachteten. Damit engte die BRD selbst ihren außenpolitischen Spielraum in der Dritten Welt ein. Eine Tatsache, die auch von Eppler hervorgehoben wird, wenn er schreibt: „Doch je sichtbarer das Motiv des Alleinvertretungsanspruches wurde, je mehr die wirtschaftliche Macht der Bundesrepublik Deutschland wuchs, desto näher lag es, auch bei ihr neokolonialistische Absichten zu vermuten" [27]). Daß die Hallsteindoktrin schließlich, wenn auch sehr zögernd, als Grundlage der Entwicklungshilfepolitik aufgegeben wurde, hat mehrere Ursachen:

1) erwies sie sich als ineffektiv. Trotz der Repressalien der Bundesregierung hatten vor dem Abschluß des Grundvertrages rund 30 Staaten aus der Dritten Welt die DDR diplomatisch anerkannt;

2) erschwerte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, der automatisch auf die Anerkennung der DDR durch einen dritten Staat erfolgte, die Möglichkeiten der westdeutschen Kapitalexpansion in jene Länder;

3) wurden die Kosten der Durchsetzung der Hallsteindoktrin immer höher, da es einigen Entwicklungsländern durch geschicktes Lavieren zwischen BRD und DDR gelang, immer höhere Kredite zu bekommen.

Ein typisches Beispiel dafür ist Indonesien: Bis März 1963 hatte dies Land von der BRD 90 Mio DM erhalten und 10 weitere waren zugesagt. „Da beantragte die DDR, ihr Generalkonsulat in Indonesien in eine Botschaft umzuwandeln. Dar-

25) Vgl. M. Uschner, „Entwicklungspolitik" — Expansion — Globalstrategie, Berlin (DDR) 1969, S. 66.
26) Der Gesamtbetrag der bundesdeutschen Entwicklungshilfe von 10 538 Mio DM (bis 31. 12. 1968) verteilte sich auf insgesamt 64 Staaten (Kruse-Rodenacker, a. a. O., S. 109).
27) **Wie wenig Eppler** sich in bestimmten Punkten vom CDU/CSU-Konzept unterscheidet, macht auch dieses Zitat deutlich: Er moniert nicht die Verbindung Alleinvertretungsanspruch und Entwicklungspolitik, sondern nur die Sichtbarkeit dieser Verquickung (E. Eppler, Wenig Zeit für die Dritte Welt, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971, S. 95).

auf wurde beim Staatsbesuch Lübkes im Herbst 1963 ein 100-Millionen-Kredit und zweckgebundene Mittel für eine Zahnklinik und ein Stahlwerk in der Höhe von 54 Millionen zugesagt. Im Frühjahr 1964 erfolgte der zweite Vorstoß der DDR-Regierung. Sie versprach den Bau eines Planetariums und verlangte die Aufwertung ihres Generalkonsulates zur Botschaft, was Bonn mit weiteren 30 Millionen verhinderte. Im Dezember 1964 bot die DDR zu wesentlich günstigeren Bedingungen als die Bundesrepublik 240 Millionen an und forderte die Errichtung eines indonesischen Generalkonsulats in Ostberlin. Daraufhin ließ Präsident Lübke durch den deutschen Botschafter einen persönlichen Brief an Sukarno überbringen. In ihm wurden weitere Millionen für den Fall zugesagt, daß Indonesien die DDR nicht voll anerkenne" [28]).

Auf die Unverhältnismäßigkeit der Mittel verweist auch Eppler: „Selbst die deutsche Ausrüstungshilfe, die ja unter rein außenpolitischen Gesichtspunkten vergeben wurde, erreichte in den seltensten Fällen ihr Ziel. Algerien, Somalia, der Sudan und Guinea gehören zu den Empfängern von Ausrüstungshilfe — sie alle haben die DDR anerkannt" [29]).

4) kollidierte das spezifische Bonner Interesse immer häufiger mit den kollektiven Systemsicherungsaufgaben. Als z. B. die diplomatischen Beziehungen zu Tansania abgebrochen wurden, wußte die „Berliner Zeitung" am 22. Januar 1965 zu vermelden: „Die Amerikaner drängen uns, die Position in Tansania zu halten, damit nicht ganz Ostafrika unter roten Einfluß gerät. Soll das auf Kosten der vitalen deutschen Interessen geschehen?"

Die bisherige Darstellung könnte sehr leicht den Eindruck hervorrufen, daß, wie Kruse-Rodenacker es auch formulierte, „in erster Linie politische Motive zum Entstehen der Entwicklungs- und Kapitalhilfe geführt (haben)" [30]).

Dafür würde auch das vom Legationsrat I. Klasse Dr. Dumke verfaßte Memorandum sprechen, in dem es heißt: „Die Politik gegenüber den Entwicklungsländern — die Entwicklungspolitik — hat die Aufgabe, Mittel und Wege zu finden, um eine enge Zusammenarbeit und langfristige Bindung zwischen den Entwicklungsländern und der Bundesrepublik herzustellen und somit die Verwirklichung einer Reihe von außenpolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik, wie Wiedervereinigung, Nichtanerkennung der Sowjetzone und Nichteinbeziehung der Entwicklungsländer in die östliche Einflußsphäre zu ermöglichen" [31]).

Dies wäre aber in der Tat eine falsche Vereinseitigung des Problems der Entwicklungshilfe und eine Verstrickung in den propagandistischen Schlingen [32]).

Erstens gilt ganz allgemein, daß die Systemsicherungsaufgaben, die in den Verlautbarungen der Politiker über die Entwicklungshilfe einen so gewichtigen Raum einnehmen, immer auf die ökonomische Basis rekurrieren, da der Systemantagonismus sich negativ auf die Kapitalverwertungsbedingungen auswirkt.

Zweitens hatte die westdeutsche Industrie bereits zu diesem Zeitpunkt Interesse an verstärkter Auslandsaktivität, da, wie Abs sagte, „der Weg zur Weltgeltung ... eben nicht über den Warenexport (führe), sondern über die Kapitalstärke" [33]).

[28]) K. Bodemer, Entwicklungshilfe und Deutschlandpolitik, in: „vierteljahresberichte — Probleme der Entwicklungsländer", Bonn-Bad Godesberg, H. 50 (Dezember 1972), S. 399—420, hier: S. 408.
[29]) E. Eppler, Entwicklungpsolitik und Eigeninteressen, in: „Europa-Archiv", Folge 6/1971, S. 187—194, hier: S. 194, Anm. 12.
[30]) Kruse-Rodenacker, a. a. O., S. 18.
[31]) Zit. nach Rieger, a. a. O., S. 69.
[32]) Es ist durchaus kein Zufall, daß bei Eppler und anderen sozialdemokratischen Autoren in ihrer Kritik am CDU/CSU-Konzept die politische Dimension in den Vordergrund gerückt wird, da in der Frage der ökonomischen Interessen die gleiche Politik verfolgt wird. Vgl. Teil 2.2.
[33]) Zit. nach J. Ostrowsky, Probleme der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika, Magisterarbeit, Marburg 1972, S. 5.

Dafür wurde die Unterstützung der Bundesregierung gefordert, und diese gab sie auch bereitwillig: „Im Idealfall stellt die staatliche Entwicklungshilfe das Präinvestment für privatwirtschaftliche Investitionen dar" [34]).

Betrachtet man die regionale Aufteilung der westdeutschen Kapitalhilfe, so kann man sehen, daß dieser Grundsatz zum allgemeinen Strukturprinzip der Vergabepolitik wurde: Bis Ende 1968 gingen 60,2 % der Kapitalhilfe nach Asien und 17,2 % nach Afrika, aber nur 6,3 % nach Lateinamerika [35]), während der Hauptteil der für die Entwicklungsländer bestimmten privaten Direktinvestitionen nach Lateinamerika ging [36]).

Diese umgekehrt proportionale Bewegung erklärt sich aus dem Fehlen der infrastrukturellen Voraussetzungen für große Investitionen privater Natur in Asien und Afrika. Aufgabe der öffentlichen Entwicklungshilfe ist es, bei ihrer Schaffung mitzuwirken; somit kann sie unter diesem Gesichtspunkt mit Recht als langfristig gesehenes Präinvestment betrachtet werden.

Dabei darf aber das politische Moment trotzdem nicht übersehen werden, da die Entwicklungshilfe trotz ihrer ökonomischen Bestimmung besonders in jene Gebiete fließt, in denen die Positionen des Imperialismus heftig angegriffen werden bzw. die in der Systemauseinandersetzung eine gewichtige Rolle spielen: So gingen in den Anfangsjahren 55 % der Entwicklungshilfe an Indien, Pakistan, Griechenland und die Türkei [37]).

Auch setzt die staatliche Hilfe nicht nur die Rahmenbedingungen, sondern greift direkt im Interesse der einzelnen Konzerne ein: So bekam Pakistan zwischen 1962 und 1967 Anleihen von 83 Mio DM, um Montageteile für die Telephone Industries of Pakistan zu beziehen, an denen Siemens mit 12 % beteiligt ist [38]).

Ein weiteres Moment, das in den Anfängen der Entwicklungshilfepolitik der BRD eine wichtige Rolle spielte, war der Einsatz staatlicher Kredite, um während des Zweiten Weltkrieges beschlagnahmtes deutsches Eigentum, wie etwa in Griechenland und Argentinien, wieder seinen ehemaligen Besitzern zuführen zu können [39]).

Damit konnte eine Reihe von Unternehmen ihre Auslandsaktivitäten wieder aufnehmen, ohne daß Neuinvestitionen notwendig waren oder neue Märkte erschlossen werden mußten. Flankierende Maßnahmen stützten dieses Vorgehen ab, nachdem im Herbst 1957 die Lizenzierungspflicht für den Kapitalexport aufgehoben wurde. Wesentlichste Mittel dabei waren und sind noch die staatlichen Kapitalanlagegarantien, die die privaten Unternehmer vor dem Verlust ihres Eigentums schützen, und Doppelbesteuerungsabkommen mit den wichtigsten Anlageländern [40]).

So stiegen dann auch die privaten Auslandsinvestitionen von 421,1 Mio DM im Jahre 1955 auf 9995,3 Mio DM im Jahre 1966 [41]). Dabei entfiel ein knappes Drittel auf die Entwicklungsländer [42]), was durchaus dem internationalen Durchschnitt entspricht [43]).

---

34) „Bulletin" v. 19. 3. 1963.
35) Kruse-Rodenacker, a. a. O., S. 109.
36) Uhlig, a. a. O., S. 64.
37) „DWI-Berichte", Berlin (DDR), H. 8/1965, S. 9.
38) Ebd., H. 6/1970, S. 27.
39) J. Chmelnizkaja, Der westdeutsche Monopolkapitalismus, Berlin (DDR) 1962, S. 260.
40) Aufgabe der Doppelbesteuerungsabkommen ist es, eine doppelte Versteuerung, d. h. im Land der Direktinvestition und in der BRD, zu verhindern.
41) H.-E. Scharrer (Hrsg.), Förderung privater Direktinvestitionen, Hamburg 1972, S. 472.
42) Ebd., S. 601.
43) USA: 30 % (1967) und Großbritannien 34 % (1965) (W. Kraus, Ausbeutung der Entwicklungsländer durch Privatinvestitionen?, in: Materialien zur Entwicklungshilfekritik, Bonn o. J., S. 30—50, hier: S. 33.

Dabei ist bei diesen Zahlen noch anzumerken, daß sie sehr unvollständig sind, da die gesetzliche Grundlage zur statistischen Erfassung von Kapitalexport in der BRD ungenügend ist und z. B. Reinvestitionen nicht ausweist.

Da aber nach verschiedenen Berechnungen die Reinvestitionsrate des westdeutschen Kapitals in den Entwicklungsländern mit 80 % wesentlich höher ist als die US-amerikanischer oder englischer Investoren [44]), wird der Gesamtbestand an Direktinvestitionen in der Dritten Welt zu niedrig angegeben. Nach Schätzungen stieg ihre Gesamtsumme von 176 Mio DM (1962) auf 248 Mio DM (1966) [45]). Wie enorm die Gewinnspanne daher sein muß, zeigt die Tatsache, daß die Kapitalerträge, die in die BRD zurückflossen, ebenfalls eine steigende Tendenz aufweisen: von 295 Mio DM (1964) auf 460 Mio DM (1967) [46]).

Einschränkend muß aber bemerkt werden, daß der Anteil der Direktinvestitionen in die Entwicklungsländer an den jährlichen privaten Investitionen in Unternehmungen nur 1,8 % betrug [47]).

Letztlich sei noch auf einen anderen wichtigen Aspekt, den hohen Konzentrationsgrad, hingewiesen: Schon 1958 verfügten nur 50 Konzerne über rund 70 % aller im Ausland angelegten Nominalwerte [48]).

Zusammenfassend kann man über diese Periode der bundesdeutschen Entwicklungshilfe feststellen, daß sie trotz der allgemeinen Konzeptlosigkeit im entwicklungspolitischen Sinne zwei Ziele verfolgte, die sie auch partiell realisieren konnte:

Erstens gelang es, den Prozeß der Aufnahme normaler zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen den jungen Nationalstaaten und der DDR wesentlich zu verschleppen. Zweitens wurde mittels staatlicher Hilfe der Kapitalexport in die Dritte Welt forciert und somit Ausgangsbedingungen für eine zukünftige Kapitaloffensive geschaffen.

Dabei zielte die Auslandshilfe gleichzeitig auf die Verhinderung einer tiefgreifenden und sinnvollen Industrialisierung. Dazu Ludwig Erhard: „Die Grundindustrien, die in den unterentwickelten Ländern aufgebaut werden, sind keine notwendigen Industrieprojekte, sondern Nationaldenkmäler" [49]). Letztlich nützte aber diese Art von Entwicklungshilfe keinem: den Entwicklungsländern nicht und auch nicht der Bonner Regierung. Auch hier mußte man schließlich einsehen, daß man „mit Auslandshilfe ... im allgemeinen keine verläßlichen Freunde kaufen (kann)" [50]). Die zunehmende internationale Kritik ließ eine Veränderung als dringend notwendig erscheinen. Mit der Großen Koalition und dem Einzug der SPD (Jürgen Wischnewski) in das BMZ war dann auch die Möglichkeit zur Erprobung neuer Konzeptionen gegeben.

### *2.2 Entwicklungshilfe und Systemsteuerung*

Mit der Wirtschaftskrise 1966/67 vollzog sich für die BRD mit der Bildung der Großen Koalition und der Ablösung Erhards der entscheidende Übergang von der proklamierten — aber nie konsequent durchgeführten — Wirtschaftspolitik des laissez faire zum zunehmenden Staatsinterventionismus.

44) Ebd., S. 46.
45) Ebd., S. 34.
46) Ebd., S. 45 f.
47) Ebd., S. 48.
48) Ostrowsky, a. a. O., S. 6.
49) Zit. nach Rieger, a. a. O., S. 67.
50) L. B. Pearson u. a., Der Pearson-Bericht, Wien/München/Zürich 1969, S. 28.

Das bedeutete für die Entwicklungshilfepolitik nicht nur die stärkere Einbeziehung dieses Instruments in die Außenwirtschaftspolitik im Interesse der Unternehmer, sondern auch die Ausarbeitung eines auf wissenschaftlicher Grundlage basierenden allgemeinen Konzepts, das an die Stelle der bisherigen Handwerkelei ein auf langfristigen Erfolg angelegtes Rahmenmodell setzt. Dabei werden keineswegs die zentralen Motive der bisherigen Entwicklungspolitik eliminiert, sondern es wird versucht, sie durch neue Methoden besser realisieren zu können. Damit gewinnt das entwicklungspolitische Moment innerhalb der Arbeit des BMZ mehr an Bedeutung, da inzwischen klar geworden war, daß — wie Eppler es formulierte — „eine Entwicklungspolitik, die kurzfristige außenpolitische Ziele verfolgt, ... mittel- und langfristig die Beziehungen zum Entwicklungsland (gefährdet)" [51]) und damit „auf Dauer weder der Wirtschafts- noch der Außenpolitik (dient)" [52]).

Die ökonomischen und politischen Probleme und Schwierigkeiten hatten es auch für das BMZ zu einer „eminent praktischen Fragestellung" werden lassen, „wie es möglich ist, in einer veränderlichen und nicht beherrschbaren Umwelt bestimmte Systemstrukturen invariant zu halten" [53]). Eine Aufgabe, die nur gelöst werden konnte, wenn die Entwicklungsstrategie soziologisch fundiert wurde. Dabei konnte es nicht um eine radikale Abkehr von den bisherigen Zielvorstellungen gehen, sondern nur um Handlungsalternativen für die Aufrechterhaltung des status quo. Zum Leitmotiv für das neue Modell wurde die Feststellung: „Eine Entwicklungspolitik, die größtmöglichen Nutzen für die Entwicklungsländer anstrebt, dient dem langfristigen Gesamtinteresse der deutschen Volkswirtschaft" [54]).

Damit ist aber auch deutlich, daß Entwicklungspolitik noch immer aus den Bedürfnissen und Interessen nicht des Empfängerlandes, sondern der BRD bestimmt wird. Bevor nun das Konzept selbst dargestellt wird, seien jene Faktoren untersucht, die unmittelbar auf eine Neuformulierung der Strategie drängten.

### *2.2.1 Ökonomische Probleme der BRD und die Bedeutung der Außenwirtschaft*

Die Rezession 1966/67 stellt einen wichtigen Einschnitt in die ökonomische und politische Entwicklung der BRD dar und muß somit Ausgangspunkt der Untersuchung sein.

Ist es die ökonomische Funktion einer Krise, das Kapital mit elementarer Gewalt auf die Grenzen seiner Absatzmärkte zu stoßen, und liegt die Ursache der Überproduktion im Kapitalüberfluß im privaten Produktionsbereich [55]), dann gewinnt die Außenwirtschaft als ein Moment der Erschließung neuer Märkte zunehmend an Gewicht.

Daß dies auf das westdeutsche Kapital zutrifft, zeigen die folgenden Zahlen: Die privaten Direktinvestitionen stiegen um 2 Mrd DM auf 12,05 im Jahre 1967, um dann bis 1969 kontinuierlich auf 17,61 Mrd DM zu wachsen. Damit wurde innerhalb von drei Jahren mehr Kapital exportiert als zwischen der Aufhebung des Kapitalexportverbotes nach 1952 und 1965, also innerhalb von 13 Jahren [56]).

51) Eppler, Entwicklungspolitik . . ., a. a. O., S. 191.
52) Ebd.
53) N. Luhmann, Politische Planung, Opladen 1971, S. 101.
54) Eppler, Entwicklungspolitik . . ., a. a. O., S. 188.
55) E. Altvater, Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders: „Stabilisierte Wirtschaft" „Formierte Gesellschaft" (II), in: „neue kritik", H. 40 (Februar 1970), Frankfurt/M, S. 13—27, hier: S. 15.
56) D. Kebschull, Entwicklungspolitik, Düsseldorf 1971, S. 158.

Dabei dürfte die Summe noch zu niedrig liegen, da — wie erwähnt — das statistische Material in diesem Bereich sehr ungenügend ist [57]). Nach verschiedenen Schätzungen belief sich der Gesamtbestand an Auslandsinvestitionen bereits 1969 auf 21 Mrd DM [58]).

Damit ist die BRD trotz aller offiziellen Klagen zu einem der großen Kapitalexportländer geworden und liegt an dritter oder vierter Stelle in der Weltrangliste. Der kumulative Effekt, der dabei hervorgerufen wird, führte dazu, daß 1972 erstmals fast die 4-Mrd-Grenze erreicht wurde, wovon über eine Milliarde in die Entwicklungsländer ging [59]).

Dabei ergibt sich für den Kapitalexport in die Entwicklungsländer eine Reihe von Schwierigkeiten, die Eingriffe des Staates notwendig machen, falls das private Kapital in diese Regionen einfließen soll. Letzteres ist nicht nur wegen der — noch näher zu behandelnden — Rohstoffproblematik, sondern auch infolge der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ein Zwangsgesetz für den individuellen Kapitaleigner. Die preisgünstige und sichere Versorgung mit knappen ausländischen Rohstoffen, die durch internationale Produktion erreichbare Immunisierung gegen nationale Konjunkturschwankungen und generell die Gewinnung und Erhaltung ausländischer Märkte stellen sich für ihn als unmittelbare Notwendigkeit.

Diese Tatsache wird auch durch empirische Untersuchungen bestätigt, in denen vor allem Sicherheits- und Wachstumsgründe für Auslandsinvestitionen genannt werden [60]), wobei insbesondere auf Zwangsmotive wie Patentsicherung [61]), Importrestriktionen etc. verwiesen wird [62]).

Somit fallen hier nicht nur die allgemeinen Systemsicherungsinteressen und die des individuellen Kapitalisten auseinander, sondern vielmehr auch dessen individuelle Notwendigkeiten zur erweiterten Reproduktion und seine Möglichkeiten [63]).

Zwar wirken so reine Kostenfaktoren wie Ausnutzung des Lohngefälles, Ausnutzung von Rohstoffquellen am Ort, Einsparung von Transportkosten durch Produktion in Marktnähe, Ausschaltung des Zwischenhandels auf die geographische Richtung des Kapitalexports, doch bleibt dabei allemal das Problem bestehen, auf das der „Industriekurier" hinwies, als er schrieb, daß bei extrem schwach entwickelter Infrastruktur (was vor allem auf die afrikanischen, insbesondere die mit der EG assoziierten Staaten zutrifft) „das Risiko und ... die Kosten der Produktion trotz niedrigster Löhne und selbst durch großzügigste Investitionsförderung durch die betreffenden Regierungen größer als bei einer Fabrik in den Ballungszentren Europas (sind)" [64]). Niedrige Lohn- und Materialkosten sind an sich auch deshalb keine Stimuli für Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, weil bei einem begrenzten Markt auch eine hohe Profitrate keine ge-

57) Zur Kritik siehe: G. Myrdal, Politisches Manifest über die Armut in der Welt, Frankfurt/M 1970, S. 304 ff.
58) Scharrer, a. a. O., S. 13. Uber Holdings abgewickelte Transaktionen werden von der Statistik nur soweit erfaßt, als aus der BRD Kapital an die Holdings geht (ebd., S. 484).
59) Beilage zu „Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank", Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Nr. 7, Juli 1973, S. 30.
60) Scharrer, a. a. O., S. 63.
61) Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß Direktinvestitionen auch Forschungserträge erbringen. Dabei kommen nicht nur die reinen Forschungserträge der Tochtergesellschaften den Konzernen zugute, sondern auch allgemeine technische, absatzwirtschaftliche und führungspolitische Daten. Dies ist gerade bei der relativ geringen Auslandserfahrung des westdeutschen Kapitals von großer Bedeutung (ebd., S. 44).
62) Kebschull, a. a. O., S. 160.
63) Dies verweist auf die Tatsache, daß durch die erschwerten Verwertungsbedingungen in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern nicht mehr ausreichend Profitmasse bereitgestellt wird, um unter den Bedingungen eines kapitalistisch strukturierten Weltmarktes die unterentwickelten Regionen durchzukapitalisieren (C. v. Braunmühl, Weltmarktbewegung des Kapitals, Imperialismus und Staat, in: Braunmühl/Funken/Cogoy/Hirsch, Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt/M 1973, S. 11—91, hier: S. 57 f.).
64) „Industriekurier" v. 28. 6. 1969.

nügend schnelle Vergrößerung des Kapitals bringt. Daher werden bei sonst gleichen Bedingungen Länder mit ausgedehntem Markt bevorzugt und/oder Entwicklungsländer, die verkehrsgeographisch zentral liegen, wie Mexiko oder die Republik Südafrika.

Der Staat muß an diesem Punkt also im Interesse der Unternehmer eingreifen [65]), da, wie Myrdal sehr zutreffend festgestellt hat, „das freie Spiel der Kräfte gewöhnlich eher zu einer Vergrößerung als zu einer Verkleinerung der Ungleichheiten zwischen verschiedenen Regionen" [66]) führt.

Dieser Aufgabe trägt die Bonner Regierung dadurch Rechnung, daß seit der Krise die Entwicklungshilfe kontinuierlich über der Zwei-Milliarden-Grenze gehalten wird [67]). Aber allein die Quantität des staatlichen Kapitalexports löst das Problem noch nicht, auch die Zielrichtung der Entwicklungshilfe mußte verändert werden:

Durch die Aufgabe des „Gießkannenprinzips" wurde es möglich, zwischen den Entwicklungsländern zu selektieren und sich auf jene zu konzentrieren, deren eigenes Wirtschaftspotential und/oder deren wirtschaftsgeographische Lage den Erfordernissen eines ausgedehnten Marktes Rechnung trägt [68]): So gingen 35,9 % der gesamten Kapitalhilfe nach Indien und Pakistan [69]) und 66,7 % der öffentlichen Kredite für Lateinamerika nach Argentinien, Brasilien und Chile [70]). Das andere Moment wird deutlich, wenn man die sektorale Aufteilung der Entwicklungshilfe betrachtet: Über 40 % gingen in Infrastrukturprojekte. Dies ist aber von Erdteil zu Erdteil verschieden: In Afrika ist der Anteil noch wesentlich höher, während er in Lateinamerika am geringsten ist [71]).

Daneben spielt noch ein — nicht unmittelbar der Ökonomie entspringender — Grund eine wichtige Rolle: die politische Instabilität. Hierbei geht es keineswegs nur um die Angst vor Verstaatlichungen. Allein das Fehlen einer gewissen Konstanz in der Wirtschaftspolitik wirkt auf das private Kapital abstoßend, da gerade mittel- und langfristige Orientierungsdaten „für die moderne kapitalintensive Produktionsweise erforderlich" [72]) sind. Auch das Moment des Nationalismus, der keineswegs mit antikapitalistischen gesellschaftspolitischen Konzepten verbunden sein muß, wirkt sich negativ aus. Hauptfaktor ist aber die Angst vor möglicher Verstaatlichung, die, weil nicht immer nur ökonomisch motiviert [73]), schwer kalkulierbar ist [74]).

65) Daß dieser Eingriff nicht im Interesse der Arbeiter sein kann, machen die Ausführungen Scharrers deutlich: „Per Saldo dürften Direktinvestitionen zwar nicht zu einem absoluten Rückgang der Reallöhne im kapitalexportierenden Land führen, wohl aber eine Verschiebung der funktionalen Einkommens- und Vermögensverteilung zu Lasten des Faktors Arbeit und zugunsten des Faktors Kapital fördern" (Scharrer, a. a. O., S. 60).
66) G. Myrdal, Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Frankfurt/M 1974, S. 37.
67) Kebschull, a. a. O., S. 73.
68) „Weniger die sogenannte Stabilität der herrschenden Cliquen der Länder ist daher entscheidend für Investitionsneigungen als vielmehr der ‚Entwicklungsstand' " (D. Danckwerts, Revision der Entwicklungspolitik: Der Staat als Superstruktur im Spätkapitalismus, in: Danckwerts u. a., Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik, Frankfurt/M 1970, S. 9—59, hier: S. 41). In dieser Zuspitzung ist die These völlig falsch, wie das Beispiel Chile zeigt. Optimal für den privaten Unternehmer ist die Existenz beider Faktoren. Fehlt einer völlig, wird er nicht investieren.
69) Stand Ende 1968. Kruse-Rodenacker, a. a. O., S. 109.
70) G. Kratochwil, Die Entwicklungshilfe der BRD für Lateinamerika, Stuttgart 1973, S. 89.
71) Kruse-Rodenacker, a. a. O., S. 107.
72) W. Krämer, Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern, Bielefeld 1969, S. 53.
73) So verstaatlichte z. B. die VAR jegliches belgische Eigentum nach der Ermordung Lumumbas und Algerien die US-Ölkonzerne nach dem Sechs-Tage-Krieg (ebd., S. 51).
74) Diese Tendenz soll aber nicht überschätzt werden: „Kapital flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren. Beweis: Schmuggel und Sklavenhandel" („Quarterly Reviewer", zit. nach K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, Berlin [DDR] 1962, S. 788). Die

Die Aufgaben des Staates dabei definiert Eppler so: „Es liegt im Interesse der deutschen Wirtschaft und der Außenpolitik, den Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern entwicklungspolitisch zu steuern. So können Konflikte mit Entwicklungsländern vermieden und die deutschen Vermögensanlagen in Entwicklungsländern langfristig gesichert werden" [75]).

Dabei handelt es sich sowohl um finanzielle Leistungen, die die weitere Existenz von solchen Politikern und Parteien sichern sollen, die der westdeutschen Privatwirtschaft positiv gegenüberstehen, und um die zahlreichen Formen ideologischer Beeinflussung, die durch die technische Hilfe ermöglicht werden.

Ein weiteres Problem der bundesrepublikanischen Wirtschaft ist die hohe Abhängigkeit vom Außenhandel. Der Anteil des Exports am Bruttosozialprodukt lag 1969 mit 18,8 % doppelt so hoch wie der Japans und sogar 4,5mal so hoch wie der der USA [76]). Die Wirtschaft der BRD ist somit wesentlich abhängiger von den Außenmärkten als die anderer relevanter hochindustrialisierter kapitalistischer Staaten. Damit gewinnen Erwerb und Erhaltung von Außenmärkten einen relativ hohen Stellenwert für die Akkumulation des Kapitals in der BRD. Der Kampf darum ist somit nicht als Kampf von Teilen der westdeutschen Unternehmer, sondern vor allem unter dem Aspekt der Systemsicherung zu betrachten; eine Tatsache, auf die auch der ehemalige BMZ-Chef Wischnewski aufmerksam machte: „Unser Wohlstand hängt wesentlich von der Entwicklung unseres Außenhandels ab. Es geht heute vor allen Dingen darum, die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung noch stärker als bisher zu nützen, die um so intensiver und wirkungsvoller ist, je weiter unsere Handelspartner entwickelt sind" [77]). Und weiter sagte er: „Unsere Entwicklungshilfe sichert uns unseren Export von heute und baut uns riesige Absatzmärkte für morgen auf. ... Das zählt! In den Entwicklungsländern leben doppelt soviel Menschen wie in den Industriestaaten. Das sind zwei Milliarden Verbraucher. Das sind zwei Milliarden Kunden" [78]).

Exportsicherung, Exporterweiterung und regionale Diversifizierung sind somit untrennbar mit der Entwicklungshilfe verbunden. Langfristig gesehen, ist sie, zumindest in den Köpfen der Bonner Politiker, ein Mittel, das den Entwicklungsstand erhöht und damit aus potentiellen Kunden aktuelle macht. Die Erhöhung des Entwicklungsstandes ist insbesondere deswegen notwendig, weil 80 % aller westdeutschen Exporte Fertigwaren, vor allem Kunststoffe, Werkzeugmaschinen, elektrotechnische Erzeugnisse etc. sind [79]), nach denen erst ab einem relativ hohen Niveau des Reproduktionsprozesses Nachfrage besteht.

Eine Einschränkung der Entwicklungshilfe würde die Exportinteressen schwer treffen, da heute im Durchschnitt 20 % der Importe der Entwicklungsländer durch eben diese Hilfe finanziert werden [80]). Neben dem kurzfristigen Aspekt der öffentlichen Kapitalhilfe durch den Rückfluß der Gelder als Aufträge für die bundesrepublikanische Industrie (durchschnittlich 80 %) [81]) liegt der langfristig kumulative im Export von Standards und Techniken. Ein weiteres Problem bietet die Rohstoffsicherung. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, ist die Wirtschaft der BRD extrem auf Rohstoffimporte angewiesen.

---

Profitrate des in Entwicklungsländern investierten Kapitals beträgt im Durchschnitt 15—20 % (in einigen Zweigen 50—100 %) und liegt damit um ca. 50 % höher als in den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten (Tjulpanow, a. a. O., S. 171).

75) Eppler, Entwicklungspolitik . . ., a. a. O., S. 190.

76) Zahlen gelten für 1969. Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1971, Stuttgart/Mainz o. J., S. 504, S. 287 und S. 291; Die Welt in Zahlen — Harms Statistik 1971/72, Frankfurt/Berlin/Hamburg/Essen 1971, S. 217 f, S. 329 f. Eigene Berechnungen.

77) Zit. nach Kebschull, a. a. O., S. 60.

78) Zit. nach Ostrowsky, a. a. O., S. 64.

79) Statistisches Bundesamt, Fachserie G, Teil 3, Nr. 4/69, S. 20 ff.

80) Pearson-Bericht, a. a. O., S. 71.

81) Uhlig, a. a. O., S. 47.

*Importabhängigkeit der BRD von Rohstoffen* [82])

| | *Import-abhängigkeit in %* | *Reichweite der branchenüblich gehaltenen Vorräte in Monaten* |
|---|---|---|
| *Kupfer* | *97* | *1* |
| *Nickel* | *100* | *1,5* |
| *Zinn* | *98* | *1,5* |
| *Cadmium* | *83* | *1* |
| *Magnesium* | *94* | *1,5* |
| *Quecksilber* | *100* | *2,5* |
| *Radioakt. Material* | *100* | *?* |
| *Fe-Erze einschl. Manganerz* | *86* | *2,5* |
| *Rohphosphate* | *100* | *1,5* |
| *Schwefelkies* | *70* | *?* |
| *Rohdiamanten* | *100* | *0,75* |
| *Sintermagnesit* | *100* | *1,5* |

Dabei fällt auf, daß es sich zum größten Teil um Rohstoffe handelt, deren wichtigste Lagerstätten in den Entwicklungsländern liegen. Das Ziel der westdeutschen Industrie ist es, wie der heutige BDI-Chef Sohl bereits im Sommer 1971 formulierte, die Rohstoffgrundlagen zu erweitern [83]). Dabei steht das westdeutsche Kapital vor einigen Schwierigkeiten, da die höffigsten Gebiete bereits mit Konzessionen belegt sind, die Prospektionen langwierig und aufwendig sind und nicht immer Erfolg bringen, der Kapitaleinsatz je Unternehmereinheit ständig steigt und gleichzeitig die Infrastruktur in den meisten Entwicklungsländern fehlt, andererseits aber die politische Unsicherheit für das private Kapital zunimmt [84]). Man bedarf auch in diesem Fall der staatlichen Unterstützung, die auch bereitwillig gegeben wird, wie die lapidare Begründung Schillers für die verstärkte Unterstützung bei der Rohstoffbeschaffung zeigt: „Die chemische Industrie hat mir gesagt . . ." [85]).

Bei dem am 26. Juni 1970 von der Brandt/Scheel-Regierung beschlossenen Fünf-Punkte-Programm zur Versorgung mit mineralischen Rohstoffen wird deutlich, wie dieser Mechanismus zur Förderung des privaten Unternehmertums funktioniert:

a) werden durch das Entwicklungshilfe-Steuergesetz den Unternehmern Steuern erlassen [86]);

b) wird durch Kredite und Subventionen das Risiko der Prospektionsperiode vom Staat übernommen;

c) werden Kredite an bereits engagiertes Kapital vergeben, um dessen Stellung zu festigen bzw. auszubauen (z. B. für die Kupferunternehmen in Indonesien und der Republik Südafrika);

82) Zit. nach Scharrer, a. a. O., S. 562. Ein völlig anderes Bild ergibt sich bei den landwirtschaftlichen Rohstoffen: Trotz Importabhängigkeit ist das Interesse daran generell rückläufig, da hier die politische Unsicherheit (Agrarreform) sehr hoch ist und eine Reihe von Substituten bereits entwickelt sind. Andererseits schafft sich aber die BRD über die EG in den Mittelmeerländern eine sichere Basis für Agrarimporte.
83) Nach Ostrowsky, a. a. O., S. 59.
84) Vgl. „DWI-Berichte", a. a. O., H. 10/1971, S. 32.
85) Zit. nach Ostrowsky, a. a. O., S. 17.
86) Der entwicklungspolitische Effekt dieser Maßnahme ist sehr gering, da sie nicht verhindert, daß die privaten Direktinvestitionen sich fast nur auf die Länder mit dem höchsten Entwicklungsstand beschränken (K. Porzner, Auswirkungen des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes, in: „Entwicklungspolitik-Materialien", Nr. 37 [April 1973], Bonn, S. 1 ff).

d) dient die technische und finanzielle Hilfe an die Entwicklungsländer dem Aufbau der Infrastruktur.

Dabei darf der letzte Punkt nicht in dem Sinne monokausal interpretiert werden, daß es hier nur um die Infrastruktur für Rohstofferschließung ginge, denn eine „Rohstoffpolitik kann langfristig nur erfolgreich sein, wenn sie mit der Entwicklungspolitik zusammenarbeitet" [87]).

Die Stärkung der nationalen Befreiungsbewegung hat inzwischen in den meisten Entwicklungsländern eine Situation geschaffen, in der das Privatkapital nur mehr sehr vorsichtig agieren kann. Staatlicher Entwicklungshilfe kommt hier, als flankierender Maßnahme, die Aufgabe zu, dieses private Kapital so gut wie möglich zu schützen. Die BRD hat dabei vor allem wegen ihrer geographischen Verteilung der Rohstoffinvestitionen Schwierigkeiten. Am deutlichsten tritt dieses Problem in Afrika auf: Interessen und Engagements sowohl im rassistischen Block des südlichen Afrikas wie bei den jungen Nationalstaaten Schwarzafrikas schließen sich zwar gegenseitig nicht aus, beschränken aber den jeweiligen Handelsspielraum auf ein Minimum [88]).

Ein anderes Spezifikum der BRD-Aktivitäten in den Entwicklungsländern ist der relativ hohe Anteil von Investitionen in die verarbeitende Industrie. Dies ist zwar historisch bedingtes Resultat der geringen „Weltläufigkeit" des deutschen Kapitals nach 1918 und der wachsenden Stärke der nationalen Befreiungsbewegungen seit Beginn der 60er Jahre, doch gibt es auch von seiten der BRD einen sehr wichtigen und diese Tendenz aktiv fördernden Zusammenhang zwischen Strukturpolitik und Entwicklungshilfe. Erhard Eppler drückte ihn so aus: „Eine Kombination von Entwicklungs- und Strukturpolitik kann den Umstrukturierungsprozeß in der BRD erleichtern helfen; etwa durch Aufgabe relativ unproduktiver Produktionszweige und ihre Verlagerung in Entwicklungsländer, wenn sie dort relativ produktiv sind" [89]).

Interessanterweise befindet Eppler sich hier in Übereinstimmung mit F. J. Strauß, der erklärte: „Wir sollten den ärmeren Ländern helfen, die Produkte der Gegenwartstechnik herzustellen, und sollten bei uns, auch das ist eine bewußt von der Regierung geförderte Zielsetzung, schon die Produkte der Zukunftstechnik herzustellen beginnen. Deshalb sollen wir es den Entwicklungsländern ermöglichen, nicht an unserer Stelle, aber mit uns gemeinsam Fernsehapparate, Radioapparate, Küchenmaschinen, einfache Büromaschinen, Automobile und so weiter herzustellen, weil wir morgen an sie die Computer verkaufen wollen, deren Produktion bis dahin dann bei uns eine wesentlich größere Rolle einnehmen wird als heute" [90]).

Wiederum sehen wir, daß von der Sache her kein Unterschied zwischen der CDU/CSU-Konzeption und den Ausführungen Epplers vorhanden ist. Generell gilt dies für den ganzen Bereich der ökonomischen Begründungszusammenhänge, Motivationen und Ziele der Entwicklungspolitik.

Die SPD unterscheidet sich in diesem Bereich nur da von ihren Vorgängern, wo die verstärkte Außenexpansion der westdeutschen Wirtschaft zur objektiven Notwendigkeit wurde und sie gezielt und systematisch gefördert werden muß. Ökonomisches Hauptmoment ist und bleibt der Versuch, mittels der Entwicklungs-

87) Eppler, Entwicklungspolitik . . ., a. a. O., S. 190.
88) Vgl. dazu B. Schilling und K. Unger, Die Bundesrepublik und das südliche Afrika, in: E. Krippendorff (Hrsg.), Internationale Beziehungen, Köln 1973, S. 149 ff.
89) Eppler, Entwicklungspolitik . . ., a. a. O., S. 190.
90) „Der Volkswirt" v. 3. 4. 1969.

hilfe den privaten Kapitalexport zu fördern. Dies ist insofern wichtig, als unter dem Aspekt der Aufrechterhaltung profitabler Reproduktionsbedingungen des Kapitals dem Kapitalexport ein besonderer Stellenwert zukommt, da er die wichtigste Form der internationalen ökonomischen Beziehungen ist, die den Zusammenhalt der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft bewirkt [91]).

Zusammenfassend kann man noch einige widersprüchliche Faktoren benennen, die die SPD/FDP-Politik auszeichnen und sie auch klar von einigen Vorstellungen aus der Adenauer/Erhard-Ära abgrenzen:

1) steht man dem Industrialisierungsprozeß der Entwicklungsländer nicht mehr prinzipiell negativ gegenüber, sondern versucht ihn für verstärkten Waren- und Kapitalexport zu nutzen, ohne dabei aber diesen Prozeß aktiv zu fördern, indem man Industrialisierungspläne erstellt und/oder beim Aufbau von Industriekomplexen (im Gegensatz zu nicht verbundenen Einzelinvestitionen) mitwirkt;

2) da der Industrialisierungsprozeß nicht aufhaltbar ist, beteiligt man sich daran, um eine gute Ausgangsposition für die weiteren Auseinandersetzungen zu bekommen, doch gleichzeitig versucht man, auf Inhalt und Form so einzuwirken, daß im wesentlichen nur der Sektor der Konsumtionsmittel aufgebaut wird und nicht die Schwerindustrie, die, wie auch UN-Empfehlungen feststellten, die Grundlage für eine wirkliche Industrialisierung bildet;

3) führt dies zu einer ungleichzeitigen Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes, was zur Folge hat, daß der Investitionsanreiz in den hochindustrialisierten Staaten wesentlich höher ist; und

4) wird die Förderung der spezifischen Interessen der westdeutschen Wirtschaft immer aktiver betrieben, was notwendigerweise zu Widersprüchen gegenüber den allgemeinen Systemsicherungsaufgaben führen muß.

(Zweiter Teil folgt)

91) Vgl. Tjulpanow, a. a. O., S. 158.

**Hefte zu politischen Gegenwartsfragen**

9 Janssen/Ratz, Bodenpolitik und Bodenrechtsreform in der BRD

10 Fischer u. a./Felsko, EWG und USA – Ökonomische und politische Widersprüche

11 Gärtner/Goldberg, Wachstumsdiskussion und Umweltkrise

13 Castro, Kampf und Tod Salvador Allendes

14 Berufsverbote durch Gesetz? Wortlaut und Kritik des „Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften" (Doppelband)

15 Matthiessen, Rüstungseskalation und Abrüstungsperspektiven (Doppelband)

16 Grossner/Schierholz, Projekt MRCA. Dokumentation und Kritik des größten Rüstungsvorhabens der deutschen Geschichte (Doppelband)

Einfachband DM 3,–, Doppelband DM 6,–

**Pahl-Rugenstein**

# Die wirtschaftliche Krise im Machtbereich Saigons und die Zukunft Südvietnams

Von Thomas Wildgruber

Das Pariser Abkommen vom 27. Januar 1973 markiert einen wichtigen Punkt in der jüngeren Geschichte Vietnams. Es fixiert Realitäten und weist Wege für die Lösung des militärischen und politischen Konflikts. Es weckte in Vietnam wie im Ausland Hoffnungen auf Frieden. Diese sind bitter enttäuscht worden. Was anfangs nur vermutet wurde, zeigt sich heute bestätigt: Washington nahm das Abkommen lediglich als gesichtswahrende Gelegenheit, um seine direkte militärische Verstrickung in Vietnam zu lösen. Das Vietnamisierungsprogramm (Nixon-Doktrin) läuft mit Millionen-Dollarsummen (und internationalem Beistand) auf vollen Touren weiter. Dies ist nur unter Verletzung zahlreicher Bestimmungen des Abkommens möglich.

Wichtig am Pariser Abkommen [1]) ist: es bestätigt die bereits 1954 in Genf garantierten nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes: Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität. Die militärische Demarkationslinie am 17. Breitengrad bleibt provisorisch; sie ist keine politische oder territoriale Grenze. Die Vereinigten Staaten mußten ihre Truppen einseitig abziehen, womit Washington praktisch die These von der „nordvietnamesischen Aggression" aufgegeben hat. Dies bedeutet eine wesentliche Verbesserung der militärischen Sicherheit der revolutionären Kräfte in Südvietnam. Im Gegensatz zu 1954 haben die Vertragsparteien einer Prozedur zur politischen Lösung des Konflikts zugestimmt: Bildung des „Nationalen Rats der nationalen Eintracht aus drei gleichberechtigten Gruppen", freie demokratische Wahlen und spätere Wiedervereinigung.

Juristisch wie faktisch sind im Pariser Abkommen nahezu alle Positionen bestätigt, die die FNL (später PRR) für die Lösung des südvietnamesischen Problems eingenommen hat und der die knapp gefaßte Formel vom Bestehen und Anerkennen der „zwei Verwaltungen, zwei Armeen, zwei Kontrollzonen und drei politischen Kräfte in Südvietnam" zugrunde liegt.

Da dies in direktem Widerspruch zur Interessenlage des Saigoner Militärregimes steht — seine Macht- und Souveränitätsansprüche werden bedeutend beschnitten —, negiert Thieu ganz einfach die Verpflichtungen, die seine Regierung mit der Unterschrift unter den Vertrag eingegangen ist [2]). Seine Generäle führen offensiv Krieg gegen die von der PRR kontrollierten Zonen, die innere Opposition wird gnadenlos verfolgt, politische Freiheiten sind durch Kriegsrecht und Sondervollmachten radikal eingeschränkt. Washington fördert aktiv diese Politik. Nixon anerkennt Saigon als die „einzig legitime Regierung Südvietnams" [3]).

[1]) Der Text des Pariser Abkommens wurde als Broschüre herausgegeben von der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität, Frankfurt/M. Eine Darstellung und Einschätzung des Pariser Abkommens s. Gabriele Sprigath, Südvietnam nach Abschluß des Pariser Abkommens, „Blätter", 5/1973, S. 507 ff.

[2]) Thieu in einer Radio- und Fernsehrede am 23. 1. 1973: „Südvietnam wird sich weder eine Zweierkoalition noch eine Regierung mit drei Komponenten auferlegen lassen." „Für uns sind allein die militärischen und wirtschaftlichen Mittel die dauerhaften Garantien unseres Friedens" („Le Monde" v. 25. 1. 1973). Thieu: „Wenn die Kommunisten nur einen Fuß auf unser Territorium setzen, dann werden wir sie töten" („Le Monde" v. 27. 1. 1973).

[3]) Nixon in seiner Fernsehrede am 23. 1. 1973 („Le Monde" v. 25. 1. 1973).

Deren Staatshaushalt und Armee steht und fällt mit US-Auslandshilfe. Amerikanische „Zivilisten" bewegen sich leitend, beratend und kontrollierend in allen Departments der Saigoner Administration und Armee. In Artikel 4 des Abkommens versprach Washington, sich „nicht in die inneren Angelegenheiten Saigons einzumischen".

Die Provisorische Revolutionäre Regierung und die FNL Südvietnams sehen ihre Politik im Pariser Abkommen bestätigt. Dieses wird allerdings nur als ein — wenn auch wichtiger — Schritt der nationalen und demokratischen Revolution im Süden angesehen [4]). Die Revolutionäre in Südvietnam sind seit dem Januar 1973 vor allem daran gegangen, die politische und wirtschaftliche Struktur in den zwei Dritteln Südvietnams [5]), die sie beherrschen, zu festigen. Der Geist, in dem das Abkommen hier begrüßt wurde, steht in krassem Gegensatz zu der Reserviertheit, die ihm aus Saigon entgegenschlug.

Thieus Schreckgespenst einer drohenden „nordvietnamesischen Offensive" wird selbst von amerikanischen Vietnamspezialisten als Propaganda abgetan [6]), die allerdings einen ganz konkreten Zweck hat: sie soll von der katastrophalen wirtschaftlichen Lage im Saigoner Machtbereich ablenken. Hier (mit dieser Eigendynamik scheinen auch die Revolutionäre in Vietnam zu rechnen) wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit Thieus Schicksal entscheiden. „Es kann sein", so sagte ein Saigoner Politiker, „daß die wirkliche Probe unseres nationalen Überlebens nicht auf dem Schlachtfeld, sondern auf dem Marktplatz stattfinden wird" [7]).

Die Monate seit dem Abschluß des Pariser Abkommens haben bloßgelegt, was die jahrzehntelange blutige Auseinandersetzung auf vorwiegend militärischem Niveau verdeckt hatte: unter der Fassade von Waffen und Dollarmillionen zerfällt rapide das längst ausgehöhlte wirtschaftliche und gesellschaftliche Fundament der Saigoner Machthaber. Folgende Informationen sollen diese Entwicklung darstellen. Sie betreffen im wesentlichen die unter der Kontrolle Saigons stehenden Gebiete Südvietnams.

### *Kriegszerstörungen*

Wohl kaum ein Land in der Dritten Welt wurde von amerikanischen Wissenschaftlern in Regierungsauftrag so detailliert und ausführlich durchforscht wie Südvietnam. Wohl selten wurden so viele Illusionen produziert wie in diesen Untersuchungen, deren bekannteste der sogenannte „Lilienthal-Report" [8]) ist. Phantastische Projektionen zukünftigen Wirtschaftswachstums, imponierende, aber meist fragwürdige Statistiken und jener amerikanische optimistische Tenor: „Nichts ist irreparabel, mit amerikanischem know-how und Geld kriegen wir das schon wieder hin" können nur ungeschickt verdrängen, was einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung in Südvietnam heute zuerst im Wege steht: die immensen Kriegszerstörungen, die ein verschwenderischer, acht Jahre währender Materialkrieg hinterlassen hat.

4) Gespräch Gabriele Sprigaths mit Nguyen Khac Vien, „Kürbiskern", 2/1973.
5) Carlos Widmann in „Süddeutsche Zeitung" v. 2. 1. 1974.
6) Siehe z. B. „Newsweek" v. 1. 4. 1974.
7) „Newsweek" v. 15. 10. 1973. „Die Hauptsorge in Südvietnam ist heute nicht, zu wissen, ob der Vietcong eine neue Generaloffensive startet oder nicht — wie General Thieu ständig prophezeit —, sondern daß die Preise steigen, die Einkommen unverändert bleiben, daß der Verlust von Arbeitsplätzen wie die Knappheit an Waren sich fortsetzt oder droht" („US News and World Report" v. 5. 11. 1973).
8) Joint Development Group: The Postwar Development of the Republik of Vietnam: Policies and Programs, Saigon/New York, March 1969.

Über 10 Mio t amerikanisches Explosivmaterial (Bomben und Artillerie) [9]) fielen auf südvietnamesischen Boden, ca. 20 Mio Krater haben eine Fläche von 170 000 ha oder 2,5 Mrd Kubikmeter umgewühlt [10]). Bomben- und Granatsplitter zerstörten den Wert von Nutzholz (um ca. 30 %), sie zerrissen die Hufe der Wasserbüffel [11]). Ein noch größeres Problem für die Landbevölkerung ist die nichtexplodierte Munition: bis zu 10 % der zwischen 1965 und 1972 verschossenen 15 056 403 t Munition in Indochina sollen nicht explodiert sein; das heißt, daß mehrere Millionen hochexploisver Blindgänger auf indochinesischem Boden liegen, die gemäß einem Zusatzprotokoll des Pariser Abkommens von den Amerikanern hätten entschärft werden müssen, was nie geschah [12]).

Große Teile des Straßennetzes und praktisch das ganze Eisenbahnsystem, vor allem aber das Bewässerungssystem im Mekong-Delta sind schwer beschädigt. Hunderte von Schulen und Verwaltungsgebäuden müssen wieder aufgebaut werden. Zerstört (vor allem durch Flächenbombardements) sind ca. 10 000 Weiler, 2300 Dörfer und 250 Distrikte [13]).

Etwa ein Viertel der 12 Mio ha bewaldeter Fläche in Südvietnam soll vom Krieg betroffen sein. Neben verbranntem zählt dazu 2 Mio ha entlaubter und 320 000 ha durch Bulldozer gerodeter Wald. Außerdem wurden im Mekong-Delta 1400 Quadratkilometer Mongrove-Wald (d. i. 40 %) vernichtet [14]). Holz gilt als eines der wichtigsten Exportprodukte des Landes.

Eine von der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften im Auftrag des Kongresses erstellte Studie berichtet, daß Kinder, die die Entlaubungsmittel einatmeten, häufig daran gestorben sind. In besprühten Gegenden ging der Fischbestand in den Gewässern zurück [15]). Im April 1973, eineinhalb Jahre nach der offiziellen Beendigung der Entlaubungsaktionen, beschlagnahmte das japanische Gesundheitsministerium 24 t gefrorener Krebse aus Südvietnam. Meereslebewesen in der süddchinesischen See, so hatte ein vietnamesischer Botaniker festgestellt, sind immer noch verseucht [16]).

Im Rahmen eines Programms zur „Nahrungsmittel-Verweigerung" vernichtete die US-Armee seit 1961 systematisch Saaten in den von der FNL kontrollierten Zonen. Nach Angaben des Pentagons wurden von 1962 bis 1969 278 300 ha, d. h. 9 % der Anbaufläche mit fast 3 Mio kg Chemikalien besprüht und somit 159 Mio kg Reis vernichtet. Da das Programm auch 1970 fortgeführt wurde, schätzt man heute den Anteil der betroffenen Flächen auf 10 % [17]).

„Es ist ein offenes Geheimnis", so schreibt das Zentralorgan der FNL, „daß die gegenwärtige kritische Lage des Saigoner Regimes zurückzuführen ist auf die

[9]) Pentagon-Statistiker schätzten z. B. für den Sommer 1969 den Tagesverbrauch an Munition bei den FNL-Truppen auf 12 bis 13 t, ihren eigenen gaben sie mit 7551 t an („Le Monde" v. 13. 9. 1972).
[10]) Siehe „Le Monde" v. 26. 7. 1972, 26. 1. 1973; „Indochina Chronicle" (Berkeley, Calif.) No. 28, October 8, 1973; Kreditanstalt für Wiederaufbau, Länderstudie Südvietnam (im weiteren Text als „KW-Bericht" zitiert), Frankfurt/M, Juni 1973, S. 4; E. W. Pfeiffer, Kraterisierung und ihre Wirkung auf Land und Landwirtschaft, Pahl-Rugenstein Hefte 5, Köln 1972.
[11]) Siehe Pfeiffer, op. cit. S. 31 f; s. a. Henry S. Kernan, Preliminary Report on Forestry in Vietnam; Joint Development Group Working Paper No. 17, Saigon, January 1963, S. 50 f.
[12]) Siehe „Indochina Chronicle", No. 25, June 11, 1973, und No. 30, January 21, 1974; „Nouvel Observateur" (25. 3. 1974) spricht von 250 000 t Blindgängern in Südvietnam.
[13]) Siehe „Lilienthal-Report", op. cit., Vol. II, S. 363; „Indochina Chronicle", No. 28, October 1973, S. 4; „Le Monde Diplomatique", Januar 1974.
[14]) Siehe „Le Monde" v. 26. 7. 1972; KW-Bericht, op. cit., S. 4; Gerhard Grüner, Völkermord mit Herbiziden, Pahl-Rugenstein Hefte 5. Über 70 Mio Liter chemischer Produkte wurden von 1962 bis 1971 zur Entlaubung verwendet („Süddeutsche Zeitung" v. 26. 2. 1974).
[15]) „Süddeutsche Zeitung" v. 26. 2. 1974; „Le Monde" v. 30. 3. 1974; „Nouvel Observateur" v. 25. 3. 1974. Im unmittelbaren Bereich ihrer Basen haben die Amerikaner derartige Chemikalien nie versprüht!
[16]) „Bangkok Post" v. 4. 5. 1973; „Le Monde Diplomatique", Januar 1974; „Bulletin d'information" des Informationsbüros der PRR in Paris, No. 41, 19. 11. 1973.
[17]) A. Westing, Das US-Programm zur Vernichtung von Lebensmitteln, Pahl-Rugenstein Hefte 5; vgl. auch „Le Monde" v. 26. 7. 1972 und v. 5./6. 5. 1974.

amerikanische Vernichtung von nahezu einer halben Million Hektar Reisfelder und zwei Millionen Hektar Wälder, auf das Rekrutierungsprogramm der Armee und die ‚Pazifizierung', die die überwiegende Mehrheit der Produzenten zu Konsumenten gemacht hat" [18]).

*Disproportionen auf dem Arbeitsmarkt*

Die künstlich induzierte Kriegsprosperität im Saigoner Raum konnte nach dem Abzug der amerikanischen Truppen nicht, wie von manchen amerikanischen und Saigoner Wirtschaftsexperten erhofft [19]), von einem Nachkriegsboom ersetzt werden. Die Wirtschaft stagnierte. Vor allem seit der Frühjahrsoffensive 1972 ging es bergab. Thieu hat auch 1973 praktisch alles getan, diesen Trend beizubehalten. Der Teufelskreis von überzogenen Militäraufwendungen, stagnierender Produktion und Arbeitslosigkeit schließt sich immer enger.

Die Amerikaner hatten mit ihrem Abzug schätzungsweise 300 000 Vietnamesen arbeitslos gemacht [20]). Offizielle Stimmen in Saigon sprechen von insgesamt 432 000 Arbeitlosen. Die Saigoner Zeitung „Dai Dan Toc" (19. September 1973) berichtete unter Berufung auf den stellvertretenden Sozialminister von 2 Millionen [21]). Diese Arbeitslosen setzen sich zusammen aus Angestellten eingegangener Kleinbetriebe, aus Kriegsversehrten, Kriegswitwen, Waisen, Veteranen, Prostituierten und vor allem aus den im Lauf der Jahre „produzierten" Millionen von Flüchtlingen [22]), die nicht in ihre Dörfer zurückkehren dürfen. Ehemals lebten in Südvietnam 85 % der Bevölkerung auf dem Land, heute sind über 50 % in den städtischen Agglomerationen zusammengeballt. Im landwirtschaftlichen Bereich fehlen daher die meisten Arbeitskräfte. Grund dafür ist auch die immer noch andauernde Totalmobilisierung: die Armee zält 1,1 Mio Mann; dazu kommen 150 000 Mann Polizei und ein aufgeblähter Beamtenapparat von über 200 000 Mann. Insgesamt stehen also 1 450 000 Menschen, d. h. jeder dritte arbeitsfähige Mann, im Staatsdienst. Etwa 8 Mio Menschen sind damit von den Zahlungen der Regierung in Saigon abhängig [23]).

Angesichts dieser Probleme forderte auch Sir Robert Thompson, britischer Counter Insurgency-Experte und Sonderberater Präsident Nixons in diesem Gebiet, im August 1973 auf einer Wirtschaftskonferenz in Saigon einen zwar schrittweisen, aber sofort beginnenden Truppenabbau [24]). Die PRR hebt in einer Analyse der wirtschaftlichen Lage Saigons das gleiche Problem hervor: „Die Vereitelung des Friedens durch Saigon trägt dazu bei, die Wirtschaft des Regimes zu schwächen ... Aufgrund dieser kriegerischen Politik kann es seine Truppen nicht demobilisieren ... Dazu kommt noch die Sorge, die Reihen der Arbeitslosen nicht übermäßig anwachsen zu lassen. Und das genau in dem Moment, da das Regime aufgrund seiner Blockade der befreiten Gebiete die untätigen Hände in den Städten ... nicht auf die Reisfelder zurückkehren lassen will. Ständig 1,1 Millionen Mann unter den Waffen stehen zu haben und 1 Million Bauern hinter Stacheldraht, das kommt dem immer defizitäreren Saigoner Budget entsetzlich teuer" [25]).

---

18) „South Vietnam in Struggle", No. 226, December 10, 1973.
19) Z. B. „Lilienthal-Report", op. cit. Vol. I, Chapter 1: Framwork and Growth Pattern of the Postwar Economy, S. 1 ff.
20) „Newsweek" v. 15. 10. 1973; heute arbeiten noch ca. 25 000 Vietnamesen als Angestellte in amerikanischen Diensten („Le Monde Diplomatique", Januar 1974).
21) Zit. in „Vietnam Courier", No. 17, October 1973, S. 30.
22) Über die verschiedenen amerikanischen Strategien der Flüchtlingsproduktion s. „Indochina Chronicle", No. 25, June 11, 1973. Über das sogenannte „Urbanisierungs- und Modernisierungsprogramm" s. Samuel Huntington, The Bases of Accomodation, „Foreign Affairs", Vol. 46, No. 4, July 1968.
23) Siehe „Indochina Chronicle", No. 28, October 8, 1973. S. 4.
24) Eine Reduzierung um 100 000 Mann, so Thompson, würde 5 % des Verteidigungshaushaltes einsparen („Bangkok Post" v. 24. 8. 1973).
25) „Bulletin d'information", PRR Paris, No. 46—47, v. 24.—31. 12. 1973.

*Zu wenig Reis — stagnierende Agrarproduktion*

Südvietnam ist ein Agrarland. Zwei Drittel der Bevölkerung sind gewöhnlich in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Landwirtschaft trug in den letzten Jahren aber nur zu 35 % zum Bruttoinlandsprodukt bei [26]). Der größte Teil der immensen Importe des Landes besteht aus landwirtschaftlichen Produkten. Die Saigoner Regierung hatte sich für 1972 das Ziel der Selbstversorgung mit Reis gesetzt; 1971 mußte sie 121 500 t Reis importieren, 1972 waren es 248 500 t und 1973 450 000 t. Für 1974 sind bereits 200 000 bis 300 000 t vorgesehen [27]). Der Index der Agrarproduktion (1961—1965 = 100) stand 1970 bei 103, 1971 bei 113, 1972 bei 111. Umgerechnet auf Pro-Kopf-Agrarproduktion heißt das: ein Absinken von 92 (1971) auf 88 (1972) [28]).

Für die Bauern, die, wie auch der „Lilienthal-Report" konstatiert, „offenkundig am unteren Ende der Einkommensskala stehen" [29]), bedeutet dies eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse. Sie produzieren in vielen Gegenden nur noch das, was sie selbst verbrauchen, vielfach wagen sie sich wegen des fortdauernden Krieges nicht mehr auf ihre Felder [30]).

Eine mit viel Propagandaaufwand angekündigte (Gesetz vom 20. März 1970) und nur halbherzig durchgeführte Agrarreform hat die Lage der Landbevölkerung kaum verbessern können, denn hier ging es in erster Linie um ein politisches Manöver. „In den von den Vietcong kontrollierten Dörfern", so Vu Quoc Thuc, ehemaliger Staatsminister, „bearbeiteten die Bauern das Land, das an sie verteilt worden war. Es wäre uns unmöglich, zurückzukommen und die alten Herren wieder einzusetzen" [31]).

1 Mio ha Land sollten gratis an etwa 800 000 Bauern verteilt werden, um eine Klasse von regierungstreuen Kleinbesitzern (mit meist unrentablen Kleinbetrieben) zu schaffen. Innerhalb von drei Jahren zahlte die Regierung an die Großgrundbesitzer inflationsfördernde 135 Mrd Piaster Entschädigung. Die Reform wurde nur in „sicheren" Gebieten begonnen. Zwar gibt es eine Landwirtschaftliche Entwicklungsbank, doch die meisten Bauern gehen noch zum Wucherer. Sie verschulden sich, da sie den fehlenden Pflug, Wasserbüffel oder das Saatgut vom früheren Patron leihen müssen [32]). Auch sind sie kaum in der Lage, die 1973 fünffach verteuerten Düngemittel (Erdölnebenprodukt) zu zahlen [33]).

Die Reisknappheit nahm 1973 für Saigon gefährliche Dimensionen an: im Vergleich zu den Monaten des Vorjahrs verringerten sich die Lieferungen aus dem Delta in die Hauptstadt im Januar 1973 um 59 %, im März um 18 %, im April um 37 % und im Mai um 37 % [34]). Das liegt, neben den oben aufgeführten Gründen, am Reishorten durch Spekulanten, am schlecht funktionierenden und immer wieder unterbrochenen Verteilungssystem, aber auch am Ankauf von Reis in die von der PRR kontrollierten Zonen [35]). Saigons strategische Reserven sanken

[26]) Der tertiäre Sektor zu 60 % (davon ⅔ öffentliche Verwaltung und Verteidigung), die Industrie zu 5 % („KW-Bericht", op. cit., S. 15). Ähnliche Angaben im „Lilienthal-Report", op. cit., Vol. II, S. 171.
[27]) „Süddeutsche Zeitung" v. 5./6. 1. 1974; „South Vietnam in Struggle", No. 211, August 20, 1973; „Bulletin d'information", PRR Paris, No. 54—55, 18.—25. 2. 1974.
[28]) J. Decornoy in „Le Monde" v. 2. 10. 1973; Zahlen für 1973 noch nicht erhältlich.
[29]) „Lilienthal-Report", op. cit., Vol. II, S. 174.
[30]) J. C. Pomonti in „Le Monde" v. 29. 3. 1973.
[31]) „Le Monde Diplomatique", Januar 1974.
[32]) Ebd. Zur Landreform schreibt die Saigoner Zeitung „Tia Sang" v. 25. 3. 1970: „Der Staatsapparat, von den Chefs bis zu den ausführenden Beamten, spielt das Spiel der Landbesitzer, deren Autorität nicht abgeschafft wurde. Diese Teilenteignung mit Entschädigung hat das Lager der Feudalherren und Kleinkönige, die auf dem Lande herrschen, intakt gehalten" (zit. in „Bulletin d'information", Paris, No. 46—47, 24.—31. 12. 1973).
[33]) „Neue Zürcher Zeitung" v. 10. 10. 1973; „Newsweek" v. 15. 10. 1973.
[34]) J. Decornoy in „Le Monde" v. 2. 10. 1973.
[35]) Ebd.; s. auch „Le Monde" v. 17. 11. 1973. Die PRR bezeichnet letztere Behauptung als Regierungspropaganda, die von der Kriegspolitik, dem Hauptgrund der Reisknappheit, ablenken und Thieus Wirtschafts-

im Herbst 1973 auf 117 000 t. Dies hätte (ohne Reisimporte) gereicht, um zwei Monate die Beamten zu versorgen, für den freien Verkauf nur zwei Wochen [36]). So erklärte Thieu am 21. Juli 1973 in Vung Tau eine „Wirtschaftsblockade über die gegenwärtig von den Kommunisten kontrollierten Zonen" [37]). Das hieß: Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln in die Zonen der PRR. Um die Reisernte im Delta und in den nördlichen Küstenprovinzen unter ihre Kontrolle zu bringen, stellte die Thieu-Administration für die wichtigsten Anbaugebiete den privaten Reishandel unter Regierungskontrolle; sie verbot den Transfer von Provinz zu Provinz, er muß über die Regierungsdepots in Saigon laufen [38]). Bauern wurden gezwungen, ihre Reisvorräte anzugeben; in den Randgebieten der Regierungszonen dürfen sie nur einen Vorrat von zehn Tagen behalten [39]). Militär, Polizei und Beamte wurden, um dem gefährlichen Reismangel in den Machtzentren des Regimes abzuhelfen, beordert, für die Regierungsdepots Reis zu beschlagnahmen oder den Bauern zu einem lächerlichen staatlichen Mindestpreis abzukaufen [40]). Doch der Schwarzmarkt blieb stärker, dort wurde der Reis um 30 bis 40 % über dem offiziellen Preis gehandelt. Saigon, so schrieb die „Financial Times", kontrolliert nur 10 bis 15 % des Reishandels [41]). Wegen „Reisverkaufs an den Vietcong" inhaftierte das Regime in der Folgezeit Hunderte von Menschen, darunter auch Provinzchefs [42]).

Daß die PRR und die FNL den wirtschaftlichen Problemen Saigons große Bedeutung beimessen, wird schon aus der Häufigkeit und Ausführlichkeit deutlich, mit der sie diesen Bereich in ihren Publikationen behandeln. Thieus Reispolitik wird dort verglichen mit den Beschlagnahmungen der französischen Kolonialbehörden für die japanischen Truppen im Jahr 1945, denen in Nordvietnam eine grausame Hungersnot folgte, die zwei Millionen Menschen dahinraffte — die aber auch das Volk für die Augustrevolution mobilisierte [43]).

„Die Spezialisten der psychologischen Kriegsführung wollen glauben machen, Thieus gegenwärtiger Reiskrieg soll dieser Ware den Weg vom Land in die Städte ebnen. Aber es wird sich herausstellen, daß er nur ein Mittel ist, den Krieg durch gewaltsames Reiseintreiben anzuheizen, während sich die Reisknappheit verschärft. Dies erklärt das Entstehen und Anwachsen des Widerstandes auf Leben und Tod, den nicht nur die Bauern, sondern auch andere soziale Schichten aufgenommen haben ... In verschiedenen Gegenden haben die Einheiten der Befreiungsarmee und Guerilla-Trupps die Reisplünderer zurückgeschlagen. Die Bewegung gegen den Reisdiebstahl kündigt nur wie ein leichter Wind das Herannahen eines großen Sturmes an, der das von den USA installierte Regime von Verrätern hinwegfegen wird" [44]).

Im gleichen Sinn warnt auch Sir Robert Thompson: „Der Krieg an der Wirtschaftsfront wird während der kommenden Jahre für die Zukunft Südvietnams von entscheidender Bedeutung sein" [45]).

---

blockade begründen helfen soll („Bulletin d'information", PRR Paris, No. 32, 17. 9. 1973; La bataille du riz).
36) „Bulletin d'information", PRR Paris, No. 36, 15. 10. 1973; s. auch „Vietnam Courier", No. 17, October 1973.
37) „Le Monde" v. 25. 7. 1973.
38) „Bangkok Post" v. 25. 7. 1973; „South Vietnam in Struggle", No. 226, December 10, 1973.
39) „South Vietnam in Struggle", No. 217, October 8; No. 221, November 5, 1973; „Süddeutsche Zeitung" v. 5./6. 1. 1974.
40) „Le Monde" v. 6. 9. 1973; „Bulletin d'information", PRR Paris, No. 38, 29. 10. 1973.
41) „Le Monde" v. 2. 10. 1973, 12. 9. 1973; „Vietnam Courier", No. 17, October 1973.
42) „Bangkok Post" v. 3. 9. 1973; „Le Monde" v. 21./22. 10. 1973.
43) „South Vietnam in Struggle", No. 217, October 8, 1973; s. auch „Le Duan, Die vietnamesische Revolution, „Marxistische Blätter", Frankfurt/M 1973, S. 44.
44) „South Vietnam in Struggle", No. 226, December 10, 1973.
45) „Le Monde Diplomatique", Januar 1973.

*Industrie*

Der Produktionsindex der nahezu unbedeutenden südvietnamesischen Industrie (1962 = 100) stand 1969 bei 214, stieg 1971 auf 251 und fiel 1972 auf 228 [46]). Das Sinken der industriellen Erzeugnisse um über 5 % 1972 lag vor allem an den Kämpfen jenes Jahres. Daß sich die Industrie nicht stärker entwickelt, liegt aber auch an der Zurückhaltung der einheimischen Bourgeoisie, die keine langfristigen Investitionen wagt: sie hat sich auf die Versorgung des amerikanischen Expeditionscorps', auf kommerzielle Transaktionen, auf Devisen- und Schwarzmarktgeschäfte verlegt. Den größten Teil ihres Kapitals hat sie ins Ausland geschafft; diese Summe wird auf 500 Mio US-Dollar geschätzt [47]). Der Anstieg der industriellen Produktion zwischen 1965 und 1971 hängt ganz mit der Kriegsprosperität und der Nachfrage amerikanischer Truppen (die sich allerdings vorwiegend aus US-Quellen versorgten) zusammen [48]): Getränke, Tabakwaren, Zuckerverarbeitung, chemische Produkte, Motorradmontage und Elektrowaren stehen an der Spitze — meist also Verbrauchsgüter für den gehobenen Bedarf [49]).

Die Hauptzweige der heutigen rudimentären Industrie sind: Getränke, Tabak- und Zuckerverarbeitung, Textilien, Papierprodukte, Fischkonserven. Sie ist bis auf wenige Ausnahmen auf den Raum Saigon — Gia Dinh und Bien Hoa konzentriert [50]). Saigoner Entwicklungspläne setzen für die „Nachkriegszeit" Prioritäten für Forstprodukte, Fischerei und Konservenherstellung [51]).

Das Modell, nach dem die südvietnamesische Wirtschaft in Schwung gebracht werden soll, spiegelt die bereits in Taiwan und Südkorea angewandte amerikanische Ideologie des freien Unternehmertums wider. Eine Stärkung des privaten Sektors verlangte schon der „Lilienthal-Report" [52]). Auch für die „Policies and Programs of National Reconstruction and Development 1973—1976" (Januar 1973) soll der größte Teil der Investitionen von der Privatwirtschaft finanziert werden [53]). Bereits im März 1972 war ein Ausschuß für den Verkauf der Mehrzahl der staatlichen Industrie- und Handelsunternehmen gegründet worden [54]). Staatsunternehmen — sie liefern 60 % der Industrieproduktion des Landes — sind ein Merkmal der südvietnamesischen Wirtschaft; ihre Entstehung geht auf die Diem-Zeit zurück: schon damals konnte nicht genügend Privatkapital mobilisiert werden. Unretabilität, steigende Produktionskosten, Korruption und schlechtes Man-

46) „Le Monde" v. 2. 10. 1973.
47) „Vietnam Courier", No. 18, November 1973, S. 23; s. auch „Bulletin d'information", PRR Paris, No. 46 bis 47, 24.—31. 12. 1973.
48) Siehe „Lilienthal-Report", op. cit., Vol. II, S. 268.
49) Siehe ebd., Vol. II, S. 275; typische einheimische Industrien wie Textilien, Seidenweberei, Zuckerrohr, Keramik sind zurück- oder eingegangen (ebd., S. 276 f).
50) Siehe ebd., Vol. II, S. 261. In 43 Fabriken bei Bien Hoa arbeiteten im Mai 1974 ca. 6000 Personen; bei voller Ausnutzung des Potentials dieser Industriezone könnten dort 30 000 Menschen beschäftigt sein (Patrice de Beer in „Le Monde" v. 9. 5. 1974).
51) Siehe „Le Monde Diplomatique", Januar 1974; Mitte 1973 aber bekam vor allem die Textilindustrie die weltweiten Teuerungen zu spüren, da sie wie alle anderen Industriezweige (ausgenommen Zementherstellung) auf den Import von Grundstoffen angewiesen ist und zugleich mit den eingeführten Textilien nicht mehr konkurrieren kann („Süddeutsche Zeitung" v. 5./6. 1. 1974; „Vietnam Courier", No. 17, October 1973, S. 30).
52) „Der private Sektor wird seine Rolle als Wachstumsförderer in produktiven Investitionen nur erfüllen können, wenn er beim Start und in der Durchführung eines riskanten Unternehmens frei ist von unnötigen Kontrollen und Eingriffen . . . Die freie Marktwirtschaft ist eines der effizientesten Instrumente, um den besten Gebrauch von Menschen und Geld im Interesse des ganzen Volkes zu machen" („Lilienthal-Report", op. cit., Vol. I, S. 19). Siehe auch Francois Misoffe, Un plan Marshall pour le Vietnam du Sud? in: „Le Monde" v. 1. 2. 1974.
53) Siehe „KW-Bericht", op. cit., S. 28; Thieu sagte bei der Ankündigung seines Sieben-Jahres-Planes am 20. 5. 1973: „Ein solider privater Sektor ist das sina qua non für eine erfolgreiche Entwicklung" („Vietnam Courier", No. 18, November 1973, S. 26). „Die südvietnamesische Regierung hofft", so die „Neue Zürcher Zeitung" v. 22. 12. 1973, „daß private Investitionen eine führende Rolle beim Wiederaufbau spielen werden. So hat die Regierung auch die Teilprivatisierung von 16 Staatsbetrieben vorgesehen."
54) Siehe „Vietnam Courier", No. 18, November 1973, S. 26; zum Verkauf freigestellt sind z. B. die Vietnam Sugar Company, die Vietnam Glass Company, die Vinh Hao Mineral Water Comp., Cicvina Textiles, Codigo Paper Mills, Ha Tien Cement, Vikyno-Landwirtschaftsmaschinen, Vinamarine Shipping Comp., Vietnam Insurance + Reinsurance Comp. („Pacific Imperialism Notebook", No. 6, June 1973).

agement belasten nach wie vor den Staatshaushalt. Ob es aber gelingt, das vietnamesische Privatkapital (Präferenzen genießen entschädigte Grundbesitzer, Militärs und Beamte) [55]) hier zu binden, das ist noch völlig ungewiß [56]).

*Auslandsinvestitionen — enttäuschte Hoffnungen*

Als ein Musterbeispiel größtmöglicher Zugeständnisse eines Entwicklungslandes an ausländische Investoren kann das Investitionsgesetz (No. 11/72) vom Juni 1972 (eines von 31 Wirtschafts- und Finanzgesetzen, die Thieu 1972 unter Sondervollmachten erlassen hat) angesehen werden: es garantiert Sicherheit vor Nationalisierung, befreit für fünf Jahre von fast allen Steuern, gewährt freien Gewinntransfer und stufenweisen Rücktransfer des Anlagekapitals [57]). Zudem lockt Saigon mit teilweise hochqualifizierten Arbeitskräften, deren Lohnniveau um 1/3 niedriger ist als das in Singapur, um 2/3 niedriger als in Hongkong und um 4/5 niedriger als in Südkorea. „Wir haben die Gesetze zur Regelung ausländischer Investitionen in den südostasiatischen Ländern studiert", sagt der Direktor des Centre des Investissements, „und wir haben versucht, es besser zu machen" [58]). Zahlreiche Geschäftsleute sind 1973 nach Saigon gekommen, meist aber unverrichteter Dinge wieder abgereist. „Sie waren", so der Manager von Saigons Chase Manhattan Bank-Filiale, „hier, um Notizen zu machen, nicht um Schecks auszuschreiben" [59]). Was bisher an Investitionen erfolgte, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung", „zögert man sogar als einen Tropfen auf den heißen Stein zu bezeichnen" [60]). Südvietnam ist ein zu unsicheres Pflaster, das Risiko zu hoch. Selbst Washingtons Overseas Private Investment Corporation (OPIC) weigert sich, Investitionsgarantien zu geben [61]).

16,6 Mio US-Dollar nahm das Regime in Saigon 1973 durch die Vergabe von (offshore-)Erdöl-Bohrkonzessionen an die Konzerne Exxon, Mobil Oil, Sunningdale und Pecten Vietnam (Shell-Tochter) ein. Diese wollen das Geld aber in einer Bank außerhalb Vietnams deponieren; auch steht es ihnen frei, von außerhalb Südvietnams her die Bohrungen zu unternehmen. Anfang Juni 1974 vergab Saigon für 34,4 Mio US-$ weitere Konzessionen an 12 Firmen aus den USA, Kanada, Großbritannien, Australien und Japan [62]).

Die PRR, die sich schon am 24. Februar 1971 in einer Erklärung von jeder Bindung an derartige Verträge lossagte, verweist nun, nach dem Pariser Abkommen,

55) Das „Pacific Imperialism Notebook" (ebd.) berichtet, daß vietnamesische Militärs und Unternehmer bei diesen (Teil-)Privatisierungen als Strohmänner ausländischer Unternehmer auftreten wollen. Kaiser Cement + Gypsum Corp., Oakland Calif. z. B. zeigt Interesse an dem Zementwerk von Ha Tien.

56) Die Ziele dieser Operation stellt das „Bulletin d'information" der PRR in Paris (No. 50—51, 21.—28. 1. 1974) in einem ausführlichen Artikel folgendermaßen dar: „Auf der einen Seite versuchen, die Schicht der ‚Besitzenden' im industriellen Sektor zu stärken, damit diese dem Saigoner Regime politisch unter die Arme greifen in einem Moment, da Thieus kriegerische und antinationale Politik mehr und mehr wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorbringt und mehr und mehr Widerstand hervorruft. Auf der anderen Seite sich von diesen wenig rentablen und kaum produktiven Unternehmen lösen, um neues Kapital anzuziehen."

57) „Neue Zürcher Zeitung" v. 22. 12. 1973; ausführlich zur Frage der Auslandsinvestitionen: „Pacific Imperialism Notebook", No. 6, June 1973, und No. 11, November 1973.

58) „Le Monde Diplomatique", Januar 1974.

59) „Pacific Imperialism Notebook", No. 6, June 1973.

60) „Neue Zürcher Zeitung" v. 10. 10. 1973, s. auch 22. 12. 1973; „Le Monde" v. 2. 10. 1973.

61) „Pacific Imperialism Notebook", No. 6, June 1973, und No. 11, November 1973; viele US-Firmen, so diesselbe Quelle, die im Dienstleistungs- und Bausektor in Südvietnam engagiert waren, sind mit den GIs nach Hause gegangen. Die größte, die geblieben ist, ist Foremost Dairies (Tochter von Foremost McKesson, San Francisco). Pläne für mögliche Investitionen haben American Motors, Ford Motor Co., Liquid Carbonic Corp., Huston Natural Gas Corp., LTV Corp. Texas, Hilton Hotels, Hayatt International Corp. (21-Stockwerk Hotel mit 550 Räumen); außerdem Japans Mitsui + Co. Niedergelassen haben sich bereits Matsushita Electric, Sony, Sanyo u. a.

62) „Pacific Imperialism Notebook", No. 6, June 1972; „Bangkok Post" v. 22. 8. 1973; „Süddeutsche Zeitung" v. 5. 6. 1974. „Das Gesetz 011/70 gibt der Regierung einen 12,5 %-Anteil an den Lagerstätten oder den Gegenwert in US-Dollars. Es sieht Einkommensteuersätze von 45 bis 55 % und etwaige Zusatzgewinnabstreichungen vor" („Der Spiegel" v. 17. 5. 1971). Zur Erdölfrage s. auch „Vietnam Courier", No. 18, November 1973, S. 26; „ESG-Nachrichten", Nr. 60 v. 27. 4. 1971.

darauf, daß die beiden Verwaltungen in Südvietnam nur „das provisorische Recht" haben, ihre Angelegenheiten in ihrer jeweiligen Zone zu regeln, bis eine endgültige Regierung für Südvietnam gewählt ist: „Jedes Arrangement zwischen der Thieu-Administration und ausländischen Gesellschaften ist daher null und nichtig ... Dieser rechtliche Aspekt der Frage sollte unmißverständlich klargemacht werden" [63]).

*Inflation — Preissteigerungen*

Für die Menschen in Südvietnam waren die jährlichen Preissteigerungen um ca. 30 % in den Jahren zwischen 1963 und 1971 schon beinahe normal geworden. 1972 stiegen die Verbraucherpreise um knapp 40 %, 1973 um über 60 % [64]). Es wuchs also auch 1973 die Kluft zwischen monetärer Gesamtnachfrage und dem inländischen Güterangebot. Importe, die diese Lücke füllen sollen, werden von Jahr zu Jahr teurer: die Weltmarktpreise steigen [65]), der Piaster verliert seinen Wert. Ende 1972, nach sechs Abwertungen, kostete 1 US-$ 465 Piaster; Ende 1973, nach neun Abwertungen, 535 Piaster; am 4. März 1974 nach der dritten Abwertung in diesem Jahr 590 und am 25. März 605 Piaster [66]).

Der Verbraucherpreisindex (1960 = 100) stand im Januar 1971 bei 758, im Januar 1972 bei 842, im Januar 1973 bei 1045, im Juni bei 1160 — für einzelne Lebensmittel in Saigon bei 1319 [67]). Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist 1973 von 180 auf 110 US-$ gefallen [68]).

Einige Beispiele für Preissteigerungen: Bis zum Oktober verdoppelten sich 1973 die Preise für Benzin und Schweinefleisch; nuoc mam (Fischsauce) stieg um 30 %; 100 kg Reis kosteten im Januar 1973 7600, im Juli 10 000, im August bis zu 15 000, im Oktober 20 000 und im Dezember 25 000 Piaster; 1 kg Zucker stieg vom Januar bis zum Jahresende 1973 von 170 auf 450 Piaster [69]); von Februar bis März 1974 stieg der Preis für Reis um 100 %, für Düngemittel um 200 %, für Elektrizität um 67 %, die Nachsteuer für Rohmaterialien zwischen 90 und 300 % [70]).

*Soziale Gegensätze verschärfen sich*

Kraß sind in Südvietnam die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land. 1970 lag das geschätzte Pro-Kopf-Einkommen pro Jahr in den ländlichen Gebieten bei 59 US-$, in den Provinzhauptstädten bei 250 US-$. Der Unterschied

63) „South Vietnam in Struggle", No. 209, August 6, 1973.
64) Siehe „KW-Bericht", op. cit., S. 23; „Le Monde" v. 3. 1. 1974 und 8. 5. 1974; 1960 waren 12 Mrd Piaster im Umlauf, 1971 161 Mrd und Anfang 1973 202,8 Mrd („Vietnam International", London, Vol. VIII, Nos. 1—3, January—March 1974; „Vietnam Courier", No. 21, Februar 1974, S. 15).
65) 1974 sollen allein die Ölpreisanhebungen das Preisniveau im Welthandel um 12 % erhöhen (Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in der BRD). Aufgrund der großen Auslandsnachfrage wird der Preis für US-Reis steigen. Robert Freeland (Executive vice president of the Rice Growers Association of California) kündigte im Oktober 1973 für den für 1974 zu vermarktenden Reis eine Steigerung (von bisher 6,75 US-$ per hundredwight) auf 9 US-$ an. Die Exporte gehen hauptsächlich nach Asien („Bangkok Post", v. 24. 10. 1973). Saigon will den Erdölverbrauch um 30 % senken und rechnet für 1974 mit Erdölimporten von 140 Mio US-$ (1973 85 Mio US-$); Experten rechnen mit 200 Mio US-$ („Far Eastern Economic Review" v. 25. 2. 1974).
66) Siehe „Le Monde" v. 15. 11. 1973, 5. 3., 26. 3. 1974; „South Vietnam in Struggle", No. 226, December 10, 1973. In den vorangegangenen Jahren hatte der Wertverlust jährlich ca. 25 % betragen. Für US-finanzierte Einfuhren galt ein Sonderkurs, der etwa um 100 Piaster niedriger lag („Le Monde" v. 3. 10. 1973). Er wurde aber am 14. 1. 1974 aufgehoben („Far Eastern Economic Review" v. 25. 2.1974).
67) „Le Monde" v. 2. 10. 1973.
68) „Le Monde" v. 3. 1. 1974.
69) Siehe „Newsweek" v. 15. 10. 1973; „Neue Zürcher Zeitung" v. 10. 10. 1973; „South Vietnam in Struggle", No. 217, October 8, No. 226, December 10, 1973; No. 231,January14,1974.
70) „Bulletin d'information", PRR Paris, No. 56, 4. 3. 1974.

zwischen den ärmsten Gegenden im Zentralen Hochland (12-$) und Saigon (286-$) steht im Verhältnis 24:1 [71]). Die ländliche Bevölkerung ist vor allem von der Reisknappheit, den Umweltzerstörungen und der Entvölkerung betroffen; die Wirtschaftskrise seit dem Abzug der amerikanischen Truppen trifft besonders die vom Thieu-Regime kontrollierten städtischen Agglomerationen. Hier verschärften sich in den letzten Jahren, verstärkt 1973, die sozialen Gegensätze. Die Tage der „Honda Society" gehen zu Ende. Die Benzinknappheit erscheint da nur als ein symbolischer Katalysator.

„Drei Jahre ist es her, daß das amerikanische Expeditionskorps einen Stamm hat eingehen lassen, dessen Saft Millionen von Parasiten ernährt hatte. Langsam versiegte die Quelle, ohne wieder aufgefüllt zu werden. Ein doppelter Prozeß der sozialen Auflösung hat seitdem nicht aufgehört, sich fortzusetzen" [72]). Kaum betroffen vom wirtschaftlichen Niedergang ist die kleine Schicht hoher Offiziere, hoher Regierungsbeamter, chinesischer Geschäftsleute und Bankiers, die mit den westlichen Diplomaten das Saigoner Villenviertel bewohnen und ihren gewohnten Luxus weitertreiben. Mittlere Beamte und Offiziere suchen ihr nicht ausreichendes Gehalt, dem die Inflation ständig davonläuft, durch Taxifahren und andere Nebeneinkünfte aufzubessern. Etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt im Elend der Vorstädte und der Lager entlang der großen Straßen. In vielen Familien gibt es heute nur noch eine Mahlzeit am Tag. In Zentralvietnam starben bereits Menschen vor Hunger. Selbst qualifizierte Arbeiter finden in der Saigoner Region keine Arbeit mehr [73]).

Mit eiserner Hand reagiert das Regime auf Protest und Auflehnung. Im April 1973 z. B. wurden 21 Mitglieder der Eisenbahnergewerkschaft wegen eines Streiks und vier Führer anderer Gewerkschaften, weil sie ihre Unterstützung für den Streik ausgesprochen hatten, eingesperrt. Der Gewerkschaftler Pham Van Hi ist im Gefängnis gestorben. Saigon behauptet, er sei Kommunist und hätte Befehl zum Selbstmord erhalten. His Freunde sagen, er sei zu Tode gefoltert worden. Die Führer der Erdölarbeiter, der Eisenbahner und der Bankangestellten wurden angeklagt, kommunistische Agenten zu sein [74]).

Der wirtschaftliche Niedergang und der Zerfall tradierter vietnamesischer Sozial- und Moralstrukturen brachten ein Aufblühen der Kriminalität mit sich. Die Drogenhändler etwa haben den Abzug ihrer amerikanischen Kunden problemlos überwunden. Zwei Tonnen Drogen sollen monatlich in Saigon eintreffen. Kommandant Le Kim Hoang, Verantwortlicher des „Kommitees für den Kampf gegen das Rauschgift", spricht von 130 000 Drogensüchtigen [75]). Vor der Ankunft der amerikanischen Truppen hatte es nur alte Opiomane gegeben; heute sollen 65 % der Jugendlichen Rauschgifte nehmen. Spektakuläre Aktionen wie Rauschgiftverbrennungen auf offener Straße unter Beisein von Staatspräsident Nguyen

71) „KW-Bericht", op. cit., Anlage 13. Siehe auch „Le Monde" v. 8. 5. 1974, Artikelfolge von Patrice de Beer: „Où va le Vietnam du Sud?".
72) „Le Monde" v. 29. 3. 1973.
73) „Le Monde" v. 7. 8. 1973, 3. 1. 1974; „Nouvel Observateur" v. 25. 3. 1974; „South Vietnam in Struggle" No. 217, October 8, 1973. „Ein Ingenieur oder ein höherer Beamter nimmt im Monat etwa 40 000 Piaster ein. Ein Liter Benzin aber kostet schon 150, ein Huhn 1000, ein Kilo Zucker 500, eine Ration Reis pro Tag und Person 170 Piaster. Kurz: die Lebenshaltungskosten gleichen denen in Europa, die Einkommen allerdings liegen zehnmal niedriger" (Ngo Cong Duc in „Paix et Démocratie, organ de liaison des Forces de Paix et Démocratie en Sud Vietnam et à l'Etranger", No. 1 v. 1. 9. 1973 [Paris], S. 35 f).
74) „Le Monde" v. 25. 4., 6. 7., 7. 7. 1973; „Newsweek" v. 23. 7. 1973. Trotz Streikverbots und politischer Verfolgung brechen immer wieder Arbeitskämpfe aus. So im Januar 1973 bei der US-Firma Foremost, auf der Luftbasis Tan Son Nhut, bei Shell, bei Seviga und auf den 36 Märkten Saigons; im Februar bei Esso, Caltex und unter den Eisenbahnern, im März bei den Transportarbeitern usw. „Die Arbeiter protestieren gegen niedrige Einkommen, gegen willkürliche Entlassungen, gegen das Fehlen sozialer Sicherungen und das Fehlen von Gewerkschaftsrechten" („Bulletin d'information", PRR Paris, No. 18, 5. 5. 1973).
75) „Bulletin d'information", PRR Paris, No. 57, 11. 3. 1974; „Le Monde" v. 3. 1., 29. 11. 1973; ausführlich „Vietnam Courier", No. 20, Januar 1974; andere Quellen schätzen eine viel höhere Zahl von Drogensüchtigen („Bangkok Post" v. 6. 10. 1973).

Van Thieu können nicht über das hinwegtäuschen, wovon jedermann auf Saigons Straßen weiß: die Händlerringe reichen bis in die Spitzen des Regimes [76]).

Daß die sozialen Probleme in den übervölkerten Städten zunächst das Problem der *Flüchtlinge* sind, das ist den amerikanischen Vietnamspezialisten [77]) wie der Saigoner Verwaltung bekannt. Doch Saigon hat die Lösung selbst blockiert: die Flüchtlinge dürfen die eigene Kontrollzone nicht verlassen — und somit in den meisten Fällen nicht in ihre Dörfer zurück [78]). Was in den im Januar 1973 verkündeten „Policies and Programs for National Reconstruction and Development 1973—1976" [79]) als Rück- und Umsiedlung vorgesehen ist, das bedeutet für fast alle Flüchtlinge Zwangsumsiedlung, „fern der traditionellen Dörfer, fern vom eigenen Land ... und fern von den von der PRR kontrollierten Zonen" [80]).

*Defizitärer Staatshaushalt — ungenügende Steuern*

Der Staatshaushalt 1973 und der für 1974 geplante tragen fast die gleichen Merkmale wie die der vorangegangenen Kriegshaushalte: minimale eigene Einnahmen, ein riesiges Defizit, das ausgefüllt wurde durch die Ausgaben des US-Expeditionscorps', durch US-Militär- und Wirtschaftshilfe, durch direkte amerikanische Budgethilfen (Gegenwertmittel amerikanischer Warenhilfe) und durch inflationsfördernde Anleihen bei der Notenbank [81]). Von 1964 bis 1972 hatten die USA jährlich zwischen 84 und 92 % der Ausgaben zur Aufrechterhaltung der Saigoner Regierung bestritten [82]). Bis zu zwei Drittel der Regierungsausgaben dienten dem Krieg, ca. 5 % waren öffentliche Investitionen und nur 1 % ging in Entwckilungsprojekte. Zwei Drittel der Gesamtausgaben nahmen wiederum öffentliche Gehälter in Anspruch [83]).

1973 verzeichnete das Budget 463 Mrd Piaster an Ausgaben (1972 355 Mrd). Bei eigenen Einnahmen von nur 198 Mrd (145 Mrd) und einer US-Hilfe von 97 Mrd blieb ein Defizit von 168 Mrd Piaster (Tabelle 1). 53 % der Ausgaben schluckte der Titel Nationale Verteidigung, 6,8 % das Innenministerium, nur 0,9 % wurden für Gesundheit und 0,3 % für Soziale Wohlfahrt ausgegeben (Tabelle 2).

Der Haushaltsentwurf 1974 sieht 630 Mrd Piaster an Ausgaben vor und rechnet mit einem Defizit von 286 Mrd (Tabelle 1). Die Verteidigungsausgaben werden wieder über 50 % beanspruchen. 80 % des Budgets des Innenministeriums werden Polizeiausgaben sein. Nur 28 Mrd Piaster sind für den Wirtschaftssektor und 5 Mrd für Erziehung vorgesehen [84]).

---

76) Das „Bulletin d'information" (ebd.) nennt Thieus Militärberater Dong Van Quang den wichtigsten Drogenhändler Südvietnams; sowohl Thieu als auch Premierminister Tran Thien Khiem halten je einen Händlerring in der Hand.

77) „Besonders die Rücksiedlung von Flüchtlingen wird wenigstens in der ersten Phase (des Wiederaufbaus) ein dominierendes Problem sein" („Lilienthal-Report", op. cit., Vol. I, S. 2).

78) „Heute gibt es noch rund drei Millionen Flüchtlinge in Lagern ... die, wenn sie die Möglichkeit haben, wieder in ihre Dörfer zurückkehren möchten, wo sich die Ahnengräber befinden. Wenn aber die Dörfer im Vietcong-Gebiet liegen, erlaubt die Saigoner Regierung den Flüchtlingen die Rückkehr nicht, sondern siedelt sie neu in Lagern an" („Neue Zürcher Zeitung" v. 19. 1. 1974). Die „Süddeutsche Zeitung" v. 20. 7. 1973 spricht von sechs Millionen Flüchtlingen in Lagern. Im Lauf der Jahre 1965 bis 1973 wurden durch „Pazifizierungs"- und „Urbanisierungs"-Programme 10 105 000 Flüchtlinge produziert („Senate Subcommittee on Refugies", February 28, 1973; zit. in „Indochina Chronicle", No. 25, June 11, 1973).

79) „KW-Bericht", op. cit., S. 28 f; „Süddeutsche Zeitung" v. 16. 5. 1973.

80) J. Decornoy in „Le Monde" v. 5. 10. 1973; s. auch „Le Monde" v. 11. 12. 1973; gegen die Finanzierung dieser Programme mit amerikanischen Geldern hat Senator E. Kennedy protestiert („Le Monde" v. 25. 9. 1973).

81) Siehe „Lilienthal-Report", op. cit., Vol. I, S. 106 f; „KW-Bericht", op. cit. S. 22; seit 1971 wurden Schatzwechsel aufgenommen (ebd.). Vgl. auch Francois Misoffe in „Le Monde" v. 31. 1. 1974.

82) Ausführliche Aufschlüsselung dieser Ausgaben in „Indochina Chronicle", No. 24, April 8, 1973, S. 6.

83) Siehe „Lilienthal-Report", op. cit., Vol. I, S. 65. „In Vietnam wurden alle Ausgaben geächtet, die nicht direkt zur Unterstützung des Krieges beitragen; und die meisten Abzüge wurden bei den öffentlichen Investitionen und im zivilen Sektor vorgenommen" (ebd. S. 62).

84) Siehe „South Vietnam in Struggle", No. 229, January 1st, 1974; „Le Monde" v. 14./15. 10. 1973.

*Tabelle 1*

| *Budget der Saigoner Regierung (in Mrd Piaster)* | *1973* | *1974 *)* |
|---|---|---|
| *Ausgaben* | *463* | *630* |
| *Einnahmen* | *295* | *334,5* |
| *davon* | | |
| *Steuern* | *198* | *226,5* |
| *US-Hilfe* | *97* | *118* |
| *Defizit (ausgefüllt durch Ausgabe von Banknoten)* | *168* | *286* |

**) geplant*

Quelle: „Bulletin d'information", Buro d'information der PPR in Paris, Nos. 54—55, 18.—25. 2. 1974 (Zusammengestellt nach offiziellen Angaben) [85]

*Tabelle 2*

| *Südvietnamesisches Budget 1973 (in %)* | |
|---|---|
| *(Total: 870 Mio US-$)* | |
| *Nationale Verteidigung* | *53,0* |
| *Innenministerium (Staatspolizei, Gefängnisse, Volks-Selbstverteidigungskräfte u.s.w.)* | *6,8* |
| *Gesundheitsministerium* | *0,9* |
| *Erziehungsministerium* | *6,0* |
| *Veteranenministerium* | *5,6* |
| *U.S. Funded Special Program (schließt nur geringe Teile von US-Hilfen ein)* | *7,0* |
| *Ministerium für Soziale Wohlfahrt* | *0,3* |
| *Andere Departments* | *20,4* |
| | *100* |

| *Gesamte amerikanische Hilfe an Südvietnam (in %)* | |
|---|---|
| *(Total 22,5 Mrd US-$)* | |
| *Militärhilfe* | *76,0* |
| *Landwirtschaftliche Projekte* | *0,16* |
| *Commercial Import Program* | *12,8* |
| *Gesundheit* | *0,5* |
| *Food for Peace* | *6,0* |
| *Erziehung* | *0,14* |
| *Öffentliche Arbeiten* | *0,48* |
| *Verschiedenes* | *3,92* |
| | *100* |

Quelle: „New York Times" v. 19. August 1973.

„Angesichts des Abzugs der Amerikaner ist der südvietnamesische Staat zum erstenmal ernsthaft gezwungen, mit mehr eigenen Mitteln für sein Budget zu sorgen" [86]). Das ist ein schwieriges Unterfangen. Den größten Teil seiner Einnahmen hat Saigon in der Vergangenheit aus Zöllen und indirekten Steuern bestritten [87]). Aufgrund der negativen Handelsbilanz ist man aber heute bestrebt, Importe zu drosseln und Exporte mit Steuererleichterungen zu fördern.

85) „South Vietnam in Struggle" (ebd.) gibt die von Saigon erwarteten Einnahmen folgendermaßen an: 210 Mrd Piaster Auslandshilfe, 242 Mrd Steuereinnahmen und Anleihen von 178 Mrd.
86) „Neue Zürcher Zeitung" v. 10. 10. 1973.
87) Zölle und an andere Importe anknüpfende Steuern machten bis zu 62 % der gesamten Staatseinnahmen aus („KW-Bericht", op. cit., S. 22). Siehe dazu auch „Lilienthal-Report", op. cit., Vol. I, „Tax Revenues: Past and Future", S. 75 ff.

Die Steuermoral ist allgemein miserabel. „Für die Vietnamesen, die die Regierung unterstützen", so kommentiert „Indochina Chronicle", „ist es ein vernichtendes Urteil, daß sie mit all dem Reichtum, den sie durch den Krieg aufgehäuft haben, nur bewogen werden konnten, ein wenig mehr als 110 Mio US-$ zur Unterstützung ihrer Regierung beizutragen" [88]). Die Haltung auf der Behördenseite ist nicht viel besser. Die Beamten „neigen, da sich ihr Realeinkommen durch die Inflation ständig verringert, zu Korruption" [89]).

Angesichts der Notwendigkeit, die eigenen Einnahmen zu erhöhen, verabschiedete Thieu unter Ausübung seiner Sondervollmachten neue Steuergesetze. Am 1. Juli 1973 trat eine Mehrwertsteuer (TVA/Taxe sur la Valeur Ajouté; Dekret 034—55/SLU vom 22. Dezember 1972) in Kraft: sie belegte alle Waren bei jeder Wertsteigerung mit 10 % Steuern, in gleicher Höhe die Dienstleistungen [90]). Eine in entwickelten Wirtschafts- und Steuersystemen mit Erfolg angewandte Steuer — im Falle Südvietnams aber ein vollkommen unangebrachter Versuch, die Staatseinnahmen zu steigern. Für Thieu wurde die TVA zu einem vollen Mißerfolg. Sie verschärfte die wirtschaftliche und brachte das Regime in eine gefährliche politische Krise [91]). Das TVA-System war ungerecht und zu kompliziert [92]), eine Ausführungsverordnung folgte der anderen. Produzenten und Händler schlugen die Steuern auf die Preise. Steuerbeamte, die häufig in Betriebe kamen, in denen seit über zehn Jahren keine Steuer mehr eingetrieben worden war, sicherten sich ihren Anteil. In allen Schichten der Bevölkerung wuchs der Unmut [93]). Am 9. August mußte Thieu die Steuer für alle direkten Transaktionen wieder aufheben lassen. Die Preise stiegen trotzdem weiter. „Die TVA", so „Le Monde Diplomatique" (Januar 1974), „hat die Regierung diskreditiert und ihr wahrscheinlich mehr Feinde eingebracht als sechs Jahre Krieg."

### *Defizitärer Außenhandel — schwindende Devisenreserven*

„Südvietnams Wirtschaftsprobleme stammen weitgehend aus der beinahe totalen Abhängigkeit des kriegszerrissenen Landes von ausländischen Importen. Alles, von Maschinen über Zahnpasta bis zum zusätzlichen Reis, muß im Ausland gekauft werden. Dieses Jahr, so erwartet man, werden die Importe 750 Mio Dollar übersteigen" („Newsweek" v. 15. Oktober 1973). In den vergangenen Jahren importierte Saigon durchschnittlich für 600 bis 700 Mio US-$ im Jahr; die Exporte fielen von 35 Mio (1965) auf 11,4 Mio US-$ (1970). 1972 importierte Sai-

88) „Indochina Chronicle", No. 24, April 8, 1973, S. 5.
89) „Lilienthal-Report", op. cit., Vol. I, S. 74.
90) Siehe „Vietnam Courier", No. 17, October 1973, S. 29; „South Vietnam in Struggle", No. 211, August 20; No. 212, August 27, 1973; „Süddeutsche Zeitung" v. 7. 5. 1973; „Newsweek" v. 15. 10. 1073; „Bulletin d'information", PRR Paris, Nos. 28—29, 14.—21. 7.; No. 30, 3. 9. 1973.
91) Diese Gefahr sah schon der „Lilienthal-Report" (Vol. I, S. 67): „Während Einkommenserhöhungen durch das Steuersystem wünschenswert sind, sind drastische Maßnahmen in diesem Bereich möglicherweise politisch unangebracht."
92) „Es ist so kompliziert in seiner Anwendung, vor allem im Einzelhandel, daß selbst Thieus Erziehungsminister zugab, er habe es noch nicht fertiggebracht, TVA zu verstehen" (die Zeitung „Tien Tuyen" v. 17. 7. 1973; zit. in „Vietnam Courier", No. 17, October 1973, S. 29). „Das letzte Ziel der Besteuerung sollte selbstverständlich sein; es muß leicht Zustimmung finden und durchzuführen sein . . . Ein kompliziertes Steuersystem macht es dem ehrenhaften Steuerzahler schwer, ihm nachzukommen und dem unehrenhaften leicht, es zu umgehen und zu korrumpieren" („Lilienthal-Report", op. cit., Vol. I, S. 74).
93) Ausführlich dazu „The anti-TVA protest" in „South Vietnam in Struggle", No. 212, August 27, 1973: „der Kampf der südvietnamesischen Stadtbevölkerung gegen TVA hat das Thieu-Regime eine Stufe zurückgeschlagen. Er geht weiter. Kein Zweifel, die wachsende Front gegen TVA wird eines Tages siegen." Ein Leserbrief an die Zeitung „Dai Dan Toc" (zit. in „Bulletin d'information", PRR Paris, No. 30, 3. 9. 1973) vermag die Anlässe für diesen Unmut zu illustrieren: „Meine Frau ist krank geworden. Seitdem kämpfen wir mit den größten Schwierigkeiten. Ich selbst habe ihre goldene Halskette zum Pfandleiher gebracht, der von der Summe gleich 10 % TVA abgezogen hat. Beim Arzt ist die Untersuchung auch um 10 % teurer geworden. Ich hatte das zu bezahlen. Ebenso beim Apotheker; auf den Medikamentenpreis sind 10 % aufgeschlagen worden. Ich habe es unter Tränen bezahlt. Und als der Leichenträger mein unglückliches Weib forttrug, da hat er 10 % TVA verlangt! Ich wußte nicht, was ich dagegen sagen sollte. Glücklicherweise haben mich die Nachbarn beim Begräbnis meiner Frau unterstützt; sie haben weder einen Piaster noch 10 % TVA gefragt" (s. auch „Far Eastern Economic Review" v. 25. 2. 1974).

gon für 678 Mio US-$ und exportierte für 22,7 Mio [94]). Der sinkende Export ist vor allem auf die Zerstörung der Kautschuk-Plantagen (von denen die meisten noch im französischen Besitz sind) zurückzuführen [95]).

Entgegen allen erhofften und geforderten Senkungen des Imports führte Saigon 1973 für über 700 Mio US-$ ein, seine Exporte konnte es nur auf ca. 60 Mio steigern [96]).

Die nötigen Devisen bekam Saigon bisher von US-AID (Agency for International Development) und aus den Ausgaben der amerikanischen Militärs, die etwa 450 Mio US-$ pro Jahr im Land zurückließen. Mit dem stufenweisen Abzug sank diese Summe. 1973 erwartete sich Saigon von den Amerikanern in Südvietnam noch über 100 Mio US-$, 1974 soll es nur noch die Hälfte sein. Dieses Geld verliert aber allein durch die Dollarabwertung und die Preisanstiege auf dem Weltmarkt ein Drittel seines Wertes. (Den größeren Teil seiner Importe kauft Saigon in Japan und anderen Nicht-Dollar-Ländern [97]). 1973 sanken die Devisenreserven pro Monat um ca. 10 Mio US-$ [98]). Zum Jahresende waren sie unter 15 Mio gefallen, bis Mitte 1974 würden sie, wenn nicht durch Auslandshilfe aufgefüllt, erschöpft sein [99]).

Die 1973 erfolgten neun Abwertungen machten zwar den Piaster billiger (damit die Importe teurer), konnten in geringem Maße Exporte erleichtern, doch um ihn zum Devisenbringer zu machen, fehlen die Voraussetzungen auf der Produktionsseite. Deren Mängel können unter den jetzigen Umständen nur durch Importe ausgeglichen werden. So bleibt Saigon auf Auslandshilfe angewiesen.

### *Auslandshilfe*

„Wenn ich von den Vereinigten Staaten weiterhin totale wirtschaftliche und militärische Unterstützung bekomme", so Präsident Nguyen Van Thieu, „dann werden die Kommunisten niemals den Süden erobern ... Wenn wir aber kein Geld, keine Munition, keine Waffen mehr haben, dann werden wir mit Sicherheit unter die Kontrolle der Kommunisten fallen. Das ist logisch" [100]). — Die Logik der totalen Abhängigkeit.

Saigon hat mit Hilfe US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler eine Reihe von Plänen für den Wiederaufbau und die Entwicklung entworfen. Ihre gemeinsamen Charakteristika sind hohe Kosten und somit die Bindung an Auslandshilfe, illusionäre Zuwachsraten und eine wenig realistische Einschätzung der militärischen und politischen Lage. Die wichtigsten Pläne:

— „The Postwar Development of the Republic of Vietnam: Policies and Programs", Joint Development Group, Saigon/New York, März 1969 („Lilienthal

94) Siehe „KW-Bericht", op. cit., Anlage 6 und 8; „South Vietnam in Struggle", No. 204, July 8, 1973; „Le Monde Diplomatique", Januar 1974.
95) Die Kautschuk-Produktion fiel von 83 000 t im Jahr 1961 auf 20 000 t 1971. Kautschuk machte 1965 mit 26 Mio US-$ noch 73 % des Exports aus, 1970 wurde er für 8,9 Mio US-$ exportiert („KW-Bericht", op. cit., Anlage 8).
96) „Le Monde Diplomatique", Januar 1974. Die Exportsteigerung aber, so „South Vietnam in Struggle", No. 231, January 4, 1974, trifft wieder die einheimische Produktion: „Saigoner Geschäftsleute verlangten von Thieu, er soll den Export wichtiger Materialien reduzieren oder gar verbieten, um die einheimische Produktion zu schützen." Auf der anderen Seite bringen Importeinschränkungen für eine Reihe von Gütern verschiedene Industriezweige (Kleider, Seifen, Gummi) in Schwierigkeiten (s. „Vietnam-Courier", No. 21, February 1974, S. 15). Siehe auch „Far Eastern Economic Review" v. 15. 4. 1974.
97) „Pacific Imperialism Notebook", No. 11, November 1973.
98) Siehe „Le Monde" v. 2. 10. 1973; „Newsweek" v. 15. 10. 1973; „Le Monde Diplomatique", Januar 1974; „Washington Post" v. 10. 9. 1073.
99) „Süddeutsche Zeitung" v. 24. 1. 1974; „Neue Zürcher Zeitung" v. 10. 10. 1973.
100) In einem CBS-Interview („Le Monde" v. 2. 2. 1973). Die Bitte um „Geld für den Kampf gegen die Kommunisten" wiederholte Thieu sehr eindringlich am 6. Juni 1974 in Thu Duc. Saigon ist angesichts der Zahlungsunwilligkeit des US-Kongresses äußerst beunruhigt (siehe „Le Monde" v. 8. 6. 1974).

Report"); Die projektierten Kosten: 5,5 Mrd US-$, davon 2,5 Mrd aus Auslandshilfe. Der Plan sieht ein Wachstum des BSP innerhalb von 10 Jahren um 50 % vor und ein Ansteigen des Pro-Kopf-Einkommens um 1/5. Doch dies unter der Voraussetzung, „daß für das ganze Territorium Frieden erreicht ist. Mit anderen Worten, daß der Teil Vietnams südlich des 17. Breitengrades den geographischen Rahmen für die Verwirklichung der Entwicklungspläne abgibt" [101]).

— 1972 erstellte das im Juni 1971 errichtete Ministerium für Planung und Nationale Entwicklung einen „Four Year National Economic Development Plan 1972 bis 1975": Seine Kosten: 666 Mrd Piaster. Eine jährliche Zuwachsrate des BSP um 6,3 % [102]). Nach einem Jahr galt er als überholt [103]).

— Im Januar 1973 traten an die Stelle dieses Planes die „Policies and Programs for National Reconstruction and Development 1973—76": Er hat etwa die gleichen Ziele wie der vorangegangene Plan. Seine Kosten: 5,7 Mrd US-$. Er projektiert für die vier Jahre ein reales Wachstum von 6 bis 7 %. „Da nennenswerte inländische Ersparnisse nicht zu erwarten sind, müßte der Betrag weitgehend vom Ausland finanziert werden. Auf Jahresbasis umgerechnet, würde dies mehr als eine Verdoppelung der gegenwärtigen ausländischen Zuflüsse erfordern" [104]).

— Thieus am 20. Mai 1973 verkündeter Sieben-Jahres-Plan sieht eine jährliche Steigerung des BSP um 9 % vor, bis 1980 um 80 %! Seine Kosten wurden nicht bekanntgegeben. Von den USA wird aber der größte Teil der Finanzierung erwartet [105]).

Thieu erhoffte sich Anfang April 1973 bei seinem Besuch in den USA für jenes Jahr ca. 700 Mio US-$ Wirtschaftshilfe. Die Erwartungen auf großzügige Hilfe schlugen sich auch in dem gemeinsamen Kommuniqué mit Präsident Nixon am Ende des Besuches nieder. Zugleich wurde darin die Hoffnung geäußert, „daß andere Nationen sowie die internationalen Organisationen sofort ein positives und konzertiertes internationales Hilfsprogramm für die Republik Vietnam in Gang setzen" [106]).

Die Nixon-Administration hatte vom Kongreß für das Finanzjahr 1973/74 1594,6 Mio $ Militär- und 635,1 Mio $ Wirtschaftshilfe beantragt [107]). Die inzwischen bekanntgewordenen Summen der gebilligten Mittel machen zweierlei deutlich: einerseits den Unwillen des Kongresses, den Riesenanforderungen der Regierung stattzugeben, andererseits aber die verschiedensten Möglichkeiten der zuständigen Ministerien (vor allem des Pentagons), die Streichungen wieder auszugleichen [108]). Offiziell sind bisher für das Finanzjahr 1973/74 1,126 Mrd $

101) Op. cit., S. 1; s. auch S. 13. Frances Fitzgerald (Fire in the Lake, Macmillan 1972, S. 435) nannte den Plan „den wahrscheinlich letzten Ausdruck der amerikanischen Hybris" (zit. in „Vietnam Courier", No. 18, November 1973, S. 25).

102) Die Relation zum Dollar wurde dafür mit durchschnittlich 400 Piaster/1 US-$ angenommen. Dieser Plan galt schnell als äußerst fraglich; die aktuellen Ziele der vietnamesischen Wirtschaft sind heute nicht mehr klar zu erkennen" (Francois Misoffe, Un plan Marshall pour le Vietnam de Sud? in „Le Monde" v. 1. 2. 1974); s. auch „Bulletin d'information", PRR Paris, No. 21, 26. 5. 1973.

103) Das bewirkte vor allem die Frühjahrs- und Sommeroffensive 1972; zu diesem Plan s. „KW-Bericht", op. cit., S. 26 f.

104) Siehe ebd., S. 29. Innerhalb dieses Programms wurden noch „Emergency Programs" für schnelle Hilfsmaßnahmen aufgestellt, die befreundeten Ländern Ansätze zur sofortigen Aufnahme von Projekten geben sollen. Kosten: 111,4 Mio US-$. Schwerpunkte sind Aufbau des Bewässerungssystems, der Infrastruktur und landwirtschaftliche Projekte (s. ebd., Anlage 18).

105) Siehe „Le Monde" v. 28. 5. 1973; „Süddeutsche Zeitung" v. 18. 5. 1973; „Bulletin d'information", PRR Paris, No. 26, 29. 6. 1973).

106) „Le Monde" v. 5. 4. 1973; s. auch „Neewsweek" v. 16. 4. 1973.

107) „Indochina Chronicle", No. 27, August 31, 1973, S. 7.

108) Dies geschieht einmal durch die Beantragung von „Emergency Programs": vor allem auf Betreiben von US-Botschafter Martin verlangte Washington zusätzlich 300 Mio $ zu den 813 Mio Militärhilfe, die der Kongreß gebilligt hatte, und zusätzlich 54 Mio zu den gebilligten 325 Mio Wirtschaftshilfe. Am 18. 3. 1974 verlangte der stellvertretende Verteidigungsminister Clements eine Steigerung der Militärhilfe von 1,25 Mrd auf 1,6 Mrd. — sonst müßte Saigons Armee ihre Operationen wegen Treibstoffmangels einschränken (s. „Le

Militärhilfe und 326 (+ 54?) Mio $ Wirtschaftshilfe vorgesehen [109]). (Diese Zahlen können sich noch verändern!) Für das Finanzjahr 1974/75 sieht das Weiße Haus 1,450 Mrd $ Militärhilfe und 400 Mio $ Wirtschafthilfe vor [110]). Bisher hat der Kongreß 939,8 Mio US-$ Wiederaufbauhilfe für Saigon, Phnom Penh und die laotische Regierung sowie 900 Mio US-$ Militärhilfe für Saigon gebilligt [110a]).

Die Relationen der einzelnen Posten (1973/74) zeigen, wie kriegsorientiert die ganze amerikanische Hilfe ist: 76 % sind Militärhilfe, 12,8 % gehen ins Commercial Import Program (CIP), 6 % für Food for Peace (PL 480) (vgl. Tabelle 2). Zum letzteren David K. Shipler in der „New York Times" v. 19. August 1973): „Jeder Sack Reis z. B., den die Vereinigten Staaten geben, ist von Washington mit Dollars bezahlt worden und wird dann von den vietnamesischen Importeuren mit Piastern bezahlt. 80 % der Piaster werden auf Konten deponiert, die einzig von der südvietnamesischen Armee, Marine oder Luftwaffe benutzt werden. Dies ist bekanntlich das Lebensmittel-für-den-Frieden-Programm." Mitte 1973 waren dafür 176 Mio $ vorgesehen; die Summe ist inzwischen auf mehr als 300 Mio $ angewachsen. Nun werden 100 % der damit eingenommenen Piaster für militärische Zwecke genutzt [111]). Die Waren des Commercial Import Program nehmen einen ähnlichen Weg. „Amerikanische Beamte in Saigon berichten, daß etwa ein Drittel der aus CIP-Verkäufen eingenommenen Piaster zur Finanzierung des Saigoner Militärestablishments verwendet werden. Der Rest ist ein Geschenk an Saigoner Budget-Planer, die es nach Wunsch zur Stärkung ihres Regimes ausgeben können" [112]).

2,5 Mrd $ Aufbauhilfe hatte Washington gemäß dem Pariser Abkommen (Artikel 21) für Nordvietnam vorgesehen [113]). Was dort als „traditionelle Politik" des guten Willens proklamiert wurde, zeigt sich heute als eine Fortführung der Tradition der gewaltsamen Drohung: erst „wenn Nordvietnam seine Verpflichtungen des Pariser Abkommens erfüllt", wird der Dollar fließen [114]). Kissinger sieht die USA weiterhin verpflichtet, der „militärischen Drohung Hanois" ein südvietnamesisches Gegengewicht zu geben. Das „politische und moralische" Engagement wird fortgeführt, „so lange es nötig ist" [115]). Die USA bleiben, das machten der Außenminister und sein Stellvertreter unmißverständlich klar, in Indochina, in Südostasien präsent und werden politische Veränderungen (vor allem in den drei indochinesischen Ländern) so lange als möglich zu verhindern suchen.

---

Monde" v. 6. 3., 20. 3. 1974; „Newsweek" v. 25. 3., 15. 4. 1974). — Dies geschieht zum anderen durch Überschreibungen von anderen Posten, durch „revised accounting": das Pentagon z. B. verfügt noch über 226 Mio $ für Saigon, die der Kongreß nicht antastet (s. „International Herald Tribune", v. 6. 4. 1974; „Newsweek" v. 29. 4. 1974). Über andere Kanäle für Militärhilfe an Saigon berichtet Guy Gran in „Far Eastern Economic Review" v. 11. 2. 1974.

109) Siehe „Le Monde" v. 30. 3. 1974; „Neue Zürcher Zeitung" v. 2. 4. 1974; „Le Monde" v. 6. 4. 1974. Wie sich die Zahlen innerhalb weniger Monate verändern können, zeigen die Berichte darüber in „International Herald Tribune" v. 19. 9. 1973 und „Newsweek" v. 15. 10. 1973. Nach Angaben des Pentagon würden die den 29 Kategorien des Pariser Abkommens entsprechenden erlaubten Militärlieferungen nur 445 Mio $ kosten („Indochina Chronicle", No. 27, August 31, 1973, S. 13). Allein für Munition zahlte das Pentagon 1973 276 Mio $ an Saigon („Newsweek" v. 25. 3. 1974).

110) „Le Monde" v. 30. 3. 1974; Kissinger spricht in einem Brief an Senator E. Kennedy bereits von 1,6 Mrd. $ Militärhilfe („Süddeutsche Zeitung" v. 2. 4. 1974).

110a) Den Auftrag der Senatoren Kennedy, Symington und Cranston, die Militärhilfe auf 750 Mio US-$ zu kürzen, lehnte der Senat mit 46 zu 45 Stimmen ab (siehe „Le Monde" v. 13. 6. 1974; „Neue Zürcher Zeitung" v. 10. 6. und v. 13. 6. 1974).

111) „Far Eastern Economic Review" v. 11. 2. 1974.

112) „Indochina Chronicle", No. 28, October 1973, Anmerkung 17. Eine ausführliche und kritische Untersuchung über diese Mechanismen und die ganze Problematik der US-Hilfe für Südvietnam s. in: US Neocolonialism in South Vietnam („Vietnamese Studies", No. 31, Hanoi 1971): Nguyen Xuan Lai. Economic Gears and Levers.

113) Siehe „Süddeutsche Zeitung" v. 17./18. 2. 1973; „Newsweek" v. 26. 2. 1973; insgesamt 7,5 Mrd US-$ sollen für Indochina vorgesehen sein.

114) Kenneth Rush (stellvertretender Außenminister), America and Asia: The Old and the New, in „The Department of State Bulletin", Vol. LXX, No. 1809, February 25, 1974.

115) Kissingers Antwortbrief vom 25. 3. 1974 an Senator E. Kennedy in „Wireless Bulletin from Washington" (USIS, Bonn), No. 56, April 2, 1974.

„Das neu gewährte Budget (für Indochina), die unbekannten Summen aus Restmitteln der früheren Jahre ausgeschlossen, erreicht 3,5 Mrd. $ — wenigstens 1,0 Mrd $ davon zur Unterstützung der US-Streitkräfte in dem Gebiet und etwa 2,5 Mrd $ an bilateraler Hilfe. Das politische Resultat aus einer Hilfe von solchen Ausmaßen: Business as usual. Trotz rhetorisch gegensätzlicher Behauptungen — es scheint keine wesentliche Kürzung der Hilfsquellen für die Regierungen in Saigon, Phnom Penh und Vientiane vorgenommen worden zu sein" [116]). Der reduzierte Dollarfluß und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Saigons brachten nicht jene konzertierte massive internationale Hilfsaktion in Schwung, die Nixon und Thieu erbeten und erhofft hatten. Die Hilfsgelder der wichtigsten Geberländer Saigons flossen 1973 dennoch stärker als in den Vorjahren.

Japan, das am Vietnamkrieg in den Jahren 1965 bis 1972 rund 6,5 Mrd. US-$ verdient hatte [117]), zeigt am benachbarten Indochina als Rohstofflieferant und potentieller Markt naturgemäß großes Interesse. Es bestehen große Pläne, und Saigon war enttäuscht, daß Tokio 1973 nicht mehr als 2 Mio US-$ humanitäre und 50 Mio US-$ Wirtschaftshilfe freimachte. Japan sagte Nordvietnam eine Wirtschaftshilfe von 20 Mio US-$ zu. Verbindungen zum Norden erscheinen der japanischen Wirtschaft heute vielversprechender als zum unsicheren Süden [118]). Frankreich, das mit 11 000 Einwohnern (die rund 700 Mio Franc im Jahr erwirtschaften) in Südvietnam wirtschaftlich immer noch relativ stark vertreten ist, sieht Hoffnungen, alte, von den Amerikanern verdrängte Positionen wieder aufzubauen. Die französische Regierung stellte 1973 Saigon wie Hanoi je ca. 100 Mio Franc zur Verfügung, der PRR, die sie nicht als Regierung anerkennt, eine „humanitäre Hilfe" in unbedeutender Höhe [119]).

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hatte am 31. Januar 1973 30 Mio DM humanitäre Soforthilfe für Indochina bereitgestellt; 10 Mio wurden bilateral (über das Innenministerium), 20 Mio multilateral (über das Außenministerium) verteilt. Von den 100 Mio Aufbauhilfe für 1973, von denen je 10 Mio für Laos und Kambodscha vorgesehen sind, sind 40 Mio als Warenkredithilfe an Nordvietnam festgelegt. (Die BRD hat im Gegensatz zu fast allen anderen europäischen Ländern noch keine diplomatischen Beziehungen zur DRV aufgenommen.) An Saigon gingen 1973 49 Mio DM (9 Mio sind Restposten aus früheren Zusagen), die in Landwirtschafts-, Industrie- und Infrastrukturprojekte vergeben werden. (Langfristige Anleihen zu 2 % Zinsen im Jahr, rückzahlbar innerhalb von 30 Jahren.) „Dies", so schreibt die „Far Eastern Economic Review" (18. März 1974), „war wohl die vorteilhafteste Hilfe, die Südvietnam bekam, seit es sich um eine Differenzierung der auswärtigen Hilfsquellen bemüht."

Multinationale Hilfe für Indochina, unter Einschluß der Weltbank, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Asiatischen Entwicklungsbank und des International Monetary Fund (alles Institutionen, in denen die USA dominieren), wird von Washington favorisiert als ein Mittel zur Fortsetzung der amerikanischen Strategie unter dem Zeichen der Nixon-Doktrin. John Hannah,

---

116) Guy Gran in „Far Eastern Economic Review" v. 11. 2. 1974; Phnom Penh hat 1973/74 255,6 Mio $ Wirtschaftshilfe (208 Mio $ Food for Peace) und über 350 Mio $ Militärhilfe bekommen (s. „Süddeutsche Zeitung" v. 10. 4. 1974; „Le Monde" v. 11. 4. 1974; „Neue Zürcher Zeitung" v. 11. 5. 1974 — hier sind die Angaben niedriger). An Vientiane gaben die USA 1973 311 Mio $ Militärhilfe und 50 Mio $ Wirtschaftshilfe („Le Monde Diplomatique", Avril 1974).

117) Siehe „Far Eastern Economic Review" v. 12. 3. 1973.

118) Siehe „Le Monde" v. 23./24. 9. 1973; „Neue Zürcher Zeitung" v. 6. 10. 1973; „Vietnam Courier", No. 17, October 1973; „Pacific Imperialism Notebook", No. 11, November 1973; „Vietnam International", Vol. VIII, Nos. 1—3, January—March 1974; auch die PRR („Bulletin d'information", No. 33, 24. 9. 1973) weist auf Japans Interessen am nordvietnamesischen Markt hin; s. auch La lecon de l'économie Honda, in „Bulletin d'information", PRR Paris, No. 41, 19. 9. 1973.

119) Siehe „Le Monde" v. 30. 11., 29. 12. 1973, und den ausführlichen Bericht des UDR-Abgeordneten Francois Misoffe in „Le Monde" v. 1. 2. 1974.

Chef von US-AID, wies darauf hin, daß Weltbank und Asiatische Entwicklungsbank eng mit AID zusammenarbeiten [120]). Henry Kissinger sagte im September 1973 vor dem Foreign Relations Committee des Senates: „Wir sind für eine breite internationale Teilnahme an der Nachkriegshilfe für Indochina." Er schlägt eine „Consultative Group" vor, die dies in Gang setzen soll [121]).

Am 16. Oktober 1973 trafen in Paris 19 Teilnehmerstaaten und -organisationen [122]) zu einer streng geheimen Sitzung zusammen. Der Vorsitzende der Tagung, Cargill, wies darauf hin, daß im Mai 1973 in Washington, auf Initiative von Präsident Thieu und Weltbankpräsident McNamara, bereits Vorgespräche mit den Vertretern der Teilnehmerstaaten geführt worden seien und daß auf Vorschlag Japans die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank [123]) die Sitzung in Paris einberufen hätten. „Es besteht kein Zweifel", so Cargill, „daß ohne fortlaufende Hilfe im nächsten und übernächsten Jahr, die in Höhe, Art und Qualität den Umständen in Indochina entspricht, die Aussichten auf einen dauernden Frieden und Stabilität, wonach die Regierungen in Indochina und anderswo streben, äußerst gefährdet sind. Mit anderen Worten, ich glaube, daß von uns allen eine Anstrengung verlangt wird, in dieser Situation zu helfen, und ich glaube, es ist nicht zu früh, mit der Diskussion über Modalitäten der Hilfsvergabe zu beginnen" [124]).

Den Teilnehmern lag ein vertraulicher Bericht über Südvietnam vor, den eine „Economic Reconnaissance Mission" der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung im Mai 1973 erstellt hatte [125]). Der Bericht liefert, basierend auf Saigoner Statistiken, eine Analyse der Wirtschaft des Landes. Südvietnam ist dort gleich Saigon. Das Pariser Abkommen wird nicht erwähnt.

Am 18. Januar 1974 lieferte die Weltbank einen zweiten vertraulichen Bericht über Südvietnam [126]), den eine Mission im November 1973 erstellt hatte. Er diskutiert die aktuelle Wirtschaftsentwicklung und richtet das Augenmerk auf „Sicherheitsprobleme" („Versuchte man Vietnams (!) Wirtschaftsprobleme zu beurteilen, ohne die militärischen und damit verbundenen Sicherheitsprobleme miteinzubeziehen, das hieße Hamlet ohne den Prinzen von Homburg zu spielen") — dies aber ganz aus dem Blickwinkel Saigons. Trotzdem wagt der Bericht weitreichende Zukunftsprognosen: „Vietnam" (das ist hier wieder Saigon; die PRR wird nicht erwähnt!) wird 1980 eine Hilfe von 770 Mio US-$ brauchen, etwa 100 Mio mehr als 1974; für 1990 wird eine Auslandshilfe von 300 bis 400 Mio US-$ als nötig erachtet [127]). Die für Februar 1973 empfohlene Sitzung der Teilnehmerstaaten — bisher war nur Südvietnam auf der Tagesordnung — ist auf Juni verschoben worden [128]).

120) Am 26. 6. 1973 vor dem US-Senat (s. „Vietnam International", Vol. VIII, Nos. 1—3, January—March 1974, S. 16).
121) Ebd.
122) Teilnehmer waren: International Bank for Reconstruction and Development (mit I.P.M. Cargill als Vorsitzender der Tagung), Asian Development Bank, Australien, Belgien, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, BRD (die Delegation bestand aus Dr. Moltrecht und M. Lehmann vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Berendonck vom Auswärtigen Amt), Japan, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Schweden, Schweiz, Großbritannien, USA, International Monetary Fund und eine Delegation der Vereinten Nationen (s. ebd.).
123) Die Asiatische Entwicklungsbank vergab 1973 12,9 Mio $ für drei Projekte in Südvietnam (1968—1973 24,2 Mio $ für sechs Projekte), an Laos 1,4 Mio $ für ein Projekt (1968—1973 5,7 Mio für drei Projekte), an Kabodscha von 1968 bis 1973 1,7 Mio $ für ein Projekt („Far Eastern Economic Review" v. 11. 2. 1974).
124) „Vietnam International", Vol. VIII, Nos. 1—3, January—March 1974, S. 20.
125) Ausführlich zit. in ebd.
126) Report No. 315—VN, Current Economic Position and Prospects of the Republic of Vietnam (ausführlich zit. in ebd.).
127) Siehe ebd., S. 32.
128) Die Weltbank-Schwesterorganisation IDA (International Development Organisation) erwartet für den Mitte 1974 beginnenden Dreijahresabschnitt von den USA 1,5 Mrd $, um nach der vierten Refinanzierung ihre Kassen mit 4,5 Mrd $ gefüllt zu haben. Der Kongress hat diese von Nixon beantragte Summe noch nicht gebilligt. Mindestens 450 Mio $ davon sollen an Saigon gehen. Die Weltbank hat Saigon bisher

*Auslandshilfe — Mittel zum Krieg oder zum Frieden?*

Hilfe einseitig vergeben, heißt Partei ergreifen. Solange internationale Organisationen und Regierungen, wie die der Bundesrepublik, ihre Millionenkredite und -geschenke in Südvietnam nur an Saigon geben, stellen sie sich auf diejenige Seite, die erklärtermaßen den Krieg vorantreibt, weil sie den im Pariser Abkommen vorgesehenen Weg einer politischen Einigung nicht zu gehen bereit ist.

Was Saigon aus dem Ausland bekommt, braucht es nicht von seinem Kriegsbudget zu streichen. Auslandshilfe fördert so mittelbar den Krieg, der wiederum jede echte wirtschaftliche Gesundung, auf die „Nachkriegshilfe" gerade zielen will, unmöglich macht. Zu erleiden hat das die Bevölkerung, der Adressat von humanitärer und Entwicklungshilfe. Die Profite streicht wie eh und je das militärisch-wirtschaftliche Establishment ein.

In Relation zu der aufgrund des immer zahlungsunwilligeren Kongresses verringerten US-amerikanischen Hilfe steigt das Gewicht der Hilfe anderer Länder an Saigon. Washington meint es sich (noch) nicht leisten zu können, Thieu fallen zu lassen oder ihn wenigstens zur Verwirklichung des Abkommens zu bewegen. Durch ihre einseitige Hilfe an Saigon machen sich andere Regierungen zu Komplizen dieser Politik, die nur die Fortsetzung des Krieges bedeuten kann.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung hat oft wiederholt, daß sie bereit sei, mit allen Ländern „diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen aufzunehmen und von allen Ländern, internationalen und regionalen Organisationen ohne Unterschied der Gesellschaftsordnung und politischen Richtung technische und wirtschaftliche Hilfe in gegenseitigem Interesse und ohne damit verbundene politische Bedingungen anzunehmen" [129]). Nguyen Huu Tho, der Präsident der beratenden Versammlung der PRR und Vorsitzende des Zentralkomitees der FNL, sieht zudem eine gleichzeitige Anerkennung der beiden südvietnamesischen Regierungen als wünschenswert und mit dem Pariser Abkommen übereinstimmend an [130]).

Sollen sich die allseitige Begrüßung des Pariser Abkommens und die Zusagen, seine Bestimmungen und den Frieden zu fördern (Schlußakte der Internationalen Vietnamkonferenz vom 2. März 1973), nicht als Schein und Zynismus entlarven, dann müssen Regierungen wie die der Bundesrepublik eine positive Haltung einnehmen, d. h. sich von der bisher vertretenen Fiktion einer Identifizierung des Saigoner Regimes mit der Bevölkerung Südvietnams, trennen. Ein erster konkreter Schritt (ohne großen diplomatischen Affront) wäre der Einschluß der Provisorischen Revolutionären Regierung in die Hilfsprogramme für Indochina [131]). Für

50 Mio $ zugesagt (siehe „Vietnam International", Vol. VIII, Nos. 4/5, April/Mai 1974; „Neue Zürcher Zeitung" v. 26. 4. 1974; „Le Monde", v. 9. 5. 1974). Kanada, so wurde bekannt, weist einen Beitrag, der nur dem Thieu-Regime zukommt, zurück und tritt für eine internationale Wiederaufbauaktion ein, „die für alle Parteien akzeptabel ist" (siehe „Le Monde" v. 30. 5. 1974).

129) Mme. Nguyen Thi Binh, Minister für auswärtige Angelegenheiten der PRR, in einem ausführlichen Artikel in „Le Monde Diplomatique" (Juin 1974): „La diplomatie d'un pouvoir révolutionnaire"; siehe auch „South Vietnam in Struggle", No. 214, September 17, 1973. — Die PRR hat bereits mit über 40 Staaten diplomatische Beziehungen aufgenommen.

130) In einem Interview mit Jean Lacouture in „Le Monde" v. 21. 9. 1973; siehe hierzu auch eine ausführliche Erörterung von Richard A. Falk, Professor an der Woodrow Wilson School of Public and International Affairs, Princeton University, in „Le Monde Diplomatique" (Janvier 1974): „L'égalité de droit entre Saigon et le G.R.P.".

131) Einen Ansatz zu ausgewogener Hilfe zeigt UNICEF (United Nations International Children's Emergency Fund), die in den Jahren 1973—75 für Indochina 44,9 Mio US-$ an Hilfe vergeben will. Davon sind vorgesehen 3,6 Mio für Phnom Penh, 5,2 Mio für Laos, 18,0 Mio für die DRV, 11,3 Mio für Saigon und 4,5 Mio für die PRR. Aus eigenem Budget hat UNICEF bisher 11 Mio bewilligt. 33 Mio müßten die Mitgliedsländer aufbringen (dafür bisher 6,5 Mio von der BRD, 1,7 Mio von Norwegen, 1,2 Mio von Dänemark, 1,0 Mio von Japan). (siehe „Vietnam International", Vol. VIII, Nos. 4/5, April/Mai 1974). — Der „Ausschuß für Wiederaufbau und Versöhnung in Indochina" des Ökumenischen Rates der Kirchen hat auf seiner 4. Sitzung im November 1973

die Generale in Saigon wäre eine somit bekundete Anerkennung der Realitäten in Südvietnam ein Wink, sich ihrer Unterschrift unter das Pariser Abkommen zu erinnern.

# Die „Humanisierung der Arbeit" und die Arbeitswissenschaft (II)*)

Von Walter Volpert

## *„Humanisierung" als Ideologie, Illusion und Motiv*

Bei jeder Entwicklungsstufe der Arbeitswissenschaft ist eine Neigung zu bemerken, die neuen Erkenntnisse zu überschätzen und alles Vorhergehende abzuwerten, obwohl viele Merkmale jeder späteren Stufe bereits in früheren Ansätzen zu finden sind. J. McK. Cattell verglich die Anwendung psychologischer Erkenntnisse mit der industriellen Revolution, und Mayo erklärte dasselbe für die human-relations-Bewegung [90]). Münsterbergs Abwertung des Taylorismus wurde bereits erwähnt, dem individualwissenschaftlichen Ansatz widerfuhr durch Mayo Ähnliches [91]). Bei F. Vilmar notieren schließlich job rotation (!) und job enlargement unter den „langfristigen Strategien der Humanisierung", während „Psychotechniken" und „human relations" den „Pseudo-Strategien der Humanisierung" zugerechnet werden. („Mitbestimmung in der Unternehmensleitung" gilt als „kurzfristige Strategie"!) [92])

Alle Richtungen, die sich als Überwindung tayloristischer Restriktionen verstehen, nehmen ein weiteres Positivum für sich in Anspruch: durch sie werde Arbeit „humanisiert", auch wieder im Gegensatz zum Vorhergehenden. 1919 erklärte der Psychologe G. St. Hall: „Unsere Aufgabe ist nichts Geringeres, als die Industrie zu rehumanisieren" [93]); Mayo sah in den Kleingruppen eine Möglichkeit der Rückkehr zu vergangenem Menschheitsglück [94]), die human-relations-Bewegung führte den Anspruch sozusagen im Namen. Die aktionswissenschaftliche Stufe schließlich pflegt sich direkt mit dem Titel „Humanisierung" zu schmücken; Ulich sieht „die Möglichkeiten einer Humanisierung der Arbeit vor allem in der Erweiterung des Handlungsspielraumes" [95]).

in Colombo/Sri Lanka, bei der sowohl ein Vertreter der PRR wie auch aus den von Saigon verwalteten Zonen Südvietnams zugegen war, Hilfe für alle Regierungen Indochinas beschlossen (nur die Hilfsverteilung in Kambodscha blieb ungeklärt). — Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz will in einem neuen Hilfsprogramm (20 Mio SFr) Hilfe an alle indochinesischen Länder verteilen; die PRR erhält ein 250-Betten-Hospital.

*) Vgl. „Blätter", 6/1974, S. 602 ff.

90) Baritz, a. a. O., S. 192 und 77.

91) A. a. O., S. 94 f.

92) F. Vilmar, Menschenwürde — Sachzwänge — Strategien der Demokratisierung, in: F. Vilmar (Hrsg.), Menschenwürde . . ., S. 14—30, Zitate S. 23.

93) Zit. bei Baritz, a. a. O., S. 192.

94) A. a. O., S. 110 ff.

95) Ulich, Arbeitswechsel . . ., S. 266.

Der Humanisierungsanspruch ist denn auch die Rechtfertigungsgrundlage der Arbeitswissenschaft, überparteilich einen „zweifachen Nutzeffekt" zu bewirken: „einmal die erhöhte soziale und seelische Befriedigung der arbeitenden Menschen und zum anderen die Steigerung der Produktionsleistung und Wirtschaftlichkeit des Betriebes" [96]). Die beiden Ziele ergänzen sich in den Augen vieler Arbeitswissenschaftler: „Wirtschaftlichkeit muß auf die Dauer ... Humanität fördern, sonst kann sie nicht wirtschaftlich bleiben. Und Humanität kann sich nur weiter entwickeln, wenn auf Dauer auch Wirtschaftlichkeit damit gegeben ist" [97]). Andere Positionen sehen zwar mögliche Widersprüche, aber deren Lösung als Aufgabe („Wissenschaft des optimalen Kompromisses") [98]) oder halten diese Lösung zumindest für möglich und für den Regelfall („wir gehen ... davon aus„ daß Humanisierung der Arbeit und Wirtschaftlichkeit sich keineswegs ausschließen") [99]). Daß allein die „Wirtschaftlichkeit" den Ausschlag gibt, liest man zwar in Büchern der traditionellen Arbeitswissenschaft und der Betriebswirtschaftslehre recht unverhüllt; auch G. Rühl verhehlt nicht, daß in allen von ihm untersuchten Fällen „Sachzwänge die Auslöser für die neuen Formen der Arbeit" waren [100]). Der Human- und Sozialwissenschaftler jedoch legt zwar seine Versuche im Hinblick auf Kriterien der Produktionssteigerung und Kostensenkung an, hat gegenüber seinen diesbezüglichen Erfolgen aber oft recht zwiespältige Gefühle: Er sieht sie als „angenehme Nebenprodukte", als Anzeichen für „Arbeitszufriedenheit" (womit die Sache völlig auf den Kopf gestellt wird), oder betrachtet sie als Mittel zum humanen Zweck. Nachdem Vilmar festgestellt hat, daß sich Umstellungsinvestitionen bei job enlargement usw. lohnen, merkt er in Klammern und mit einem Ausrufezeichen versehen an: „Dies ist nicht das Problem progressiver Betriebssoziologie, aber es ist eine Bedingung der Realisierung hier und jetzt!" [101])

Wie kann es in den Köpfen zu einer solchen „Umstellung der Ziele" kommen, der doch die tägliche Wirklichkeit und alle Befunde widersprechen? Eine erste Antwort mag darin liegen, daß gerade die Ansätze, die sich als „Überwindung des Taylorismus" verstehen, in der Tat zur Folge haben, daß die Einsatzbedingungen menschlicher Arbeitskraft zunehmend besser deren Besonderheit als *menschliche* Arbeitskraft (im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Produktionsweise) berücksichtigen. Die Arbeit wird in einem „menschlicher" und effizienter; dieses Zusammenfallen ist nicht äußerlich-zufällig, sondern liegt im genaueren wissenschaftlichen Zugriff zur Arbeitskraft begründet. Sieht man also von den Produktionsverhältnissen ab, so erscheint es durchaus einleuchtend, in einem engen Sinn von „Humanisierung" zu sprechen.

Wie aber kann eine Wissenschaft, die vorgibt, menschliche Arbeit zu untersuchen und zu gestalten, von den Produktionsverhältnissen abstrahieren? Die allgemeine Antwort darauf ist, daß auch diese Forschung und diese Forscher nicht über den Schatten der bürgerlichen Wissenschaft springen können, einer Wissenschaft, welcher der Charakter dieser Gesellschaft und die eigene Funktion als „Diener der Macht" notwendig unsichtbar bleiben. So findet sich durchgängig eine geradezu verblüffende Blindheit gegenüber den Tatbeständen von Macht und Herrschaft. Die bestehende Gesellschaftsordnung und Betriebsstruk-

96) H. Schelsky, Aufgaben und Grenzen der Betriebssoziologie, in: H. Böhrs und H. Schelsky, Die Aufgaben der Betriebssoziologie und der Arbeitswissenschaften, Stuttgart und Düsseldorf 1954, S. 7—40, Zitat S. 14.
97) J.-H. Kirchner, Das emanzipatorische Interesse der Arbeitswissenschaft und ihr Beitrag zur Berufsbildungsforschung, „Zeitschrift für Berufsbildungsforschung", 1972, 1, H. 3, S. 11—16, Zitat S. 13.
98) Schelsky, a. a. O., S. 37.
99) Ulich, Arbeitswechsel ..., S. 266.
100) Rühl, Untersuchungen ..., S. 187.
101) Vilmar, Soziotechnische Revolutionierung ..., S. 112.

tur werden als naturgegeben oder als Höhepunkt einer Entwicklung, als beste aller möglichen Welten aufgefaßt. Konflikte sind durch Techniken und Appelle an die Einsicht lösbar; Widerstände seitens der Beherrschten können nur auf äußere Verführung und geistige Verwirrung zurückgeführt werden. Das Bündnis mit den Herrschenden ist „eingebaut" und also Selbstverständlichkeit für den einzelnen Wissenschaftler, der meist in (direkter oder indirekter) Abhängigkeit von denen lebt, denen er seine Humanisierungsideen anbietet.

Die Auffassung des etablierten Bürgertums von einer unbeweglichen Gesellschaft verbindet sich von jeher mit der Verehrung des *abstrakten Menschen*, „des Menschen, der keiner Klasse, der überhaupt nicht der Wirklichkeit, der nur dem Dunsthimmel der philosophischen Phantasie angehört" [102]). In einer zeitlosen Gesellschaft steht der Mensch mit ebenso zeitlosen Wesensmerkmalen, die von dieser Gesellschaft als einer „Randbedingung" von außen beeinflußt werden, in ihrer Grundcharakteristik jedoch unveränderlich sind. Die Humanwissenschaft hat diese Wesensmerkmale und Grundfunktionen des abstrakten Menschen in ihrer Allgemeinheit wie in ihrer interindividuellen Verschiedenheit zu erfassen; so entstehen Fähigkeits- und Eigenschaftslisten, Bedürfniskataloge und -hierarchien sowie Handlungscharakteristika „des" Menschen, an denen „konkrete" Lebensumstände, wie z. B. die Arbeitsaufgabe, zu messen sind. In beiden Fällen wird dabei von den gesellschaftlichen Bedingungen „abgesehen", werden abstrakter Mensch und abstrakte Arbeit gegenübergestellt. „Humanisierung" ist dann Anpassung „des Menschen" an „die Arbeit". Die Abstraktheit dieser Grundannahme wird nicht aufgehoben, wenn man den geschichtlichen Veränderungsprozeß zwar sieht, ihn aber als Entwicklung einer von der Technik abhängigen Arbeit oder eines sich in seinen Wesensmerkmalen entfaltenden Menschen auffaßt.

Der abstrakte Mensch und seine abstrakte Arbeit sind Gespenster. „Das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" [103]). L. Sève hat aufgezeigt, daß bürgerliche Humanwissenschaft vor dieser Marxschen Erkenntnis der „gesellschaftlichen Mittelpunktverschiebung des wirklichen menschlichen Wesens" [104]) haltmacht. Wenn „die Individualität im Vergleich zur objektiven gesellschaftlichen Basis zutiefst sekundär ist" [105]), so bedeutet Humanisierung die grundlegende Veränderung dieser gesellschaftlichen Basis. Wird dies jedoch nicht erkannt, werden die Produktionsverhältnisse nicht hinterfragt, phantasiert bürgerlicher Individualismus die Schattenfigur des abstrakten Menschen, so kann auch „Humanisierung" nur gleichzeitig abstrakt und individualistisch, ebenso „philosophisch" tiefschürfend wie gegenüber den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen oberflächlich geraten, somit zum Decknamen für Arbeitsintensifikation werden.

Eine solche Humanisierungsvorstellung verbindet sich mit einer Psychologisierung von Begriffen aus der Kritik der Politischen Ökonomie. Intensifikation wird mit Belastungserhöhung gleichgesetzt („Intensifikation durch Erleichterung" wäre damit logisch unmöglich), Entfremdung mit geringer Arbeitszufriedenheit, bestenfalls mit äußerer Kontrolle. Wenn „Humanisierung" ihre gesellschaftliche Dimension, ihren außerindividuellen Mittelpunkt nicht erreicht oder wieder ver-

102) K. Marx und F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin (DDR) 1959, S. 459—493, Zitat S. 486.
103) K. Marx, Thesen über Feuerbach, in: MEW, Bd. 3, Berlin (DDR) 1958, S. 5—7, Zitat S. 6.
104) L. Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankfurt/M 1972, Zitat S. 402.
105) A. a. O., S. 68.

liert, so sind solche Umdeutungen die notwendige Folge. Entfremdung, bei Marx Kennzeichnung einer historisch-gesellschaftlichen Gesamtsituation, des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit (ein Wort, gebraucht, „um den Philosophen verständlich zu bleiben") [106]), wird zu einem psychologischen Problem und damit innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise aufhebbar: „Die Verbesserung der Arbeitssituation in der industriellen Fertigung, die Zufriedenheit des Menschen in seiner Arbeit, die Überwindung der Entfremdung des Menschen am Arbeitsplatz: Das sind die uns gestellten Aufgaben" [107]). Die Vertreter des aktionswissenschaftlichen Ansatzes sehen die Ursache der Entfremdung vornehmlich in der Arbeitsteilung bzw. im Taylorismus; ihre Maßnahmen seien demnach auch geeignet, Entfremdung aufzuheben. Kriterium wird ein oberflächlicher Begriff der Arbeitszufriedenheit, der — in Anbetracht der methodischen Probleme [108]) — häufig zum „objektiven" Bestätigungsinstrument der Vorurteile des Forschenden und bestenfalls zum Test wird, wieweit zeit- und klassen- bzw. schichtspezifische Sozialisationsvorgänge (einschließlich des Zwangs zur Verdrängung von Arbeitsleid) gelungen sind. In diesem Rahmen ist es dann auch möglich, Untersuchungen aus sozialistischen Ländern über Arbeitszufriedenheit zu referieren, ohne ein Wort über veränderte gesellschaftliche Bedingungen zu verlieren [109]).

Ein solches Selbstverständnis gibt der Selbstüberschätzung eine besondere politische Richtung. Während die Psychologen der ersten Stufe vom „Schicksal der Menschheit" [110]) sprachen, das von ihren Forschungsergebnissen abhinge, glaubt ein Vertreter der human-relations-Bewegung an eine „Revolutionierung der Industrie" [111]), und ein mit job elargement befaßter Werkspsychologe spricht zeitgemäß und umfassend von einer „Kulturrevolution" [112]). Andere Konzepte gesellschaftlicher Veränderung werden dabei oft abgewertet und gleichzeitig als Schreckgespenst benutzt. Mayo klagt über die ungünstigen Lebensbedingungen der Arbeiter: „Sozialismus, Syndikalismus, Bolschewismus — irrationale Träume von Wut und Zerstörung — sind die unvermeidliche Folge" [113]). Einer seiner Kollegen wird deutlicher: Ein Betrieb lehnte die Einführung von Arbeitsgruppen ab, „und (die Gewerkschaft) CIO bekam sie in die Finger, und sie haben noch eine Menge Ärger" [114]). 1972 bezeichnen zwei Sozialwissenschaftler die Humanisierung der Arbeit im Sinne der aktionswissenschaftlichen Stufe als „Mittel zur Verhinderung einer Revolution" [115]), und Vilmar warnt vor „totalitärer kommunistischer Demagogie", welche „die Stabilisierung einer konsequenten Reformpolitik" zu verhindern trachte („eine pauschale Verurteilung von Organisations- und Berufsverbot ist fehl am Platz . . .") [116]). Daß es dabei nicht ohne bemerkenswerte Vereinfachungen des Gegenstandpunkts abgeht, versteht sich am Rande: „Die Revolution hat schon begonnen. Orthodoxe Linke halten immer noch Ausschau nach Opas Revolution als einer, die hereinbrechen soll wie ein großes Gewitter . . ." [117]).

106) K. Marx und F. Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, Berlin (DDR) 1958, S. 9—530, Zitat S. 34.
107) W. Arendt, Humanisierung des Arbeitslebens, in: RKW (Hrsg.), Humanisierung des Arbeitslebens, Frankfurt/M 1973, S. 7—15, Zitat S. 15.
108) Vgl. Ulich u. a., Neue Formen . . ., Kapitel 7.
109) Vgl. a. a. O., Kapitel 6 und 7.
110) Zit. bei Baritz, a. a. O., S. 192.
111) Zit. a. a. O., S. 78.
112) H. G. van Beek, zit. bei H. Michaels, Zweitausendmal am Tag der gleiche Handgriff, „Zeit-Magazin", Nr. 11/1972, S. 3—9, Zitat S. 8.
113) Zit. bei Baritz, a. a. O., S. 127.
114) C. O. Pickard, 1944, zit. a. a. O., S. 176.
115) N. Herrick und M. Macoby, 1972; zit. bei Ulich u. a., Neue Formen . . ., S. 111.
116) Leserbrief in der „Frankfurter Rundschau" v. 29. 12. 1973.
117) F. Vilmar, Strategien der Demokratisierung, Band I: Theorie der Praxis, Neuwied und Berlin (West) 1973, Zitat S. 21.

Ein solch kämpferisch-antisozialistisches Element findet sich jedoch keineswegs in allen arbeitswissenschaftlichen Veröffentlichungen. So berechtigt es erscheint, die grundsätzliche Funktion der Arbeitswissenschaft mit aller Deutlichkeit darzustellen, so gefährlich und wirklichkeitsfremd wäre ein ablehnendes Pauschalurteil über *alle* arbeitswissenschaftliche Theorie und Praxis.

Der Grundansatz der Arbeitswissenschaft — der wissenschaftliche Zugang zu menschlicher Arbeitskraft und Arbeitsverausgabung — übersteigt eindeutig den Bereich des Herrschaftswissens; unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen kann er zur freien Entfaltung der Produktivkraft Mensch beitragen. Wenn Humanisierung der Arbeit bei den Produktionsverhältnissen anzusetzen hat, so findet sie mit deren Umwälzung keineswegs „automatisch" ihre Vollendung; die Verbesserung aller Bedingungen der aktuellen Arbeitstätigkeit und vor allem die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit wird dann im Gegenteil zu einer besonders wichtigen Aufgabe.

Die Überwindung der tayloristischen Restriktionen würde ihre Funktion in der kapitalistischen Produktionsweise als Reaktion auf die gestärkte Stellung der Arbeiterklasse nicht erfüllen, würde sie nicht tatsächlich Merkmale der geschichtlich-gesellschaftlich bestimmten menschlichen Arbeitskraft widerspiegeln und in diesem Sinne Arbeit tatsächlich „erleichtern" und „optimieren". Somit tragen Teilbereiche der bürgerlichen Arbeitswissenschaft zur Verringerung des körperlichen und seelischen Arbeitsleids bei — es sei nur an den Bereich Arbeitsschutz und Unfallforschung erinnert —, wie ungenügend, verstümmelt oder oberflächlich die Forschungen und Maßnahmen im einzelnen auch sein mögen.

Ebenso ist zu betonen, daß das Anliegen der „Humanisierung" (und der Anspruch auf „Neutralität") vielen Arbeitswissenschaftlern durchaus ernst ist, wenngleich sich mancherorts auch zynische Rechtfertigungen aller möglichen Mißstände finden. Die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise sind in vielen Arbeiten durchaus umschrieben — wenn auch nicht auf den Begriff gebracht, sondern in Harmonisierungsillusionen oder Kulturpessimismus eingetaucht. Wir finden beeindruckende Darstellungen der Probleme und Folgen von Frauen- und Schichtarbeit, Unfall und Rehabilitation, Monotonie und Belastung, Berufswahl und Berufsausbildung, um nur einige Themen zu nennen; wenngleich meist die vorgeschlagenen Maßnahmen in krassem Widerspruch stehen zur Schwere der dargestellten Mißstände. Wenn der Arbeitspsychologe usw. auch am Symptom kurieren will, so sieht und zeigt er doch das Symptom, legt den Finger auf die Wunde.

Auch die Kritik der Fixierung an Arbeitsintensifikation („Leistungssteigerung") und der Orientierung am Management hat in der Arbeitswissenschaft ihre Tradition, wobei sich besonders Soziologen hervorgetan haben. Sie begleitet die gesamte Geschichte der Arbeitswissenschaft. Beispiele aus dem amerikanischen Raum finden sich bei Baritz [118]), der selbst wohl den umfassendsten Beitrag dieser Art darstellt; frühe deutsche Kritiker sind etwa J. Lahy und W. Eliasberg [119]). Der Kampf für die Rechte der Lohnabhängigen findet somit auch seine Widerspiegelung *innerhalb* der Arbeitswissenschaft, wenngleich er dort in vielfältiger Weise „gebrochen" ist und kritische Ansätze nur selten auf der Kenntnis politökonomischer Prozesse beruhen. Hier gilt es also, sehr sorgfältig zu unter-

118) A. a. O., S. 75, 114, 122, 135 ff., 176, 181, 206.
119) J. Lahy, Taylorsystem und Physiologie der beruflichen Arbeit, Berlin 1923; W. Eliasberg, Grundriß einer allgemeinen Arbeitspathologie, Schriften zur Psychologie der Berufseignung und des Wirtschaftslebens, Heft 28, Leipzig 1924.

scheiden zwischen solchen Wissenschaftlern, denen die Verbesserung der Situation der Arbeitenden wirklich am Herzen liegt, und den eifrigen Erfindern neuer Mittel der Arbeitsauspressung (ein Blick auf die jeweiligen Forschungsprojekte liefert meist wesentliche Informationen). Klar muß auch die Rolle derer eingeschätzt werden, deren Humanisierungsanliegen zur antisozialistischen Reformideologie verkommt: Vilmars Hetze gegen die Vertreter marxistischer Positionen und sein „antiautoritärer" Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft zeigen auf, daß es sich hier um eine als „links" verkleidete Form der Doppelstrategie von Integration und Repression seitens der Herrschenden handelt.

*Gewerkschaft und Arbeitswissenschaft in der aktuellen Situation der BRD*

Ausmaß und Charakter arbeitswissenschaftlicher Maßnahmen in einer gegebenen Situation hängen wesentlich von Interessiertheit und Stärke der Gewerkschaften ab. Vertreter integrationistischer Standpunkte werden sich mit den „Humanisierern" schnell einig werden, verkennen oder verschleiern doch beide die Grundwidersprüche dieser Gesellschaft. Wem es jedoch um die Durchsetzung der Interessen der Lohnabhängigen geht, der sollte weder in Pauschalurteile auf der Grundlage ungenauer Untersuchung verfallen, noch gar die Reaktionen der Gegenseite auf eine gestärkte Position der Gewerkschaften für Merkmale dieser gestärkten Position halten. So ist jede einzelne Maßnahme daraufhin zu untersuchen, welchen kurz- und langfristigen Zielsetzungen sie dient; und es ist auch keineswegs ausgemacht, daß jede neue Intensifikations- und Integrationsstrategie die Möglichkeiten gewerkschaftlicher und politischer Arbeit *verbessert*. Zunächst ist die Situation nur *verändert;* es kommt darauf an, sie genau zu untersuchen und aus dieser Analyse die richtigen Folgerungen zu ziehen.

Die Humanisierung der Arbeit auch im Bereich des aktuellen Arbeitsvollzugs war und ist jedoch eine wichtige Forderung der Arbeiterbewegung; ihr Ansatzpunkt ist der Kampf der Arbeiter gegen das unmenschliche System der Arbeitszerstükkelung. Marx und Engels schreiben bei der Darstellung der Entwicklung des Proletariats im „Kommunistischen Manifest" an hervorragender Stelle: „Die Arbeit der Proletarier hat ... allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz für den Arbeiter verloren. Er wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, eintönigste, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird" [120]). Der Kampf gegen solche Arbeitsformen ist somit *ein* Ausgangspunkt und *ein* unerläßlicher Bestandteil des Kampfs der Lohnabhängigen; er ist in dieser Auseinandersetzung jedoch nicht das Zentrale, denn dieses Zentrale ist die Frage nach den Produktionsverhältnissen.

So wäre es auch ein großer Irrtum, sich die Humanisierung der Arbeit als Geschenk der Herrschenden bzw. als Gabe einer Wissenschaft zu erhoffen. Sie stellt sich nicht her durch erhöhte „Arbeitszufriedenheit" im Rahmen neuer Strategien der vermehrten und verfeinerten Schweißauspressung; sie wird erkämpft in Aktionen der Arbeiterklasse zur Erringung verstärkter Gegenmachtpositionen gegen die Diktate profitorientierter Arbeitsgestaltung und Arbeitsorganisation. Jede einzelne Maßnahme ist daraufhin zu beurteilen, inwieweit sie in solchen Aktionen durchgesetzt wurde und solche Gegenmachtpositionen verbessert.

[120]) MEW, Bd. 4, S. 468 f.

Die traditionelle Haltung vor allem amerikanischer Gewerkschaften gegenüber der Arbeitswissenschaft ist eine Mischung aus (grundsätzlich berechtigter) Ablehnung und (kaum vertretbarem) Desinteresse. Baritz beklagt die „Apathie" der Gewerkschaften auf diesem Gebiet; er berichtet aber auch, daß eine Gewerkschaftszeitung die human-relations-Bewegung treffend als „Kuh-Soziologie" bezeichnete [121]) (glückliche Kühe geben mehr Milch — zufriedene Arbeiter produzieren mehr Autos). Etwas anders ist die Position der deutschen bzw. westdeutschen Gewerkschaftsführungen, die sich von jeher als „rationalisierungsfreundlich" verstanden [122]) und sich nach dem Ersten Weltkrieg für die „Rationalisierung nach amerikanischem Vorbild" [123]) einsetzten. Nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligten sich die westdeutschen Gewerkschaften an der „Weiterentwicklung des Arbeitsstudiums" [124]), vor allem durch Mitarbeit im REFA-Verband und im „Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft" (RKW) sowie durch einen eigenen „Arbeitskreis für Arbeitsstudien" (afa), der viele Lehrgänge veranstaltet und Publikationen herausgibt. Die Grundhaltung ist dabei, bei Anerkennung des Prinzips der „Wirtschaftlichkeit" Verbesserungen für den Arbeitenden in das REFA-System einzubringen (vor allem bei der Regelung von Erholungszeiten) sowie für verschiedene Verfahrensregeln Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates durchzusetzen. In den letzten Jahren wendet sich das Interesse auch zunehmend den Fragen der Arbeitsgestaltung sowie den Maßnahmen der gruppen- und aktionswissenschaftlichen Stufe der Arbeitswissenschaft zu [125]).

Eine solche Vorgehensweise konnte zweifellos gewisse Erfolge für sich verbuchen. „In der Beurteilung menschlicher Leistung bietet die ‚neue' REFA-Lehre eine flexiblere und realistischere Betrachtungsweise" [126]). Der wohl umfassendste Versuch, im dargestellten Rahmen Verbesserungen der Arbeitsgestaltung zu verwirklichen, findet sich bei der bundeseigenen Salzgitter AG; das Gebiet der „Arbeitswirtschaft" fällt dort in den Zuständigkeitsbereich des Arbeitsdirektors, welcher sich als „Missionar der Menschlichkeit in der Arbeitswelt" versteht [127]). Das „Salzgitter-Modell" der Anwendung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse (vorwiegend der individualwissenschaftlichen Stufe) ist über den Rahmen der BRD hinaus bekannt geworden.

Besondere Bedeutung kommt solchen Beispielen durch die Bestimmungen der §§ 90 und 91 im neuen Betriebsverfassungsgesetz zu. Die wichtigste Stelle (§ 91) lautet: „Werden die Arbeitnehmer durch *Änderungen* der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufs oder der Arbeitsumgebung, die den *gesicherten* arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit *offensichtlich* widersprechen, in *besonderer* Weise belastet, so kann der Betriebsrat *angemessene* Maßnahmen zur Abwendung, Milderung *oder zum Ausgleich* der Belastung verlangen." Die von uns hervorgehobenen Stellen weisen auf, daß die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrats sehr gering ge-

121) Baritz, a. a. O., S. 114.
122) Vgl. A. Schwarting, Rationalisierung und Gewerkschaften, Rationalisierung, 1973, 24, H. 1, S. 11—13.
123) Deppe, u. a., Kritik . . ., S. 43.
124) H. Pornschlegel, Arbeitsstudien zwischen Normenvollzug und Mitbestimmung, „Gewerkschaftliche Monatshefte", 1973, 24, H. 1, S. 68—72, Zitat S. 69.
125) Vgl. außer Pornschlegel auch L. Schaeffer, Zur Tätigkeit des DGB und seiner Gewerkschaften auf dem Gebiet der Arbeitswissenschaft und Arbeitsgestaltung, „Gewerkschaftliche Monatshefte", 1973, 24, H. 2, S. 127—129. Zwei Gewerkschaftsschriften fassen Ergebnisse der individualwissenschaftlichen Stufe zusammen: Menschengerechte Arbeitsgestaltung (hrsg. von DGB, ÖGB und SGB), Düsseldorf 1972², sowie Arbeitsschutz im Büro (hrsg. vom DGB, Abt. Angestellte), Düsseldorf 1973.
126) Pornschlegel, a. a. O., S. 71.
127) A. Jungbluth in einem Interview in: Für menschengerechte Rationalisierung: Adolf Jungbluth (Festschrift des RKW), Frankfurt/M 1974, Zitat S. 38; vgl. auch A. Jungbluth, Anpassung der Arbeit an den Menschen, „Gewerkschaftliche Monatshefte", 1973, 24, H. 10, S. 643—646, sowie die Beiträge von M. Schweres in Vilmar, Menschenwürde . . ., S. 78—93.

halten werden sollen. Eine besondere Rolle spielt dabei der Begriff der „gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse". Hier wird die „Überparteilichkeit" der Arbeitswissenschaft gewissermaßen per Gesetz festgelegt; die gängige Meinung, Befunde seien bei weitgehender Übereinstimmung der Fachleute gesichert, wirft die Frage auf, ob nicht die weitgehende Mehrheit der Fachleute einseitig gesellschaftspolitisch orientiert sei. Ein weitherziger Gebrauch der Worte „gesicherte Erkenntnis" findet sich etwa bei Rühl, welcher in einer Arbeit mehr als zehnmal (vor allem in Fußnoten) vermerkt, hier handele es sich um eine ebensolche Erkenntnis, und diese Behauptung auch pauschal den Befunden seiner eigenen Untersuchungen voranstellt [128]). Auf der Grundlage solcher „Sicherheiten" wird dann die gewerkschaftliche Forderung nach Festlegung einer Mindesttaktzeit von 90 Sekunden zur „modischen Falschbehauptung" erklärt [129]). Die allgemeine Haltung der „Arbeitgeber" in dieser Frage geht jedoch in die andere Richtung: „Es ist damit zu rechnen, daß die Arbeitgeber die §§ 90 und 91 BetrVG 1972 einschränkend auszulegen und damit weitgehend zu neutralisieren versuchen" [130]). Ein typisches Beispiel für einen solchen Versuch ist eine von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände herausgegebene Schrift „aus der Sicht der Rechtslehre" [131]), die es auch nicht unterläßt festzustellen: „Die Anwendung noch nicht gesicherter Erkenntnisse der Arbeitswissenschaft ist also mitbestimmungsfrei. Hier gilt das Direktionsrecht des Arbeitgebers" [132]). Eine sehr enge Auslegung der dargestellten Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats durch die Mehrheit der Fachjuristen ist also zu erwarten [133]).

Weithin andere Formen des Kampfes um humane Arbeitsbedingungen kennzeichnen viele Auseinandersetzungen der letzten Jahre in Westeuropa (seit kurzem einschließlich der BRD). Die Bedeutung dieser auf „Arbeiterkontrolle" ausgerichteten Maßnahmen der Lohnabhängigen für gewerkschaftliche Politik ist kaum zu unterschätzen. Sie kann hier nicht im einzelnen ausgeführt werden; genannt seien nur einige im Zusammenhang unserer Überlegungen wichtige Kampfziele, die vor allem bei den Auseinandersetzungen in Italien eine Rolle spielten [134]).

1) Gegen ein System „wissenschaftlicher" Normfindungs- und Arbeitsbewertungsverfahren stellten die Arbeiter eigene „Gegennormen" auf und setzten eine Verringerung der Lohnstufen durch.

2) Statt Sozialtechniken und Modellen der „Delegation von Verantwortung" erkämpften die Arbeiter die Anerkennung eigener Kontrollkommissionen über Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung.

Solche Erfolge verhalten sich zu äußerlich ähnlichen „Angeboten" der Arbeitswissenschaft wie Stahl zu Flittertand. Während die letzteren niemals die Ausrichtung der Arbeitsorganisation auf Profitinteressen und damit die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in Frage stellen, sind die Kampfziele der italienischen Arbeiter auf eine Eindämmung der Macht der Herrschenden im Betrieb durch

128) Rühl, Untersuchungen . . . Eine solche „Erkenntnis" ist auch der Satz „Frauen sind zufriedener als Männer" (S. 181).
129) A. a. O., S. 148; vgl. dazu auch den Beitrag von M. Schumann in „Metall", 23/1973, S. 8—9.
130) Pornschlegel, a. a. O., S. 72.
131) B. Natzel, Gestaltung von Arbeitsstätte, Arbeitsplatz und Arbeitsablauf, „Leistung und Lohn", 1973, Nr. 37/40, Zitat S. 5.
132) A. a. O., S. 60.
133) Vgl. zum Thema aus gewerkschaftlicher Sicht: R. Birkwald und H. Pornschlegel, „Gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse", „Mitbestimmungsgespräch", 1973, H. 6/7, S. 95—98.
134) Vgl. z. B. Deppe u. a., Kritik . . ., Kapitel IX; sowie die Beiträge von D. Albers und P. Oehlke, in: Vilmar, Menschenwürde . . ., S. 203—218.

Aufbau von Gegenmachtpositionen ausgerichtet. Wenngleich sich solche Erfahrungen nicht ohne weiteres auf die BRD übertragen lassen, so können doch zwei Forderungen an gewerkschaftliche Betriebspolitik im Zusammenhang mit den hier diskutierten Fragen der Arbeitswissenschaft aufgestellt werden:

1) Die Gewerkschaften sollten die „Wissenschaftlichkeit" von Norm- und Lohnfindungssystemen, Sozialtechniken u. ä. grundsätzlich in Frage stellen, sich keinem „Zustimmungszwang" unterwerfen und die Interessenbedingtheit solcher Maßnahmen aufdecken.

2) „Humanisierungsgeschenke" einer auf Spaltung der Arbeiterklasse und Intensifikation der Arbeit ausgerichteten Unternehmensleitung sind zu entlarven; vorgängig sind jedoch wirkliche Verbesserungen der Arbeitssituation, die gleichzeitig die Möglichkeiten gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit fördern, in gemeinsamen Aktionen durchzusetzen und zu sichern.

Zur Konkretisierung von Vorgehensweisen, Maßnahmen und Forderungen im Rahmen einer solchen Strategie ist ein breiter Erfahrungsaustausch nötig; bei aller Problematik der Paragraphen 90 und 91 des Betriebsverfassungsgesetzes dürften die dort festgelegten Mitbestimmungsrechte einen wesentlichen Ausgangspunkt solcher betriebsnaher Gewerkschaftspolitik darstellen. Befunde und Maßnahmen der Arbeitswissenschaft sind dabei ohne Ehrfurcht oder Scheu zu untersuchen und zu kritisieren; einzelne Vorschläge (vor allem aus dem Bereich der aktionswissenschaftlichen Forschungen) können durchaus als positiv angesehen werden, selbst wenn man sie vielleicht „vom Kopf auf die Füße" stellen und ihren vorgeblichen Anspruch in Form von Gegenstrategien beim Wort nehmen muß. Allgemein sollten die Gewerkschaften hinter den vorgeschlagenen Linderungsmaßnahmen das jeweils aufgedeckte Problem erkennen und daraus ihre eigenen Folgerungen ziehen. Dazu zwei (sicher ungenügende) Beispiele: Steht die Einführung der „gleitenden Arbeitszeit" zur Diskussion, so wird man nicht bereit sein, den Vorteil freierer Verfügung über die Arbeitszeit mit dem Nachteil einer genauen und bevormundenden Kontrolle dieser Arbeitszeit zu erkaufen. Vielmehr geht es dann darum, für *alle* Betriebsangehörigen die Abschaffung unmittelbarer äußerer Kontrolle über Arbeitszeit und Verbleiben am Arbeitsplatz zu erkämpfen. Propagiert eine Unternehmensleitung die Einführung „autonomer Arbeitsgruppen", so sollten die Betroffenen offene gewerkschaftliche und politische Diskussionen, die Untersuchung der Besitzverhältnisse und der Lohn- und Gehaltsstufen des Unternehmens, geeignete Weiterbildungsmaßnahmen u. ä. als selbstverständlichen Bestandteil dieser Autonomie auffassen, usf.

Eine bedeutsame Wende im gewerkschaftlichen Kampf um verbesserte Arbeitsbedingungen ist in der BRD jedoch bereits vollzogen: Die Metallarbeiter von Nordwürttemberg/Nordbaden setzten im Herbst 1973 mit Streik und langen Auseinandersetzungen den „Lohnrahmentarifvertrag II" durch, der wesentliche Verbesserungen dieser Art enthält:

— Mitbestimmungs- und Informationsrechte der Betroffenen bei der Festlegung von Zeitvorgaben sind verbrieft;

— bei der Festlegung sind außerdem mindestens fünf Minuten Erholungszeit und mindestens drei Minuten Zeit für persönliche Bedürfnisse pro Stunde anzurechnen;

— „bei Fließ-, Fließband- und Taktarbeit hat im Hinblick auf die arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse die Arbeitsgestaltung vorrangig darauf gerichtet zu

sein, die Abwechslungsarmut der Beschäftigung durch Aufgabenbereicherung und Aufgabenerweiterung in ihren ungünstigen Auswirkungen auf den Menschen abzumildern" (6.3.1.);

— und weitere Bestimmungen.

Dabei wurde „der einengende Bezug auf die ‚gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse' der §§ 90 und 91 des Betriebsverfassungsgesetzes gegen erbitterten Widerstand der Metallunternehmer überwunden" [135]).

Inhalt und Durchsetzung dieses Vertrages geben der Aussage des Bezirksvorsitzenden der IG Metall, F. Steinkühler, eine gewisse Berechtigung: „Die Tür zur Veränderung dieser profitorientierten Arbeitswelt ist aufgestoßen." Jedoch: „Der neue Tarifvertrag ist noch nicht die Verwirklichung unserer Forderung nach einer humanen Arbeitswelt. Er ist höchstens ein Bauplan dazu. Auf euch kommt es an, was ihr daraus macht" [136]). Zunächst gilt es z. B. sicherzustellen, daß die Mitbestimmungsrechte der Betroffenen nicht durch den Zauber „objektiver Wissenschaftlichkeit" der Verfahren unwirksam werden, der Vorteil frei verfügbarer und frei einteilbarer Erholungszeiten nicht durch die Einführung „organisierter Kurzpausen" zunichte gemacht wird. Der Ausbau der errungenen Positionen im Bereich der „menschengerechten Arbeitsgestaltung" setzt eine umfassende Information der Arbeiter und Angestellten, insbesondere der Betriebsräte voraus. Hier kommt auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit eine besonders wichtige und — auch was die Auswahl der kooperierenden Arbeitswissenschaftler betrifft — politische Aufgabe zu. Wenn der Schein nicht trügt, sind einige etablierte und „überparteiliche" Wissenschaftler dabei, ihre Management-Seminare leicht verändert den Gewerkschaften anzubieten.

Ein besonderes Problem ist in diesem Zusammenhang das Thema „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" durch Arbeitsgruppen. Losgelöst und überbewertet entsprechen derartige Modelle den Vorstellungen der Unternehmerverbände (vgl. oben); andererseits ist die arbeitsplatznahe Mitbestimmung der Lohnabhängigen unverzichtbarer Bestandteil jedes politisch sinnvollen Mitbestimmungskonzepts. Von gewerkschaftlicher Seite wird dieses Problem seit langem gesehen [137]); ihr bleibt jedoch die formale Übernahme solcher Modelle durch die Gegenseite nicht erspart. „Die bisher vorliegenden Vorschläge zur ‚Mitbestimmung am Arbeitsplatz' sind also eher dazu geeignet, die Arbeiter zu disziplinieren und reibungslose, kostenersparende Produktionsabläufe zu garantieren" [138]). Die oben angedeutete Frage der Kontrolle über die konkrete Arbeitsgestaltung und Arbeitsorganisation könnte in dieser Diskussion vielleicht weiterhelfen.

Die veränderte Situation wirkt auch auf die Arbeitswissenschaft in der BRD selbst zurück, welche in zunehmendem Maße über ihre eigene Zielsetzung nachdenkt (wenngleich es manchem nur um eine modische Verpackung alter Inhalte zu tun ist). Markierungspunkte dieser Entwicklung ist eine (von gewerkschaftsnahen Mitgliedern wesentlich beeinflußte) Denkschrift der „Gesellschaft für Arbeitswissenschaft" von 1972, in der es u. a. heißt: „Maßnahmen der Arbeitsgestaltung richten sich ... vor allem auf die Verwirklichung der Ziele des individuellen Gesundheitsschutzes, der sozialen Angemessenheit der Arbeit und der technisch-

135) P. Grünfeld, Der Kampf um eine menschengerechte Arbeitsgestaltung, „Marxistische Blätter", 1974, 12, H. 1, S. 33—41, Zitat S. 35.
136) Im Vorwort zum (von der IG Metall herausgegebenen) Text des Vertrages.
137) Vgl. R. Hoffmann, Erweiterung der innerbetrieblichen Mitbestimmung durch Arbeitsgruppen, „Gewerkschaftliche Monatshefte", 1968, 19, H. 12, S. 719—726.
138) Deppe, u. a., Kritik ..., S. 241.

wirtschaftlichen Rationalität. Diese Ziele laufen nur zum Teil in gleicher Richtung" [139]).

In der Folge entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, die noch im Gange ist [140]); fast könnte man von einer sozialwissenschaftlichen Wende der Arbeitswissenschaft sprechen. In dieser Diskussion ist eine neue *Wissenschaft von der Arbeit* zu fordern, welche das Verhältnis von Produkivkräften und Produktionsverhältnissen reflektiert und eine Theorie des Individuums und seines Arbeitshandelns in der kapitalistischen Gesellschaft zur Grundlage hat. Eine solche Wissenschaft

— erfindet nicht stets raffiniertere Methoden zur Auspressung der Arbeitskraft und stellt diese unter „Zustimmungszwang", sondern geht aus von den Interessen und Bedürfnissen der arbeitenden Menschen und ihrem Kampf für umfassende Verbesserung der Arbeitssituation;

— versteinert nicht menschliche Arbeit als geschichtslose Naturgegebenheit, sondern bestimmt die Menschen als Personen und Klassen, die das verändern können, was sie vorfinden, und deren Lernen sich im Kampf gegen überholte Zustände und Normen vollzieht;

— macht sich nicht zum „Diener der Macht", sondern stellt den Lohnabhängigen Informationen darüber zur Verfügung, wie sie ihre Lage in Betrieb und Gesellschaft verbessern können.

Einer solchen Umwandlung der Arbeitswissenschaft stehen jedoch viele Hindernisse entgegen. Auch eine Aufklärung über Bedeutung und Funktion dieser Wissenschaft ist nicht möglich ohne die Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft; Folgerungen bleiben inhaltsleer und vorgeschlagene Maßnahmen realitätslos ohne die tätige Mitwirkung der Gewerkschaften. Der Aufbau der neuen Arbeitswissenschaft erfordert deshalb die zielbewußte Zusammenarbeit von Gewerkschaftern und Wissenschaftlern.

139) Denkschrift „Arbeitswissenschaft in der Gesetzgebung", hrsg. vom RKW, Frankfurt/M 1973, Zitat S. 6.
140) Vgl. etwa „Die Deutsche Berufs- und Fachschule", Hefte 9/1972 und 3/1974; „Zeitschrift für Berufsbildungsforschung", Heft 3/1972; „Gewerkschaftliche Monatshefte", Heft 1/1973; diverse Beiträge in der „Zeitschrift Arbeit und Leistung" (ab Heft 2/1973) sowie den Beitrag von G. Schrick in Kirchner u. a.: Arbeitswissenschaftliche Studien zur Berufsbildungsforschung, Hannover 1973, S. 109—114.

**Neuerscheinung**

**Sven Güldenpfennig / Walter Volpert / Peter Weinberg (Hrsg.)**

**Sensumotorisches Lernen und Sport als Reproduktion der Arbeitskraft**

139 Seiten, br., DM 12,80

Die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung wird wesentlich durch beschleunigte wissenschaftlich-technische Veränderungen im Produktionssystem beeinflußt. Dadurch kommt den Fragen der Herstellung, der Wiederherstellung und der Weiterentwicklung der Arbeitskraft eine zunehmende Bedeutung zu. Dieser Prozeß ist in der kapitalistischen Gesellschaft mit klassen- und schichtspezifischen Benachteiligungen der abhängig Arbeitenden verbunden. Die Autoren versuchen, diese Entwicklung vom Aspekt des sensumotorischen Verhaltens und Lernens aus zu analysieren. Damit werden wesentliche Fragen der Arbeitswissenschaft, der Erziehungswissenschaft wie auch der Sprachwissenschaft angesprochen.

**Pahl-Rugenstein**

# Zur Entwicklung der Frauenbewegung in den USA, Frankreich und der BRD

Von Angelika Cipa, Jutta Fränken, Florence Hervé und Andrea Schweighofer *)

„In den letzten Jahren ist die Unzufriedenheit der Frauen in der Bundesrepublik gewachsen. Mit der zunehmenden Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß entwickelt sich bei vielen von ihnen die Einsicht in ihre untergeordnete Stellung. Zugenommen hat daher ihre Bereitschaft, für ihre Interessen zu kämpfen und sich im gesellschaftlichen und politischen Geschehen zu engagieren" [1]). Diese Einschätzung trifft den Kern der Frauenfrage in hochentwickelten kapitalistischen Ländern — was anhand von Beispielen aus der BRD, aus den USA und aus Frankreich aufzuzeichnen versucht werden soll.

Diese Entwicklung, die die kapitalistischen Länder kennzeichnet, ist nicht zufällig. Ihre Ursachen liegen in der wachsenden Rolle der Frau im wirtschaftlichen, sozialen, politischen und in anderen gesellschaftlichen Bereichen und in der allgemeinen Verschärfung der Widersprüche im Kapitalismus [2]). Mit der verstärkten Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß werden die Frauen direkt mit den sozialen Mißständen und mit Benachteiligungen konfrontiert, und indirekt erleben sie die gleiche Konfrontation in Familie und Gesellschaft. Sie erfahren die Verschärfung der sozialen Gegensätze anhand der steigenden Lebenshaltungskosten, der Unsicherheit des Arbeitsplatzes u. a. „Beispiellos intensiver Einsatz der Kräfte in der Produktion, keine Bedingungen für eine vollwertige Erholung nach der Arbeit, Schwierigkeiten bei der Kindererziehung — das alles verstärkt die Unzufriedenheit der Frau mit ihrer Stellung in der Gesellschaft. Gleichzeitig aktiviert die Einbeziehung der breiten Massen der Frauen in die gesellschaftliche Produktion deren Kampf für die Rechte der Frau, gegen das Joch der Monopole" [3]). So ist in den letzten Jahren das Bewußtsein der Frauen außerordentlich gestiegen.

Gleichzeitig entwickeln die Herrschenden und ihre bürgerlichen Ideologen raffiniertere Methoden, um die Frauen von ihren wahren Interessen abzulenken. Eine davon ist das künstliche Hochspielen des angeblichen Antagonismus der Geschlechter. Teillösungen werden vorgeschlagen, man beschäftigt sich mehr als je mit „Frauenproblemen", jedoch versucht man, die Ursachen für die Benachteiligung der Frau zu verschleiern, die Unzufriedenheit der Frauen aufzufangen und in für die Herrschenden ungefährliche Bahnen zu lenken.

Neben dem wachsenden Engagement der Frauen und ihrer Bereitschaft, gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften zu kämpfen, entstehen auch Frauengruppierungen, die die Frauenfrage in erster Linie als Geschlechterfrage betrachten und so die eigentlichen Ursachen der Unterdrückung der Frau nicht erkennen.

Bestehende Modelle von Frauenorganisationen und ihre Praxisansätze in einigen kapitalistischen Ländern sollen skizziert werden, wobei die Darstellung nicht wertfrei, sondern an dem Kriterium orientiert sein soll: Welche Interessen werden vertreten, wem nutzen sie objektiv?

*) Autorenkollektiv des Arbeitskreises Emanzipation Bonn (AKE).
1) Grundsatzerklärung des Arbeitskreises Emanzipation Bonn (AKE), verabschiedet am 25. 1. 1972, S. 1.
2) Vgl. Die Frau in der Welt des Kapitals, Symposium der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus", Februar 1973 in Prag, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 6/1973, S. 770.
3) A. a. O., S. 765.

*Die Frauenbewegungen in den USA*

Die Lage der amerikanischen Frau stellt sich nicht besser dar als die der meisten Frauen in kapitalistischen Ländern: Während die Frauen 51 % der US-Bevölkerung ausmachen, 37 % aller Frauen im arbeitsfähigen Alter arbeiten, sie 35 % aller Erwerbstätigen ausmachen, sind nur 14 % aller Frauen in qualifizierten Berufen tätig [4]). Zusätzlich verschärft wird die Situation noch bei den farbigen Frauen, deren Einkommen das niedrigste aller Erwerbstätigen ist und die noch größeren Problemen sowohl in der Berufsqualifizierung als auch in der Arbeitsplatzbeschaffung ausgesetzt sind.

Ähnlich wie in der BRD ist auch in vielen Staaten der USA die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit nicht eingelöst. Wohl ist in 25 Staaten gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit gesetzlich garantiert, doch wird diese Regelung durch Einführung sogenannter Leichtlohngruppen wieder umgangen. Das Einkommen der Arbeitnehmerin liegt in den verschiedenen Berufsgruppen weit unter dem Niveau ihres männlichen Arbeitskollegen.

Zusätzlich erschwert die äußerst schlechte Ausstattung sozialer Einrichtungen die Situation der amerikanischen Frauen. So gibt es keine nationale Regelung der Arbeitslosenunterstützung. Dies macht sich deshalb für die Frauen besonders negativ bemerkbar, weil die Arbeitslosenrate bei Frauen erheblich höher ist als die bei Männern. Genauso fehlt es an einem allgemeinen gesetzlichen Versicherungs- und Mutterschutzgesetz; außerdem sind die USA das einzige kapitalistische Industrieland, in dem es keine Kindergärten und Kindertagesstätten gibt, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Wie in fast allen kapitalistischen Ländern, gab es in den USA schon einmal eine bürgerliche Frauenbewegung, um 1848 und in den darauffolgenden Jahrzehnten. Diese kämpfte vor allem um formale, rechtliche Gleichstellung der Frauen mit den Männern. Als die Ziele dann in der Zeit um den Ersten Weltkrieg größtenteils erreicht waren, starb diese Bewegung fast ab. (In Relikten ist sie auch heute noch vorzufinden, doch spielt sie sich vorwiegend im Clubleben weniger privilegierter Frauen ab.)

In den 50er Jahren war die Bindung der amerikanischen Frau an Haushalt und Familie besonders groß, nachdem ihr nach dem Zweiten Weltkrieg wieder der Platz am Herd und im Kinderzimmer zugewiesen wurde. Als Kompensation sollte ein gesteigertes Konsumverhalten dienen, durch das die Frau zur unersättlichen Konsumentin geprägt wurde. Gegen Ende dieser Phase erschien Betty Friedans Buch „Der Weiblichkeitswahn", das großes Aufsehen erregte. Nicht alleine dadurch ausgelöst, begann die inzwischen verdrängte Frage der Frauenemanzipation wieder an Bedeutung zu gewinnen. Die Bewegung, die sich unter dem Stichwort „Women's Liberation" zusammenfassen läßt, geht im wesentlichen auf zwei Wurzeln zurück:

I) Betty Friedan

In ihrem Buch wies Betty Friedan 1963 zum erstenmal auf die unterprivilegierte Stellung der amerikanischen Frau hin. Als Ursache dieser Situation sieht sie deren ausschließliche Definition als Sexualwesen, den sogenannten „Weiblichkeitswahn" an. Die durch Erziehung und Konsumindustrie bewußt verstärkte Glorifizierung der weiblichen physiologischen Funktionen (Ehefrau und Mutter) verhindert eine Selbstverwirklichung der Frau als aktives Mitglied der Gesell-

4) K. Röhrbein, Jammere nicht — leiste Widerstand, in: „Das Argument", 67/1971, S. 688.

schaft und wird von Betty Friedan als Anlaß der sich ständig vermehrenden weiblichen Neurosen gesehen. Ihr Vorschlag zur Veränderung der Situation hieß: Aufstellung eines individuellen Lebensplans, um durch das Mittel der Berufstätigkeit aktiv gesellschaftlich mitarbeiten zu können. Somit wurde die individuelle Initiative zum Ausgangspunkt gemacht und keine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen intendiert.

1966 gründete Betty Friedan zur Realisierung ihrer Vorstellungen die NOW (National Organization of Women), der ca. 35 Gruppen angehören und in der auch die Mitarbeit von Männern möglich ist. Die von dieser Organisation vertretenen liberalen Forderungen (wie z. B. stärkere Vertretung von Frauen in politischen Gremien) haben zwar eine wichtige Funktion in der Frauenbewegung, sie stellen aber das kapitalistische System selbst nicht in Frage.

Dies zeigt sich deutlich an den von der NOW organisierten Streiks, die keine konkreten politischen Forderungen stellten, von der bürgerlichen Presse jedoch hochgespielt wurden, während die bürgerlichen Massenmedien Streiks von Arbeiterinnen in verschiedenen Frauenbetrieben, die zur gleichen Zeit ausbrachen, völlig verschwiegen.

II) „Women's Liberation Movement"

Diese zweite Bewegung hat ihre Wurzel im Protest von Frauen gegen die Unterdrückung der Frau sogar in der Linken gegen Ende der 60er Jahre. Auch hier standen einer wirklich effektiven weiblichen Mitarbeit wie in anderen Bereichen der etablierten Gesellschaft männlich orientierte Strukturen und Verhaltensschemata entgegen. Weibliche Mitglieder, die schon durch ihre rollenspezifische Erziehung geringe Ansätze zur Artikulation und Selbstbehauptung zeigten, wurden im wesentlichen nach ihren physischen Qualitäten eingeschätzt und kamen somit nur zu zusätzlicher Frustration. Sie zogen den subjektiv nächstliegenden Schluß, daß die Ursachen ihrer Unterdrückung der „männliche Chauvinismus" oder der sogenannte „Sexismus" wäre [5]).

Daher bildeten sie ab 1966 organisatorisch unabhängige Frauengruppen, die sich „Women's Liberation" nannten. Als gemeinsame Charakteristika dieser Gruppen ist festzuhalten:

1) lose Organisation, um die Herausbildung hierarchischer Strukturen zu vermeiden;

2) hauptsächlich rekrutierten sich die Mitglieder aus der Mittelschicht.

Hier liegen auch schon die möglichen Ansatzpunkte zu einer Kritik: Zum einen wäre zu bemerken, daß die lose Organisationsform außer dem positiven Effekt, daß bisher unpolitischen Frauen der erste Schritt zum Engagement durch eine persönlich-informelle Atmosphäre erleichtert wird, die negative Seite hat, daß sie eine einheitliche politische Praxis dadurch verhindert. Zum zweiten wäre zu bemerken, daß die Probleme der arbeitenden Frauen, die am meisten benachteiligt sind, vernachlässigt werden.

Es handelt sich bei der „Women's Lib" jedoch keineswegs um eine einheitliche Bewegung mit einheitlichen Vorstellungen und Zielen, sondern man kann im

[5]) Unter „männlichem Chauvinismus" wird jene Haltung verstanden, die die Frauen zu passiven und niedrigen Sklaven der Gesellschaft und der Männer stempelt. Er ist es, der nach der Meinung der „Women's Lib" die Frauen vom Rest der Arbeiterklasse trennt. Der „Sexismus" ist die Annahme der sexuellen Ausbeutung und Unterdrückung der Frau, die alle Frauen in gleichem Maße betrifft.

wesentlichen drei Richtungen mit unterschiedlichem Grad der Politisierung unterscheiden:

a) Therapiegruppen: Frauen schließen sich in kleinen Gruppen zusammen und versuchen, auf die rein persönlichen Probleme der Frauen einzugehen und Möglichkeiten einer individuell freieren Lebensgestaltung aufzuzeigen. Sie wählen dazu die „kleine Gruppe", weil sie glauben, „daß die kleine Gruppe besonders geeignet ist, Frauen zur Festigung einer eigenen Wahrnehmung der Realität und zu einem Denken zu befreien, das unabhängig ist von männlichen Werten. Sie ist ein Raum, in dem Frauen nicht nur zu dem Verständnis gelangen können, wie diese Gesellschaft funktioniert, um die Unterdrückung der Frauen aufrechtzuerhalten, sondern auch, wie man diese Unterdrückung psychologisch und gesellschaftlich bekämpfen und besiegen kann. Das nennen wir ‚Freiraum' " [6]). In vier Gruppenprozessen („sich selbst darstellen", „Erfahrungen teilen", „analysieren" und „abstrahieren") wird versucht, die Situation der Frauen bewußt zu erarbeiten. Zwar erheben diese Frauen den Anspruch, ihre Probleme auf gesellschaftliche Verhältnisse zu beziehen, doch bleiben die meisten Gruppen schließlich in ihrem zu engen Ansatz, der letztlich über den individuellen Bereich nicht hinausgeht, stecken.

b) Radikale Feministinnen: Die ersten Mitglieder von radikal-feministischen Gruppen kamen aus dem SDS (Students for a Democratic Society), der Bürgerrechts- und Antikriegsbewegung oder aus der NOW. Als den Hauptfeind, den es zu bekämpfen gilt, betrachten die radikalen Feministinnen den „männlichen Chauvinismus". Daher sehen sie es als ihr Ziel an, die Frau aus der ihrer Auffassung nach zwangsläufig repressiven heterosexuellen Beziehung zu befreien, wobei zum Beispiel Lesbierinnen-Kommunen als Alternativlösungen vorgeschlagen werden. Die „männliche Vorherrschaft" soll durch gewalttätigen Umsturz beseitigt werden. Die radikalen Feministinnen verstehen sich nicht als ein Teil der Linken, sondern bestehen auf ihrer Eigenständigkeit.

c) Sozialistische Feministinnen: Diese Gruppierung begreift sich ganz bewußt als Teil der linken Bewegung und betont den engen Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen den Kapitalismus und den Sexismus. Zwar wird die Emanzipation der Frau als von der Änderung der gesamtgesellschaftlichen Situation abhängig erklärt, gleichzeitig wird jedoch die „Ausbeutung der Frau als Sexualobjekt" zum Hauptproblem gemacht. So demonstrierten die sozialistischen Feministinnen zum Beispiel gegen die Wahl der „Miss America", die jedes Jahr ein großes Spektakulum ist, und krönten ihrerseits ein Schaf zur „Miss America". Wenn diese Aktionen auch nicht das Gros der Arbeitnehmerinnen ansprechen, da sie an der eigentlichen Problematik vorbeigehen, so haben sie doch bewirkt, daß einige Aspekte der Frauenfrage ins öffentliche Bewußtsein traten. Schließlich erkannten sie auch, daß vor allem die arbeitenden und unter ihnen besonders die farbigen Frauen die am stärksten Benachteiligten sind.

Allgemein ist bei der „Women's Liberation" — bei allen Unterschieden innerhalb der Bewegung — festzustellen, daß sie keine wesentlichen neuen Aspekte bringt und im Wesen als eine Neuauflage der bürgerlichen Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts betrachtet werden kann. Die Analyse von Clara Zetkin über die Frühzeit der amerikanischen Frauenbewegung hat auch heute ihre Gültigkeit. So schrieb sie über die Versammlung der bürgerlichen Frauen in Seneca Falls 1841: „Der Mann wird in naiver Welt- und Geschichtsanschauung als der bewußte, allmächtige und selbstherrliche Urheber aller sozialen Zustände und Einrichtungen gekennzeichnet, unter denen die Frauen seufzen."

6) P. Allen, Der Freiraum, in: Frauen gemeinsam sind stark, Frankfurt/M 1972, S. 63 ff.

Von den bürgerlichen Massenmedien verschwiegen, aber besonders hervorzuheben sind schließlich die zahlreichen Aktivitäten und Aktionen, in denen sich viele Frauen in den letzten Jahren verstärkt engagiert haben. Hier wäre zum einen das Vietnam-Engagement zu nennen, zum anderen die Solidarität mit der farbigen Hochschullehrerin Angela Davis. Frauengruppen, die an solchen Aktionen teilnehmen und diese unterstützen, tragen wesentlich mehr zur gesamten Bewußtwerdung der amerikanischen Frauen bei, auch wenn sie nicht in aller Munde sind.

### *Zur Situation der Frauenbewegung in Frankreich*

Auch in Frankreich steht die Frauenfrage auf der Tagesordnung. Der Prozeß der Einbeziehung der Frauen in die Produktion ist durch die allgemeinen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft gekennzeichnet. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Disproportionen in der wirtschaftlichen Entwicklung, Einschränkung der Rechte auf dem Gebiete der Arbeit [7]). Einige Zahlen seien hier angeführt: Zwei Drittel der französischen Frauen erhalten keine Grundausbildung, 54 % der lohnabhängigen Frauen verdienen weniger als 1000 FF monatlich, allgemein verdienen Frauen 33,6 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Innerhalb von 12 Jahren wurden 171 Kinderkrippen eingerichtet: das ist die Bilanz der gaullistischen Regierung (und davon sind auch noch 149 allein in der Pariser Gegend errichtet worden, zum größten Teil durch die sozialistischen und kommunistischen Gemeinden) [8]).

Die allgemein wachsenden Schwierigkeiten (verschlechterte Arbeits- und Lebensbedingungen, fortbestehende Diskriminierung) haben bei vielen französischen Frauen ein politisches Engagement ausgelöst. Das Bewußtsein der Notwendigkeit der Gleichberechtigung ist in eine neue Phase eingetreten, die mit der Entwicklung der demokratischen und Arbeiterbewegung verbunden ist.

So haben die Frauen an den Mai-Ereignissen 1968 einen entscheidenden Anteil gehabt: gekämpft haben sie u. a. um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und mit den Männern zusammen gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Gleichzeitig haben die Herrschenden ihre ideologische Kampagne verschärft, um das wachsende Engagement der Frauen rechtzeitig in den Griff zu bekommen. Diese neue Situation widerspiegelt sich in der Frauenbewegung Frankreichs, wo einerseits die traditionelle Frauenbewegung („Union des Femmes Françaises") den Kampf für die Gleichberechtigung der Frau mit dem Kampf der arbeitenden Menschen gegen das Großkapital verbindet, andererseits die „Neuen Feministinnen" den Kampf der Geschlechter angekündigt haben.

#### I) „MLF — Mouvement de libération féminin" (Befreiungsbewegung für die Frau)

Nach den Mai-Ereignissen 1968 entstand die MLF, die sich in einem ihrer Manifeste folgendermaßen selbst definiert: „Wir sind weder eine Partei noch eine Organisation noch eine Vereinigung und noch weniger eine ihrer weiblichen Filialen... Gegen unseren Unterdrücker kämpfen, heißt: alle Gesellschaftsstrukturen zu sprengen, insbesondere die alltäglichen. Wir wollen weder einen Anteil noch einen Platz in dieser Gesellschaft, die ohne uns auf unseren Rücken

7) Vgl. „Probleme des Friedens und des Sozialismus", a. a. O., S. 760.
8) Vgl. „Deutsche Volkszeitung" v. 1. 3. 1973 und Y. Dumont, La femme devant son avenir, „Cahiers du communisme", 3/1973, S. 31 bis 40.

errichtet wurde. Wenn das Volk der Frauen, der Teil im Schatten der Menschheit, sein Schicksal in die Hand nehmen wird, dann wird man von einer Revolution sprechen können" [9]).

Die Aktionen der MLF haben sich bisher in erster Linie gegen die Männer gerichtet. Wenn sie z. B. auf die Frage des Schwangerschaftsabbruchs durch spektakuläre Aktionen aufmerksam gemacht hat, so ist gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß sie diese Frage ins falsche Licht gerückt hat, indem sie sie von ihrem sozialen Kontext isolierte und auf das Motto „Mein Bauch gehört mir" reduzierte. Die MLF — im Grunde genommen nur eine Neuauflage der bürgerlichen Feministinnen — lenkt insofern von den wirklichen konkreten Fragen ab. Es ist kein Wunder, wenn sie von der bürgerlichen Presse hochgespielt wird.

## II) „UFF — Union des femmes françaises" (Vereinigung der französischen Frauen)

Während sich die „Women's Lib" und die MLF im ganzen gesehen auf die Frauen der Mittelschicht hin orientieren und mehr oder weniger auf rein spezifische Frauenfragen fixiert sind, versucht die UFF, Frauen aus allen Schichten und mit unterschiedlichen Anschauungen zu erfassen und eine breite Basis in der Bevölkerung zu finden. Die UFF entstand 1944 aus der französischen Widerstandsbewegung und war ursprünglich eine rein antifaschistische Organisation. Heute geht die UFF davon aus, daß eine Verbesserung der Lage der Frau nur im zusammenhängenden Kampf gegen die Monopolmacht und für ein demokratisches Frankreich erreicht werden kann. Mit ca. 70 000 Mitgliedern (hauptsächlich Mütter, Hausfrauen, Arbeiterfrauen) ist sie eine der größten Frauenorganisationen Frankreichs. In ca. 2500 regionalen Komitees setzen sich die Frauen für lokale Forderungen (z. B. Kindergärten) ein und veranstalten Aktionen dazu. Von diesen Bezirksgruppen werden Delegierte gewählt, die die generellen Forderungen der UFF in die Öffentlichkeit tragen.

Als Antwort auf die unsoziale Politik der Regierung hat die UFF ein Programm von grundlegenden Forderungen aufgestellt, das den Interessen der Frauen und Familien entspricht [10]); es beinhaltet vier Hauptforderungen: Für die Ausweitung der Rechte der Frau in Familie und Gesellschaft und die Verbesserung der Lebensbedingungen für Frauen, Ehepaare und Familien; Möglichkeiten der Teilnahme an der Kultur; Sicherung eines glücklichen Lebens für jedes Kind; Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt und Recht der Völker auf nationale Unabhängigkeit.

Um diese Forderungen durchzusetzen, so die UFF, sind Demokratie, Frieden und allgemeine Abrüstung die Voraussetzung. Daraus folgt die Forderung nach gerechterer Verteilung des nationalen Haushalts zugunsten der Mittel für Gesundheit, Erziehung, Kultur und Arbeit u. a. durch Senkung des Rüstungsetats.

Die UFF entsendet außerdem häufig Delegationen ins Parlament und bringt Gesetzesentwürfe ein. Ein Erfolg der Bemühungen der UFF war es, daß der Lohn in den 14 Wochen des Mutterschutzurlaubes voll weitergezahlt wird. Im Juni 1972 überreichten 300 Frauen aus allen Teilen des Landes dem Premierminister 100 000 Unterschriften für die Erhöhung der Familienzuschüsse.

---

9) Alain Decaux, Histoire des Françaises, Bd. 2, Paris 1972, S. 1104 f.
10) In: Programm der UFF, 1971; vgl. hierzu auch: „Frauen der ganzen Welt", Zeitschrift der IdFF, 1/3 1973, und La femme à notre époque dans la famille et la société, 10è congrès national de l'union des femmes françaises, 1968.

Die UFF hat einen entscheidenden Anteil an der Mobilisierung der Frauen für ihre Interessen gehabt, der sich im höheren Bewußtsein der Frauen — wie es in den letzten Jahren zum Ausdruck kam — widerspiegelt. Ihr Erfolg ist es u. a., daß mehr und mehr Frauen anfangen, ihre Lage von Klassenpositionen aus zu betrachten.

*Stand und Entwicklung der Frauenbewegung in der BRD*

Nachdem schwerpunktmäßig einige Modelle der US-amerikanischen und der französischen Frauenbewegung genannt worden sind, soll nun ausführlicher auf die Initiativen zur Veränderung der Situation der Frauen in der BRD eingegangen werden.

Auch in der kapitalistischen Bundesrepublik sind die Widersprüche schärfer geworden, u. a. zwischen der zunehmenden und notwendigen Frauenerwerbstätigkeit und der Unzulänglichkeit der Sozialeinrichtungen. Es sei hier nur *ein* Beispiel angeführt, da die Tatsachen im wesentlichen bekannt sind: Während die Erwerbstätigkeit von Müttern in den vergangenen 20 Jahren um 80 % zunahm, blieben die Unterbringungsmöglichkeiten für deren Kinder eine Rarität: Kindergartenplätze gibt es nur für jedes dritte Kind.

Gleichzeitig ist das Engagement der Frauen in den letzten Jahren gestiegen: die Frauen hatten einen maßgeblichen Anteil an den Aktionen gegen die US-Aggression in Vietnam, für die Befreiung von Angela Davis, für die europäische Sicherheit und jetzt gegen die Putschisten in Chile. In Lohnbewegungen, in Mieteraktionen, im Kampf für mehr und bessere Kindergärten, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gegen den frauenfeindlichen Paragraph 218, für das Selbstbestimmungsrecht der Frau erkannten viele, daß sie gemeinsam mit den arbeitenden Menschen für ihre Rechte kämpfen müssen. Auf einer Abschlußkundgebung des Jahres 1972 sagte die zweite Vorsitzende des DGB, Maria Weber: „Bei den Veranstaltungen zum Jahr der Arbeitnehmerinnen haben wir die Unruhe und den Protest der Frauen sehr deutlich zu spüren bekommen. Ihre Geduld ist zu Ende."

Im folgenden soll untersucht werden, welche Organisationsformen den Frauen die Möglichkeit geben, sich aktiv für ihre Interessen einzusetzen, und welche Gruppen dem Kampf objektiv schaden. Um dies deutlicher zu machen, soll zunächst kurz auf die geschichtliche Entwicklung der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung in Deutschland eingegangen werden.

In der Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland spielt die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert eine entscheidende Rolle. Die wirtschaftlichen Umwälzungen des Produktionsprozesses und die dadurch notwendig gewordene Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß wirkten sich auf das Bewußtsein der Frauen aller Bevölkerungsschichten aus, so daß ein allgemein zunehmendes Engagement für die Verbesserung der Lage der Frau sichtbar wurde. Die Frauenbewegung entstand mit dem Sieg der kapitalistischen und bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Dabei müssen jedoch die unterschiedlichen Motivationen herausgestellt werden, die zu einer bürgerlichen und einer proletarischen Frauenbewegung führten.

I) Bürgerliche Frauenbewegung

Die ersten, wenn auch vereinzelten Ansätze der bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland zeigen sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Da die Erleichte-

rung der Hausarbeit ein besonders für die Mittelschichtfrau spürbares Ergebnis der ökonomischen Veränderung war, ergab sich als Folge ein gewisser Funktionsverlust der produktiven weiblichen Tätigkeit im Haus. Als Folge dieser Entwicklung ergab sich außer dem positiven Aspekt der freigewordenen Zeit für außerhäusliche Aktivität, wie z. B. politisches Engagement, auch das Problem, daß viele Frauen, insbesondere die ledigen, aus ökonomischen Gründen zu einer Erwerbstätigkeit gezwungen wurden. Daher waren die Hauptforderungen der bürgerlichen Frauen, als deren geistige Führerin Louise Otto-Peters zu sehen ist, bessere Ausbildung, Zulassung zu allen Berufssparten und politische Gleichberechtigung.

Aus diesen Postulaten geht hervor, daß Reformen innerhalb des Systems, also eine Gleichstellung der Frau im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, angestrebt wurden. Somit fand die organisierte bürgerliche Frauenbewegung auch mit der Bewilligung des Frauenwahlrechts (1918) ihren natürlichen Abschluß. Die Bedeutung des Kampfes der bürgerlichen Frauen liegt darin, daß sie quasi den Boden für eine grundsätzliche Anerkennung der Gleichbewertung und Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bereitet hat.

## II) Proletarische Frauenbewegung

Die proletarische Frauenbewegung entstand erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als infolge der angewachsenen Einbeziehung der Frauen der Arbeiterklasse in den Produktionsprozeß ihre ökonomische Ausbeutung immer deutlicher wurde. Mit der Teilnahme am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß entstand die entscheidende Voraussetzung für den Kampf um die Befreiung der Frau. Diese Bewegung wurde von ihrer theoretischen und praktischen Führerin Clara Zetkin ganz bewußt als Teil der Arbeiterbewegung verstanden. Sie vollzog damit eine klare Abgrenzung gegenüber der bürgerlichen Frauenbewegung. Während die bürgerliche Frauenbewegung die Gleichberechtigung der Frau in erster Linie als eine Geschlechterfrage ansieht und sie also innerhalb des kapitalistischen Systems für verwirklichbar hält, geht die proletarische Frauenbewegung davon aus, daß die Gleichberechtigung und Emanzipation der Frau Teil der großen sozialen Frage ist und nur im Sozialismus gelöst werden kann [11]).

In Anlehnung an die von Bebel und Engels entwickelte sozialistische Frauenemanzipationstheorie wurde das Privateigentum als Ursache der Versklavung von Mann und Frau angesehen; sie hielten die Befreiung der Frau ohne die Befreiung der gesamten Arbeiterklasse für unmöglich. Daher organisierten sich die proletarischen Frauen mit den Männern zusammen in der sozialistischen Arbeiterpartei, um gemeinsam gegen das System zu kämpfen, das sie unterdrückte. Die revolutionäre Arbeiterbewegung maß nicht nur der gewerkschaftlichen Organisation der Frauen eine wichtige Bedeutung bei (ökonomischer Kampf), sondern organisierte auch periodisch sozialistische Frauenkonferenzen, die das Ziel hatten, die politische Arbeit mit den Frauen zu verstärken und diese zu befähigen, den Kampf um die politische Macht gemeinsam mit der Arbeiterklasse zu führen [12]).

---

11) Vgl. hierzu: J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 18, Studien zur Lage der Arbeiterin in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart, Berlin 1963; Um eine ganze Epoche voraus, 125 Jahre Kampf um die Befreiung der Frau, Leipzig 1970; Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin (DDR) 1958; G. Brandt/J. Kootz/G. Steppke, Zur Frauenfrage im Kapitalismus, Frankfurt/M 1973; August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Berlin (DDR) 1964.

12) Vgl. G. Mies, Die Arbeiterbewegung und der Kampf um die Frauenemanzipation, in: Für die Befreiung der Frau, hrsg. von M. Konze, Frankfurt/M 1972, S. 28/29.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts vollzog sich innerhalb der Bewegung eine Spaltung. Eine Gruppe von Frauen setzte die bisherige Arbeit in Partei und Gewerkschaft fort, während sich ein Flügel unter der Führung von Clara Zetkin weigerte, die Politik der SPD weiter zu unterstützen. Diese Frauen lehnten das Arrangement mit den damaligen Regierungsparteien und die Unterstützung von Kriegsplänen ab. Sie organisierten sich zunächst in der USPD und dann später in der KPD. Auf dem Gründungsparteitag der KPD wurde der Kampf um die Emanzipation der Frau als wichtiger Bestandteil des Klassenkampfes gekennzeichnet. Zur aktiven Einbeziehung der Frauen in die Klassenauseinandersetzung wurde 1925 der „Rote Frauen- und Mädchenbund" gegründet [13]). Als einzige proletarische Frauenorganisation zählte er 1926 rund 35 000 Mitglieder [14]).

Von Anfang an kämpften die proletarischen Frauen gegen den aufkommenden Faschismus und waren auch nach der Zerschlagung ihrer Organisationen aktiv im Widerstand tätig.

Nach dem Krieg setzte die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung den Kampf um die Befreiung der Frau fort. Die Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse blieb jedoch nicht ohne Auswirkung auf den Kampf um die Rechte der Frauen: 1957 wurde beispielsweise der „Demokratische Frauenbund Deutschlands" (DFD) in der Bundesrepublik verboten, der 1947 als einheitliche demokratische Frauenorganisation gegründet wurde und sich für die völlige Beseitigung von Faschismus und Militarismus, für die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" u. a. einsetzte und der bereits 1950 über 550 000 Mitglieder hatte.

Eine selbständige, schlagkräftige Organisation proletarischer Frauen wurde somit verhindert. Vielmehr arbeiteten die Frauen nur in Parteien und Gewerkschaften mit. Eine Ausnahme bildet die „Westdeutsche Frauenfriedensbewegung", die in den Nachkriegsjahren für den Frieden und gegen die Wiederaufrüstung kämpfte.

## III) Die „Westdeutsche Frauenfriedensbewegung"

Aufbauend auf den Kongreß der Frauen und Mütter für den Frieden, der versucht hatte, die geplante Wiederaufrüstung nach dem Zweiten Weltkrieg, die die USA von der BRD als Gegenleistung für deren geplante Wirtschaftshilfe (Marshall-Plan) forderten, zu verhindern, gründete sich 1952 die „Westdeutsche Frauenfriedensbewegung" (WFFB). Ihr primärer Anspruch bestand in der Aufforderung an die Frauen, als „Hüterinnen des Lebens, unbeschadet ihrer politischen, religiösen und sonstigen Anschauungen, aufzutreten."

Gleich zu Beginn ihrer Entwicklung war die Bewegung bestrebt, eine Annäherung der beiden deutschen Staaten herbeizuführen und Schritte zur Wiedervereinigung zu tun. Engagiert setzte und setzt sie sich immer wieder für Abrüstung, gegen den Kalten Krieg, für Völkerverständigung im nationalen und übernationalen Bereich und gegen reaktionäre, den Fortschritt behindernde Maßnahmen in der BRD ein und nahm im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften an den Aktivitäten und Aktionen gegen den Krieg in Indochina teil [15]). Daneben liegt der Schwerpunkt ihrer Arbeit vor allem auf den Fragen der inter-

[13]) A. a. O., S. 31.
[14]) G. Brandt/J. Kootz/G. Steppke, Zur Frauenfrage im Kapitalismus, a. a. O., S. 33, und: Um eine ganze Epoche voraus, a. a. O., S. 82.
[15]) F. Hervé, Die Stellung der Frau in der Gesellschaft, in: Für die Befreiung der Frau, a. a. O., S. 48 f.

nationalen Probleme, wie z. B. der europäischen Sicherheit und der Abrüstung. Sie tritt für eine Verminderung der Rüstungsausgaben zugunsten sozialer und bildungspolitischer Reformen ein.

IV) Frauen in der Gewerkschaftsbewegung

Für die berufstätigen Frauen bietet sich heute die Arbeit in gewerkschaftlichen Organisationen als ein Mittel an, um ihre Rechte am Arbeitsplatz wirksam zu vertreten. Im Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Zusammenschluß von 16 Einzelgewerkschaften, sind insgesamt rund 7 Mio Arbeitnehmer organisiert. Eine Million von ihnen sind Frauen; das sind ca. 18 %. Diese Zahlen lassen deutlich erkennen, daß auch hier der Organisationsgrad der Frauen niedriger ist als der der Männer, selbst wenn man den größeren Prozentsatz lohnabhängiger Männer berücksichtigt. Die Gründe hierfür liegen weniger in der Politik der Gewerkschaften als vielmehr in den allgemein bekannten Ursachen wie Belastung durch die Doppelrolle, Selbstverständnis der Frau als „nur" Zuverdienerin, Organisationsangst und Unkenntnis als Resultat einer vom herkömmlichen Rollenbild der Frau ausgehenden Erziehung. Dabei ist gerade für die erwerbstätige Frau die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften von großer Bedeutung, da ihre Arbeitsbedingungen schlechter sind und ihr Ausbeutungsgrad höher liegt als der des Mannes.

Die Frauen in den Gewerkschaften sind voll in die gewerkschaftliche Arbeit integriert, in dem Sinne, daß sie gleichberechtigte Mitglieder in allen gewerkschaftlichen Gremien sind und gewerkschaftliche Politik nicht zwischen Männern und Frauen unterscheidet. Darüber hinaus gibt es auf allen Ebenen gesonderte Frauenausschüsse, die sich mit den spezifischen Problemen der Arbeitnehmerinnen beschäftigen. Sie führen Veranstaltungen durch, erarbeiten Untersuchungen und stellen Forderungen auf, die sich die Gewerkschaft als ganze zu eigen macht.

Die wesentlichen Themen gewerkschaftlicher Frauenarbeit sind: Bildung, Ausbildung, Weiterbildung, Aufstiegsmöglichkeiten, angemessene Arbeitsbedingungen, gerechte Bezahlung und soziale Sicherung. Die Forderungen der Gewerkschaften sind zusammengefaßt im „Programm des DGB für Arbeitnehmerinnen". Der DGB geht davon aus, daß die berufliche Tätigkeit der Frau für sie selbst von wesentlicher Bedeutung, für die Wirtschaft unentbehrlich und für die Gesellschaft notwendig ist. Daraus leitet sich ab, daß die Frau in keiner Weise in Ausbildung oder Beruf benachteiligt werden darf. Zur Realisierung der gesetzlich garantierten Gleichberechtigung fordert der DGB für die Arbeitnehmerinnen:

1) gleiche Bildungsmöglichkeiten und Begabungsförderung,
2) Chancengleichheit im Beruf,
3) gerechte Bewertung und Bezahlung der Arbeit und Leistung,
4) Schutz, Sicherheit und Hygiene am Arbeitsplatz,
5) Verbesserung der Gesundheitsfürsorge und der Krankenversicherung,
6) Verbesserung des Unfallversicherungsschutzes,
7) bessere und gerechte soziale Sicherung,
8) mehr Vorsorge und Schutz für Mütter und Kinder,
9) mehr Hilfen für die Familien.

Zu allen diesen Punkten werden Angaben gemacht über die Voraussetzungen, die zur Erfüllung dieser Forderungen notwendig sind, z. B. Vorschulen, Kindergärten, Ganztagsschulen usw. Allerdings werden die Adressaten dieser Forderungen nur vage und allgemein als Wirtschaft und Gesellschaft angesprochen.

Daß diese Verbesserungen jedoch nur im Kampfe gegen das Monopolkapital zu verwirklichen sind, bleibt unausgesprochen.

Der DGB erklärte das Jahr 1972 zum Jahr der Arbeitnehmerin, in dem die Verwirklichung der Rechte der Frauen im Vordergrund stehen sollte. Hierzu fand eine Befragung „Arbeitnehmerinnen 1972" statt, deren inzwischen vorliegende Ergebnisse [15a]) die Situation der erwerbstätigen Frau deutlich machen. Der DGB bereitete außerdem die Betriebsratswahlen unter dem Aspekt vor, daß eine größere Anzahl von Frauen zukünftig ihre Interessen im Betrieb vertreten sollten. Zugleich versuchte man, die Werbung für gewerkschaftliche Vorstellungen innerhalb und außerhalb der Arbeitsstätten zu verstärken.

Wenn das Jahr der Arbeitnehmerin vielen Erwartungen und Hoffnungen der arbeitenden Frauen nicht entsprochen hat, wenn vom DGB nicht alle Möglichkeiten genutzt wurden, die Problematik der arbeitenden Frau stärker in die Öffentlichkeit zu bringen und die Frauen zu mobilisieren, muß man jedoch sehen, daß das Bewußtsein über die Benachteiligung der Frau erheblich größer geworden und daß die Ausgangsposition für die Erkämpfung der Forderungen der Frau besser geworden ist. Auch sind die Aktivitäten der Frauen im Jahr 1973 außerordentlich gestiegen; dies zeigt sich u. a. an der hohen Beteiligung von Frauen an vielen gesellschaftlichen und politischen Aktionen. Die Repräsentanz der Frau in Gewerkschaft und Betriebsräten ist erheblich gestiegen und liegt heute bei 15 % (1971: 11 %). Erstmals waren außerdem die Frauen 1971 mit 21 % neuen Mitgliedern überproportional an der Mitgliederentwicklung beteiligt. Im letzten Jahr betrug die Anzahl neu eingetretener weiblicher Mitglieder in der IG Metall 51,2 %.

Jedoch muß gewährleistet werden, daß das Jahr der Arbeitnehmerin fortgeführt wird; die DGB-Prüfsteine an die Parteien vor den letzten Bundestagswahlen bleiben auf der Tagesordnung, in unserem Zusammenhang vor allem der 6. Prüfstein zur Verwirklichung der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gleichstellung der Frau. Zur praktischen Durchsetzung der Forderungen, die der DGB in seinem Frauenprogramm und im Prüfstein Nr. 6 formuliert hat, ist die verstärkte Organisation und Aktivität der arbeitenden Frauen in der Gewerkschaft notwendig. Die Lohnbewegungen in der Textilindustrie 1971 und in der Metall-Industrie in Nordrhein-Westfalen Anfang 1973 sowie im Sommer 1973 (Streik bei Pierburg/Neuss), an denen die Frauen zum erstenmal seit 1949 einen entscheidenden Anteil hatten, zeugen dafür [16]).

## V) Stand verschiedener Frauengruppen in der BRD

Eine andere Form der Organisierung ist in den Frauengruppen zu finden, deren politischen Hintergrund die allgemeine Studentenbewegung der 60er Jahre bildete. Dies läßt sich am Beispiel einer der einflußreichsten Gruppen, des „Aktionsrats zur Befreiung der Frau, Westberlin", aufzeigen. An der Entwicklung dieser Gruppe vom „Aktionsrat" zum „Sozialistischen Frauenbund" kann man verfolgen, wie sich aus ursprünglich mehr emotionalem Aufbegehren politisches Bewußtsein und Engagement entwickelte. Einige Frauen erkannten, daß innerhalb des SDS die gleichen autoritären Strukturen bestanden wie in der gesamten kapitalistischen Gesellschaft. Die Rollenverteilung drückte sich in einer

[15a]) In: „Frauen und Arbeit", 5/1973, hrsg. von der Abteilung Frauen im Bundesvorstand des DGB, Düsseldorf.
[16]) Bei Pierburg/Neuss standen alle Fließbänder in der Neusser Vergaserfabrik eine Woche still; die Tausende Arbeiterinnen, darunter viele Ausländerinnen, die bisher 600 DM netto erhielten, erkämpften außer einer Lohnerhöhung die sofortige Streichung der sogenannten Leichtlohngruppe 2.

Bevormundung der Frauen, einer spezifischen Arbeitsteilung und in einer Privatisierung der Probleme aus.

Aus der Erkenntnis dieser Mängel organisierten sich schließlich die Studentinnen separat im „Aktionsrat zur Befreiung der Frau", weil ihnen der Widerspruch zwischen revolutionär-emanzipatorischem Anspruch und autoritärer Praxis in bezug auf das Frauenproblem innerhalb des SDS als unlösbar erschien. Zur Entlastung der Frauen und zur Gewährleistung einer repressionsfreien Erziehung organisierte man Kinderläden. Durch die Analyse der bestehenden Sexualmoral, besonders aber im Zuge der gesamtpolitischen Entwicklung am Ende der Studentenbewegung kam die Frage nach der Bestimmung des eigenen politischen Standpunktes auf. Nach den negativen Erfahrungen der früheren politischen Verworrenheit und Theorielosigkeit wurde die Konkretisierung der politischen Ausrichtung zu einer unbedingten Notwendigkeit. Die theoretische Auseinandersetzung mit den marxistischen Klassikern führte dann zu einer politischen Analyse der Frauenbewegung. Als Ansatz ergab sich, daß die Unterdrückung der Frau im Privatleben nicht als private begriffen wurde, sondern als politisch-ökonomisch bedingte. Die Umbenennung des „Aktionsrats" in „Sozialistischer Frauenbund Westberlin" im Dezember 1970 drückt aus, daß die Frauen sich für einen solidarischen Kampf zusammen mit den Männern gegen das kapitalistische Herrschaftssystem entschieden hatten.

Die Entwicklung und Strukturierung des SFB ist in ähnlicher Weise bei anderen studentischen Frauengruppen in der BRD zu verzeichnen. Ein Beispiel dafür ist der „Arbeitskreis Emanzipation Bonn" (AKE), der 1969 an die Unzufriedenheit der Studentinnen anknüpfte, die sich aus ihrer besonderen Benachteiligung ergibt (geschlechtsspezifische Erziehung, verstärkte Schwierigkeiten bei der wissenschaftlichen Arbeit und bei Prüfungen, Diskriminierung durch die negative Einstellung vieler Professoren und Kommilitonen, erhöhte Belastung vor allem der verheirateten Studentinnen mit Kindern durch die sozialen Mißstände). Über den Bereich der Universität hinaus versucht der AKE heute, Frauen aus anderen Bevölkerungsschichten anzusprechen und ihnen ihre persönliche Unterdrückung im gesellschaftlichen Zusammenhang bewußt zu machen. Schwerpunkte der Arbeit des AKE sind beispielsweise die Frage des Paragraphen 218 und die Forderung nach Lohngleichheit, die durch entsprechende Aktionen in die Öffentlichkeit getragen werden [17]).

Eine entscheidende Funktion dieser Frauengruppen besteht also darin, den Frauen ihre persönliche Unterdrückung als einen Ausdruck des grundlegenden Widerspruchs im Kapitalismus, des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung, deutlich zu machen.

Die neuere Entwicklung der Frauenbewegung in der Bundesrepublik hat jedoch gezeigt, daß Ansatzpunkte auch gerade bei Problemen bestehen, die die Mehrheit der Frauen betreffen. Beispielhaft läßt sich dies an der Bewegung gegen den § 218 zeigen [18]), die vor etwa drei Jahren begann und sich bis heute fortsetzt. In der ersten Zeit dieser Bewegung kam es zu großen Demonstrationen, und Tausende von Frauen setzten sich aktiv für die Abschaffung des § 218 und ihre Interessen ein. Nachdem die erste hitzige Phase der Diskussionen und Demon-

17) Vgl. hierzu die Dokumentation des AKE, Bonn 1972.
18) Diese Problematik um den § 218 ist übrigens keineswegs neu. Bereits 1931 und innerhalb weniger Wochen fanden in ganz Deutschland über 1500 Massenversammlungen statt und wurden etwa 800 örtliche Aktionskomitees gebildet. Diese Volksaktion gegen den § 218, an der die KPD maßgeblich beteiligt war, führte reaktionäre Kreise dazu, das Verbot der Versammlungen und Demonstrationen gegen den § 218 zu fordern. Vgl. hierzu: H. J. Arendt, Eine demokratische Massenbewegung unter Führung der KPD im Frühjahr 1931 — Die Volksaktion gegen den Paragraphen 218 und gegen die päpstliche Enzyklika „Casti Connubii", in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", 19. Jg. 1971/2, Berlin (DDR).

strationen abgelaufen war und die Änderung des § 218 an die parlamentarischen Gremien überging, zeigte sich, daß die politische Perspektive größtenteils gefehlt hatte und daß emotionale Parolen wie „Mein Bauch gehört mir" eben nicht genügten, bzw. irreführend waren.

Im Frühjahr 1972 wurde die erste Bundesfrauenkonferenz einberufen, in der zum Großteil jene Frauengruppen vertreten waren, die über den § 218 hinaus eine Möglichkeit zur Weiterarbeit suchten. Aber auch in dieser Bundesfrauenkonferenz, die seitdem mehrmals tagte, konnte bisher nicht geleistet werden, was für diese Frauengruppen so dringend notwendig ist: eine Analyse der Situation der Frau in der heutigen Gesellschaft und auf dieser Grundlage die Erstellung eines gemeinsamen Aktionsprogramms.

Daraus, daß die subjektive Erfahrung von der Unterdrückung der Frau nicht bezogen wird auf das kapitalistische System in der BRD, folgt die Bildung von sogenannten feministischen Frauengruppen, die eben über den individuellen Bezug nicht hinausgelangen. So entsteht der Fehler, das „Patriarchat" absolut zu setzen und alle Gesellschaftssysteme, insbesondere den Kapitalismus, davon abzuleiten.

Es wird deutlich, daß hier, ebenso wie bei der Arbeit in Gewerkschaften und anderen Frauengruppen, die schon genannte Aufgabe bestehen bleibt: ein individuelles und emotionales Empfinden von Unterdrückung umzusetzen und begreifbar zu machen als Moment der gesellschaftlichen Unterdrückung. Daraus folgt, daß es keine isolierte Frauenbewegung geben kann, sondern daß sich die Frauen *zusammen* mit den anderen fortschrittlichen Kräften für ihre Interessen einsetzen müssen.

Die beschriebenen Erfahrungen haben gezeigt, welche Möglichkeiten, aber auch welche Schwierigkeiten sich bei der Politisierung und Organisation von Frauen ergeben. Kann man nun von einer internationalen Frauenbewegung sprechen?

In dem Sinne, daß die Frauenbewegung den Kampf der Frauen um ihre Gleichberechtigung auf ökonomischem, sozialem, politischem und kulturellem Gebiet umfaßt [19]) und nicht nur den organisierten Kampf der Frauen in einer bestimmten Frauenorganisation, wie z. B. dem „Roten Frauen- und Mädchenbund 1925", kann man sagen, daß sich die fortschrittliche Frauenbewegung in den kapitalistischen Ländern in den letzten Jahren erheblich entwickelt hat: ihre Aktivitäten erreichten ein seit 1945 nicht gekanntes Ausmaß, sei es in gesonderten Frauenorganisationen und -gruppen, sei es in Parteien oder in Gewerkschaften. Dieses Phänomen ist nicht nur für *ein* Land charakteristisch, sondern für die meisten hochentwickelten Länder im kapitalistischen System.

---

[19]) Vgl. hierzu Die Frau, Kleine Enzyklopädie, Leipzig 1971, S. 612.

# Funktion und Struktur des Werkschutzes

Von Harald Freiling

Westdeutsche Unternehmer konstatieren mit wachsender Besorgnis die „Aktivitäten radikaler Gruppen, die mit allen Mitteln die Veränderung unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anstreben" [1]). Bedroht sehen sich die Unternehmer von der „stark angewachsenen Verbreitung von Zeitschriften und Flugblättern mit zersetzendem Inhalt" ebenso wie von „Drohungen mit wilden Streiks und Bombenlegen" [2]).

Unter den möglichen Abwehrmaßnahmen gegen eine „Politisierung der Betriebe" [3]) durch „radikale Elemente im Innern unseres Landes" [4]) gewinnt in der letzten Zeit der *Werkschutz* wieder an Bedeutung. Auf einer „Werkschutztagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie", die Ende Oktober 1973 in Köln stattfand, berieten die Sicherheitsbeauftragten zahlreicher Betriebe über die Möglichkeiten für eine Intensivierung des „betrieblichen Objektschutzes" [5]).

Die Reorganisation des Werkschutzes begann 1968, „mit Ablauf des Jahres, in welchem die Notstandsgesetzgebung in Kraft getreten ist, und nach dem Ende der ersten schwereren Rezession nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD mit einigen Ansätzen zu ‚wilden Streiks' " [6]). Damals wurde die „Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Wirtschaft" (GWS), die den „gesteigerten Anforderungen nicht mehr nachkommen konnte" [7]), zugunsten einzelner Landesstellen aufgelöst, „die den praktischen Bedürfnissen der Unternehmer stärker Rechnung tragen" [8]) sollten. Finanziert werden die Landesstellen und die überregionale „Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen in der gewerblichen Wirtschaft" von den Unternehmerverbänden BDI, BDA und DIHT. Sie registrieren in der letzten Zeit „ein steigendes Interesse an der Arbeit der Koordinierungsstelle ... Die von der Koordinierungsstelle herausgegebenen Mitteilungsblätter erhöhen laufend ihre Auflage" [9]).

Seit der Wirtschaftskrise von 1966/67, in der die Zahl der Arbeitslosen bis auf 674 000 im Februar 1967 stieg [10]), die aber auch von zahlreichen Abwehraktionen der Lohnabhängigen gegen Betriebsschließungen, Kurzarbeit und Lohnkürzungen begleitet war [11]), haben die Ideologie der Sozialpartnerschaft und die Illusion einer krisenfreien Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft entschieden an Zugkraft eingebüßt. „Begriffe wie Treue und Loyalität haben an Wert verloren" [12]).

1) Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) 1972/73. Köln 1973, S. 125.
2) Ebd., S. 125.
3) Jahresbericht des BDI 1970/71. Köln 1971, S. 129.
4) Jahresbericht des BDI 1971/72. Köln 1972, S. 129.
5) Vgl. „die tat" v. 3. 11. 1973 und „Unsere Zeit" v. 6. 11. 1973.
6) Karsten Kullmann, Zum heutigen Stand und zur Entwicklung des betrieblichen Objektschutzes als Teil der „Inneren Verteidigung" in der BRD. In: „Blätter", 10/1969, S. 1068—1082, hier S. 1071.
7) Jahresbericht des BDI 1968/1969. Köln 1969, S. 126.
8) Jahresbericht des BDI 1969/1970. Köln 1970, S. 140.
9) Jahresbericht des BDI 1972/1973. Köln 1973, S. 125.
10) Vgl. die Jahresberichte des Sachverständigenrats, insbes.: Stabilität im Wachstum. Jahresgutachten 1967/68 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Stuttgart/Mainz 1967.
11) Vgl. Heinz Jung / Friedemann Schuster / Kurt Steinhaus, Kampfaktionen der westdeutschen Arbeiterklasse 1966—1970. In: „Argument 62", 1970, S. 873—910; und Kurt Steinhaus, Zur Streitkbewegung in der BRD. In: „Marxistische Blätter", 11. Jg., 2/1973, S. 17—24.
12) J. Jürgen Jeske (Hrsg.), Wie schütze ich meinen Betrieb? Düsseldorf/Wien 1973, S. 11.

In den Septemberstreiks 1969 [13]), in den Lohnkämpfen von 1971, als die Streikbewegung mit Schwerpunkten in der baden-württembergischen Metallindustrie und der Chemieindustrie von Hessen und Nordrhein-Westfalen den größten Umfang seit 1950 erreichte [14]), im Kampf um Teuerungszulagen im Sommer 1973 [15]) stiegen Kampfbewußtsein und Kampfkraft der Arbeiterklasse. 1972 waren auch erstmals wieder größere politisch motivierte Warnstreiks anläßlich des Mißtrauensvotums der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen die Koalitionsregierung zu verzeichnen.

Die Verschärfung der Tarifauseinandersetzungen in den letzten Jahren wurde von den Unternehmern u. a. mit der Verknüpfung von Werkschutz, Katastrophenschutz- und Zivilschutzgruppen in den Betrieben zu einem „unauflösbaren Geflecht" [16]) zur Absicherung ihrer Herrschaft beantwortet. Zu Unrecht ist es seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze und den Enthüllungen von Günter Wallraff [17]) relativ still um die Notstandsvorbereitungen in den Betrieben geworden. Nur anläßlich spektakulärer Einzelfälle dringt die Aktivität von Werkschutzorganisationen an die Öffentlichkeit, so etwa, als die Illustrierte „stern" unter dem Titel „Der erste Schuß muß tödlich sein" über die „größte Abwehrorganisation Europas" berichtete [18]). Dieses Prädikat beansprucht ein Kasseler Detektivunternehmen, die G. & F. Mihm OHG Civil Intelligence Agency, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die westdeutsche Industrie vor Spionage, Sabotage, Subversion und politischem Radikalismus zu schützen. „Wir machen alles, wenn es nicht gegen die deutsche Industrie geht", verkündete der Firmenchef. Seine „Privatarmee für Unternehmer" gehört zu den zahlreichen privaten Werkschutzgesellschaften in der Bundesrepublik, die neben den werkseigenen Sicherheitsorganen private Betriebe oder Bundeswehrkasernen bewachen, politisch mißliebige Personen und aktive Gewerkschaftsmitglieder überwachen und registrieren und neuerdings auch Universitäten sichern [19]).

Wichtigste Aufgabe des betrieblichen Werkschutzes ist der Schutz von „Betriebsfrieden und Produktionsablauf" [20]) gegen mögliche Störfaktoren. „Die betriebliche Sicherheit ist eine eigenverantwortliche Aufgabe der Unternehmen — im Interesse der Selbsterhaltung, zum Schutz der ungestörten Produktion und nicht zuletzt der darin tätigen Menschen" [21]). Auch der Passus „nicht zuletzt" kann über die tatsächlichen Prioritäten nicht täuschen: Herrschaftssicherung und Gewährleistung einer ungestörten Kapitalverwertung sind die wichtigsten Funktionen des Werkschutzes.

---

13) Vgl. Kurt Steinhaus, Zur Streikbewegung, a. a. O., S. 19 f.; sowie die Untersuchungen des Instituts für marxistische Studien und Forschungen: Die Septemberstreiks 1969. Frankfurt/M 1969; und des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen: Am Beispiel der Septemberstreiks — Anfang der Rekonstruktionsphase der Arbeiterklasse? Frankfurt/M 1971.

14) Nach der offiziellen Statistik über Streiks und Aussperrungen des Statistischen Bundesamtes waren an den Streiks 1971 536 000 Arbeitnehmer beteiligt, durch Streik und Aussperrungen wurden 4 484 000 Arbeitstage „verloren". Vgl. Heinz Schäfer, Merkmale und Lehren der Lohnkämpfe 1970/1972. In: „Marxistische Blätter", 2/1973, S. 32—38; Otto Jacobi / Walter Müller-Jentsch / Eberhard Schmidt (Hrsg.), Gewerkschaften und Klassenkampf — Kritisches Jahrbuch 1972. Frankfurt/M 1972.

15) Vgl. Horst Löffler / Ulrich Schreyer, Die spontanen Streiks 1973. In: „Blätter", 1/1974, S. 77—89; Kurt Steinhaus, Zur Entwicklung des Kampfes und des Bewußtseins der Arbeiterklasse in der BRD 1973. In: „Marxistische Blätter", 12. Jg., 1/1974, S. 49—55.

16) Karsten Kullmann, Zum heutigen Stand . . ., a. a. O., S. 1072.

17) Vgl. Günter Wallraff, Wehe, wenn sie losgelassen! Die Diktatur an der Strippe. In „pardon", 6. Jg., 6/1967, S. 11 ff.

18) „stern" 14/1973 v. 29. 3. 1973. Vgl. auch „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 5. 4. 1973 und „Unsere Zeit" v. 13. 4. 1973, wo über die schleppende Reaktion der Behörden auf die Vorwürfe gegen die Mihm OHG berichtet wird. Vgl. auch die Gegendarstellung der Mihm OHG im „stern", 19/1973 v. 3. 5. 1973. Die Mihm-Affäre führte zu einer Anfrage im Hessischen Landtag, vgl. Drucksachen des Hessischen Landtags 7/3163 v. 6. 4. 1973 sowie die Antwort des Ministers für Wirtschaft und Technik, Drucksache 7/3728 v. 19. 7. 1973.

19) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 5. 5. 1973. An der Universität München wurde ein privates Bewachungsunternehmen mit der Sicherung der Gebäude der Seminare für deutsche und englische Philologie beauftragt.

20) Jahresbericht des BDI 1972/73. Köln 1973, S. 125.

21) „Mitteilungsblatt der Handelskammer Hamburg", Oktober 1972: Sicherheitsplanung — eine nützliche Investition, S. 681 ff.

Näheren Aufschluß über Aufgabenstellung, Organisation und Arbeitsmethoden des Werkschutzes gab eine 35teilige Artikelserie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" [22]) zum Thema „Wie schütze ich meinen Betrieb?", die nun auch als Buch vorliegt [23]). Sicherheitsbeauftragte von Großunternehmen, Inhaber privater Werkschutzgesellschaften, pensionierte Kriminalbeamte und das Bundesamt für Verfassungsschutz schreiben hier über „Abhörtechnik bis Zeitdiebstahl".

Begründet wird die Notwendigkeit einer Schließung von „Sicherheitslücken", die in den meisten Betrieben festzustellen sind, u. a. mit einer „Zunahme der politischen Spannungen, die schließlich in Bombendrohungen und Attentaten kulminierten" (S. 249, vgl. auch 12 und 266).

Als „beste Sicherheitsgarantie" wird den Unternehmern ein guter Werkschutz empfohlen mit „Einheiten, ... die sowohl über Pförtner wie auch über Streifengänger, Posten- und Ordnungsdienst sowie über Ermittler verfügen" (47). Unbeschadet einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit" (12) aller Betriebsangehörigen in Fragen des Werkschutzes wird der Werkschutzleiter, der „in einem besonderen Treueverhältnis zum Werk" (51) steht, „dem Vorstand oder der Werksleitung direkt" (51) unterstellt. Mindestens *ein* „qualifizierter Firmenangehöriger" sollte sich speziell „mit dem Schutz von Betriebsgeheimnissen, dem Sabotageschutz, mit der Beobachtung subversiver Propaganda und mit dem Katastrophenschutz" (85) befassen.

Über die derzeitige Bewaffnung der Werkschutzeinheiten berichtet einer der „intimsten Kenner des Werkschutzwesens" und Inhaber der Werkschutz GmbH: „Da findet man neben der guterhaltenen Armeepistole 08 das Bleikabel und den Schlagring, das Springmesser und den Ochsenziemer, den Holzknüppel und den Schraubenschlüssel" [24]). Wenn der Werksleitung die Beschränkung der Bewaffnung auf nichttödliche Waffen nicht ausreicht und Schußwaffengebrauch angeordnet wird, „so ist sie verpflichtet, den Werkschutz im Gebrauch der Waffe auszubilden und ihn in der Übung zu halten ... Besondere Vorschriften über den Schußwaffengebrauch bestehen nicht" (63). Doch ist die waffentechnologische Entwicklung inzwischen über alte Werkschutzattribute hinweggegangen: „Pistole und Gummiknüppel sind heute Werkschutzvergangenheit" (19). Alternativen sind „unterschiedliche Abwehrmittel nichttödlicher Art ... als Filzschreiber, Kosmetikhülse, Taschenlampe und in anderen Formen unauffällig kaschiert" (19).

Zu diesen vom Werkschutz inzwischen bevorzugten „Abwehrmitteln" zählt auch das in den USA zur Bekämpfung von Demonstranten entwickelte Reiz- und Nervengas „Chemical Mace", das von der Frankfurter Polizei wegen starker Proteste in der Öffentlichkeit vorübergehend zurückgezogen war, nachdem Informationen über gesundheitsschädigende Wirkungen bekanntgeworden waren [25]).

Zu den Faktoren, die das „betriebliche Zusammenleben" (42), den „Betriebsfrieden" und „einen störungsfreien Ablauf der Produktion" (48) gefährden, zählen auch der „illegale Streik" (256) und die „Verteilung von Flugblättern vor den Werkstoren und auf Werksparkplätzen" (102). Die „mehr als 600 Betriebspublika-

22) „Frankfurter Zeitung: Blick durch die Wirtschaft", hrsg. von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Die Artikelserie „Wie schütze ich meinen Betrieb?" erschien in Abständen zwischen dem 6. 11. 1972 (Nr. 258/1972) und dem 12. 3. 1973 (Nr. 60/1973).

23) J. Jürgen Jeske, Wie schütze ich meinen Betrieb? Das Handbuch für alle Unternehmensbereiche. Düsseldorf/Wien 1973. Die Seitenangaben im Text beziehen sich im folgenden auf dieses Buch.

24) Dieses Zitat findet sich in der Buchausgabe nur in abgeschwächter Form auf S. 19. Vollständig, wie es hier zitiert wurde, in: „Blick durch die Wirtschaft", Nr. 6 v. 8. 1. 1973.

25) Vgl. „Berliner Extra-Dienst", Nr. 88/VII v. 2. 11. 1973, S. 3. Der „Berliner Extra-Dienst" beruft sich bei dieser Information auf den „Industriewarndienst zur Abwehr wirtschaftsschädigender Tätigkeiten" und die Werkschutz GmbH.

tionen linksextremistischer Gruppen" (39) haben die Aufmerksamkeit des Werkschutzes ebenso auf sich gezogen wie das wachsende Engagement der Jugendvertreter und die „Anfälligkeit" von ausländischen Arbeitskräften „gegenüber radikalen Einflüssen" (41).

Mehrere Seiten sind dem Thema gewidmet: „Wenn vor dem Werkstor Flugblätter verteilt werden" (103 ff.), wo dem Werkschutzangehörigen Verhaltensmaßregeln für das Einschreiten gegen unliebsame Flugblattverteiler gegeben werden. „Enthält das Flugblatt einen beleidigenden Inhalt, so liegt eine strafbare Handlung vor, gegen die sich der Verletzte auch durch seinen Vertreter, in dem Falle vermutlich den Werkschutz, wehren kann, gleich, wo sich die Verteiler aufstellen, ob vor oder hinter der Grenze" (des Werksgeländes — d. Verf.) (105). Daher kann „im Rahmen der Selbsthilfe und der Notwehr notfalls mit Nachdruck vorgegangen werden" (107) [26]).

Politische, insbesondere parteipolitische Betätigung im Betrieb gilt als Störung des Betriebsfriedens, denn „die Disziplin der Arbeit, die notwendig ist, um die von den Betrieben erwarteten Leistungen zu erbringen, dazu die Beschränkung der Themen, die im Betrieb diskutiert werden, wo das breite Spektrum politischer Auffassungen ebenso fehlt wie die Zeit zur eingehenden Diskussion, lassen den Betrieb ungeeignet erscheinen als Ort politischer Auseinandersetzungen in der Demokratie" (40).

„Erkannte Mitglieder extremer Gruppen" (42) sind durch den Werkschutz zu überwachen und „im Betrieb zu isolieren". Diese Taktik soll auch durch die Werkzeitschrift unterstützt werden, die auf die Notwendigkeit hinweisen kann, „im Interesse des betrieblichen Zusammenlebens auf parteipolitische Betätigung zu verzichten. Die Werkzeitschrift ist auch geeignet, den Behauptungen linksextremistischer Publikationen entgegenzutreten, die darauf abzielen, Unruhe in den Betrieb hineinzutragen" (42) [27]). Die Notwendigkeit, Mitglieder extremer Gruppen sorgfältig zu überwachen, wird auch damit begründet, daß „schon immer auch politische Überzeugung ein Nährboden ... für die Anwerbung zu nachrichtendienstlichen Zwecken" (39) gewesen sei.

Ein Ausdruck des gesteigerten Selbst- und Kampfbewußtseins von Teilen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik sind die offensiveren Kampfformen, wie sie z. B. 1973 in den Streiks bei Hoesch und Mannesmann praktiziert wurden. Die Besetzung der Empfangshalle der Hauptverwaltung, später auch der Walzstraße bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen [28]) und einer Halle zur Durchführung permanenter Streikversammlungen durch die Stahlwerker der Hoesch-Westfalenhütte sind Ausdruck einer neuen Qualität des Arbeitskampfes. Gerade gegen solche Kampfformen soll aber auch der Werkschutz eingesetzt werden können, der nach Ansicht der Experten zu gewaltsamem Vorgehen berechtigt ist: „Das Verweilen nach der Aufforderung, den Arbeitsraum zu verlassen, etwa bei einem Sitzstreik, ist Hausfriedensbruch" (67), d. h. „Einschreiten beim Sitzstreik beruht auf Notwehr gegen den Hausfriedensbrüchigen" (69). Das konzertierte Vorgehen von Polizei- und Werkschutzeinheiten bei den spontanen Streikaktionen im Sommer 1973, dessen „Schärfe, Militanz und Repression" [29]) in der BRD bisher einmalig war, gab einen Vorgeschmack.

[26]) Wie man sich diese Selbsthilfe vorzustellen hat, zeigte in jüngster Zeit u. a. ein Zwischenfall vor den Werkstoren der VDE-Werke, wo Werkschutzangehörige gewaltsam gegen einen polizeilich genehmigten Informationsstand vorgingen; vgl. „Deutsche Volkszeitung" v. 5. 4. 1973 und „Unsere Zeit" v. 19. 4. 1973.
[27]) Vgl. Jörg Goldberg, Pressemonopol Betriebszeitungen. In: „Argument 62", 1970, S. 911—918.
[28]) Vgl. Ursachen des Erfolges beim Mannesmann-Streik. In: „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 12. Jg., 4/1973, S. III; und: Auseinandersetzungen in Betrieben haben sich verschärft, ebd., S. IV.
[29]) Horst Löffler / Ulrich Schreyer, Die spontanen Streiks 1973, a. a. O., S. 88; vgl. auch dort die Berichte S. 83 und 86.

Zwei Gruppen, die in den betrieblichen Auseinandersetzungen und Tarifkämpfen der letzten Jahre eine besonders aktive Rolle spielten, gilt die besondere Aufmerksamkeit des Werkschutzes: den Jugendlichen und den ausländischen Arbeitnehmern. Die Gewerkschaftsjugend, die sich oft durch größere Kampfbereitschaft im Vergleich zu älteren Kollegen auszeichnete, befindet sich heute im Übergang „von einer überwiegend im jugendpflegerischen Bereich und vom Betrieb entfernt arbeitenden Organisation zur bewußten und konkreten, allseitigen Interessenvertretung der Arbeiterjugend" [30]). Aktive Jugendvertreter sind verstärkt von Pressionen bis hin zur Entlassung bedroht. Über 600 von ihnen wurde der Anstellungsvertrag nach Abschluß der Ausbildungszeit verweigert.

Eine Studie des Verbandes für Sicherheit in der Wirtschaft e. V. Essen befaßt sich mit der „Gefahr der politischen Radikalisierung der Auszubildenden (Lehrlinge) und jungen Mitarbeiter in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft und Empfehlungen für die Abschwächung" [31]). Gegen die Anfälligkeit der Jugendlichen für „die Agitation, die Provokation und Konflikte als Mittel der Auseinandersetzung anpreist" (42), empfiehlt G. Triesch, Mitarbeiter des Deutschen Industrie-Instituts, die bessere Schulung der Ausbildungsleiter. Sie „sollten in der Lage sein, nicht nur fachliche Themen zu behandeln, sie sollten auch auf die politischen Fragen, die die Jugendlichen beschäftigen, eine Antwort wissen" (42). Allerdings sind „weder die Rassenpolitik in Afrika noch der Vietnamkrieg ... Themen, die im Betrieb diskutiert werden sollen" (41).

Auf der Grundlage verschiedener empirischer Untersuchungen kamen K. Schahberzian und H. Wilke 1971 zu dem Ergebnis, daß die türkischen Arbeitnehmer in der BRD „keinen Anspruch auf Teilhabe an den sozialen Errungenschaften erheben, die sich das westdeutsche Proletariat erkämpfen konnte" [32]), und deshalb in Lohnkämpfen zu d e n Bestandteilen der Arbeiterklasse gehören, auf die sich das Kapital stützen kann. Die Arbeitskämpfe seit 1971 haben gezeigt, daß diese These heute nicht mehr haltbar ist. Eine Einschätzung der IG Metall zum Streik in Baden-Württemberg im November/Dezember 1971 berichtete, daß „fast alle Gewerkschaftsfunktionäre ... überrascht von der großen Solidarität (waren), die die ausländischen Arbeitnehmer beim Streik an den Tag legten, obwohl diese viel stärkeren Pressionen ausgesetzt waren und teilweise zum ersten Mal an einem Streik teilnahmen" [33]). Ähnliches bestätigte sich auch im Mannesmann-Streik im Frühjahr 1973 [34]) und insbesondere bei den spontanen Arbeitsniederlegungen für Teuerungszulagen im Sommer 1973, wo die ausländischen Arbeitnehmer „der mit Abstand mobilste Teil der Streikenden" waren [35]).

Die Arbeitgeber beobachten den wachsenden „Radikalismus unter Ausländern" (93) besorgt, der „vor allem auf radikale, anarchistische und terroristische Gruppen zurück(geht), deren Propaganda unter ausländischen Arbeitskräften sich laufend verstärkt" (93). Da ihr „Verständnis von Politik und politischer Auseinandersetzung ein anderes ist als das der deutschen Arbeitnehmer" (40), lassen sie sich

30) Wolfgang Bartels / Herwart Prudlo, Gewerkschaftsjugend im Kampf für eine klassenbezogene Gewerkschaftspolitik. In: „Marxistische Blätter", 11. Jg., 2/1973, S. 68—74, hier S. 69; und: Wolfgang Bartels / Heino Hoffmann, Arbeiterjugend im Betrieb. In: „Marxistische Blätter", 12. Jg., 1/1974, S. 62—71. Vgl. auch das Themenheft zur Gewerkschaftsjugendarbeit der „Gewerkschaftlichen Monatshefte", 22. Jg., 11/1971, S. 641 ff.

31) Vgl. Wolfgang Bartels / Heino Hoffmann, Arbeiterjugend im Betrieb, a. a. O., S. 62.

32) K. Schahberzian / H. Wilke, Bewußtseinselemente türkischer Arbeiter in der BRD. In: „Argument 68", 1971, S. 757 ff., dort S. 763.

33) Streik der Metallarbeiter im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden, hrsg. von der Verwaltungsstelle **Schwäbisch Gmünd der IG Metall**, o. O., o. J., S. 7. Vgl. auch: Schwarzbuch Ausländische Arbeiter, hrsg. i. A. des Bundesvorstandes der Jungsozialisten von Siegmar Geiselberger. Frankfurt/M 1972.

34) Ursachen und Erfolg beim Mannesmann-Streik, a. a. O.

35) Horst Löffler / Ulrich Schreyer, Die spontanen Streiks 1973, a. a. O., S. 88. Vgl. auch Kurt Steinhaus, Zur Entwicklung des Kampfes . . ., a. a. O.; und: Claudia Pinl, Pierburg KG Neuss — Beispiel eines erfolgreichen Frauenstreiks. In: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 25. Jg., 1/1974, S. 54—57.

„leichter als ‚Initialzünder' für Aktionen wie wilde Streiks, Ausschreitungen und ähnliches einsetzen, wie dies in den letzten Jahren wiederholt beobachtet wurde" (93). Der Hinweis auf die andere „Mentalität und Tradition" (40) der ausländischen Arbeitnehmer ersetzt die Analyse ihrer sozialen und politischen Unterprivilegierung, ihrer Arbeitsplatzsituation und ihrer gesellschaftlichen Diskriminierung.

Im „Zusammenwirken auch mit außerbetrieblichen Stellen" (93) bemüht sich der Werkschutz, den „Radikalismus der Ausländer" zurückzudrängen. Dabei kommt ihm wohl vor allem die Aufgabe zu, belastendes Material für eine Entlassung oder Ausweisung zusammenzutragen. Allerdings wird die „Einstellung mancher Verwaltungsgerichte" kritisiert, die die Ausweisung „notorischer Unruhestifter" durch die Beachtung vieler Kautelen „über Jahre verschleppen" (94). An den Gesetzgeber wird deshalb die Forderung nach einer Verschärfung der Ausländergesetze gestellt, denn alle, „die sich in die inneren Angelegenheiten ihres Gastlandes einmischen oder die außenpolitischen Belange der Bundesrepublik gefährden, verdienen keine Nachsicht" (95).

Innerhalb der Betriebe hat der Werkschutz auch „quasi kriminalpolizeiliche und quasi staatsanwaltliche Funktionen" [36]) übernommen.

Bei der Durchsuchung, Festnahme und Bestrafung von Betriebsangehörigen, die des Diebstahls von Firmeneigentum verdächtigt oder überführt werden, maßt sich der Werkschutz polizeiliche und gerichtliche Befugnisse an. Die Werkschutzpraxis reicht von der Torkontrolle mit Leibesvisitation bis zur Hausdurchsuchung — mit Zustimmung des Betroffenen, der sie einer „offizielle(n) polizeiliche(n) Durchsuchung" vorziehen wird, „die sich nur selten geheimhalten läßt" (64). Dem Werkschutzmann wird empfohlen, „mit aller gebotenen List oder Schläue den Täter zu überführen" (63), wobei er sich auf „eigene Beobachtungen oder ... einen zuverlässigen vertraulichen Hinweis" (59) stützen kann. Einschüchterungsmittel ist die Drohung mit der Anzeige, zu der es jedoch nur in ca. 7 % der Fälle kommt: „Die Werke neigen dazu, die Angelegenheit lautlos durch Entlassung zu regeln" (64).

Der Vorsitzende des Arbeitskreises für organisierte Werkschutzangehörige im DGB, Karl Günther, der ebenfalls in der Artikel-Serie zu Wort kam, nimmt zum Aufgabenbereich und zur Funktion des Werkschutzes nur unkritisch Stellung, wenn er dessen Aufgaben so beschreibt: Der Werkschutz „umfaßt alle Maßnahmen, die der Betriebsinhaber treffen kann, um unerlaubte Eingriffe in seine Rechtssphäre abzuwehren. Die allgemein als schutzwürdig anerkannten Interessen des Arbeitgebers reichen von der Sicherung gegen Eigentumsdelikte und der Erhaltung der Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit seines Betriebes bis zur Abwehr von Sabotageakten" (70 f.). Hier wird von einem Gewerkschaftsvertreter die Funktion des Werkschutzes als umfassendes Organ der Kapitaleigner zur Sicherung von Machtpositionen unkritisch akzeptiert. Wenn Karl Günther fordert, daß der Werkschutz „keinesfalls zur Bespitzelung der Arbeitnehmer mißbraucht werden darf" (71), so befindet er sich damit im Widerspruch zu anderen Aufsätzen des Buches, in dem sein Beitrag als sozialpartnerschaftliches Alibi erschienen ist. Wenn es dem DGB darum geht, „die Werkschutzangehörigen aus dem falschen Eindruck in der Öffentlichkeit ..., als seien sie eine ‚private Polizei der Unternehmer', herauszuführen" (73), so reicht es nicht, „teilweise sensationell aufgebauschte Berichte und grobe Verallgemeinerungen über ‚den Werkschutz' " (70) anzuprangern oder einheitliche Ausbildungsauflagen zu fordern.

[36]) Karsten Kullmann, Industrielle Herrschaft, Staat und Verteidigung. In: „Blätter", 11/1970, S. 1137—1155, hier S. 1141.

Solange der Werkschutz ein Instrument des Unternehmers ist, solange die Ausbildung an den Schulen der Sicherheitsorganisationen der Arbeitgeberverbände durchgeführt wird, solange wird man bei einer Analyse des Werkschutzes nicht nur die „verdienstvolle Tätigkeit dieser Arbeitnehmergruppe" (70) etwa bei der Verhütung und Bekämpfung von Katastrophen und Unfällen würdigen können.

Seit 1968 wurden an den Werkschutzschulen der Sicherheitsorganisationen der gewerblichen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über 5000 Werkschutzangehörige ausgebildet (255) [37]). Neuerdings scheint sich der Werkschutz aber auch aus ehemaligen Mitarbeitern des Verfassungsschutzes und des Bundesnachrichtendienstes zu rekrutieren, die dort um ihre vorzeitige Entlassung ersuchten. Nach einer Information des Pressedienstes Demokratische Aktion (PDA) „handelt es sich hier um einige Beamte, die der CDU/CSU besonders eng verbunden sind und glaubten, eine Einschränkung ihrer bisherigen Tätigkeit, die sich u. a. auch gegen Gewerkschaften, Jungsozialisten und Jungdemokraten richtete, befürchten zu müssen. Die meisten von ihnen hielten schon bisher im Auftrag ihrer vorgesetzten Dienststellen Kontakte zu Betrieben der Rüstungsindustrie. Sie werden die geplante Ausweitung des Werkschutzes und der Abwehrabteilungen ergänzen. Diese richtet sich nicht zuletzt gegen gewerkschaftliche Aktivitäten im Betrieb und dient der Sammlung ‚aller Erkenntnisse über Arbeitsniederlegungen' d. h. ‚spontane Streiks' " [38]).

Eine „Sicherheitsplanung" im Interesse der arbeitenden Bevölkerung muß auf den Schutz der Menschen an ihrem Arbeitsplatz ausgerichtet sein. Wo in den Betrieben der Notstand vorbereitet und praktiziert wird, besteht eine ernste Gefahr für die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter. Der DGB erklärte anläßlich der Bundestagswahl 1972 in seinen „Prüfsteinen an die Parteien": „Immer noch verleiht Eigentum an den Produktionsmitteln zugleich Herrschaft über Menschen ... Die Entscheidungen von Betriebs- und Personalleitern, von Arbeitgebern und Unternehmern müssen einer demokratischen Kontrolle und Legitimation unterworfen werden. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen sowie in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben muß die politische Demokratie ergänzen und festigen" [39]).

Eine solche demokratische Kontrolle durch die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften muß sich auch auf den Werkschutz, seine Organisation und Praxis erstrecken. Der Verzicht auf die Kontrolle könnte in künftigen Auseinandersetzungen bittere Konsequenzen haben.

37) Vgl. auch Jahresbericht des BDI 1972/73. Köln 1973, S. 126.
38) „PDA-Pressemitteilung" v. 5. 11. 1973.
39) Zit. nach: „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", Sonderdruck Februar 1973: Dokumentation gewerkschaftlicher Beschlüsse 1972, S. 4 (Acht Prüfsteine des DGB an die Parteien).

# Medienkritik

## KOMPLIMENTE FÜR DIE VÖLKERMÖRDER

Winfried Scharlau, der weitgereiste Starreporter, hat sich in Hanoi offensichtlich nicht so recht wohl gefühlt. Er stellt fest: „Die Stadt hat an Substanz verloren in den letzten zwei Jahrzehnten. Der französische Charakter des Stadtbildes ist in den Prozeß der Auflösung getreten, aber noch ist kein neuer Wesenszug erkennbar." Der Europäer urteilt nach alter Kolonialistenmanier, genauso wie es vor ihm, mit den grelleren Tönen des Kolportageromans, kolonialistische Schriftsteller wie Jean Lartéguy getan haben: „Sie (die beiden Städte Hanoi und Saigon) sind prüde, hinterhältig, ... sie haben nichts mehr gemeinsam mit den beiden Mischlingsstädten, die, geboren aus der Vereinigung der Weißen mit den Gelben, an deren Trennung starben. Es waren zwei schöne, untreue und zärtliche Mischlinge, grausam und sinnlich, faul, leidenschaftlich, lasterhaft und verschwiegen."

Die Eigenschaften und die Attraktivität von *Freudenmädchen* hatten die Städte des Kolonialreichs für diejenigen, die ihren Unterdrückungsauftrag mit Romantik zu kompensieren versuchten und von denen Jean Lartéguy (im Vorwort zu seinem 1962 erschienenen Roman „Le Mal Jaune") weiter sagt, sie seien von der nostalgischen „gelben Krankheit" befallen.

Selbstverständlich ist Winfried Scharlau nüchterner, *objektiver*. Er verschweigt nicht, daß an diesem Prozeß des „Substanzverlustes" ein Land wesentlich beteiligt war, das dieselben Ideale der „freien Welt" mit Bomben zu vertreten vorgab, denen er sich verpflichtet weiß. Deshalb sieht er auch am praktizierten Völkermord der amerikanischen Luftwaffe vom Dezember 1972 nur Positives: immerhin habe sie der Hauptstadt Hanoi „das Schicksal einer massiven Zerstörung, vergleichbar jener des Zweiten Weltkrieges in Europa und Japan, erspart." Die Parteilichkeit dieser Aussage liegt neben der Gleichsetzung des Kampfes gegen den Faschismus im Zweiten Weltkrieg mit dem gegen den Kommunismus vor allem in den bewußten Verdrehungen und Unwahrheiten, die sich in dieser Art heute nicht einmal mehr die amerikanische Presse erlaubt. So ist es schon lange kein Geheimnis mehr, daß die amerikanische Luftwaffe selbst in der Zeit der grausamsten Überfälle auf Hanoi und Haiphong niemals die absolute Luftherrschaft hatte, aufgrund deren sie hätte *Schicksal* spielen können. Beobachter und auch US-Piloten haben längst bezeugt, daß Hanoi die am besten verteidigte Stadt war, die es je in einem Krieg gegeben habe.

Verschwiegen hat Winfried Scharlau auch, daß die fast völlige Zerstörung des Bach-Mai-Krankenhauses nicht eine der wenigen *Pannen* war, sondern daß dieses Krankenhaus gezielt am 27. Juni und am 19. und 22. Dezember 1972 angeflogen und bombardiert wurde. Verschwiegen wurde die Bombardierung des Diplomatenviertels, des auch die Hauptstadt schützenden Deichsystems, die völlige Zerstörung eines großen Wohnviertels von Haiphong, in dem fast 30 000 Einwohner lebten, um nur einige Dinge zu nennen.

Auf der Reise weiter in den Süden muß Winfried Scharlau immerhin zugeben, daß die „stupende Genauigkeit", mit der Hanoi „punktuell" bombardiert wurde, hier nicht mehr angewendet wurde. Hat man hier vielleicht weniger qualifizierte Piloten eingesetzt, oder waren die Computer nicht in Ordnung? Oder konnte sich hier der gezielte Terror gegen die Zivilbevölkerung vielleicht deswegen so viel breiter machen, weil diese *free kill area* nicht so gut verteidigt werden konnte wie die Stadt Hanoi?

Für solche Fragen interessiert sich Winfried Scharlau nicht. Für ihn „führt" die amerikanische Luftwaffe „ihren Auftrag aus", für ihn ist es „die amerikanische Kriegsmaschinerie", die bombardiert: der abstrakte Auftraggeber kommandiert die Maschine, deren Präzision und technologische Überlegenheit Schauern und Bewunderung einflößt. Er räsoniert viel lieber darüber, ob der bekannte Ausspruch eines hohen amerikanischen Militärs, man wolle „Vietnam in die

Steinzeit zurückbomben", exakt ist, und verbessert ihn *sachlich,* ohne seinen abgrundtiefen Zynismus und die wahren Intentionen der „freien Welt" verratenden Charakter auch nur zur Kenntnis zu nehmen: „Die amerikanische Kriegsmaschinerie hat diese Region nicht im wörtlichen Sinne in die Steinzeit zurückbombardiert, wohl aber im konkreten Sinne aus der Steinzeit heraus und zurück in die Holz- und Bambusperiode."

Der Kontext der gesamten Sendung macht klar, daß der *wörtliche* auch der *konkrete Sinn* ist. Die Vietnamesen waren Steinzeitmenschen und werden es (schwingt da nicht Beruhigung mit?) auch noch lange Zeit sein.

Dies ist offenbar der neue Tenor der Vietnam-Berichterstattung, auf den man sich jetzt, nachdem der Krieg entschieden ist und auch Südvietnam vielleicht bald *verlorengeht,* wird einigen müssen: Ein armes Volk, das vom Schicksal schwer geschlagen ist, abhängig ist von den großen Brüdern, den sozialistischen Staaten, die es auch schon wieder im Stich lassen, leistet trotzdem *Erstaunliches,* „löst die schwierigsten Probleme mit den einfachsten Mitteln". Dies ist nicht die einzige lobende Bemerkung, die in Winfried Scharlaus Kommentar fällt. Aber alle Aussagen, die sein *Erstaunen* wiedergeben, werden relativiert durch den ständigen Hinweis auf die „technologische Lücke", die die Nordvietnamesen so schnell nicht werden aufholen können.

Es wird festgestellt, daß Nordvietnam von der Etappe des Kommunismus, die Lenin als Rätesystem plus Elektrifizierung bezeichnet hat, „noch weit entfernt ist". Das größte Kompliment, das den Nordvietnamesen gemacht wird, läßt dann seine Beruhigungsfunktion deutlich erkennen: „Hier hat man nicht, wie häufig, einen diffusen Begriff von Sozialismus, sondern vorerst gar keinen."

Abgesehen davon, sind in diesen Bemerkungen wieder besonders viele Verdrehungen enthalten. Scharlau behauptet, Nordvietnam habe „noch nicht wieder das Produktionsniveau von 1964 erreicht", und bezieht sich dabei auf nicht näher bezeichnete „Kenner der Verhältnisse". Es ist zu vermuten, daß es sich dabei um dieselben *Kenner* handelt, die schon früher alle möglichen Lügen verbreitet haben und inzwischen selbst von amerikanischen Stellen widerlegt worden sind.

Da sie in allen diesen Dingen recht hatten, hält man sich wohl auch hier wieder besser an vietnamesische Quellen. Im offiziellen Bericht der Regierung der DRV vor der Nationalversammlung, abgelegt am 5. Februar 1974 vom Vizeminister Le Thanh Nghi, sind sehr genaue Angaben über den „Stand der Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft im Jahre 1973" enthalten. Ihm hätte auch Winfried Scharlau folgende Angaben entnehmen können: „Die Energieversorgung hat 1973 die im Plan vorgeschriebenen Ziffern erreicht, d. h. eine Erhöhung um 24 % in bezug auf die Zahlen von 1965, dem Jahr, das in der Vergangenheit die höchsten Produktionsziffern für Elektrizität aufgewiesen hatte." — „... die Gesamtwerte der industriellen und handwerklichen Produktion haben für 1973 eine Erhöhung um 17 % im Vergleich mit 1967 gebracht."

Nachdem den heißen Kriegern das Handwerk weitgehend gelegt worden ist, geht der Kalte Krieg gegen das vietnamesische Volk weiter, mit denselben Mitteln: Falschmeldungen und kolonialistische Attitüde. In mancher Geschmacklosigkeit, die daraus entsteht, liegt auch für die Freunde des vietnamesischen Volkes eine Genugtuung: sie sind Zeichen der Schwäche. „Man kann", so sagt Scharlau tatsächlich, „der amerikanischen Luftwaffe das Kompliment nicht *ersparen,* **ihren** Auftrag mit stupender Genauigkeit ausgeführt zu haben". Sei es Ironie, sei es ein Versprecher — hier wird hinter der abgrundtiefen Teilnahmslosigkeit, die sich als Objektivität tarnt, eine heruntergekommene Anbiederung an den US-Imperialismus sichtbar, die selbst liberale journalistische Prinzipien verrät, die etwa die „Times" noch verkörpert.

Günter Giesenfeld

# Dokumente zum Zeitgeschehen

## Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 18. und 19. Juni 1974 in Ottawa

**(Wortlaut)**

1) Der Nordatlantikrat trat am 18. und 19. Juni 1974 in Ottawa zu einer Ministertagung zusammen.

2) In diesem 25. Jahr des Bestehens des Bündnisses erklärten die Minister, daß sich ihre Länder nach wie vor zu den Zielen und Idealen des Nordatlantik-Vertrags bekennen. Die Minister hoben hervor, daß es wünschenswert ist, die Anwendung der Grundsätze der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und des sozialen Fortschritts zu entwickeln und zu vertiefen. Die Minister billigten und veröffentlichten heute in Ottawa eine Erklärung über die Atlantischen Beziehungen. Mit dieser wichtigen Erklärung bekräftigen alle Mitglieder ihre Verpflichtung gegenüber dem Bündnis und bestimmen dessen künftigen Kurs im Lichte der neuen Perspektiven und Herausforderungen einer sich schnell wandelnden Welt.

3) Der Außenminister Portugals gab einen Bericht über den Gang der Geschehnisse in seinem Lande seit dem Regimewechsel sowie über die Bemühungen zur Förderung des Friedens in Afrika. Die Minister begrüßten das Entstehen einer demokratischen und repräsentativen Regierung in Portugal.

4) Die Minister prüften den Stand der Ost-West-Beziehungen. Sie bekräftigten die Entschlossenheit ihrer Regierungen, die auf Verminderung von Spannungen und Förderung besseren Verständnisses und vermehrter Zusammenarbeit nicht nur zwischen Staaten, sondern auch zwischen Menschen gerichtete Politik geduldig fortzusetzen. Sie erinnerten aber auch daran, daß eine wirkliche und dauerhafte Verbesserung in den Ost-West-Beziehungen eine konstruktive Haltung aller Beteiligten voraussetzt. Gleichzeitig müssen die Verbündeten angesichts der wachsenden militärischen Macht der Sowjetunion und des Warschauer Pakts und wegen der Gefahr neuer Spannungen ihren Willen und ihre Fähigkeit zur Verteidigung durch das Atlantische Bündnis aufrechterhalten.

5) Die Minister nahmen Kenntnis von den in letzter Zeit eingetretenen Entwicklungen in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, einschließlich des Austausches Ständiger Vertretungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Sie äußerten die Hoffnung, daß sich die Beziehungen zwischen diesen Staaten zum Nutzen des deutschen Volkes weiter verbessern werden.

6) In bezug auf Berlin erörterten die Minister die weiteren, bei der Anwendung des Viermächte-Abkommens vom 3. September 1971 gewonnenen Erfahrungen. Dabei hoben sie die wesentliche Bedeutung der Bestimmungen dieses Abkommens hervor, nach denen der Verkehr zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland unbehindert sein wird. Die Minister bekräftigten ihre Überzeugung, daß Fortschritt auf dem Wege zu Entspannung in Europa untrennbar mit der strikten Einhaltung und vollen Anwendung des Berlin-Abkommens verbunden ist.

7) Die Minister erörterten den Gang der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie bekräftigten die Bedeutung, die sie der Stärkung der Sicherheit und des Vertrauens, der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten in allen Bereichen und dem Abbau der Schranken zwischen den Menschen beimessen. Sie stellten fest, daß in der zweiten Phase der Konferenz, in der alle Aspekte der Tagesordnung der Konferenz einer gründlichen Prüfung unterzogen werden sollten, die Arbeit ungleichmäßig vorangekommen ist. In bestimmten Punkten ist ein gewisser Fortschritt erzielt worden, doch bleibt noch viel zu tun in wichtigen Fragen wie der Verbesserung der menschlichen Kontakte und dem freien Informationsaustausch sowie bei den vertrauensbildenden Maßnahmen und wesentlichen Aspekten der Grundsätze zwischenstaatlicher Beziehungen. Die Minister brachten die Entschlossenheit ihrer Regierun-

gen zum Ausdruck, die Verhandlungen geduldig und konstruktiv fortzusetzen und weiter nach ausgewogenen und substantiellen, für alle Teilnehmerstaaten annehmbaren Ergebnissen zu suchen. Sie waren der Auffassung, daß solche Ergebnisse auf den verschiedenen Gebieten des von den Außenministern während der ersten Konferenzphase in Helsinki aufgestellten Arbeitsprogramms erzielt werden müssen, damit die zweite Phase zum Abschluß gebracht werden kann.

8) Die Minister befaßten sich mit den Entwicklungen im Nahen Osten seit ihrer letzten Tagung. Sie begrüßten den jüngst erzielten Fortschritt, insbesondere das Auseinanderrücken syrischer und israelischer Streitkräfte. Sie erklärten, daß ihre Regierungen die einschlägigen Entschließungen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und alle Bemühungen um eine gerechte und dauerhafte Regelung, die diesem Gebiet Frieden bringt, unterstützen; sie begrüßten auch die von verbündeten Regierungen geleisteten Beiträge zu den auf Wahrung des Friedens gerichteten Tätigkeiten der Vereinten Nationen. Die Minister nahmen den auf ihre Weisung vom Ständigen Rat ausgearbeiteten Bericht über die Lage im Mittelmeer entgegen. Sie baten den Ständigen Rat, die Lage im Auge zu behalten und weiter Bericht zu erstatten.

9) Die Minister der am integrierten Verteidigungsprogramm der NATO beteiligten Länder befaßten sich mit dem Verlauf der Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen. Diese Minister halten an ihrer Auffassung fest, daß durch die Solidarität der Verbündeten erzielte beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen zum Abbau der Spannungen in Europa und zur Stabilisierung des Friedens beitragen würden. Sie gaben ihrer Befriedigung über die bisher in den laufenden Konsultationen im Ständigen Rat erzielten Ergebnisse über Fragen der Zielsetzung und Politik Ausdruck. Sie wiesen den Rat an, diese Arbeit fortzusetzen.

10) Diese Minister stellten fest, daß die derzeitige Verhandlungsrunde sachlich verläuft. Sie brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, ihre Bemühungen um einen befriedigenden Abschluß der Verhandlungen beharrlich fortzusetzen. Sie erinnerten daran, daß es das allgemeine Ziel der Verhandlungen ist, zu einem stabileren Verhältnis auf niedrigerem Streitkräfteniveau bei unverminderter Sicherheit aller Beteiligten beizutragen. Dieses Ziel soll dadurch erreicht werden, daß ein ungefährer Gleichstand beider Seiten in Form einer übereinstimmenden Höchststärke des gesamten Personalbestands der Landstreitkräfte jeder Seite in dem Raum, in dem Verminderungen stattfinden würden, unter Berücksichtigung der Kampfkraft hergestellt wird. Diese Minister wiederholten, daß ein Abkommen über eine erste Phase, das Verminderungen von Landstreitkräften der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vorsieht, ein erster wichtiger Schritt in Richtung auf dieses Ziel sein würde.

11) Diese Minister bekräftigten ihre Überzeugung, daß Verminderungen verbündeter Streitkräfte in Europa nur im Rahmen einer Ost-West-Vereinbarung stattfinden sollten; sie bezogen sich dabei auf die Erklärungen des Absatzes 4 *) des Kommuniqués der Ministertagung des Verteidigungsplanungsausschusses vom 14. Juni 1974.

12) Die Minister würdigten die fortdauernden Konsultationen über Entwicklungen bezüglich der SALT-Verhandlungen. Sie nahmen befriedigt die Bemühungen der Vereinigten Staaten um eine Begrenzung strategischer Rüstungen zur Kenntnis und äußerten die Hoffnung, daß diese Bemühungen zu befriedigenden Ergebnissen führen werden.

13) Die nächste Ministertagung des Nordatlantikrats findet im Dezember 1974 in Brüssel statt.

---

*) Der genannte Absatz hat folgenden Wortlaut: 4) Die Minister nahmen den Fortgang der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über die Begrenzung der strategischen Rüstungen zur Kenntnis. Sie erörterten die militärischen Aspekte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Minister befaßten sich auch mit dem Stand der zur Zeit in Wien laufenden MBFR-Verhandlungen. Sie betonten erneut die Bedeutung, die sie dem Grundsatz unverminderter Sicherheit für alle Seiten beimessen und daß das grundlegende Ziel einer stabileren militärischen und sicherheitspolitischen Situation im Reduktionsraum auf einem niedrigeren Streitkräfteniveau am besten dadurch erreicht werden kann, daß zwischen den beiden Seiten eine ungefähre Parität in der Form einer gemeinsamen Höchststärke für die gesamten Landstreitkräfte hergestellt wird. Sie bestätigten ebenfalls, daß diese Verminderungen bei amerikanischen und sowjetischen Truppen beginnen sollten. Sie bekräftigten auf diese Weise ihre Unterstützung für die vereinbarte Politik des Bündnisses und stellten mit Befriedigung fest, daß die Vertreter der Bündnispartner sich an den Verhandlungen im Geiste der Einigkeit und des Zusammenhalts beteiligen. Die Minister betonten erneut die Bedeutung, die sie auch weiterhin der Nichtverminderung der NATO-Streitkräfte — es sei denn im Rahmen eines Abkommens mit dem Osten — beimessen.

# Deklaration über die atlantischen Beziehungen, paraphiert von der Ministertagung des Nordatlantikrats in Ottawa am 18. und 19. Juni 1974 und unterzeichnet von den Regierungschefs der NATO-Staaten in Brüssel am 26. Juni 1974

**(Wortlaut)**

1) Die Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses erklären, daß der vor 25 Jahren zur Wahrung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit unterzeichnete Vertrag ihre Schicksalsgemeinschaft bestätigt hat. Unter dem Schutz des Vertrags haben die Verbündeten ihre Sicherheit behauptet; so konnten sie die Werte erhalten, die das Erbe ihrer Zivilisation sind, und so war es Westeuropa möglich, sich aus seinen Ruinen zu erheben und die Grundlagen für seine Einheit zu legen.

2) Die Mitglieder des Bündnisses bekräftigen ihre Uberzeugung, daß der Nordatlantik-Vertrag die unerläßliche Grundlage für ihre Sicherheit ist und damit das Streben nach Entspannung ermöglicht. Sie begrüßen den Fortschritt, der auf dem Wege zu Entspannung und Einvernehmen zwischen den Nationen erzielt wurde, und die Tatsache, daß sich eine Konferenz von 35 europäischen und nordamerikanischen Ländern jetzt darum bemüht, Leitlinien für eine Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa festzulegen.

Sie sind der Auffassung, daß das sie einigende Band erhalten bleiben muß, bis die Umstände die Einführung einer allgemeinen, vollständigen und kontrollierten Abrüstung erlauben, die allein echte Sicherheit für alle bringen könnte. Die Verbündeten hegen gemeinsam den Wunsch, die auf ihren Völkern lastenden Rüstungskosten zu vermindern. Doch Staaten, die den Frieden erhalten wollen, haben dieses Ziel niemals dadurch erreicht, daß sie ihre eigene Sicherheit vernachlässigten.

3) Die Mitglieder des Bündnisses bekräftigen, daß ihre gemeinsame Verteidigung unteilbar ist. Ein Angriff gegen einen oder mehrere von ihnen im Gebiet der Anwendung des Vertrags wird als Angriff gegen sie alle angesehen werden. Das gemeinsame Ziel ist die Verhinderung jedes Versuchs einer ausländischen Macht, die Unabhängigkeit oder Unversehrtheit eines Mitgliedes des Bündnisses zu bedrohen. Ein solcher Versuch würde nicht nur die Sicherheit aller Mitglieder des Bündnisses gefährden, sondern auch die Grundlagen des Weltfriedens bedrohen.

4) Gleichzeitig sind sie sich darüber im klaren, daß sich die ihre gemeinsame Verteidigung berührenden Umstände in den letzten zehn Jahren tiefgreifend geändert haben. Das strategische Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hat nahezu einen Zustand des Gleichgewichts erreicht. Wenngleich alle Staaten des Bündnisses für einen Angriff verwundbar bleiben, hat sich infolgedessen die Art der Gefahr, der sie ausgesetzt sind, geändert. Die Probleme des Bündnisses bei der Verteidigung Europas sind demgemäß anders und ausgeprägter geworden.

5) Die wesentlichen Elemente der Lage, die zu dem Vertrag führte, haben sich indessen nicht geändert. Während die Verpflichtung aller Verbündeten zur gemeinsamen Verteidigung die Gefahr der Aggression von außen mindert, bleibt der Beitrag zur Sicherheit des gesamten Bündnisses, der durch die in den Vereinigten Staaten sowie in Europa stationierten Nuklearstreitkräfte der Vereinigten Staaten und durch die Anwesenheit nordamerikanischer Streitkräfte in Europa geleistet wird, weiterhin unerläßlich.

6) Das Bündnis muß jedoch den Gefahren, denen es im europäischen Bereich ausgesetzt ist, sorgfältige Aufmerksamkeit schenken und alle erforderlichen Maßnahmen zu ihrer Abwendung treffen.

Die europäischen Mitglieder, die drei Viertel der konventionellen Stärke des Bündnisses in Europa stellen und von denen zwei Nuklearstreitkräfte besitzen, die in der Lage sind,

eine eigene Abschreckungsrolle zu übernehmen, die zur Stärkung der gesamten Abschreckungskraft des Bündnisses beiträgt, verpflichten sich, den erforderlichen Beitrag zu leisten, damit die gemeinsame Verteidigung auf einem Stand gehalten wird, der geeignet ist, von allen gegen die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit der Bündnismitglieder gerichteten Unternehmen abzuschrecken und solche Unternehmen notfalls abzuwehren.

7) Die Vereinigten Staaten bekräftigen ihrerseits ihre Entschlossenheit, keine Situation hinzunehmen, in der ihre Verbündeten einem politischen oder militärischen Druck von außen ausgesetzt wären, durch den sie ihre Freiheit einbüßen könnten.

Sie erklären, daß sie entschlossen sind, zusammen mit ihren Verbündeten Streitkräfte in Europa auf dem Stand zu unterhalten, der erforderlich ist, um die Glaubhaftigkeit der Abschreckungsstrategie zu erhalten und die Fähigkeit zur Verteidigung des nordatlantischen Gebiets zu bewahren, wenn die Abschreckung versagen sollte.

8) Da der eigentliche Zweck jeder Verteidigungspolitik darin besteht, einem potentiellen Gegner die Ziele, die er durch einen bewaffneten Konflikt zu erreichen trachtet, zu verwehren, stellen die Mitgliedsstaaten des Bündnisses in diesem Zusammenhang fest, daß alle erforderlichen Kräfte für diesen Zweck eingesetzt werden würden. Während sie bekräftigen, daß es ein Hauptanliegen ihrer Politik ist, Übereinkünfte herbeizuführen, die die Gefahr eines Krieges mindern, erklären sie daher auch, daß solche Übereinkünfte nicht ihre Freiheit einschränken, im Falle eines Angriffs alle ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte zur gemeinsamen Verteidigung einzusetzen. Ja, sie sind überzeugt, daß ihre Entschlossenheit, dies zu tun, weiterhin die beste Garantie dafür ist, daß der Krieg in all seinen Formen verhütet wird.

9) Alle Mitglieder des Bündnisses sind sich darin einig, daß die fortdauernde Anwesenheit kanadischer und substantieller amerikanischer Streitkräfte in Europa eine unersetzliche Rolle bei der Verteidigung Nordamerikas wie auch Europas spielt. In ähnlicher Weise dienen die substantiellen Streitkräfte der europäischen Verbündeten zur Verteidigung Europas wie auch Nordamerikas.

Es wird außerdem anerkannt, daß sich der weitere Fortschritt auf dem Wege zur Einheit, zu dem die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft entschlossen sind, zu gegebener Zeit nutzbringend auf den Beitrag auswirken sollte, den diejenigen von ihnen, die auch dem Bündnis angehören, zu dessen gemeinsamer Verteidigung leisten. Darüber hinaus wird anerkannt, daß den Beiträgen, die Mitglieder des Bündnisses zur Erhaltung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens geleistet haben, große Bedeutung zukommt.

10) Die Mitglieder des Bündnisses sind der Auffassung, daß ihnen aus dem Willen, ihre Bemühungen zu vereinigen, um ihre gemeinsame Verteidigung zu gewährleisten, die Verpflichtung erwächst, die Leistungskraft ihrer Streitkräfte zu erhalten und zu verbessern und daß jedes einzelne Mitglied gemäß seiner Rolle in der Struktur des Bündnisses seinen angemessenen Anteil an den Lasten der Erhaltung der Sicherheit aller übernehmen sollte.

Sie sind zum anderen der Auffassung, daß in laufenden oder künftigen Verhandlungen auf nichts eingegangen werden darf, was diese Sicherheit verringern könnte.

11) Die Verbündeten sind überzeugt, daß für die Erreichung ihrer gemeinsamen Ziele die Aufrechterhaltung enger Konsultation, Zusammenarbeit und gegenseitigen Vertrauens erforderlich ist und daß dadurch die für die Verteidigung notwendigen und für die Entspannung günstigen Bedingungen, die einander ergänzen, gefördert werden. Im Geiste der ihre Beziehungen kennzeichnenden Freundschaft, Gleichheit und Solidarität sind sie fest entschlossen, einander stets umfassend zu unterrichten und die Gepflogenheiten freimütiger und rechtzeitiger Konsultationen mit allen geeigneten Mitteln über Angelegenheiten, die ihre gemeinsamen Interessen als Mitglieder des Bündnisses betreffen, zu stärken, wobei sie bedenken, daß diese Interessen durch Ereignisse in anderen Gebieten der Welt berührt werden können. Sie wollen auch darauf hinwirken, daß ihre wesent-

lichen Sicherheitsbeziehungen durch harmonische Beziehungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet gestärkt werden. Sie werden insbesondere darauf hinarbeiten, Konfliktquellen zwischen ihrer Wirtschaftspolitik zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit untereinander zu fördern.

12) Sie erinnern an ihr Bekenntnis zu den Grundsätzen der Demokratie, zur Achtung der Menschenrechte, zu Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt als den Früchten ihres gemeinsamen geistigen Erbes, und sie erklären ihre Absicht, die Anwendung dieser Grundsätze in ihren Ländern zu entwickeln und zu vertiefen. Da diese Grundsätze schon ihrem Wesen nach jeden Rückgriff auf Methoden verbieten, die mit der Forderung des Friedens in der Welt unvereinbar sind, bekräftigen sie, daß ihre auf die Bewahrung ihrer Unabhängigkeit, die Aufrechterhaltung ihrer Sicherheit und die Erhöhung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung gerichteten Bemühungen alle Formen der Aggression gegen irgend jemanden ausschließen, gegen kein anderes Land gerichtet sind und die allgemeine Verbesserung der internationalen Beziehungen herbeiführen sollen. In Europa bleibt ihr Ziel die Suche nach Verständigung und Zusammenarbeit mit jedem europäischen Staat. In der Welt als Ganzes erkennt jeder verbündete Staat die Pflicht an, den Entwicklungsländern zu helfen. Es liegt im Interesse aller, daß jedes Land aus dem technischen und wirtschaftlichen Fortschritt in einer offenen und gerechten Weltordnung Nutzen zieht.

13) Sie erkennen an, daß der Zusammenhalt des Bündnisses nicht nur in der Zusammenarbeit zwischen ihren Regierungen, sondern auch in dem freien Meinungsaustausch zwischen den gewählten Vertretern der Völker des Bündnisses Ausdruck gefunden hat. Sie erklären demgemäß, den Ausbau der Verbindungen zwischen Parlamentariern fördern zu wollen.

14) Die Mitglieder des Bündnisses bekennen sich damit in diesem 25. Jahr nach der Unterzeichnung des Nordatlantik-Vertrages erneut zu seinen Zielen und Idealen. Die Mitgliedstaaten vertrauen auch für die Zukunft darauf, daß die Lebens- und Schöpferkraft ihrer Völker den Herausforderungen, denen sie sich gegenübersehen, gewachsen ist. Sie geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß das Nordatlantische Bündnis weiterhin ein wesentliches Element in der dauerhaften Friedensordnung sein wird, die zu schaffen sie entschlossen sind.

# Aktionsprogramm der Rohstoff- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 9. April bis 2. Mai 1974 über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung (II) *)

**(Wortlaut)**

*II) Internationales Währungssystem und Entwicklungsfinanzierung*

Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden,
1) um das internationale Währungssystem mit *unter anderem* folgenden Zielsetzungen zu reformieren:

a) Maßnahmen gegen die Inflation in den entwickelten Ländern, um ihr Übergreifen auf Entwicklungsländer zu verhindern; Prüfung und Entwicklung möglicher Vereinbarungen im Rahmen des Weltwährungsfonds (IMF) zur Milderung der Auswirkungen der Inflation in den entwickelten Ländern auf die Volkswirtschaft der Entwicklungsländer;

*) Vgl. Heft 6/1974, S. 643 ff.

b) Maßnahmen zur Überwindung der Instabilität des internationalen Währungssystems, insbesondere der Unsicherheit der Wechselkurse, vor allem soweit diese den Warenaustausch ungünstig beeinflußt;

c) wirksamere Beteiligung der Entwicklungsländer, sowohl der Empfänger wie der Beiträger, am Entscheidungsprozeß in den zuständigen Organen der IBRD und der IDA durch die Einführung einer ausgewogeneren Stimmrechtsverteilung;

d) volle und wirksame Beteiligung der Entwicklungsländer in allen Phasen der Entscheidung über die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Währungssystems; angemessene Beteiligung der Entwicklungsländer an allen mit dieser Reform betrauten Gremien, insbesondere dem Gouverneursrat;

e) angemessene und ordnungsgemäße Schöpfung zusätzlicher Liquidität mit besonderer Rücksicht auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer durch zusätzliche Bereitstellung von Sonderziehungsrechten (SDR); dem sollte die Konzeption zugrunde liegen, daß der Liquiditätsbedarf der Welt im Lichte der neuen internationalen Verhältnisse auf angemessene Weise überprüft werden muß. Jegliche Schöpfung internationaler Liquidität sollte mittels internationaler multilateraler Mechanismen erfolgen;

f) frühzeitige Herstellung einer Verbindung zwischen Sonderziehungsrechten und zusätzlicher Entwicklungsfinanzierung im Interesse der Entwicklungsländer, in Übereinstimmung mit den monetären Charakteristika von Sonderziehungsrechten;

g) der Weltwährungsfonds sollte die in Frage kommenden Regelungen überprüfen, um eine wirksame Beteiligung der Entwicklungsländer am Entscheidungsprozeß zu gewährleisten;

h) Vereinbarungen zur Förderung eines wachsenden Netto-Transfers von realen Ressourcen aus den entwickelten Ländern in die Entwicklungsländer;

i) Überprüfung der Verfahrensweisen des Weltwährungsfonds, besonders der Bedingungen für Kreditrückzahlungen und „standby"-Vereinbarungen, des Systems kompensatorischer Finanzierung und der Bedingungen für die Finanzierung von Warenausgleichsstocks, um die Entwicklungsländer zu befähigen, wirksameren Gebrauch von ihnen machen zu können.

2) um die folgenden Sofortmaßnahmen zur Entwicklungsfinanzierung zu ergreifen und den Zahlungsbilanzkrisen in den Entwicklungsländern zu begegnen:

a) Beschleunigte Anwendung des bereits in der internationalen Entwicklungsstrategie für die Zweite Dekade festgelegten zeitlich befristeten Programms hinsichtlich der Nettohöhe von Finanztransfers in Entwicklungsländer durch die entwickelten Staaten. Steigerung des staatlichen Anteils am Nettobetrag der Finanzzuwendungen an Entwicklungsländer, um das in der internationalen Entwicklungsstrategie gesetzte Ziel einzuhalten und womöglich zu überschreiten;

b) die internationalen Finanzierungsinstitutionen müssen ihre Rolle als Banken zur Entwicklungsfinanzierung wirksam und ohne Diskriminierung irgendeines Mitgliedslandes aufgrund seines politischen oder ökonomischen Systems ausüben; Hilfe darf nicht an Bedingungen gebunden werden;

c) wirksamere Beteiligung der Entwicklungsländer, sowohl der Empfänger wie der Beiträger, am Entscheidungsprozeß in den zuständigen Organen der IBRD und der IDA durch die Einführung einer ausgewogeneren Stimmrechtsverteilung;

d) Befreiung der Entwicklungsländer, wo immer dies möglich ist, von allen durch die entwickelten Länder verhängten Import- und Kapitalflußkontrollen;

e) Förderung öffentlicher und privater ausländischer Investitionen aus entwickelten Ländern in Entwicklungsländern in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen und Erfordernissen in den jeweiligen Sektoren ihrer Wirtschaft und entsprechend den Verfügungen der Empfängerländer;

f) geeignete Sofortmaßnahmen zur Milderung hemmender Auswirkungen für die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung von Entwicklungsländern, die sich aus der Belastung durch zu ungünstigen Bedingungen aufgenommene ausländische Kredite ergeben;

g) Schuldenneuverhandlung von Fall zu Fall mit dem Ziel, Abkommen über Schuldenannullierung, Moratorien, Neufestsetzung oder Zinssubventionierung abzuschließen;

h) Berücksichtigung der besonderen Situation jedes Entwicklungslandes durch die internationalen Finanzierungsinstitutionen zur Anpassung ihrer Kreditpolitik an die sich daraus ergebenden dringenden Bedürfnisse. Ferner besteht die Notwendigkeit, die Praktiken der internationalen Finanzierungsinstitutionen im Hinblick *unter anderem* auf Entwicklungsfinanzierung und internationale Währungsprobleme zu verbessern;

i) geeignete Schritte müssen ergriffen werden, um den am wenigsten entwickelten Ländern, den Ländern ohne eigenen Zugang zum Meer und den auf Inseln gelegenen Entwicklungsländern sowie jenen Ländern, die am schwersten von ökonomischen Krisen und Naturkatastrophen betroffen sind, Priorität bei der Vergabe von Krediten für Entwicklungszwecke einzuräumen, einschließlich günstigerer Zinssätze und Kreditbedingungen.

*III) Industrialisierung*

Die internationale Gemeinschaft sollte alle Anstrengungen unternehmen und Maßnahmen ergreifen, um die Industrialisierung der Entwicklungsländer zu fördern. Zu diesem Zweck sollten

a) die entwickelten Länder sowohl im Rahmen ihrer staatlichen Hilfe als auch in internationalen Finanzierungsinstitutionen den Anforderungen der Entwicklungsländer für die Finanzierung von Industrialisierungsprojekten entsprechen;

b) die entwickelten Länder Investoren zur Finanzierung industrieller Produktionsvorhaben, insbesondere exportorientierter Produktionen, in Entwicklungsländern in Übereinstimmung mit diesen und im Rahmen ihrer Gesetze und Verordnungen ermutigen;

c) im Hinblick auf die Herbeiführung einer neuen internationalen Wirtschaftsstruktur, welche den Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion erhöhen sollte, sollten die entwickelten Länder und die Institutionen der Vereinten Nationen dazu beitragen, mit Priorität neue Industriekapazitäten, einschließlich Anlagen zur Verarbeitung von Roh- und Grundstoffen, in jenen Entwicklungsländern zu schaffen, die diese Roh- und Grundstoffe produzieren;

d) mit Unterstützung der entwickelten Staaten und der internationalen Institutionen sollten die operativen und ausbildungsorientierten technischen Hilfsprogramme, einschließlich der Berufsausbildung und der Ausbildung einheimischer Managementkräfte der Entwicklungsländer, im Lichte ihrer spezifischen Entwicklungserfordernisse fortgesetzt und ausgeweitet werden.

*IV) Technologie-Transfer*

Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um

a) internationale Verfahrensregeln (code of conduct) für den Transfer von Technologien abzufassen, entsprechend den in Entwicklungsländern vorherrschenden Erfordernissen und Bedingungen;

b) verbesserte Bedingungen für den Zugang zu modernen Technologien und die Adaption dieser Technologien, soweit dies angebracht ist, an spezifische ökonomische, soziale und ökologische Bedingungen und unterschiedliche Entwicklungsstufen in den Entwicklungsländern zu schaffen;

c) die Hilfsprogramme der entwickelten Länder für die Entwicklungsländer auf den Gebieten von Forschung und Entwicklung und der Schaffung geeigneter einheimischer Technologien spürbar auszudehnen;

d) kommerzielle Praktiken auf dem Gebiete des Technologie-Transfers an die Bedürfnisse der Entwicklungsländer anzupassen und dem Mißbrauch der Rechte der Verkäufer vorzubeugen;

e) die internationale Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit bei der Exploration und Ausbeutung, beim Schutz und bei der legitimen Nutzbarmachung von Bodenschätzen und allen Energiequellen zu fördern;

f) bei den oben genannten Maßnahmen sollte den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder und der Länder ohne eigenen Zugang zum Meer Rechnung getragen werden.

*V) Kontrolle und Regulierung der Tätigkeiten multinationaler Gesellschaften*

Es sollten alle Anstrengungen zur Formulierung, Verabschiedung und Anwendung internationaler Verfahrensregeln (code of conduct) für multinationale Gesellschaften unternommen werden, um

a) deren Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder, in denen sie tätig sind, und ihre Kollaboration mit rassistischen Regimen und Kolonialverwaltungen zu verhindern;

b) ihre Aktivitäten in den Gastländern zu regulieren, um restriktive Geschäftspraktiken aufzuheben und für eine Anpassung an die nationalen Entwicklungspläne und -ziele der Entwicklungsländer zu sorgen sowie in diesem Rahmen, soweit notwendig, die Überprüfung und Revision früher abgeschlossener Vereinbarungen zu erleichtern;

c) den Entwicklungsländern zu gleichberechtigten und günstigen Bedingungen Hilfe, Technologie-Transfer und Management-Kapazitäten verfügbar zu machen;

d) die Repatriierung der aus den Aktivitäten der multinationalen Gesellschaften erwachsenden Gewinne unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller betroffenen Seiten zu regulieren;

e) die Reinvestition der Gewinne der multinationalen Gesellschaften in Entwicklungsländern zu fördern.

*VI) Charta ökonomischer Rechte und Pflichten der Staaten*

Die Charta ökonomischer Rechte und Pflichten der Staaten, deren Entwurf gegenwärtig von einer Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen vorbereitet wird und welche die Vollversammlung, wie sie bereits bekundete, in ihrer neunundzwanzigsten Sitzungsperiode zu verabschieden beabsichtigt, soll ein wirksames Instrument zur Errichtung eines neuen Systems internationaler Wirtschaftsbeziehungen darstellen, fußend auf Gleichberechtigung, souveräner Gleichheit und der Interdependenz der Interessen der entwickelten Länder und der Entwicklungsländer. Es ist deshalb von vitaler Bedeutung, daß die Charta auf der nächsten regulären Sitzung der Vollversammlung verabschiedet wird.

*VII) Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern*

1) Kollektives Selbstvertrauen und wachsende Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern werden ihre Rolle in der neuen internationalen Wirtschaftsordnung weiter stärken. Im Hinblick auf die Ausweitung der Zusammenarbeit auf regionaler, sub- und überregionaler Ebene sollten die Entwicklungsländer weitere Schritte unternehmen, *unter anderem*, um

a) die Einrichtung und/oder Verbesserung geeigneter Mechanismen zur Verteidigung der Preise ihrer Exportgüter, zur Verbesserung des Marktzugangs und zur Stabilisierung der Märkte für diese Güter zu unterstützen. In diesem Zusammenhang ist die zunehmend wirksame Mobilisierung der Bodenschätze der gesamten Gruppe ölexportierender Länder zum Wohle ihrer ökonomischen Entwicklung zu begrüßen. Zur gleichen Zeit besteht die vorrangige Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern, um mit Dringlichkeit und im Geiste der Solidarität alle möglichen Mittel zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Aufgabe zu entwickeln, die aus dieser legitimen und vollständig gerechtfertigten Aktion resultierenden unmittelbaren Probleme zu bewältigen. Die in dieser Hinsicht bereits ergriffenen Maßnahmen sind ein positiver Maßstab für die sich entfaltende Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern;

b) ihr unveräußerliches Recht auf dauernde Souveränität über ihre natürlichen Ressourcen zu schützen;

c) wirtschaftliche Integration auf regionaler und subregionaler Ebene zu fördern, zu schaffen oder zu stärken;

d) ihre Importe aus anderen Entwicklungsländern beträchtlich zu steigern;

e) kein Entwicklungsland sollte Importe aus entwickelten Ländern vorteilhafter behandeln als Importe aus Entwicklungsländern. Unter Berücksichtigung der bestehenden internationalen Abkommen, der gegenwärtigen Begrenzungen und Möglichkeiten sowie ihrer künftigen Entwicklung sollte der Befriedigung des Importbedarfs durch Importe aus anderen Entwicklungsländern eine bevorzugte Behandlung eingeräumt werden;

f) enge Zusammenarbeit auf den Gebieten der Finanzen, der Kreditbeziehungen und der Währungsfragen, einschließlich der Entwicklung von Kreditbeziehungen auf Präferenzbasis und zu vorteilhaften Bedingungen, zu fördern;

g) die Anstrengungen zu verstärken, welche von Entwicklungsländern bereits unternommen werden, um verfügbare finanzielle Mittel zur Entwicklungsfinanzierung in den Entwicklungsländern zu verwenden; durch Investitionen, Finanzierung von exportorientierten und von Dringlichkeitsprojekten und andere langfristige Hilfe;

h) wirksame Instrumente der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Industrie, der Wissenschaft und Technologie, des Transports, der Schiffahrt und der Massenmedien zu schaffen und zu fördern;

2) Die entwickelten Länder sollten Initiativen zur regionalen, sub- und überregionalen Zusammenarbeit von Entwicklungsländern durch die Ausweitung finanzieller und technischer Hilfe, durch wirksamere und konkrete Aktionen, besonders auf dem Gebiet der Handelspolitik, unterstützen.

**Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt**

**Thesen, Referate, Diskussionen und Beschlüsse des Marburger Medizinerkongresses**

Kleine Bibliothek, Bd. 42, 396 Seiten, DM 14,80

Beiträge u. a. von H. U. Deppe, G. Kaiser, P. Lüth, H. Mausbach, Ph. Pless, M. Regus, A. Schmidt, H. See, G. Wiethold, M. Woythal, E. Wulff.

Auf dem vielbeachteten Kongreß „Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt" am 20./21. Januar 1973 in Marburg suchten erstmals in der Geschichte der BRD 1500 Professoren, Dozenten, Ärzte, Krankenschwestern, Pfleger, Medizinstudenten und Sozialarbeiter nach Wegen einer qualitativen Neuorientierung für das Gesundheits- und Sozialwesen im Interesse aller Sozialversicherten in der Bundesrepublik. Der Kongreß stellte einen umfangreichen, konkreten Forderungskatalog zur Diskussion, der in diesem Sammelband vollständig enthalten ist.

**Pahl-Rugenstein**

*VIII) Unterstützung für die Ausübung dauerhafter Souveränität der Staaten über ihre natürlichen Ressourcen*

Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um

a) Versuche zu vereiteln, die darauf gerichtet sind, die freie und wirksame Ausübung des jedem Staate zustehenden Rechtes auf vollständige und dauerhafte Souveränität über seine natürlichen Ressourcen zu verhindern;

b) Hilfsersuchen von Entwicklungsländern im Zusammenhang mit dem Betrieb nationalisierter Produktionsmittel durch kompetente Stellen der Vereinten Nationen zu entsprechen.

*IX) Stärkung der Rolle der UNO auf dem Gebiet internationaler Wirtschaftszusammenarbeit*

1) Zur Förderung der Ziele der internationalen Entwicklungsstrategie und in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen der Deklaration über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung verpflichten sich alle Mitgliedsstaaten, die Möglichkeiten des Systems der Vereinten Nationen bei der Verwirklichung dieses Aktionsprogramms voll zu nutzen, welches sie gemeinsam angenommen haben, um für die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu arbeiten und dadurch die Rolle der Vereinten Nationen auf dem Felde der weltweiten Zusammenarbeit zur ökonomischen und sozialen Entwicklung zu stärken.

2) Die Vollversammlung der Vereinten Nationen soll eine Gesamtübersicht über die Verwirklichung des Aktionsprogramms als eine vorrangige Aufgabe betreiben. Alle entsprechend dem Aktionsprogramm zu ergreifenden Maßnahmen sowie bereits geplante Aktivitäten wie die Weltbevölkerungskonferenz, die Welternährungskonferenz, die zweite UNIDO-Konferenz und die Zwischenüberprüfung und -bewertung der internationalen Entwicklungsstrategie sollten darauf gerichtet sein, die in Resolution 3172 (XXVIII) der Vollversammlung geforderte Sondersitzung der Vollversammlung über Entwicklungsprobleme dazu zu befähigen, ihren vollen Beitrag zur Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu leisten. Alle Mitgliedsstaaten sind einzeln und gemeinschaftlich dringend aufgefordert, ihre Anstrengungen und ihre Politik auf den Erfolg dieser Sondersitzung zu richten.

3) Der Wirtschafts- und Sozialrat soll den politischen Rahmen definieren und die Aktivitäten aller Organisationen, Institutionen und Hilfsorganisationen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen koordinieren, welche mit der Verwirklichung dieses Programms betraut werden sollen. Um den Wirtschafts- und Sozialrat zur wirksamen Erfüllung seiner Aufgaben zu befähigen,

a) sollen alle Organisationen, Institutionen und Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) so oft wie erforderlich, mindestens aber einmal im Jahr, Durchführungsberichte über die Verwirklichung dieses Programms innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs übermitteln;

b) soll der Wirtschafts- und Sozialrat die Durchführungsberichte als Dringlichkeitsfragen behandeln und zu diesem Zweck je nach Notwendigkeit zu Sondersitzungen zusammentreten oder kontinuierlich arbeiten. Er soll die Vollversammlung auf die Probleme und Schwierigkeiten aufmerksam machen, die im Zusammenhang mit der Verwirklichung dieses Programms auftreten.

4) Alle Organisationen, Institutionen, Hilfsorganisationen und Konferenzen des Systems der Vereinten Nationen sind mit der Verwirklichung dieses Aktionsprogramms beauftragt. Die Tätigkeit der (gemäß Resolution 1995 [XIX] der Vollversammlung geschaffenen) UNCTAD sollte intensiviert werden, um in Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Organisationen den internationalen Rohstoffhandel weltweit zu entwickeln.

5) Dringliche und wirksame Maßnahmen zur Überprüfung der Vergabepolitik internationaler Finanzierungsinstitutionen sollten ergriffen werden, wobei der spezifi-

schen Situation jedes einzelnen Entwicklungslandes Rechnung zu tragen ist, um dringenden Erfordernissen gerecht zu werden; um die Praktiken dieser Institutionen zu verbessern, *unter anderem* im Hinblick auf Entwicklungsfinanzierung und internationale Währungsprobleme; und um eine wirksamere Beteiligung von Entwicklungsländern — Empfängern sowohl wie Beiträgern — am Entscheidungsprozeß durch eine geeignete Revision der Stimmrechtsverteilung zu gewährleisten.

6) Die entwickelten Länder und andere, die dazu in der Lage sind, sollten substantielle Beiträge zu den verschiedenen Organisationen, Programmen und Fonds leisten, die im Rahmen der Vereinten Nationen zum Zwecke der Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Entwicklungsländern geschaffen wurden.

7) Dieses Programm vervollständigt und bekräftigt sowohl die in der internationalen Entwicklungsstrategie enthaltenen Vorhaben und Zielsetzungen als auch die neuen Maßnahmen, welche die Vollversammlung während ihrer achtundzwanzigsten Sitzungsperiode festgelegt hat, um die Verzögerungen bei der Verwirklichung dieser Vorhaben und Zielsetzungen zu überwinden.

8) Die Verwirklichung des Aktionsprogramms sollte zur Zeit der Zwischenüberprüfung und -bewertung der internationalen Entwicklungsstrategie für die Zweite Entwicklungsdekade berücksichtigt werden. Soweit angebracht, sollten neue Verpflichtungen, Veränderungen, Ergänzungen und Anpassungsmaßnahmen hinsichtlich der internationalen Entwicklungsstrategie unternommen werden, wobei die Deklaration über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und dies Aktionsprogramm zu berücksichtigen sind.

*X) Sonderprogramm*

Die Vollversammlung verabschiedet das folgende Sonderprogramm, das besonders Dringlichkeitsmaßnahmen zur Milderung der Schwierigkeiten der am schwersten von wirtschaftlichen Krisen betroffenen Entwicklungsländer einschließt, im Bewußtsein der besonderen Problematik der am wenigsten entwickelten Länder und der Länder ohne eigenen Zugang zum Meer.

*Die Vollversammlung*
*zieht folgendes in Betracht:*

a) Der scharfe Anstieg der Preise für ihre wesentlichen Importe wie Nahrungsgüter, Düngemittel, Energieprodukte, Kapitalgüter, Ausrüstungen und Dienstleistungen unter Einschluß von Transportkosten und Transitgebühren hat die zunehmende Verschlechterung der *terms of trade* für eine Reihe von Entwicklungsländern erheblich verschärft, die Belastung durch ihre Auslandsverschuldung weiter erhöht und alles in allem eine Situation geschaffen, welche, sofern sie sich selbst überlassen bleibt, diesen Ländern die Finanzierung ihrer wesentlichen Einfuhren und ihrer Entwicklung unmöglich machen und zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensstandards und -bedingungen führen wird. In der gegenwärtigen Krise brechen all jene Probleme auf, die sich jahrelang angesammelt haben: auf den Gebieten des Handels, der Währungsreform, der weltweiten Inflation, durch unzulängliche und verzögerte Bereitstellung finanzieller Mittel für Entwicklungshilfe und viele ähnliche Probleme in wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Bereichen. Bei der Auseinandersetzung mit der Krise ist es erforderlich, sich dieser komplexen Situation bewußt zu werden, um zu gewährleisten, daß das von der internationalen Gemeinschaft verabschiedete Sonderprogramm den am meisten betroffenen Ländern Notstandslinderung und rechtzeitige Hilfe verschafft. Gleichzeitig werden Schritte eingeleitet, diese offenen Probleme durch eine grundlegende Umstrukturierung des Weltwirtschaftssystems auf eine Weise zu lösen, die es den genannten Ländern erlauben soll, mit der Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zugleich ein annehmbares Entwicklungsniveau zu erreichen.

b) Die zur Unterstützung der schwerstbetroffenen Länder getroffenen Sondermaßnahmen dürfen sich nicht auf die für die Stillung ihres dringendsten Importbedarfs erforderlichen Erleichterungen beschränken, sondern müssen darüber hinaus auf Maßnahmen zielen, welche die Fähigkeit dieser Länder, Produktion und Einkommen zu steigern, bewußt fördern. Wenn die Schwierigkeiten der schwerstbetroffenen Länder nicht auf eine derart umfassende Weise angegangen werden, werden sie sich nach aller Wahrscheinlichkeit zu Dauererscheinungen verfestigen. Nichtsdestoweniger besteht die erste und drängendste Aufgabe der internationalen Gemeinschaft darin, diese Länder zur Bewältigung ihrer Zahlungsbilanzdefizite zu befähigen. Dies muß jedoch gleichzeitig ergänzt werden durch zusätzliche Entwicklungshilfe für die Aufrechterhaltung und anschließende Beschleunigung ihrer wirtschaftlichen Entwicklungsrate.

c) Die schwerstbetroffenen Länder sind genau jene, deren Stellung in der Weltwirtschaft am meisten benachteiligt ist: die am wenigsten entwickelten Länder, die vom Meer abgeschlossenen und andere Entwicklungsländer mit niedrigen Einkommen ebenso wie weitere Entwicklungsländer, deren Volkswirtschaft im Ergebnis der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, von Naturkatastrophen oder von ausländischer Aggression und Besetzung ernstlich in Unordnung gestürzt wurde. Die solchermaßen betroffenen Länder, der Grad der Schädigung ihrer Volkswirtschaft und die Art der benötigten Erleichterungen und Hilfsmaßnahmen können auf der Grundlage *unter anderem* der folgenden Kriterien ermittelt werden:

(I) Niedriges Pro-Kopf-Einkommen als Ausdruck relativer Armut, niedrige Produktivität, niedriges technologisches und Entwicklungsniveau;

(II) Scharfer Anstieg ihrer notwendigen Einfuhrkosten im Verhältnis zu den Exporteinnahmen;

(III) Hoher Aufwand für den Schuldendienst im Verhältnis zu den Exporteinnahmen;

(IV) Unzureichende Exporteinnahmen, relativ mangelnde Elastizität der Exporteinkommen und Mangel an exportierbaren Überschüssen;

(V) Niedrige bzw. gemessen am Bedarf unzureichende Devisenreserven;

(VI) Hemmender Einfluß gestiegener Transportkosten und Transitgebühren;

(VII) relative Bedeutung des Außenhandels im Entwicklungsprozeß.

d) Die Bestimmung von Ausmaß und Charakter der wirtschaftlichen Schädigung der schwerstbetroffenen Länder verlangt ein flexibles Herangehen und eine Berücksichtigung der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Unsicherheit, der von den Entwicklungsländern möglicherweise ergriffenen wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen und der Kapital- und Investitionsströme. Schätzungen hinsichtlich der Zahlungssituation und -bedürfnisse dieser Länder können zuverlässig nur aufgrund der Daten ihres durchschnittlichen Abschneidens über den Zeitraum mehrerer Jahre hinweg getroffen und prognostisch fortgeschrieben werden. Zuverlässige Langzeit-Prognosen sind zur gegenwärtigen Zeit nicht möglich.

e) Es ist wichtig, daß sich alle entwickelten Länder sowohl wie Entwicklungsländer nach Maßgabe ihres Entwicklungsstandes und ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit und Kraft an den Sondermaßnahmen zur Linderung der Schwierigkeiten der schwerstbetroffenen Länder beteiligen. Es kann festgestellt werden, daß einige Entwicklungsländer, ungeachtet eigener Schwierigkeiten und Entwicklungserfordernisse, ihre Bereitschaft gezeigt haben, eine konkrete und hilfreiche Rolle bei der Überwindung der Schwierigkeiten der ärmeren Entwicklungsländer zu spielen. Die von gewissen über entsprechende Ressourcen verfügenden Entwicklungsländern in letzter Zeit auf bilateraler und multilateraler Ebene eingeleiteten Initiativen und Maßnahmen zur Milderung der Schwierigkeiten anderer Entwicklungsländer sind Ausdruck ihrer Verbundenheit mit dem Prinzip wirksamer wirtschaftlicher Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern.

f) Die Reaktion der entwickelten Länder, welche über weitaus größere Möglichkeiten verfügen, den betroffenen Ländern bei der Überwindung ihrer gegenwärtigen Schwierig-

keiten zu helfen, muß ihrer Verantwortung angemessen sein. Ihre Unterstützung sollte zusätzlich zu den gegenwärtig verfügbaren Entwicklungshilfeleistungen erfolgen. Sie sollten die Ziele der internationalen Entwicklungsstrategie hinsichtlich der finanziellen Hilfe für die Entwicklungsländer erfüllen und womöglich überschreiten, insbesondere hinsichtlich der staatlichen Entwicklungshilfe. Ferner sollten sie die Annullierung der Auslandsschulden der schwerstbetroffenen Länder ernstlich in Betracht ziehen. Dies würde für die betroffenen Länder die einfachste und schnellste Entlastung bedeuten. Ferner sollten Schuldenmoratorien und -neufestsetzungen wohlwollend in Erwägung gezogen werden. Die augenblickliche Lage sollte die Industrieländer nicht zu einer Haltung verleiten, die die gegenwärtige Krise vertiefen und letztenendes auf sie selbst zurückschlagen würde.

*(Die Vollversammlung) erinnert* an die von Seiner Kaiserlichen Majestät dem Schahinschah von Iran und Seiner Exzellenz Präsident Boumedienne von Algerien unterbreiteten konstruktiven Vorschläge.

1) Sie *beschließt* als Dringlichkeitsaufgabe und für die erforderliche Zeitdauer, mindestens bis zum Ende der Zweiten Entwicklungsdekade, ein Sonderprogramm zur Gewährung von Notunterstützung und Entwicklungshilfe an die schwerstbetroffenen Länder, das ihnen dabei helfen soll, ihre gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden und eine lebensfähige wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen.

2) Sie *beschließt* als ersten Schritt im Rahmen des Sonderprogramms, den Generalsekretär zu einer Notstandsaktion aufzufordern, um den schwerstbetroffenen Ländern, wie in Paragraph 3 der Präambel definiert, rechtzeitige Unterstützung zu verschaffen mit dem Ziel, für die Dauer der kommenden 12 Monate notwendige Importe ungeschmälert aufrechtzuerhalten und die Industrieländer und andere potentielle Beiträger dazu aufzurufen, ihre Beiträge zur Notstandshilfe über bilaterale oder multilaterale Kanäle bzw. ihre entsprechende Absicht bis zum 15. Juni 1974 bekanntzugeben, unter Berücksichtigung der von manchen Ländern angekündigten oder bereits ergriffenen Hilfsverpflichtungen und -maßnahmen. Sie *fordert fernerhin* den Generalsekretär auf, der neunundzwanzigsten Sitzung der Vollversammlung und dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner siebenundfünfzigsten Sitzung Bericht über den Fortschritt der Notstandsaktion zu erstatten.

3) Sie *ruft* die Industrieländer und andere potentielle Beiträger dazu *auf*, den schwerstbetroffenen Ländern Soforthilfe und -unterstützung in einer Größenordnung, die der Bedürftigkeit dieser Länder angemessen ist, zu leisten. Diese Hilfe sollte zusätzlich zum bestehenden Hilfsniveau, zum frühestmöglichen Zeitpunkt und soweit wie möglich in Form von Zuweisungen bzw., wo dies nicht möglich ist, zu günstigen Bedingungen gewährt werden. Die Auszahlungen und die relevanten Verfahrensprozeduren und Bedingungen müssen dieser außergewöhnlichen Lage entsprechen. Die Hilfe könnte durch bilaterale oder auch multinationale Kanäle fließen, einschließlich neugeschaffener oder zu schaffender Institutionen und Einrichtungen. Zu den Sondermaßnahmen könnten die folgenden gehören:

a) Sonderabkommen über besonders günstige Bedingungen und Laufzeiten, einschließlich möglicher Subventionierung und Versorgungsgarantien für wesentliche Waren und Güter;

b) Zurückstellung der Bezahlung für die gesamte oder für Teile der Einfuhr wesentlicher Waren und Güter;

c) Warenhilfe, unter Einschluß von Nahrungsmittelunterstützung, auf der Basis von Zuweisungen oder späterer Bezahlung in einheimischer Währung, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Ausfuhren von Entwicklungsländern durch diese Maßnahmen nicht geschädigt werden sollten;

d) langfristige Lieferkredite zu günstigen Bedingungen;

e) langfristige Finanzhilfe zu Konzessionsbedingungen;

f) Ziehungen aus Sonderfonds des Weltwährungsfonds auf Konzessionsbasis;

g) Herstellung einer Verbindung zwischen der Schöpfung von Sonderziehungsrechten und Entwicklungshilfe unter Berücksichtigung des zusätzlichen Finanzbedarfs der schwerstbetroffenen Länder;

h) bilateral oder multilateral zu gewährende Zinssubventionierung für Kredite, die von den schwerstbetroffenen Ländern zu kommerziellen Bedingungen aufgenommen wurden;

i) Schuldenneuverhandlung von Fall zu Fall mit dem Ziel, Vereinbarungen über Schuldenannullierung, Moratorien oder Neufestsetzung abzuschließen;

j) Versorgung der betroffenen Länder mit Kapitalgütern und technischer Hilfe zu günstigeren Bedingungen, um ihre Industrialisierung zu beschleunigen;

k) Investition in Industrie- und Entwicklungsprojekte zu günstigen Bedingungen;

l) Subventionierung der zusätzlichen Transit- und Transportkosten, insbesondere der Länder ohne eigenen Zugang zum Meer.

4) Sie *appelliert* an die entwickelten Länder, die Annullierung, Gewährung von Moratorien oder die Neufestsetzung der Schulden der schwerstbetroffenen Länder, wenn diese es wünschen, als einen wichtigen Beitrag zur Milderung der schweren und drängenden Schwierigkeiten dieser Länder wohlwollend zu prüfen.

5) Sie *beschließt* die Errichtung eines Sonderfonds der Vereinten Nationen durch freiwillige Beiträge von Industrieländern und anderen potentiellen Beiträgern als Bestandteil des Sonderprogramms zur Bereitstellung von Notstandsunterstützung und Entwicklungshilfe, welcher spätestens am 1. Januar 1975 seine Tätigkeit aufnimmt.

6) Sie *errichtet* ein *Ad-hoc*-Komitee für das Sonderprogramm, bestehend aus 36 vom Präsidenten der Vollversammlung nach angemessenen Konsultationen und unter Berücksichtigung der Zwecke und Bedingungen des Sonderfonds zu ernennenden Mitgliedern, um

a) Empfehlungen bezüglich der Reichweite, der Mechanismen und Verfahrensweisen usw. des Sonderfonds auszuarbeiten unter Berücksichtigung der Notwendigkeit

(I) gleichberechtigter Vertretung in seinen Leitungsgremien;

(II) gerechter Verteilung seiner Mittel;

(III) voller Nutzung der Dienste und Einrichtungen bestehender internationaler Organisationen;

(IV) einer möglichen Verschmelzung des Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen mit den Operationen des Sonderfonds;

(V) eines zentralen Aufsichtsgremiums zur Überwachung der verschiedenen bilateral und multilateral ergriffenen Maßnahmen;

zu diesem Zweck soll das *Ad-hoc*-Komitee im Bewußtsein der unterschiedlichen auf der sechsten Sondersitzung vorgetragenen Ideen und Vorschläge, einschließlich der in den Dokumenten A/AC.166/L.15 und A/PV.2208 und den zugehörigen Kommentaren enthaltenen, und der Möglichkeit, den Sonderfonds nach Ablauf der Notstandsperiode als einen Alternativkanal für normale Entwicklungshilfe zu nutzen,

b) bis zur Entscheidung über die Operationen des Sonderfonds die verschiedenen bilateral und multilateral zur Unterstützung der schwerstbetroffenen Länder getroffenen Maßnahmen überwachen;

c) auf der Basis der von den betroffenen Ländern und von geeigneten Stellen der Vereinten Nationen bereitgestellten Informationen eine breitangelegte Schätzung vorbereiten:

(I) des Umfangs der die schwerstbetroffenen Länder belastenden Schwierigkeiten;

(II) der Art und Mengen der von ihnen unbedingt benötigten Waren und Güter;

(III) ihres Bedarfs an finanzieller Hilfe;

(IV) der erforderlichen technischen Unterstützung, einschließlich insbesondere der Verfügbarmachung von Technologien.

7) Sie *fordert* den Generalsekretär der Vereinten Nationen, den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), den Präsidenten der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), den Geschäftsführenden Direktor des Weltwährungsfonds, den Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und die Leiter der anderen zuständigen Internationalen Organisationen *auf*, das *Ad-hoc*-Komitee bei der Erfüllung seiner in Paragraph 6 festgelegten Aufgaben zu unterstützen und in geeigneter Weise bei den Operationen des Sonderfonds behilflich zu sein;

8) Sie *fordert* den Weltwährungsfonds zur beschleunigten Entscheidung *auf* über

a) die Schaffung ausgedehnter Sondererleichterungen, an denen die schwerstbetroffenen Entwicklungsländer zu günstigen Bedingungen teilhaben können;

b) die Schöpfung von Sonderziehungsrechten und die baldige Errichtung der Verbindung zwischen der Bereitstellung von Sonderziehungsrechten und Entwicklungsfinanzierung und

c) die Errichtung und das Tätigwerden der vorgeschlagenen neuen Sondereinrichtung zur Vergabe von Krediten und zur Zinssubventionierung für von Mitgliedsstaaten aufgenommene kommerzielle Kredite im Hinblick auf die Interessen der Entwicklungsländer und insbesondere den zusätzlichen finanziellen Bedarf der schwerstbetroffenen Länder.


**Änderung der Anschrift**

**Eine Änderung der Anschrift, die dem Verlag nicht oder nicht rechtzeitig mitgeteilt wird, bringt aufwendige Nachforschungsarbeiten und für den Abonnenten meistens auch Unannehmlichkeiten mit sich. Wir bitten deshalb darum, eine Änderung der Anschrift dem Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, rechtzeitig mitzuteilen.**

**Pahl-Rugenstein Verlag**

**Mitteilung an den Pahl-Rugenstein Verlag**

**Name** ..... **Vorname** .....

**Alte Anschrift bis** ..... **Neue Anschrift ab** .....

**Ort (  )** ..... **Ort (  )** .....

**Straße** ..... **Straße** .....

..... .....

(Unterschrift) (Kunden-Nr.)

9) Sie *fordert* die Weltbankgruppe und den Weltwährungsfonds *auf*, ihre personellen, finanziellen und technischen Dienste jenen Regierungen zur Verfügung zu stellen, die zur finanziellen Nothilfe beitragen, um diese zu befähigen, den Empfängerländern ohne Verzögerung Mittel zuzuführen; gegebenenfalls sind institutionelle und Verfahrensänderungen vorzunehmen.

10) Sie *ersucht* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die erforderlichen Schritte einzuleiten, insbesondere auf Länderebene, um gemäß den Notstandsbedingungen Anforderungen nach zusätzlicher Hilfe zu entsprechen, zu deren Leistung das Programm im Rahmen des Sonderprogramms aufgerufen werden könnte.

11) Sie *fordert* das *Ad-hoc*-Komitee *auf*, seinen Bericht und seine Empfehlungen dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner siebenundfünfzigsten Sitzung vorzulegen, und ersucht den Rat, der Vollversammlung während ihrer neunundzwanzigsten Sitzungsperiode auf der Basis seiner Beratung über diesen Bericht geeignete Empfehlungen zu unterbreiten.

12) Sie *beschließt*, die Frage von Sondermaßnahmen für die schwerstbetroffenen Länder, im Rahmen einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, in der neunundzwanzigsten Sitzungsperiode der Vollversammlung als eine Angelegenheit von hoher Priorität zu behandeln.

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 37 41 01. Redaktion: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 37 31 04. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 28,—/56,—; öSch. 175,—/350,—; hfl. 25,—/50,—; bfr. 360,—/720,—; franz. fr. (NF) 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lire 5500,—/11000,—; dkr. 55,—/110,—; nkr. 50,—/100,—; skr. 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.*

## Autoren dieses Heftes

*MASKE, Achim*, geb. 1945 in Labes/Polen, Doktorand der Politischen Wissenschaften, lebt in St. Augustin bei Bonn. *** *SCHILLER, Dr. Theo*, geb. 1942 in Unterberken/Württ., Hochschullehrer für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg, Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten (DJD). *** *GROSSNER, Claus*, geb. 1941 in Königsberg/Preußen, Lehrbeauftragter für Forschungspolitik an der Universität Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *UNGER, Dr. Karl*, geb. 1948 in Litzelsdorf/Österreich, Wissenschaftlicher Angestellter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WILDGRUBER, Thomas*, geb. 1946, Studium der Politischen Wissenschaften in München und Heidelberg (mit Spezialisierung auf Südostasien). *** *VOLPERT, Dr. Walter*, geb. 1942 in München, Studium der Psychologie, Soziologie und Pädagogik in München und Westberlin, Professor für Psychologie unter besonderer Berücksichtigung der Arbeits- und Betriebspsychologie an der Pädagogischen Hochschule Westberlin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *CIPA, Angelika*, geb. 1954 in Bonn, Studium der Philosophie an der Universität Bonn. *** *FRANKEN, Jutta*, geb. 1949 in Rheydt, Studium der Anglistik, Geschichte und Pädagogik an der Universität Bonn. *** *HERVÉ, Florence*, geb. 1944 in Paris, Dolmetscher-Studium in Heidelberg, Studium der Germanistik in Nanterre und Vincennes, lebt als freie Journalistin in Bonn; Buchveröffentlichung: Studentinnen in der BRD, Köln 1973. *** *SCHWEIGHOFER, Andrea*, geb. 1954 in Scheibbs/Niederösterreich, Studium der Medizin an der Universität Bonn. *** *FREILING, Harald*, geb. 1951 in Darmstadt, Studium der Politischen Wissenschaften und Geschichte an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *CLESS, Olaf*, geb. 1948 in Freiburg/Br., Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaften und Geschichte in Freiburg/Br. und Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

## Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen ein Prospekt des Argument-Verlags und ein Informationsblatt der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS) bei, die wir der Aufmersamkeit unserer Leser empfehlen.

A. Diedenhofen 15
Geldern 1
Neuhausweg 22

*Es schrieben bisher u. a.*

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v Aretin
Axel Arzola
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Born
Achim v. Borries
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devillers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Holmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Walter Jens
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Friedrich Müller
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Friedrich Neunhöffer
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Gustav Obermair
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Piat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Ull Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rupacki †
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Rolf Rendtorff
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Alfred Rinken
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Rönner
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl †
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Ulrich Sonnemann
Ilse Stolt
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Szacki
Bassam Tibi
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Grigori Tunkin
John E. Ullman
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Waltraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

## Autoren dieses Heftes

*MASKE, Achim,* geb. 1945 in Labes/Polen, Doktorand der Politischen Wissenschaften, lebt in St. Augustin bei Bonn. *** *SCHILLER, Dr. Theo,* geb. 1942 in Unterberken/Württ., Hochschullehrer für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg, Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten (DJD). *** *GROSSNER, Claus,* geb. 1941 in Königsberg/Preußen, Lehrbeauftragter für Forschungspolitik an der Universität Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *UNGER, Dr. Karl,* geb. 1948 in Litzelsdorf/Österreich, Wissenschaftlicher Angestellter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WILDGRUBER, Thomas,* geb. 1946, Studium der Politischen Wissenschaften in München und Heidelberg (mit Spezialisierung auf Südostasien). *** *VOLPERT, Dr. Walter,* geb. 1942 in München, Studium der Psychologie, Soziologie und Pädagogik in München und Westberlin, Professor für Psychologie unter besonderer Berücksichtigung der Arbeits- und Betriebspsychologie an der Pädagogischen Hochschule Westberlin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *CIPA, Angelika,* geb. 1954 in Bonn, Studium der Philosophie an der Universität Bonn. *** *FRÄNKEN, Jutta,* geb. 1949 in Rheydt, Studium der Anglistik, Geschichte und Pädagogik an der Universität Bonn. *** *HERVÉ, Florence,* geb. 1944 in Paris, Dolmetscher-Studium in Heidelberg, Studium der Germanistik in Nanterre und Vincennes, lebt als freie Journalistin in Bonn; Buchveröffentlichung: Studentinnen in der BRD, Köln 1973. *** *SCHWEIGHOFER, Andrea,* geb. 1954 in Scheibbs/Niederösterreich, Studium der Medizin an der Universität Bonn. *** *FREILING, Harald,* geb. 1951 in Darmstadt, Studium der Politischen Wissenschaften und Geschichte an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *CLESS, Olaf,* geb. 1948 in Freiburg/Br., Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaften und Geschichte in Freiburg/Br. und Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

## Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen ein Prospekt des Argument-Verlags und ein Informationsblatt der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS) bei, die wir der Aufmersamkeit unserer Leser empfehlen.